links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Kulturkämpfe
Richtersprüche
Kuba

POPMODERNE

editorial

Linksradikale Zeitschriften haben's mitunter schwer, über Finanzprobleme so manchen Projektes wird der eine oder die andere LeserIn ja schon gehört haben. Daß die Probleme bisweilen auch etwas andere, bedrohlichere Formen annehmen können, darüber war unter anderem in der letzten *links* zu lesen (S.51). Doch damit nicht genug. Die permanenten Kriminalisierungsversuche von staatswegen gehen weiter. Es geht dem repressiven Staatsapparat jedoch nicht um die Sache bzw. den Inhalt an sich. Die Vermutung liegt nahe, daß mittels Kriminalisierung und Verfolgung nicht einfach das Erscheinen einer linksradikalen Zeitung verhindert werden soll. Vielmehr soll an ihr ein Exempel statuiert werden. Der Versuch, die Maulkorb-Erlasse mit großem Geschütz durchzusetzen (§129a), richtet sich letztlich gegen jegliche linke Diskussions- und Publikationszusammenhänge und beabsichtigt, Klärungsprozesse und Auseinandersetzungen mit und über linksradikale Politik zu verhindern.
Das Ermittlungsverfahren, übrigens das 150ste gegen die *radikal*, wie dem jüngst gesendeten Dokumentarfilm „Happy Birthday Haftbefehl" von Oliver Tolmein zu entnehmen war, gründet dabei unter anderem auf der höchstrichterlichen Lektüre eines Beitrages der „autonomen a.f.r.i.k.a.-gruppe/mittlerer neckar", der in der genannten Zeitschrift erschienen ist. „Medien-Randale II", so der Titel, stelle angeblich „Sympathiewerbung für die RAF" dar. All diejenigen, die gerne genauer wissen möchten was die BAW so Schlimmes lesen muß, seien auf die *links* 10/1993, S. 35-37 verwiesen – da ist besagter Text nämlich ebenfalls abgedruckt.

Diskreditierungs- bis hin zu Kriminalisierungsversuchen haben ZeitungsmacherInnen nicht nur zum Gegenstand, sondern werden mitunter von diesen auch kräftig betrieben, wie die öffentliche Stimmungsmache gegen Stefan Hippler demonstriert. Ein Boulevardmagazin aus der Anti-Asyl-Front (*stern* 42/1993) versuchte, den, in Verbindung mit der Abschiebung sieben sudanesischer Flüchtlinge (s. hierzu auch den Kommentar von G. Oy, S.4) bekannt gewordenen Pfarrer, als Aufwiegler zu desavourieren. Der *stern*-Beitrag, bezeichnenderweise unter dem Stichwort „Asylanten" angekündigt, liefert ein anschauliches Beispiel für die publizistische Unterfütterung des rassistischen Abschiebekonsenses. Zur Aberkennung von Fluchtgründen bedarf es offensichtlich gar keiner Großkoalitionäre in Bonn mehr, dies übernehmen mittlerweile WohlstandschauvinistInnen der schreibenden Zunft. Letztere versuchen sich allenfalls noch an der Schilderung von Einzelschicksalen, denn darüber läßt sich auch viel besser ein Zuckerguß der Humanität gießen. So wurde im *Spiegel* versucht, die Abschiebehetze der letzten Monate vergessen zu machen, indem man sich in Enthüllungsjournalismus übt und die späte Erkenntnis, daß der Tod des Flüchtlings Kola Bankole im August '94 auf Gewaltanwendung von BGS-Beamten zurückzuführen ist, als liberales Feigenblatt instrumentalisiert. Eben gerade soviel Zuckerguß wie nötig, um noch behaupten zu können, „wirklich" Verfolgten würde Asyl gewährt. Daran, daß seit Mitte Oktober bis Ende 1995 voraussichtlich ca. 2500 Vietnamesen im Rahmen des sogenannten Rückführungsabkommens nach Vietnam abgeschoben werden, nehmen diese Ober-Humanisten indes wenig Anstoß.
Ein Sachverhalt, der nicht unbedingt verwundern muß, schließlich wurde deren Kriminalisierung unter dem Stichwort „Zigarettenmafia" auch von der Presse mitbetrieben.

Daß die NATO bei den jüngsten Offensiven kroatischer und bosnischer Regierungstruppen immer schön brav davon sprach, daß sich so etwas nicht gehöre, verwundert, angesichts der Konsequenz und des militärischen Aufwandes, mittels denen die selbsternannte Schutzmacht des sog. Friedensprozesses in Ex-Jugoslawien serbische Kriegshandlungen sanktionierte.
Die wargames-Ästhetik der Fernsehbilder des zweiten Golfkriegs erwies sich auch diesmal als passende High-Tech-Inszenierung westlich-demokratischer Schlagkraft.
Egal, ob russische Truppen nun unter NATO-Befehl oder eigenem Kommando an der geplanten Friedenstruppe für Bosnien teilnehmen, bundesdeutsche Politiker und Militärs lassen sich die Chance nicht entgehen, endlich auch mit Bodentruppen out-of-area Außenpolitik zu machen. Fast schon überflüssig ist der vorauseilende sozialdemokratische Gehorsam, angesichts des ohnehin kaum bezweifelten nationalen Konsenses. Äußerungen dieser Art dienen lediglich der Konstruktion einer Opposition, die sich in ebendiesen kosmetischen Äußerungen erschöpft.

Errata: Aufmerksamen LeserInnen ist sicherlich nicht entgangen, daß neue Sekretäre auch neue Fehler machen. Um wenigstens einige nachzubessern, haben wir uns nach langer redaktionsinterner Diskussion für die folgenden drei entschieden:
Dafür, daß Klaus Horn auf Seite 22 zum Begründer einer materialistischen Sozialisationstheorie wurde, entschuldigen wir uns nicht nur bei unserem Autor Hans-Martin Lohmann, sondern auch bei all den LeserInnen, die sofort wußten, daß hiermit nur Alfred Lorenzer gemeint sein konnte, hingegen Horn eine kritische Theorie des Subjekts kreierte. Gleiches gilt für den Lapsus im Beitrag von Bernd Röttger auf Seite 16: John heißt mit bürgerlichem Namen selbstverständlich Locke, während Mr. Hobbes den Vornamen Thomas trug.
Drittens und letztens: Bedingt durch satztechnische Probleme fehlten verschiedentlich die Buchstaben V bzw. v,
sofern sie kursiv gesetzt waren. Wir danken auf diesem Wege all den LeserInnen, die sich ein Leerzeichen für ein
V (*v*) haben vormachen lassen.
Doch genug der Fehler; abschließend noch zwei Hinweise in eigener Sache: Einmal auf die neugestaltete Abo-Seite 59, die zugleich mit neuen Aboprämien aufwartet, und zweitens auf Donnerstag, den 23.11.. An diesem Tag findet um 19.30 Uhr eine öffentliche Redaktionssitzung der *links* im Frankfurter Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, statt. Anlaß: Heftkritik der vorliegenden Nummer. Alle LeserInnen sind hierzu herzlich eingeladen.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Rosi Karges, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER: Robert Detobel, Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Collage: Elvis, Tank Girl, Situationistischer Fernseher

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Jan./Feb.-Ausgabe 7. Dezember 1995

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Humanitärer Spielraum
Abschiebungen in den Grenzen von ‘89. Ein Kommentar von Gottfried Oy

5 Gesetzlicher Kannibalismus
Politische Justiz, die keine sein will. Christoph Schneider über die erneute Verurteilung von Sieglinde Hofmann

7 Feinde draußen – Opfer drinnen
Thomas Kunz über Innere Sicherheit und deren neorassistischen Begründungszusammenhang

11 Entwickelter Kapitalismus oder Informationsgesellschaft?
Uwe Fahr über Computer in der Klassengesellschaft

14 „Vom Feuer verzehrt“
Guy Debord und die Situationisten. Von Rudolf Walther

P O P M O D E R N E

18 Popmoderne
Redaktionelle Anmerkungen zum Schwerpunkt

20 Sag’ mir was Du hörst, und ich sag’ Dir wer Du bist
Auf der Suche nach dem verlorenen Politischen. Marie-Hélène Gutberlet über Female Rap

23 Vom Spaßhaben und Spaßverderben
Korrekte Gegenpolitik und unkorrekte Gegenkultur. Von Heiko Stoff

26 Kulte und Subkulte
Stefan Gregory über den Mythos Underground

29 „Catch and Destroy“
Medienlieblinge „Girlies“. Von Jessica Nitzschke

32 Bilder-Sprache
Michaela Lönneberger über Phantasie und Wirklichkeit im Comic

34 „Das ganze Leben ist ein Quiz“
Norbert Kresse über TV-Gameshows und Zuschauerintegration

37 *tellerwäscher*
❶ Hoch die nationale Multiethnizität? ❷ Aufwieglerischer Briefträger ❸ RTF page footer: Pigs im Cyberspace ❹ Gewerkschaften auf dem Infohighway ❺ Einfach Rockmusik ❻ Gysi-listening ❼ Wir sagen ja zur modernen Welt ❽ Saarlandbrigade ❾ Festung Europa ❿ Buchclub Grün-Weiß ⓫ 100 und 15 ⓬ Veranstaltungen

43 Kulturalismus
Wie Kultur zum Erklärungsmuster gesellschaftlicher Konflikte wird. Von Thomas Höhne

46 Kuba wohin?
Insel-Sozialismus in Bedrängnis. Von Holm-Detlev Köhler

49 Gelbe Sonderlinge
Boris Scharlowski über den Handel mit Bananen

52 Rädelsführer und andere
Widerstand gegen deutsche Abschiebepolitik und deren Verurteilung. Von Mascha Draht

53 Konkurrenz- und Standortlogik
Diskussionspapier kritischer GewerkschafterInnen

56 „He, Sie da!“
Peter Nowak über Aspekte der Althusser-Rezeption

GOTTFRIED OY

Humanitärer Spielraum

Seit dem 1. Juli 1993, der Abschaffung des Asylrechts, ist in bundesdeutschen Partei- und Medienkreisen viel von Humanität die Rede. So, wie das damalige breite demokratische Bündnis von Republikanern bis Sozialdemokraten den Asyldiskurs mehr und mehr focierte, um den Objekten des Rassismus ihre eigenen Projektionen des „Fremden" unterzuschieben und schließlich Flucht in die BRD generell zu verunmöglichen, so rücken nun die „hartherzigen Vollstrecker" gerade der gesetzlichen Regelungen in den Mittelpunkt, die vor zwei Jahren noch auf großen Beifall stießen. Manfred Kanther und die ihm unterstellte Beamtenriege solle doch bitte genauestens prüfen, ob diese oder jene Abschiebung, die in den meisten Fällen eh nicht abwendbar ist, doch auch rechtens über die Bühne gehe.

Am 13. September mußte sich der Bundesinnenminister vor versammeltem Fernsehpublikum in den „Tagesthemen" solch einer Prüfung seiner Humanität unterziehen. Tags zuvor hatte er überraschend die Abschiebung von sieben sudanesischen Flüchtlingen vollstrecken lassen. Nicht, daß nun Sabine Christiansen und Ulrich Wickert die mörderische Stille der Abschiebemaschinerie, wie so oft gefordert, durchbrechen wollten, nein, es ging in dem konkreten Fall um die von Kanther offensichtlich vereitelte Vermittlung eines sicheren Fluchtziels durch Kirchenvertreter. Neben Pro Asyl hatten diese sich vom 26. Juli bis zum Tag der Abschiebung – die Zeit, in der die hunger- und z.T. durststreikenden Flüchtlinge am Frankfurter Flughafen festgehalten wurden und ihnen die Einreise in die BRD verweigert wurde – für eine Asylgewährung eingesetzt und als sich abzeichnete, daß dies nicht gelingen sollte, Verhandlungen mit Regierungsvertretern in Eritrea geführt und erreicht, daß Eritrea die Flüchtlinge aufgenommen hätte, wäre nicht die Abschiebung in einer Nacht- und Nebelaktion zuvorgekommen.

Kanther nutzte das Fernsehinterview, um jegliche Vermittlungsbemühungen zwischen Kirche, Eritreischer Botschaft und Innenministerium zu leugnen. Schließlich habe das seit dem Militärputsch vom 30. Juni 1989 im Sudan regierende Militärregime der Nationalen-Islamischen-Front (NIF) zugesagt, daß den Abgeschobenen keine Verfolgung drohe, wozu also die ganze Aufregung. Da dennoch die Aufregung groß war, bedurfte es noch zusätzlich einer Desavouierung der Flüchtlinge selbst. Diese lieferte arbeitsteilig das Boulevardmagazin *stern* in der Woche nach der Abschiebung. Unter dem Titel „Du hast eine Dummheit begangen" wird zwischen Pornographieversand- und Zahnpastawerbung darüber berichtet, wie sich Uli Hauser, Michael Stührenberg und Pascal Maitre mit Laptop und Fotoapparat in Peter-Scholl-Latour-Manier durch die „staubigen Viertel" und „häßlichen Vororte" von Karthum kämpfen, um an „patroullierenden Männern mit Kalaschnikow im Anschlag" vorbei endlich zu jemandem zu gelangen, der sich über die Abschiebung freute: „Ich bin aber froh, daß ihr diese Simulanten nach Hause geschickt habt", so El Hussein Ahmed von der Democratic Unionist Party (DUP), einer ehemaligen Regierungspartei, die sich mit den Oppositionskräften der KP, der südsudanesischen Guerilla und anderen verbotenen Organisationen in dem äußerst hetereogenen Bündnis National Democratic Alliance (NDA) zusammengeschlossen haben. Für die *stern*-Reporter der Beweis, daß die Abgeschobenen aus niederen Beweggründen geflohen sind, da sie kein parteipolitisches Engagement in der DUP aufweisen können. Daß dieser Aussage entgegengesetzt Farouk Abu Issa von der NDA behauptet, daß mindestens fünf der sieben Flüchtlinge in der Opposition aktiv seien, findet keine Erwähnung. Als sie dann noch drei der Abgeschobenen im trauten Familienkreis finden, platzt den Reportern der Kragen: „Die Situation ist grotesk" und die betrogenen Opfer sind wieder einmal die guten Deutschen, die sich für diese Simulanten, „die noch nie etwas mit Politik zu tun" gehabt haben, einsetzten.

Die erboste Reaktion der guten Deutschen ließ nicht lange auf sich warten. Eine aktuelle Stunde im Bundestag wurde auf Drängen von Cem Özdemir, Rezzo Schlauch, Kerstin Müller und Joseph Fischer (alle Bündnis 90/Die Grünen) wieder abgesetzt, da Kanther schon alle „Fragen hinreichend beantwortet" habe, sich die Informationsquellen von Bündnis 90 angesichts des *stern*-Artikels als „nicht zuverlässig" erwiesen hätten und schließlich die verzweifelte Suche nach mehrheitsbeschaffenden Koalitionspartnern gleichwelcher Coleur mancherlei Spagat erfordert. Das es bei dieser aktuellen Stunde jedoch gar nicht um die Beweggründe der Flüchtlinge zu ihrer Flucht gehen sollte, sondern vielmehr um ihre Monate andauernde menschenunwürdige Behandlung im Transitbereich des Frankfurter Flughafens, um eine generelle Kritik der sog. Flughafenverfahren, um die Kontaktaufnahme des auswärtigen Amtes mit dem sunadesischen Militärregime während des Asylverfahrens und die bewußte Vereitelung einer Aufnahme der Flüchtlinge in Eritrea, konnte die mit Wirtschaftspolitik und Bundeswehrfeldzügen beschäftigten Populisten nicht von ihrer Entscheidung abbringen. Strategisch genug folgte darauf die Entschuldigung an die „Flüchtlinge und ihnen beistehenden Menschen und Organisationen", man haben einen „politischen Fehler" begangen, die „hohen negative Wirkung des Aktes verkannt" und „müssen dazu stehen", doch auch die parteiinternen KritikerInnen, wie etwa Angelika Beer und Jürgen Trittin, die diese Entschuldigung bewirkten, raten zu „Gelassenheit" angesichts dieses „parlamentarischen Furzes" (die abgesagte aktuelle Stunde), so etwa Trittin gegenüber der *jungen Welt*.

Daß man parlamentarischen Fürzen generell wenig Beachtung schenken sollte, darin ist Trittin wohl durchaus zuzustimmen. Was dies jedoch für den Kampf gegen die Abschottungspolitik der BRD bedeutet, ist klar: von keiner parteipolitischen Organisation ist fundamentaler Widerstand zu erwarten, selbst die in liberalen Kreisen immer wieder angemahnten humanitären Spielräume in spektakulären Einzelfällen werden immer seltener und wenn, dann nur auf Druck von Flüchtlingsorganisationen erkämpft. So könnte denn die Begründung der Entscheidung des BVG, die Flüchtlinge aus dem Sudan abzuschieben, die sich lediglich auf Aussagen des sudanesischen Militärregimes stützt, durchaus auch aus dem Mund eines dieser Gutmenschen mit dem Faible für humanitäre Spielräume kommen: „Es ist nicht unsere Aufgabe, dies (die Aussagen der sudanesischen Regierung) ohne entgegenstehende greifbare Anhaltspunkte in Zweifel zu ziehen". Im Zweifelsfall also immer gegen den Flüchtling, der sich in der Rolle des Angeklagten wiederfindet, und dies dann auch bitte möglichst schnell.

Nicht nur, daß die Kritik an der Abschiebepraxis der BRD immer mehr verstummt, auch die noch vorhandenen KritikerInnen sollen in Mißkredit gebracht werden. So weiß etwa die *Bild*-Zeitung von einer Reise des Frankfurter Pfarrers Stefan Hippler in den Sudan zu berichten, die einzig dem Zweck diente, die Abgeschobenen „aufzuwiegeln". „Hippler entfaltet Störpotential", so die deutsche Botschaft, indem er die Flüchtlinge gegen die Botschaft aufbringe und Journalisten bedränge, „die sieben nicht als Wirtschaftsflüchtlinge darzustellen". Ist erstmal den Flüchtlingen eine eigenständige politische Position abgesprochen, werden sie endgültig zum Spielball der Deutschen in der Sorge um ihre Nation. Erst wenn die Grenzen offen sind, werden diese Deutschen mit ihren parlamentarischen Fürzen, humanitären Spielräumen und hart- und weichherzigen Gemütern und ihrer dazugehörigen Nation wohl endlich der Vergangenheit angehören. ●

CHRISTOPH SCHNEIDER

Gesetzlicher Kannibalismus

Mit einer Serie von Verfahren hat in den letzten Jahren die BAW erneut den größeren Teil, der seit 10 bis 15 Jahren einsitzenden RAF-Mitglieder überzogen. In den nachfolgenden Hauptverhandlungen wurde ausschließlich das Urteil „lebenslänglich" verhängt. Die Verurteilungen basierten jeweils auf Aussagen von KronzeugInnen, insbesondere auf solchen sogenannter DDR-Aussteiger; RAF-Mitglieder, die die Gruppe Anfang der 80er Jahre verließen und sich – gestützt durch die Administration – in der DDR eine neue Existenz aufbauten. Sie alle wurden 1990, nach dem Fall der Mauer aufgespürt und sahen sich, bedroht von langjährigen Haftstrafen, schlagartig ihrer bürgerlichen Lebensperspektive beraubt.

Die bundesdeutsche Staatsschutzjustiz machte ein Angebot, das Strafrabatte für belastende Aussagen gegenüber ExgenossInnen in Aussicht stellte. Ohne Einbindung in soziale Verhältnisse, die mögliche ethische Grundüberzeugungen hätte materiell werden lassen können, sah sich nur eine der Untergetauchten (Inge Viett) in der Lage, dem Druck zu widerstehen und den Deal zurückzuweisen. Denn daß bei der hier in Anwendung gebrachten „Kronzeugenregelung" der Handel mit Belastungen und nichts als Belastungen institutionalisiert wurde, ist offenkundig. Kein Richter wäre in einem normalen Strafverfahren an einem Zeugen interessiert, dessen Aussage durch massiven Druck beeinflußt ist. Zeugen, so die geläufige Rechtstheorie, sollen der Wahrheit verpflichtet sein, nicht ihrem Halbstrafengesuch.

Der jüngste Prozeß dieser Serie wurde am 28.9.95 in Stammheim abgeschlossen. Nach nur gut einem Monat hatte die Angeklagte Sieglinde Hofmann ihr „lebenslänglich" weg. Der Vorwurf der Beteiligten an der Erschießung der Begleiter von Schleyer gründete auch hier allein auf Aussagen der KronzeugInnen. Insofern sah Sieglinde Hofmann keine Chance einer juristischen Verteidigung und ließ sich von der Hauptverhandlung ausschließen. Auch ihr Verteidiger verzichtete auf Beweisanträge, Zeugenbefragungen oder ähnliches. In einer Erklärung nannte sie das Verfahren einen „Schauprozeß" bei dem das Urteil bereits feststehe. Fünfzehn Jahre war Sieglinde Hofmann bereits in Haft, als sie, kurz vor ihrer Entlassung, den neuen Haftbefehl eröffnet bekam. Daß sie als eine, die '77 an der RAF-Offensive beteiligt war und sich bis heute davon nicht distanziert, „nur" eine zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe verbüßte, ist aus Sicht der BAW nun korrigiert. Wobei auch ein härteres Urteil nicht vor einem neuen Prozeß im Rahmen dieser Serie schützt: Christian Klar, bereits 1985 zu fünfmal lebenslänglich und 15 Jahre verurteilt, ist dennoch '94 mit Hilfe der DDR-Aussteiger ein weiteres mal belangt worden. Christian Klar versuchte erst jüngst mit einem Hungerstreik gegen die Unerträglichkeit seiner Sonderhaftbedingungen anzugehen.

„Der Rechtsstaat muß konsequent sein". Angesichts der skizzierten Verurteilungspraxis offenbart sich der fanatische Gehalt dieser Wendung. Solange der Sicherheitsstaat relativ mühelos in der Lage ist, seine exekutiven Ansprüche Recht werden zu lassen, ist der Verweis auf die Rechtsstaatlichkeit eines Verfahrens ein Totschlagargument für alle Fälle. Schließlich gibt es gesetzliche Verjährungsfristen, und die Kronzeugenregelung hat man 1989 legalisieren lassen. Empört weist der Richter den Vorwurf des Verteidigers von Sieglinde Hofmann zurück, dieser politische Prozeß diene allein der Verfolgung von Systemoppositionellen. Die Presse echot: Hier geht es um Mord, nicht um Politik. 25 Jahre hat man politisch motivierte Taten als solche verstanden, sie mit besonderer Härte verfolgt, wenn es sein mußte extralegale Gremien wie den kleinen Krisenstab oder die Koordinierungsgruppe Terrorismus gebildet, eine Vielzahl von Gesinnungsstraftatbeständen eingeführt, immer wieder massiv propagandistisch gegen „den Terror" vom Leder gezogen, mit zumindest diesem Erfolg: Eine Debatte der politischen Linien findet öffentlich nur statt, wenn der Staatsschutz es zuläßt, wenn er etwa selbst aus taktischen Erwägungen eine „Kinkelinitiative" auf den Weg bringt. Zur Zeit besteht daran kein Interesse. Zur Zeit ist alles eine Frage rechtssachlicher Erwägungen, denn es gibt ja keine politische Justiz. Auf diesem, einer jeden politischen Justiz ersten Leitsatz reitet man herum und registriert mit Genugtuung die Machtlosigkeit der Linken, in diesen Herrschaftsdiskurs einzubrechen. Zum Leidwesen hipper Zeitschriftenredakteure findet sich nichtmal ein liberaler Lanzenbrecher, der laut: Ja, aber! ruft.

Davon ausgehend, daß ein politischer Gehalt seitens des Staatsschutzes aus taktischen Gründen abgedrängt wird, stellt sich die Frage: Was sind die tatsächlichen Gründe, die Verfahren in der beschriebenen Weise durchzuziehen? Warum muß die 50jährige Sieglinde Hofmann durch die Feststellung „der Schuldschwere" auf unabsehbare Zeit im Knast verschwinden? Sind es Gründe der Prävention, politische Signale oder erleben wir die Verselbständigung des Sicherheitsapparats, der seinen Rachgelüsten nachgeht?

Die juristische Voraussetzung für eine Freilassung Sieglinde Hofmanns – ein zuerwartendes Leben in Straffreiheit – muß als erfüllt angesehen werden. Eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf wird es nicht geben. Ob die RAF als aktionsfähige Gruppe überhaupt noch existiert, ist fraglich. Vor allem aber zählt Sieglinde Hofmann zu jenen Gefangenen, die sich 1992 mit der RAF draußen nach deren politischer Neuorientierung überworfen haben. Ohnehin ignoriert, wer sofortiges Abtau-

Keine politische Justiz: Plakat ca. 1976.

„Agnoli war und ist nicht konstruktiv. Er verweigert sich dem verantwortlichen Mitmachen. Was er will, ist nicht eine kritische linke Politikwissenschaft, sondern die rücksichtslose Kritik der Auffassung, Herrschaft von Menschen über Menschen sei naturnotwendig und bestenfalls zu bändigen."
Joachim Hirsch

Johannes Agnoli

Gesammelte Schriften

Herbst 1995
Subversive Theorie
„Die Sache selbst" und ihre Geschichte
1995. Ca. 250 Seiten, DM 30

Der Staat des Kapitals
Schriften zur Kritik der Politik
1995. 240 Seiten, DM 30

Die Transformation der Demokratie
Schriften zur Kritik der Politik
1990. 220 Seiten, DM 25

Neu im Sommer 1996
Aufsätze zum Faschismus
Ca. 250 Seiten, DM 30

Geduld und Ironie
Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag
1995. 190 Seiten, DM 30

Weitere Bände in Vorbereitung

ça ira

postfach 273 • 79002 freiburg
tel.: 0761 / 47 13 66 • fax: 500 91 94

! Gesamtverzeichnis anfordern !

chen und die Wiedereingliederung in die Kommandos in Betracht zieht, die durch die Haft verursachten Schädigungen. Kein Mensch ist nach so langer Zeit des Eingesperrtseins in der Lage, sich in Freiheit umstandslos zurecht zu finden, gar unter Bedingungen der Illegalität. Wieviel weniger jene Gefangenen, die jahrelang verschärften Haftbedingungen unterworfen waren und in der Folge fast alle gesundheitliche Schäden erlitten haben. Daß Sieglinde Hofmann in Haft gehalten wird, um Wirtschaftsmanager vor ihr zu schützen, kann man ausschließen.

Zweifellos kamen im „Kampf gegen den Terror" Prinzipien der Vergeltung zur Anwendung. Phasen praktizierter Shoot-to-kill-Fahndung (z.B. 78/79) zeigen wie auch die Diskussion während der Schleyer-Entführung, gefangene RAF-Mitglieder als Geiseln zu erschießen, daß rechtsstaatlich nicht zu deckendes Vorgehen in der Logik der Eskalation lag. Wenn auch in der jeweiligen Situation ein anderer Eindruck entstand, so waren diese Eskalationen doch kalkuliert. Die Vorstellung eines von seinen Rachephantasien fortgerissenen Sicherheitsapparat geht fehl. Die unterstellten Affekte, mögen die Affekte einzelner sein. (Bad Kleinen dürfte hierfür ein Beispiel sein.) In der Bundesrepublik wird die Auseinandersetzung über Sicherheitspolitik wissenschaftlich-technokratisch geführt. Taktische Grundlinien werden geplant, Verschärfungen sind in ihrer Wirkung kalkuliert und Unnachgiebigkeit bedacht. Rachegelüste sind dagegen eine menschlich anmutende Regung, immerhin können sie über die Jahre abkühlen.

Auffällig ist jedoch, daß etwa die *Frankfurter Rundschau* ihren Kommentar vom Tag nach der Urteilsverkündung so beginnt: „Klaus Bölling, Bonns Regierungssprecher anno 1977, hat Recht behalten, als er nach Hanns Martin Schleyers Tod den Mördern schwor, sie würden sämtlich gefaßt und ihrer Strafe zugeführt werden. Als letzte aus dem vierköpfigen Killerkommando der RAF, (...) ist nun Sieglinde Hofmann verurteilt worden." Zwar wird in der Folge – wie auch in der Überschrift – das Motiv der Rache verneint, aber das wirkt wie der Versuch, die Leserschaft nach dem Genuß der „billigen" Genugtuung wieder zurückzuführen in die Sphären rationaler Bedenklichkeit. Das Spielen mit dem Rachemotiv ist eine mediale Eigenleistung, eine Übersetzung der kalten Systematik staatlicher Repression in einen allseits bekannten Westerntopos.

Sieglinde Hofmann und ihr Verteidiger unterstellten die Absicht eines Schauprozesses. Aber die zeitliche Dimensionierung und die eher verhaltene Öffentlichkeitsarbeit der BAW sprechen dagegen. Es wurde kein großes Spektakel inszeniert und das zeigt: es ging nicht um den Prozeß, es ging einzig um das Urteil. Sieglinde Hofmann macht keinen Hehl daraus, daß sie die von ihr mitgetragene Politik der RAF nicht bereut. Von „Einsicht und innerer Umkehr" ist sie weit entfernt. Ihre jetzige Verurteilung richtet sich jedoch nicht gegen die Politik des bewaffneten Kampfs mit internationalistischer Ausrichtung, denn der ist vorbei und politisch tot: Auch die Angehörigengruppe, die von einem „Geiselstatus" der Neuverurteilten spricht, übersieht, daß Geiselnehmen eine Kampfsituation zur Voraussetzung hat. Die RAF als politisch-militärischer Gegner des Staates gibt es so nicht mehr. Wozu sollte dieser

„Es wurde kein großes Spektakel inszeniert und das zeigt: es ging nicht um den Prozeß, es ging einzig um das Urteil."

Geiseln nehmen? Sieglinde Hofmann ist weniger als Vertreterin lang zurückliegender internationalistischer Frontpolitik gemeint, sondern primär als Repräsentantin einer exemplarischen Entschiedenheit. So politisch falsch die Militarisierung des Kampfes war, den ihr zugrunde liegenden persönlichen Einsatz der Einzelnen symbolisiert heute auch das Kürzel RAF. Eine kein Quentchen des Geredes vom demokratischsten Staat auf deutschem Boden gelten lassende antiimperialistische Analyse umzusetzen in praktische Unnachgiebigkeit machte nachhaltigen Eindruck in einer Gesellschaft, in der die Einbindung von Konfliktpotentialen in der Regel gelingt. Daß diese Politik von der übrigen Linken fast nie nachvollzogen wurde, ändert nichts daran, daß die exemplarische Entschiedenheit als semiologischer Gehalt die Gruppe überdauert hat. Anders als die gescheiterte politisch-konzeptionelle Seite der RAF-Politik ist dieser versteckte Gehalt staatlicherseits schwerer zu denunzieren, denn er ist flüchtiger und keinesfalls gekoppelt an die ideologische Nähe zum Konzept des bewaffneten Kampfs. Der werdende Mythos nährt sich heute aus der Unbeugsamkeit der Gefangenen. Es ist daher durchaus ein politisches Ziel, Sieglinde Hofmann, Christian Klar und einige andere individuell und öffentlich zu brechen. Nicht weil die RAF dem Staat noch gefährlich wäre, oder gar um neue Gruppen, die den bewaffneten Kampf beleben könnten, abzuschrecken, sondern, um auch die subtilen Auswirkungen der RAFschen Rigorosität auf linke und subkulturelle Kreise, in Gestalt einiger Gefangener zu bekämpfen. ●

THOMAS KUNZ

Feinde draußen – Opfer drinnen

Neorassistische Konstruktionen als zentrale Gehalte „Innerer Sicherheit“

Das Thema Innere Sicherheit gilt seit langem als Dauerbrenner. In der sogenannten öffentlichen Diskussion werden zumeist der Einsatz und die Wirksamkeit polizeilicher und strafrechtlicher Mittel diskutiert. Dreh- und Angelpunkt bilden dabei ExpertInnenstreitigkeiten um die Stichhaltigkeit amtlicher, d.h. in erster Linie Polizeilicher Kriminalstatistiken (PKS). Sie sind die vermeintlich objektive Basis der Auseinandersetzung, deren hegemonialer Kern, welcher zwar methodologisch kritisiert, jedoch an sich kaum in Zweifel gezogen wird. Auch in den vergangenen zwei Jahren wurden, wieder einmal unter Berufung auf eine gestiegene Kriminalitätsbedrohung im Sinne einer Verbrechenszunahme, verschiedene Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Gesetze sind verabschiedet worden, weitere politische Vorstöße und Gesetzesprojekte in Vorbereitung. Sie bergen unbestreitbar die Gefahr gravierender Grundrechtseingriffe. KritikerInnen warnen gar vor einer „Demontage des Rechtsstaates“ (Krasmann u.a. 1993: 77). Die „Entgrenzung der Staatsgewalt“ (dies.: 68) fand ihren vorläufigen Höhepunkt im Inkrafttreten des neuen „Verbrechensbekämpfungsgesetzes“ am 1. Dezember vergangenen Jahres. Es ging in weiten Teilen auf das von Bundesinnenminister Kanther vorgelegte „Sicherheitspaket 94“ zurück und bekräftigte – einmal mehr – Kriminalitätsbekämpfung als „Schwerpunktaufgabe der Innenpolitik“ (Kanther).

Der Inhalt der Politik der Inneren Sicherheit stellt sich auch heute noch, über zwanzig Jahre nach Verabschiedung des „Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ durch die ständige Innenministerkonferenz von 1974, in erster Linie als sogenannte Kriminalitätsbekämpfung dar. Insofern kann von Kontinuitäten und Parallelen zwischen aktuellen und historischen Sicherheitsdiskursen gesprochen werden. Die inhaltliche Füllung des Begriffes Innere Sicherheit – Schutz vor Verbrechen – provoziert dabei eine beabsichtigte staatstragende Sachzwanglogik, wonach besagter Schutz, sowohl von den Herrschenden als auch von weiten Teilen der Beherrschten, als Aufgabe der Polizei fixiert wird: „Garant zur Gewährleistung der inneren Sicherheit... [ist] in erster Linie die Polizei“, so schon Rudolf Seiters 1993.

Widersprüchlich erscheint, daß trotz der engen Auslegung dessen, was Innere Sicherheit sein soll, ihr Gegenstand zugleich recht vage bleibt: Abwesenheit von Kriminalität. Vage deshalb, weil keine Handlung an sich kriminell ist; vielmehr ist diese Zuschreibung Ergebnis historisch sich ändernder Auswahl-, Zurichtungs- und Verarbeitungsprozesse. Es zeigt sich jedoch, daß gerade diese Vagheit gewährleistet, daß Sicherheitsdiskurse an andere Ausgrenzungsstrategien leicht anknüpfen können. Sie bildet insofern deren eigentliches Potential. So verstanden verfügen Sicherheitsdiskurse über Ausgrenzungsresourcen ersten Ranges. Wer sie dominiert, legt fest, wer als Feind Innerer Sicherheit gilt und umgekehrt, wer zu den Bedrohten, den Opfern zählt.

Es geht im folgenden nicht darum, die Auswirkungen und juristischen Feinheiten der angesprochenen Gesetzesvorschläge oder bislang verabschiedeter Gesetze en detail nachzuzeichnen. Es geht ebensowenig um den Nachweis, daß z.B. Organisierte Kriminalität oder irgendeine andere als Kriminalitätswirklichkeit geltende Bedrohungskonstruktion mit den verabschiedeten Gesetzen und Maßnahmen nicht wirklich bekämpft werden könne. Solche Kritik nimmt im Grunde vorgegebene Bedrohungskonstruktionen ernst, indem sie um adäquate Reaktionen darauf konkurriert. Sie transportiert und verfestigt letztlich deren vorgelagerte Schreckensszenarien: z.B. Mafiaterror, Organisierte Kriminalität, Schleuserkriminalität oder auch Drogenkriminalität. Dementsprechend erweisen sich Hinweise auf und Bemühungen um andere, womöglich „bessere“ Gesetze, als wenig hilfreich. Der Gestus des Bestreitens und Widerlegens stärkt vielmehr den hegemonialen Diskurs, da er strukturierende Begriffe aufgreift und somit letztlich die hergestellten Kausalzusammenhänge – zum Teil ungewollt – reproduziert. Auf diesen Sachverhalt soll genauer eingegangen werden.

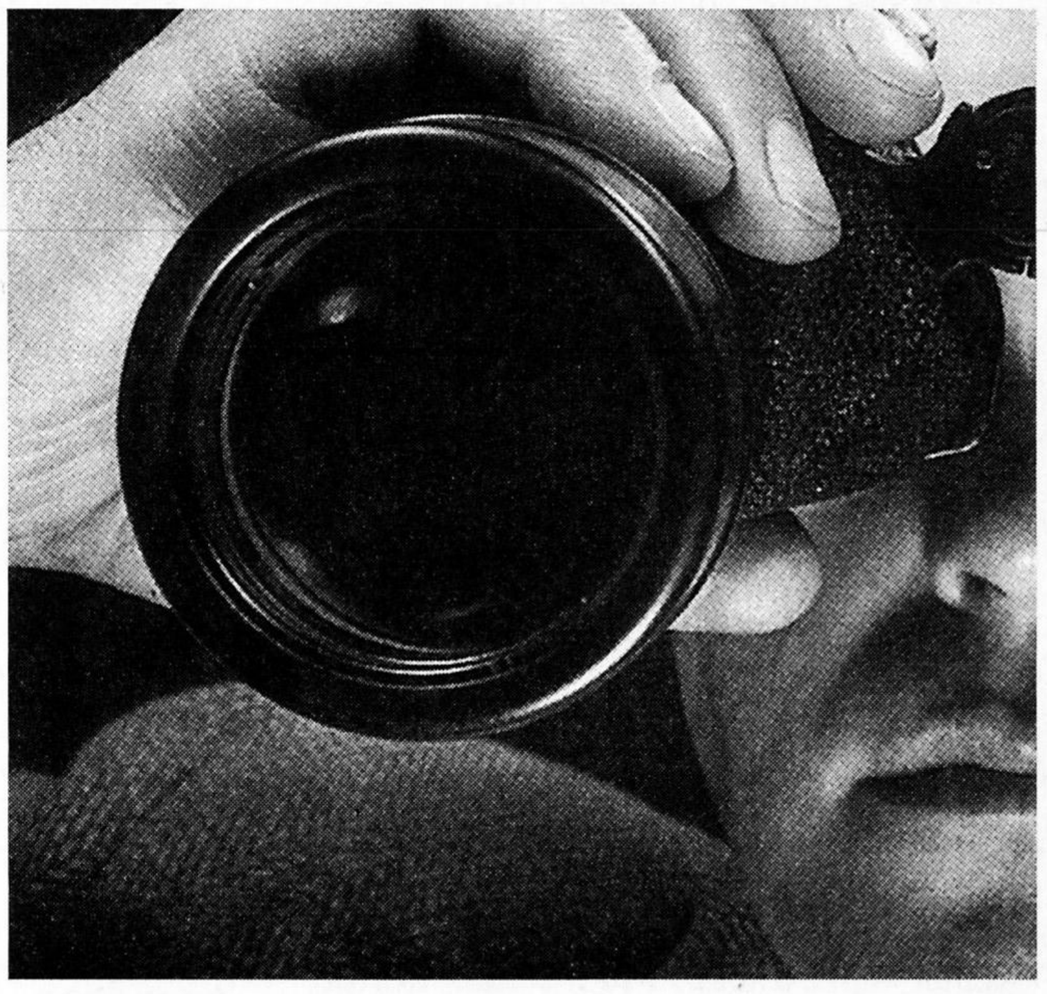
Eine Dringlichkeit der Sicherheitsthematik und der damit verbundenen Politikkonzepte wird von ihren ProtagonistInnen vordergründig durch einen Handlungsdruck bzw. Sachzwang legitimiert, der vor allem den Interpretationen der polizeilichen Kriminalstatistik geschuldet ist. Den InterpretInnen zufolge sei Innere Sicherheit bedroht, vor allem durch eine überdurchschnittliche Zunahme von Verbrechen im Lauf der letzten Jahre. Hinzu käme eine qualitative Veränderung der Art der Verbrechen. Die Frage, ob die Stichhaltigkeit der Analysen, Statistiken und Schlußfolgerungen des Sicherheitsapparates in Zweifel zu ziehen ist oder nicht, erweist sich jedoch als irrelevant und infolgedessen als kontraproduktiv. Die scheinbare Paradoxie gleichzeitiger Irrelevanz und Kontraproduktivität ist indes klärungsbedürftig.

Warum ist die Frage nach der Stichhaltigkeit bedeutungslos? Wäre sie zu bejahen, d.h. den Aussagen und Annahmen der PKS zuzustimmen, bliebe kritisch zu entgegnen, daß die Strategien des Starken Staates, der fortschreitende Eingriff in bzw. Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, dadurch nicht hinreichend begründet wäre. Vielmehr lieferte ein Kriminalitätsanstieg selbst den neuerlichen Beweis für die offensichtliche Untauglichkeit vergangener sowie zukünftiger Rechtsverschärfungen und Befugniserweiterungen. Insbesondere vor dem Hintergrund behaupteter „dramatischer Steigerungsraten“ (CDU-Generalsekretär Hintze) verlöre der seit Jahrzehnten beschrittene Weg einer Ausdehnung des staatlichen Repressionsapparates („more of the same“) im Kern weiter an Plausibilität. Für den gegenteiligen Fall, nämlich daß die Bedrohungsszenarien vor allem Angstphantasien oder spezifischen Interessen der SicherheitsexpertInnen geschuldet seien, wären Zweifel gleichfalls angebracht: In beiden Fällen bleibt die Frage unbeantwortet, worin nun eigentlich die Gründe für die autoritären Tendenzen zu suchen sind bzw. „warum trotz der angeführten Dysfunktionalität polizeilicher und strafrechtlicher Verarbeitung und der mit der Forderung nach Effektivierung dieser Maßnahmen einhergehenden Gefahren re-

gelmäßig unterschiedlichste Probleme als Bedrohung Innerer Sicherheit thematisiert und bearbeitet werden“ (Lehne 1993: 65). Insofern ist die Frage also irrelevant. Kontraproduktivität entfaltet sie, da sich sowohl BefürworterInnen als auch – und das ist hier von Interesse – KritikerInnen der Politik der Inneren Sicherheit vor allem auf das Bestätigen (Erstere) bzw. Widerlegen (Letztere) jener Statistiken konzentrieren – notwendigerweise verbreiten also beide deren Schreckensszenarien.

Die Absicht, z.B. durch den Nachweis statistischer Fehler oder unzulässiger Annahmen, die bessere Statistik einzuklagen, sowie durch eine andere Lesart gegenteilige Aussagen über Kriminalitätsentwicklung zu untermauern, muß als problematisch gelten. Ein Überschreiten von Grenzwerten, z.B. in Gestalt eines Anstiegs der Kriminalitäts(steigerungs)rate, indiziert Denormalisierung und begründet Handlungsbedarf. Eine Kritik, die die bessere Statistik zum Ziel hat, läuft diesem Dispositiv nicht zuwider, sondern ist mit ihm kongruent. Es heißt nichts anderes, als daß möglicherweise kein Handlungsbedarf bestünde, da die Toleranzgrenze, dank „differenzierterem Sicherheitsbericht“ (Kerner 1994), nicht überschritten sei.

Essentiell ist beim Streit um die „wahrere“ Statistik vielmehr die (tendenzielle) Partizipation kritischer, d.h. gegendiskursiver Elemente am hegemonialen Diskurs. Deren Einbindung ergibt sich durch die spezialdiskursiv fundierte Ablehnung der PKS, mithin bezeichnet als wissenschaftliche, d.h. den herrschenden Diskursregeln sich unterwerfende Kritik (vgl. hierzu Pfeiffer/Wetzels 1994). Die kritischen ExpertInnen empfehlen sich als die aufgeklärteren KriminalstatistikerInnen, ohne zu berücksichtigen, daß sie den Gegenstand ihrer Kritik dadurch diskursiv verfestigen, d.h. stabilisieren. Paradigmatisch für dieses Dilemma sind u.a. die Thesen von Cohn-Bendit/Schmidt in dem 1992 erschienenem Buch *Heimat Babylon* zur Frage „Sind Ausländer krimineller als Deutsche?“ Bei dem Versuch, Aussagen der Polizeilichen Kriminalstatistik bezüglich einer sog. Ausländerkriminalität zu relativieren, erliegen sie vollends der vorgenommenen Verknüpfung „Kriminalität“ und „Ausländer“. Faktisch geht es nur noch darum, die statistisch vorgegebene „hohe“ Kriminalitätsrate unter Rückgriff auf Subproletarisierungstendenzen erklären zu wollen. Resultat ist die Bestätigung der amtlichen Statistik, es gibt eine vergleichsweise hohe „Ausländerkriminalität“, garniert mit dem grünen Feigenblatt, sozioökonomische Gründe seien wohl für diese Art von Delinquenz ursächlich. Den unterstellten Zusammenhang zwischen „Kriminalität“ und „Ausländisch-Sein“ in Frage zu stellen, kommt den AutorInnen nicht einmal ansatzweise in den Sinn. (Vgl. Cohn-Bendit/Schmid 1993: 293-298) Ein weiteres Beispiel für die wissenschaftliche Fundierung der Zusammenhangskonstruktion von „Kriminalität“ und dem Status „Ausländer“ liefert der Sozialwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke. Bei seinem Versuch, die Ursachen für „Fremdenfeindlichkeit bei Polizeibeamten“ (Jaschke 1994: 185) zu benennen, nimmt Jaschke die „beunruhigende Entwicklung der Alltagskriminalität“ (ders.: 168) dabei ebenso für bare Münze, wie die Feststellung, daß „dienstliche Erfahrungen von Polizeibeamten [...] teilweise von einer gravierenden Einseitigkeit geprägt [sind]“ (ders.: 186f.). Um diese „Einseitigkeit“ zu illustrieren, kolportiert er eben die Szenarien, die es gerade zu dekonstruieren gilt: „Wer über Jahre hinweg Südamerikaner nur kennt als mit einem Touristenvisum durchreisende Mitglieder organisierter Banden von Taschen- und Trickdieben, bei dem können sich autoritäre Einstellungen leicht verfestigen.“ (ders.: 187)



Der kritische Blick: „Die Fixierung auf die Statistik verstellt die Möglichkeit, ...

Dem Hoffen darauf, „daß die Lagebilder [künftig] etwas mehr der Wirklichkeit entsprechen als in der Vergangenheit“ (Seidel-Pielen/Farin 1994: 822), liegt der Glaube zugrunde, den Statistiken sei eine Verbrechenswirklichkeit vorgelagert, die durch statistische Verfeinerungen bzw. Verfahrensverbesserungen und -erweiterung zu erfassen wäre: „Vielleicht wird es einmal gelingen, in Deutschland jährlich statt der bloßen Kriminalstatistik einen differenzierten Sicherheitsbericht vorzulegen, der statt bloßer angeblicher Fakten auch die Probleme angemessen benennt, die hinter den Fakten stehen“ (Kerner 1994: 214). Diese Fixierung auf die Statistik verstellt die Möglichkeit, die Spezifika des aktuellen Sicherheitsdiskurses zu erkennen und zu erklären. Gleichwohl lassen sich an der angedeuteten Positionierung zur PKS zwei andere, wichtige Feststellungen machen: Der Streit um die Statistik erweist sich erstens als „Kitt der Hegemonie“ und liefert zweitens den Nachweis, daß die KritikerInnen die Grundannahme, es gäbe eine vorgelagerte Verbrechenswirklichkeit, mit den BefürworterInnen teilen. Die erwähnten Kriminalstatistiken sind dem Diskurs aber nicht vorgelagert, sondern bereits ein Teil von ihm. Kriminalitätswirklichkeit ist demnach nichts Vor-Statistisches, das nur noch erfaßt zu werden braucht, um sich in der PKS mal mehr, mal weniger widerzuspiegeln. Vielmehr fließen gesellschaftliche Vorannahmen, herrschende Moralvorstellungen, Gesetze und Interessensmaßstäbe in die statistische Erfassung mit ein, mehr noch: der Vorgang statistischer Erfassung selbst hat als gesellschaftliches Urteil zu gelten. Die Statistik muß als Mittel und zugleich als Ort begriffen werden. Diese Erweiterung überwindet die Reduktion auf ihre Rolle als „Spielball“ der Auseinandersetzung und mißtraut bereits den Versuchen statistischer Aneignung, dem anschließenden Übertragen und Generalisieren, d.h. der Konstruktion sozialen Verhaltens im Sinne von Kriminalität.

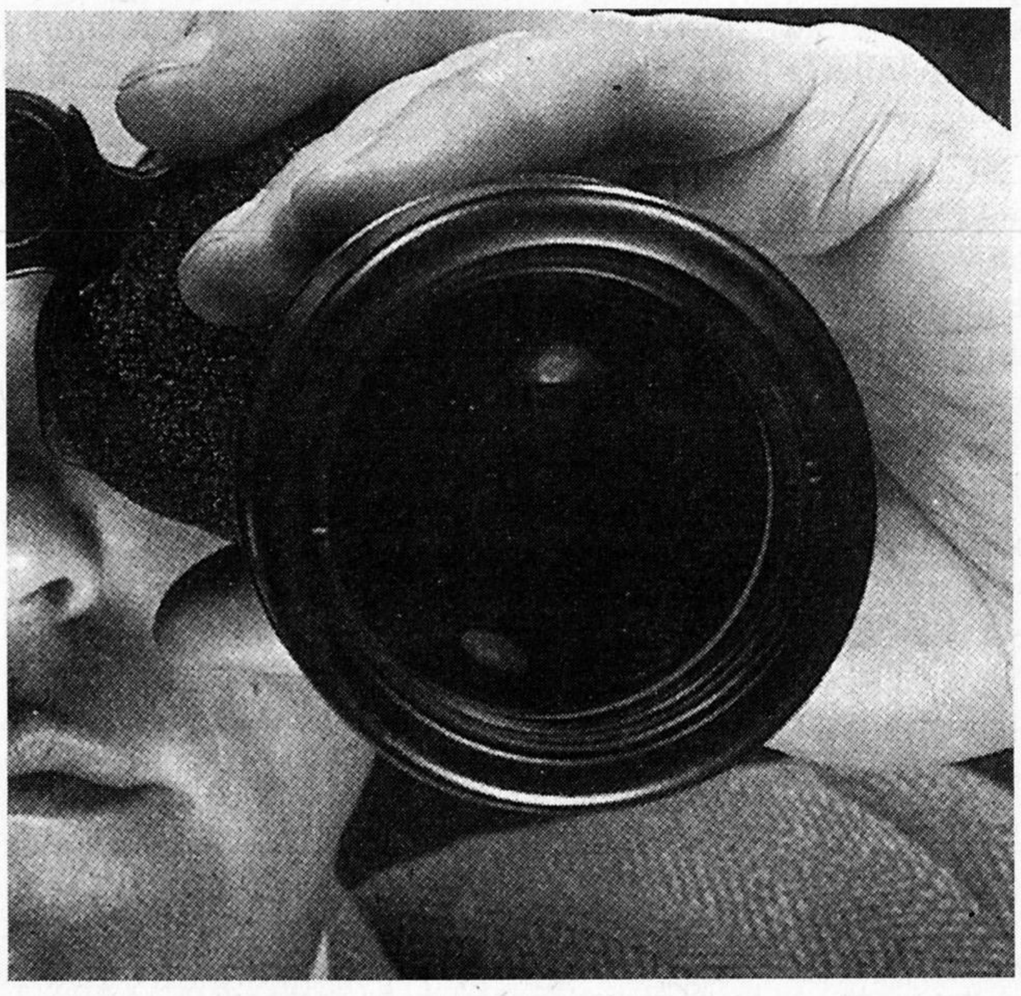
Das zur Statistik geronnene ExpertInnenwissen legt mittels seiner Einbindung fest, was gesellschaftlich als kriminell gilt: es wird wichtiger Bestandteil des hegemonialen Kriminalitätsverständnisses und spielt insbesondere bei der Einstimmung in das Thema Innere Sicherheit eine beherrschende Rolle. Formulierungen wie z.B. „eklatanter Anstieg“, „bedrohlicher Anstieg“, „besorgniserregende Zunahme“, „beängstigende Zunahme“ oder „explosionsartige Zunahme“ sind Belege für die erwähnte Einbindung und künden von deren alltagsverständlicher Übersetzung.

Die Instrumente der Kontrolle und Repression schaffen in diesem Sinne nicht nur die Verbrechen, die zu kontrollieren sie

vorgeben, sondern zugleich homogene Kollektive von den Drohenden und den Bedrohten. Das komplexe Nebeneinander und die Gleichzeitigkeit von Ausschließungs- und Zuschreibungspraxen, deren Auffälligkeit darin besteht, daß die Bedrohungen, d.h. die Feinde Innerer Sicherheit, immer so konstruiert sind, daß sie herrschende Sicherheitspolitik als angemessen oder gar notwendig erscheinen lassen, begründen eine Verlagerung des Beschäftigungsschwerpunktes auf das Zustandekommen der Realitätskonstruktionen, mittels denen die oben genannten Gesetze und Entwürfe gerechtfertigt werden.

Von Interesse ist deshalb in erster Linie, wer oder was im herrschenden aktuellen Diskurs als Bedrohung und – in Erweiterung dieser Frage – wer als bedroht präsentiert wird und vor allem, wer diese Präsentationen vornimmt. Es geht um die Analyse der Signifizierungsprozesse: Wie laufen sie ab, was sind ihre Gehalte, welche Folgen haben sie für die Personen, die in sie involviert sind. Vorwegnehmend sei gesagt, daß der Sicherheitsdiskurs starke neorassistische Züge aufweist. Vor dem Hintergrund, „daß die Definition einer Ausländerkriminalität kriminologisch unvertretbar ist“ (Walter/Kubink 1993: 306), sie aber dennoch eine besonders große Rolle im Diskurs spielt, ist davon auszugehen, „daß die ‚Sicherheits‘- nach der ‚Asyl‘-Debatte der zweite Schritt ist, die rassistische Umstrukturierung der bundesdeutschen Gesellschaft voranzutreiben“ (Tolmein zit. nach AG Innere Sicherheit 1994: 20).

Die sprachlichen und symbolischen Gehalte des aktuellen Sicherheitsdiskurses sind demnach als Formen sozialer Praxis zu interpretieren. Sie bezeichnen in diesem Sinne Prozeduren der Ein- und Ausschließung und stellen hierdurch ein Potential herrschaftslegitimierender Technik bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft dar. Es gilt hierbei nicht nur zu fragen, mittels welcher Merkmale und Beziehungen die angedeuteten Bedeutungskonstruktionen Herrschaft aufrechterhalten. Zugleich wird die Frage nach der Rolle und dem Einfluß bestimmter exponierter Akteure und Agenturen aufgeworfen, die „gewöhnlich, rechtmäßig, die erste Möglichkeit haben [...], und zwar ausführlich, eine Konfliktsituation zu definieren.“ (Hall 1989: 141) Hieraus und unter Rückgriff auf diskurstheoretische Arbeiten des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ergibt sich ein Zugang, der die hegemonialen Teile des Sicherheitsdiskurses als Elitediskurs ausdifferenziert, denn: die „[...] Mächtigen erhalten primäre Definitionsmacht bei diesen Konflikten. Sie haben Zugang zum Thema, stellen die Regeln der Debatte auf, sie legen fest, was für die Art und Weise, wie das Thema behandelt werden wird, ‘relevant’ und was ‘irrelevant’ ist.“ (Hall 1989: 141) Zur Elite zählen Angehörige der Sicherheitsbehörden, sogenannte SicherheitsexpertInnen, PolitikerInnen und MedienvertreterInnen. Die berufsbedingte Perspektive der Mitglieder des Sicherheitsapparates führt zu Lageeinschätzungen (Stichwort: Polizeiliche Kriminalstatistiken) und daraus resultierenden Lösungsangeboten, die von BerufspolitikerInnen zu politischen Konzepten verdichtet werden und die letztlich in Gesetzesvorschläge und schließlich Gesetze münden (Asylgesetz, Großer Lauschangriff, Verbrechensbekämpfungsgesetz, Gesetz gegen die Organisierte Kriminalität etc.). Übersetzungsarbeit leisten hierbei die Medien: „Der Mediendiskurs, über den auch ein Großteil der politischen Rede erst ihre Bedeutung erhält, ist gegenwärtig wohl der zentrale Ort der Formierung subjektiver Haltungen und kultureller Positionen“ (Gerhard 1992: 11). Ihm kommt besondere Bedeutung zu, denn er bezeichnet die Schnittstelle zwischen ExpertInnenwissen und Alltagsgewißheiten.



... die Spezifika des aktuellen Sicherheitsdiskurses zu erkennen und zu erklären.“

Wichtig ist hierbei, die verwendete Bildlichkeit der Redepositionen zu berücksichtigen, die Kollektivsymbolik, mittels der das Thema allgemeinverständlich verankert wird. Die Untersuchung der als ExpertInnen-, politischer und Mediendiskurs zu bearbeitenden Teilbereiche zeigt, daß Kriminalität nahezu durchgängig über Metaphern wie z.B. „Leck“, „Flut“, „Eisberg“, „Krebs“, „Pest“, „Immunschwäche“, „Termitenschar“, „Lawine“, „Unkraut“ oder „tödliche Infektion“ kollektivsymbolisch negativ kodiert und hierüber als nicht zugehörig in ein gesellschaftliches Außen verwiesen wird. Demgegenüber verweisen Symbole wie „guter Nährboden“, „Gemäuer“, „Haus“, „Körper“, „Gebäude“, „Schiff“ auf den bedrohten Innenbereich, nämlich „unsere Gesellschaft“, „Vaterland“, die BRD.

In den Bedrohungsszenarien tauchen unterschiedliche Deliktbereiche immer wieder auf: Alltags- bzw. Massenkriminalität, Gewalt- und Rauschgiftkriminalität und vor allem Organisierte Kriminalität. Insbesondere der Begriff der Organisierten Kriminalität erweist sich als dominant: Mal bündelt er bestimmte Deliktbereiche und läßt Kriminalität dadurch noch bedrohlicher erscheinen, ein anderes Mal steigert seine Unbestimmtheit (dank diffuser Definition) sein Bedrohungspotential. Es handelt sich um einen schillernden Begriff, der je nach kriminalpolitischem Kalkül eingesetzt werden kann. Unabhängig von seiner Auslegung nimmt er eine zentrale Rolle ein, wenn es darum geht, Forderungen aus den Bedrohungsszenarien abzuleiten. Noch interessanter ist jedoch, daß für alle scheinbar versachlichten Teilbereiche – in Gestalt unterschiedlicher Kriminalitätsarten – nachgewiesen werden kann, daß sie im Kern neorassistische Feindbildkonstruktionen vornehmen. Migration und Kriminalitätsentwicklung werden in ursächlichen Zusammenhang gebracht. Diese Verknüpfung erweist sich, im aktuellen Diskurs, als durchgängig tragendes Muster. So deklarierte Bundesinnenminister Kanther die Organisierte Kriminalität sogar zum „spezifischen Bereich der Ausländerkriminalität“ (Kanther 30.5.94). Ist in der PKS vordergründig noch von Tatverdächtigen die Rede, ist eine hervorgehobene Differenzierung bei PolitikerInnen und MedienvertreterInnen nicht anzutreffen. Es kommt zu einer Polarisierung zwischen Opfern (Bedrohten) und TäterInnen (Bedrohenden), die entlang der Achse deutsch – nichtdeutsch verläuft. Deutsche als Kriminelle oder TäterInnen spielen in den Bedrohungsszenarien eine marginale Rolle; auf Nichtdeutsche, Ergebnis der Konstruktion personifizierter Kriminalität im Si-

cherheitsdiskurs, übertragen sich folglich alle Negativ-Kodierungen, mit denen Deliktbereiche und Kriminalitätsentwicklung etikettiert wurden. Die Folge: Nichtdeutsche werden entindividualisierend als bedrohliche, amorphe Masse kodiert. Ein homogenes Kollektiv „ausländischer Täter" wird hierüber ebenso hergestellt, wie umgekehrt das Kollektiv „deutscher Opfer". Mittels permanenter Verknüpfung mit Hinweisen auf Glaubensrichtungen, Ernährungsgewohnheiten, Sprache und Aussehen der als TäterInnen identifizierten, wird kulturelle Differenz konstruiert. Wurden neorassistische Bedeutungskonstruktionen bislang hauptsächlich im Rahmen einer Auseinandersetzung um den Begriff „Ausländerkriminalität" als Teildisziplin verharmlost, erweist sich der gesamte Sicherheitsdiskurs als von diesem Bild perpetuiert. Er wird getragen von der (Re-)Produktion der kollektiv „Anderen", der „Fremden" – und der im gleichen Moment stattfindenden (Re-)Produktion des kollektiven „Wir". Diese Volksvergemeinschaftung rückt ins Zentrum der Analyse. Besagte Konstruktion im und durch den aktuellen Sicherheitsdiskurs rechtfertigt dessen Bewertung als Fortsetzung des Asyldiskurses – mit nur zum Teil anderen Mitteln.

Die Frage nach Gegenstrategien lenkt die Aufmerksamkeit nochmals auf Gehalt und Wirkung einer Herangehensweise, welche die Auswirkungen der Politik Innerer Sicherheit in der Hauptsache damit kritisiert, daß „diese Maßnahmen [...] rechtstsaatliche Prinzipien und die Substanz der Bürgerrechte [gefährden]" (aus der Verlagsankündigung des neuen Buches von Rolf Gössner (Hg.) „Mythos Sicherheit"). Es ist symptomatisch, daß diese Kritikposition vor allem den Verlust

„Von Interesse ist deshalb in erster Linie, wer oder was im herrschenden aktuellen Diskurs als Bedrohung und – in Erweiterung dieser Frage – wer als bedroht präsentiert wird und vor allem, wer diese Präsentationen vornimmt."

von BürgerInnenrechten beklagt. Ein Verlust setzt allerdings deren Besitz voraus. Personenkreise, die Kraft des ihnen zugewiesenen Status', „AusländerInnen" zu sein, überhaupt nicht in den Genuß dieser Rechte kommen, sind deshalb hiervon von vorneherein ausgeschlossen. Sie haben im diesbezüglichen Sinne eben nichts zu verlieren. Auch auf dieser Ebene wird so die Politik des Ausschlußes durch ihre KritikerInnen komplettiert, sie verdoppeln quasi die staatlichen-repressiven Ausgrenzungsstrategien. Die Position der Verteidigung der BürgerInnenrechte erweist sich als Politik der Besitzstandswahrung. Die befürchteten negativen Auswirkungen eines Großen Lauschangriffes sieht sie darin, „daß eine Vielzahl völlig Unverdächtiger, vor allem auch solche Personen in Mitleidenschaft gezogen werden, denen ein Zeugnisverweigerungsrecht zusteht, also Angehörige, Verwandte, Ärzte, Pfarrer, Journalisten und Rechtsanwälte" (Bachmeier 1993: 160). Der Kampf um liberale Rechtspositionen entzündet sich offensichtlich erst, wenn Rechte „völlig Unverdächtiger" angetastet werden. Solch eine Kritik übersieht, daß weder die bestehenden Grundrechte von allen gleichermaßen wahrgenommen werden können, noch daß die Folgen der zunehmenden Entdemokratisierung und Entsolidarisierung in dieser Gesellschaft alle gleichermaßen betreffen (vgl. AG Innere Sicherheit 1994: 24).

Die Empörung über das Abhören „völlig Unverdächtiger" impliziert darüberhinaus, daß das Abhören, solange es nur wirklich Verdächtige beträfe, wenig empörend sei. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als Verdächtigen – kraft Verdacht – Grundrechte abzusprechen. Kritik auf Basis der soeben zitierten Position affirmiert demnach aktuelle Zuschreibungsprozesse, indem der Status des Verdächtigen nicht hinterfragt wird und bekräftigt dadurch die angesprochenen Ausbürgerungstendenzen. Sie ignoriert, daß bereits die Auseinandersetzung darum, wer als verdächtig bzw. unverdächtig gilt, in diesen Kampf verstrickt ist. Sie mißversteht die Hauptstoßrichtung der aktuellen Politik Innerer Sicherheit. Diese zielt nämlich in erster Linie nicht darauf ab, BürgerInnen ihre BürgerInnenrechte einzuschränken, sondern sie dreht sich zentral um die wirkungsmächtige Definition, wer als BürgerIn gilt und wer mittels Kriminalitätskonstruktionen ins rechtlose Außen verwiesen wird. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, daß das Bedrohungsszenario „Ausländerkriminalität" seine bislang subalterne Position aufgeben konnte, um zum exponierten Glied im Sicherheitsdiskurs zu avancieren. Konstruktionen des Fremd-Seins und des Kriminell-Seins überschneiden sich nicht länger nur, sie sind zur Deckung gebracht worden. Diese Signifizierungsprozesse zu dekonstruieren, ihre Dominanz anzugreifen, sie zu hintertreiben, ist eine Aufgabe, der sich bislang nur unzureichend angenommen wurde. ●

Literatur:

AG Innere Sicherheit 1994: „'Ausländerkriminalität und Innere Sicherheit' – (K)ein Thema für die antirassistische Bewegung?". In: ZAG. Zeitung antirassistischer Gruppen 11: 20-24.

Bachmeier, H. 1993: „Lauschangriff: Einbruch in die Privatsphäre". In: Kampmeyer, E./ Neumeyer, J. (Hg.): Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme, München: 157-160.

Cohn-Bendit, D./ Schmid, T. 1993: „Heimat Babylon", Hamburg.

Gerhard, U. 1992: „Politik und Pogrome". In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich 45: 9-16.

Gössner, R. (Hg.) 1995: Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat. Baden-Baden.

Hall, S. 1989: Ausgewählte Schriften, Hamburg.

Jaschke, H.-G. 1994: „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und die Polizei". In: Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Frankfurt am Main: 167-209.

Kerner, H.-J. 1994: „Kriminalität in Deutschland. Ein Problem- und Sachstandsbericht". In: Gewerkschaftliche Monatshefte 4: 202-214.

Krasmann, S. u.a. 1993: „Entgrenzung der Staatsgewalt. Die CDU und die Innere Sicherheit". In: Vorgänge 124: 68-79.

Lehne, W. 1993: „Politik Innerer Sicherheit. Die entpolititsierende Konstruktion gesellschaftlicher Risiken als Kriminalitätsprobleme". In: Kampmeyer, E./ Neumeyer, J. (Hg.): Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme, München: 51-70.

Pfeiffer, C./ Wetzels, P. 1994: „Die Explosion des Verbrechens?". In: Neue Kriminalpolitik 2: 32-39.

Seidel-Pielen, E./ Farin, K. 1994: „Innere Sicherheit: Die Konstruktion der Bedrohung". In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7: 811-823.

Walter, M./ Kubink, M. 1993: „Ausländerkriminalität – Phänomen oder Phantom der (Kriminal-)Politik?". In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 5: 306-317.

Die Saarlandbrigade

- eine Eliteeinheit der Bundeswehr -

Sie waren in Somalia dabei, sie beteiligen sich im Rahmen der NATO an Manövern in Kurdistan, sie sind stolz auf die Tradition der Fallschirmjäger der Wehrmacht, singen auch heute noch Nazi-Lieder und sind eine der Einheiten, welche die „Neue Weltordnung" erzwingen und erhalten sollen.

Videofilm:
Friedensengel
Für UNO, NATO und Deutschland in die Welt

Produktion: KAOS-Team, Köln und *querblick*, Konstanz mit Unterstützung der *AKTION 3.WELT Saar*
BRD, 1995, 30 Minuten

Flugschrift:
Flugschrift 2
4seitige Informationsschrift zur Saarlandbrigade
hrsg.: AKTION 3.WELT Saar
für Gruppen kostenlos in größerer Anzahl

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim
Tel 06872 / 6982 • Fax 7826
Aussagekräftige Pressephotos stehen zur Verfügung.

UWE FAHR

Entwickelter Kapitalismus oder Informationsgesellschaft?

Die Entstehung der modernen Medienlandschaft und der Einzug der Computer in die Büroräume und in die privaten Wohnstuben wird meist als der Übergang zu der sogenannten Informationsgesellschaft betrachtet. Bedauerlicherweise ist es immer wieder nötig, solchen Unsinn zu widerlegen, denn der Begriff der Informationsgesellschaft sagt über die gesellschaftliche Wirklichkeit so wenig aus wie die Begriffe Risikogesellschaft oder Zweidrittelgesellschaft. Spätestens, wenn im gewerkschaftlichen und linken Spektrum diese Klischees übernommen werden, wird es Zeit zu intervenieren. Genau das soll in dem folgenden Beitrag geschehen.

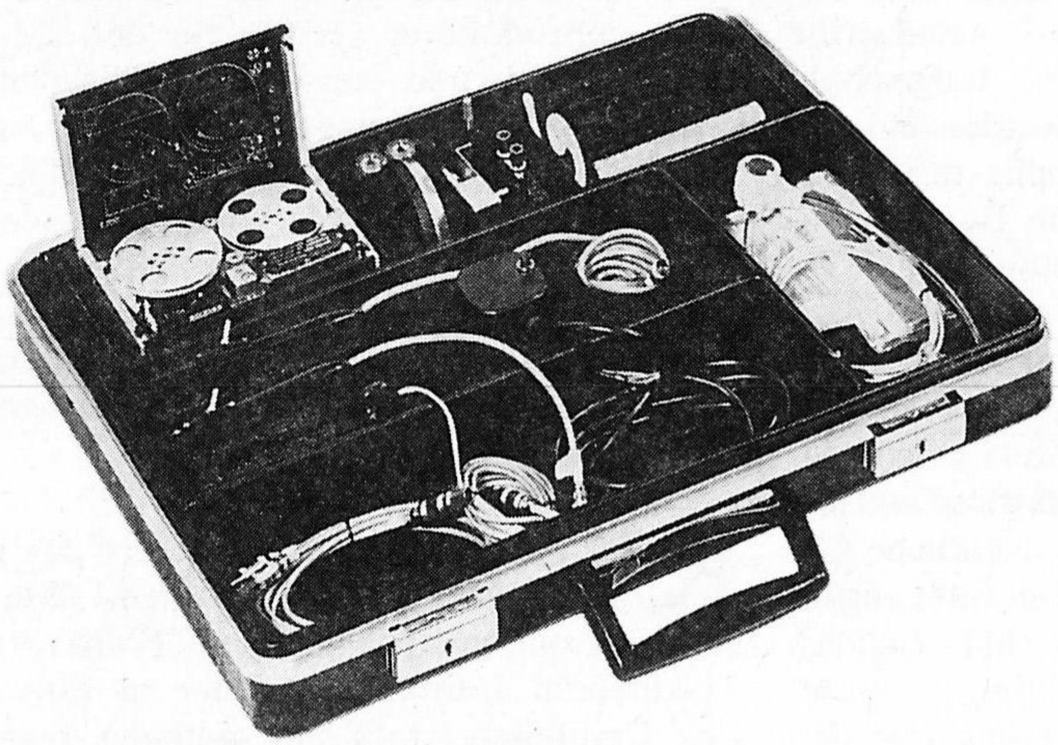
Gabriele Hooffacker ist eine nachdrückliche Vertreterin alternativer Computernetze. Bereits vor Jahren hat sie wesentlich an dem Aufbau des linken CL-Netzes mitgewirkt und hat immer wieder versucht, diese Art der Computernutzung propagandistisch abzusichern. Heute tut sie ihr politisches Programm in den Rundbriefen von Kommunikation und Neue Medien e.V., dem Trägerverein des CL-Netzes, kund. Gabriele Hooffacker ist bei weitem nicht die Theoretikerin der Informationsgesellschaft, sondern journalistische Fachautorin für EDV und Telekommunikation. Dennoch verbreitet sie gerade durch ihre journalistische Tätigkeit Bilder und Metaphern über die Nutzung von Computern und spricht für ein Spektrum politisch aktiver ComputernutzerInnen. Ihr politisches Programm klingt einfach und vernünftig. Sie fordert, ähnlich den Gewerkschaften, daß durch die Deregulierung der Telekom der sogenannte Universaldienst nicht eingeschränkt werden darf. Gemeint ist damit, daß jeder in der Bundesrepublik Lebende die Möglichkeit hat, sich zu einem erschwinglichen Preis ans Telefonnetz anschließen zu lassen. Ihr Argument verläuft so: Was Georg Picht in den sechziger Jahren erkannt hat, gilt noch heute; soziale Gerechtigkeit heißt gerechte Verteilung von Bildungschancen. Durchschlagskraft hat seine Forderung nach einer Bildungsreform erhalten, weil die deutsche Wirtschaft diese Reform damals dringend benötigt hat. Dreißig Jahre später ist die Situation identisch. „Im Medienzeitalter entscheiden Medienbildung und -kompetenz über die künftige Position in der Gesellschaft." (Hooffacker 1/1995: 1) Medienkompetenz wird nach Hooffacker darüber hinaus erforderlich, um politisch mitwirken zu können: in den Parteien, aber auch in den „Gruppierungen der Neuen Sozialen Bewegungen" (ebd.). In dieser Situation muß nach Hooffacker eine Bildungsoffensive gestartet werden und an die Ansätze der schulischen und außerschulischen Bildung angeknüpft werden, um eine drohende Bildungskatastrophe zu vermeiden. Und warum? „Soll die Bundesrepublik eine wesentliche ökonomische Rolle im globalen Wettbewerb spielen, ist dazu hochqualifiziertes Personal notwendig" (ebd.: 3). Mit der Bildungsoffensive wird aber nach Hooffacker ein Ziel erreicht, das über die Stärkung des Standortes Deutschland hinausgeht, denn die eigentliche Gefahr besteht darin, daß sich mit der entstehenden Informationsgesellschaft zugleich eine „neue Klasseneinteilung" (Hooffacker 1995: 96) bildet, orientiert an den Möglichkeiten des Informationszuganges. Hooffacker will diese neue Klassenspaltung verhindern, und damit Macht und Einfluß der entstehenden Klasse der „Information Rich" begrenzen. Über diese sagt sie: „Information ist für sie das Rohmaterial, mit dem sie umgehen, also Mittel. Ihr Lebensstil, ihre Philosophie, ihre Sicht der Gesellschaft wirkt prägend auf die Informationsmanager. Ihr Ziel ist die ökonomische Macht. Sie steuern die Bewegungen des Kapitals, rund um den Globus – dorthin, wo es am meisten einbringt" (ebd.: 96). Hooffackers politisch-gesellschaftlicher Zukunftsentwurf scheint darin zu bestehen, daß die kapitalistische Gesellschaft, die sie beschönigend allein als Industriegesellschaft sieht, von der sozial gerechten, total vernetzten Informationsgesellschaft abgelöst wird. Dieses Programm faßt sie in dem einen Satz „empowering the information poor" zusammen.

Das Thema der Klassen und Klassenstrukturierung fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften ist in den vergangenen Jahren leider viel zu sehr aus dem Blick geraten. Die Begriffe scheinen keine analytische Kraft mehr zu haben, noch politisches Handeln angemessen leiten zu können. Auf den ersten Blick erscheint es also wünschenswert, wenn Hooffacker den Gesichtspunkt von Klassen und Klassenentstehung wieder in die Diskussion bringt. Bedauerlicherweise ist ihr Begriff von Klasse jedoch diffus. In ihrer Sicht ist es der Industriegesellschaft gelungen, die alten Klassenstrukturen zu nivellieren: „Massenproduktion verbesserte den Lebensstandard und versorgte Milliarden (sic!) mit den Segnungen der modernen Komsumgüterindustrien" (ebd.: 110). Die neue Klassengesellschaft, so Hooffacker, ist lediglich eine Gefahr, die durch den „politischen Willen" gebannt werden kann, denn es ist „alles eine Frage des politischen Willens, für eine solche Bildungsoffensive Geld auszugeben" (ebd.: 27).

Keine der von Hooffacker verbreiteten Thesen ist stichhaltig. Erstens: Wer mit Information umgeht, sei es in Form von klassischem Journalismus oder in Form von Computereinsatz und -nutzung, mag für die Manager in großen Unternehmen eine wichtige Funktion haben. Er mag sogar unentbehrlich sein, aber er verfügt bei weitem noch über keine effektive Macht (vgl. dazu Giddens 1978: 214). Zweitens: Für einen analytischen Gebrauch des Klassenbegriffs sind die Begriffe „arm" und „reich" keine hinlänglichen Kriterien zur Differenzierung. Dabei hat Hooffacker jedoch recht damit, daß Computerwissen als eine Aufwertung der individuellen Marktchancen zu begreifen ist. Dies wird auch in der Tat die gegenwärtig vorhandene Klassenzusammensetzung verändern. Drittens: Das von ihr vorgestellte Modell ist dichotomisch und greift damit viel zu kurz, denn in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften lassen sich drei Klassen ausmachen (s.u.). Viertens: Keine Bildungsoffensive verwirklicht soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit kann nur dort geschaffen werden, wo die Klassenstrukturen kapitalistischer Gesellschaften thematisiert und angegriffen werden. Allein schon der Zugang zur Bildung wird in der Klassengesellschaft immer sozial ungerecht sein, dies mag die eine oder andere Reform abschwächen oder überdecken, verändern wird sie diesen Zustand nicht.

Hooffacker vertritt, wie bereits erwähnt, ein Spektrum bürgerrechtlicher und alternativer Nutzung von Computernetzen. Sinn und Zweck solcher Nutzung soll eine

bessere „Vernetzung“ von Gruppen aus dem alternativen Spektrum sein. Allzuleicht werden aber Mittel und Zweck vertauscht. Meine These ist, daß es keine linke, d.h. emanzipatorische Nutzung von Computernetzen und Onlinediensten geben kann. Es mag Linke geben, die sich dieses Mediums bedienen – mit mehr oder weniger Erfolg und Nutzen – aber das Medium als solches verstärkt die vorhandene Klassenstrukturierung entlang der Trennung von manueller Arbeit und der Arbeit an Symbolen. Der Rekurs Hooffackers auf den „Standortvorteil“ belegt dies. Joachim Hirsch hatte daher recht, als er darauf hinwies, daß von linken e-mail Anschlüssen keine gesellschaftlichen Veränderungen zu erwarten seien (Hirsch 1995).



„Jedes Computerprogramm macht aus der Hardware erst die erwünschte Maschine“: Sub-Miniatur-Krawatten-Mikrophon

Auch die Gewerkschaften legen die Frage, wie wünschenswert Multimedia ist, beiseite, da sie davon ausgehen, daß die Frage faktisch bereits entschieden ist und es daher alleine noch darum gehen kann, den Multimediamarkt, der ja tatsächlich entsteht, und den deregulierten Telekommunikationsmarkt zu gestalten. Nun wäre diese Position zwar bedenklich, aber noch nicht einmal falsch, wenn sie die Gestaltung des Kommunikationsbereiches in eine weit gesteckte gesellschaftliche Perspektive stellen würde. Im allgemeinen ist damit aber die normative Anerkennung kapitalistischer Ökonomie und staatlicher Verfaßtheit von Gesellschaft verbunden. Die Gestaltung der Technologie und des Marktes soll aus gewerkschaftlicher Sicht staatlich reguliert werden. Deutlich wird dies beispielsweise an dem „Memorandum zur Gestaltung der Informationsgesellschaft“ der Hauptvorstände der Deutschen Postgewerkschaft und der IG Medien vom Juni 1995. Hier heißt es: „Die Bedingungen auf neu entstehenden Märkten müssen in sozialer, wirtschaftlicher und technischer Hinsicht reguliert werden, um vorhandene Fehlentwicklungen zu beseitigen und gesellschaftliche Anforderungen an eine Informationsgesellschaft zu verwirklichen“. Und weiter: „Staatliche Regulierung muß daher die Voraussetzung dafür schaffen, Schadenspotentiale zu verringern und Sicherheit auf elektronischen Wegen zu schaffen“ (Memorandum 1995). Es kann nicht allein darum gehen, Schadenspotentiale zu verringern. Wichtiger wird die Frage, wie die Kontrolle über diese technischen Potentiale völlig den Unternehmen zu entziehen ist, ohne sie gleichzeitig wieder mehr oder weniger repressiven staatlichen Institutionen anzuvertrauen. Soweit es einen Streit zwischen industriellen und gewerkschaftlichen Befürwortern von Multimedia gibt, handelt er davon, ob der Staat gestaltend in den Markt eingreifen soll oder ob solche Interventionen unterbleiben sollen. Auch den Gewerkschaftern ist klar, daß „politisch-gesellschaftliche Zukunftsentwürfe“ (Lothar Schröder in: Multimedia 1995: 131) notwendig sind, aber die Entwürfe bewegen sich im Horizont von Markt und Staat.

Den Vertretern der Informationsgesellschaft, gleichgültig ob sie aus dem gewerkschaftlichen oder linken Spektrum stammen, ist entgegenzuhalten, daß die Einführung der Computer nicht die gravierenden gesellschaftlichen Folgen hat, die behauptet werden (die Computerisierung hat vor allem andere Folgen). Wir werden weiterhin in einer kapitalistischen Gesellschaft mit ihren typischen Klassenstrukturen und Herrschaftsformen leben. Und es ist gerade diese gesellschaftliche Struktur, die durch die Computer stabilisiert wird. Das zeigt sich beispielsweise auch an der staatlichen Verfaßtheit der Gesellschaft: die staatlichen Institutionen werden immer mehr mit Computern aus- und aufgerüstet, um derart immer schlagkräftiger zu werden. Man kann sogar soweit gehen wie der Computerkritiker Joseph Weizenbaum und behaupten, daß der Computer gerade zur richtigen Zeit entwickelt wurde. Der Computer kam, so Weizenbaum, „gerade noch rechtzeitig, um gesellschaftliche und politische Strukturen intakt zu erhalten – sie sogar noch abzuschotten und zu stabilisieren – die andernfalls entweder radikal erneuert worden oder unter den Forderungen ins Wanken geraten wären, die man unweigerlich an sie gestellt hätte. Der Computer wurde also eingesetzt, um die gesellschaftlichen und politischen Institutionen Amerikas zu konservieren“ (Weizenbaum 1978: 54).

Damit zeigt sich das grundlegende Dilemma, vor dem emanzipatorische Politik steht, noch stärker. Sie droht gleichsam zwischen den beiden Strukturen Markt und Staat zerrieben zu werden. Da die meisten gewerkschaftlichen oder bürgerrechtlichen Forderungen zur Gestaltung von Multimedia die Einführung staatlicher Regulationsmechanismen verlangen, kommen sie von der Skylla Markt zur Charibdis Staat. Der Staat wird so als einzige Gegenmacht gegen die immer weiter um sich greifende Vermarktung von Information gesehen. Aufgrund der Globalität der Computernetze wie auch der Marktmonopolisten führt dies letztlich zum unrealistischen, aber folgerichtigen Gedanken, daß die UNO für die Regulation zuständig ist (vgl. *FR* 14.10.1995).

Gegenüber diesen Versuchen, das Phänomen „Informationsgesellschaft“ zu begreifen und eine geeignete Politik zu formulieren, möchte ich das Phänomen vor dem Hintergrund der Klassentheorie von Anthony Giddens beschreiben. Giddens geht davon aus, daß die Normalform der kapitalistischen Gesellschaft aus drei Klassen besteht, die in sich noch einmal stark strukturiert sein können. Er benennt diese Klassen als Arbeiter-, Mittel- und Oberklasse. Eine der wichtigsten Bedingungen der Stukturierung von Klassen sind dabei die unterschiedlich verteilten Chancen auf dem Markt. Der Aspekt, auf den ich mich besonders beziehen möchte, ist der, daß Giddens sagt, daß die Trennung der Arbeiterklasse von der Mittelklasse dadurch zustande kommt, daß die manuelle Arbeit von der Arbeit an Symbolen getrennt wird. Der Angestellte arbeitet an „einer Aufgabe, die lediglich den Umgang mit symbolischen Gegenständen erfordert“ (Giddens 1979: 226).

Ich möchte die Begriffe weitestgehend deskriptiv gebrauchen (um so revolutionstheoretische Implikationen zu vermeiden), und folgendes behaupten: Computer und Multimedia sind Großtechnologien, die von den ökonomischen Eliten forciert werden (beispielsweise durch gewaltige Werbekampagnen wie dieser Tage von Microsoft oder IBM). Die Gegenliebe, auf die sie stoßen, ist klassenspezifisch. Die Mittelklasse ist der eigentliche Adressat und Befürworter dieser Entwicklung. Da diese selbst die Medien bestimmen, erscheinen die Auswirkungen größer, als sie es wirklich sind.

Der Computer ist eine universale Maschine, die in jede andere beliebige Maschine transformiert werden kann (innerhalb des vorgegebenen Rahmens der Hardware natürlich). Jedes Computerpro-

gramm macht aus der Hardware erst die erwünschte Maschine: eine moderne Schreibmaschine, eine äußerst komplexe Rechenmaschine, eine Maschine zum Layouten von Zeitschriften und Buchseiten, ein Spielzeug oder ein Kommunikationsmittel. Diesen Aspekt hat Weizenbaum schon vor vielen Jahren herausgearbeitet (Weizenbaum 1978). Man kann dies auch so ausdrücken: Der Computer ist die geeignetste Maschine zur Manipulation von Symbolen. Wie Giddens sagt, ist diese Arbeit die typische Arbeit der Mittelklassen der fortgeschrittenen Gesellschaften. Der Computer hat daher auch die Arbeit dieser Klasse am meisten verändert, gleichwohl sie auch Bereiche der Arbeiterklasse (in erster Linie in Form von Rationalisierungsprozessen) gravierend beeinflußt hat. Der Computer ist das Vehikel der Mittelklasse schlechthin. Während die Einführung von Maschinerie in der Industrie die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit mindert, zeigt sich bei der Einführung des Computers in die typischen Tätigkeiten der Mittelklasse, daß die „Nachfrage nach Routine-Arbeitern abnimmt und der Bedarf nach höher ausgebildetem und qualifiziertem Personal steigt“ (Giddens 1979: 242). Diese Mobilitätschancen führen in den Bewußtseinsformen der betreffenden Menschen zu einer Minderung der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Konflikten sowie der Möglichkeiten einer grundlegenden Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaften.

Der Begriff der Informationsgesellschaft bezeichnet eine Ideologie, die eine produktionstechnische Neuerung in einem begrenzten gesellschaftlichen Bereich zur gesellschaftlichen Revolution stilisiert. Der Begriff ist so erfolgreich, weil hier die Interessen der Vertreter des nach neuen Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals mit den Hoffnungen der Mittelklasse zusammentreffen, die in der immer universaler werdenden Konkurrenz noch eine Chance erhält und wahrnimmt. Die starken Konzentrationen auf dem Multimediamarkt werden, wie alle ökonomischen Machtkonzentrationen, die bislang verbliebenen demokratischen Strukturen weiter untergraben.

Eine unmittelbare Veränderung ihrer Lebenswelt erfährt die Mittelklasse. Sie ist in der Regel auch ökonomisch stark genug, sich diese Geräte zu besorgen. Und für sie ist es überlebenswichtig. Denn angesichts der immer größer werdenden Bedeutung der Computer-Technologie sind ihre Marktchancen stark abhängig von umfassenden Kenntnissen dieser Technologie. Niemand kann heute im Bereich symbolischer Tätigkeiten mehr einen Job bekommen ohne einschlägige Kenntnis von Software. Die Mobilitäts- und Zukunftschancen erklären wohl einen erheblichen Teil der Akzeptanz. Dennoch hängt diese in einer mehr oder weniger liberalen Gesellschaft darüber hinaus noch an der Regelung von bestimmten konflikthaften Themen: Datenschutz z.B. die Bedrohung der Meinungsfreiheit durch starke Industriemonopole oder die „Sauberkeit der Netze“ (Pornographie, Rechtsradikalismus). Insgesamt werden Computer hier jedoch eher als eine Chance der persönlichen Qualifikation gesehen.

Eine offensive emanzipatorische Politik hätte diese Klassenstrukturierung und die Verstärkung der Klassenunterschiede durch die Nutzung von Computern zu thematisieren. Eine gewerkschaftliche Politik, die die Institution Staat akzeptiert, hätte die folgenden Forderungen in ihr Programm aufzunehmen:

- Sicherung des Universaldienste; Festschreibung der Telefongebühren für Ortsgespräche.
- Verbot von Onlinediensten, deren Server nicht auf europäischem Rechtsgebiet stehen (beispielsweise Compuserve), um so Rechtssicherheit zu schaffen.
- Umwandlung aller Onlinedienste in Non-Profit-Organisationen, d.h. in gemeinnützige Unternehmen. Denn Information ist keine Ware, sondern ein zu schützendes Gut.
- Einführung einer Verpflichtung für Onlinedienste, Endgeräte für alle NutzerInnen bereitzustellen (ähnlich einem gemieteten Telefon).
- Verpflichtung der Dienste, jede InteressentIn kostenfrei in der Nutzung zu schulen.
- Verbot jeglicher Werbung in den Diensten (übrigens auch im Fernsehen).
- Stärkung der Kartellbehörden, um die entstehenden Konzentrationen zu verhindern und entstandene Konzentrationen zu entflechten.

Am Ende ist es eine offene Frage, ob die Computerisierung der Lebenswelt überhaupt zu wünschen ist. Eine wirkliche Diskussion darüber gab es nie. Es ist durchaus denkbar, daß eine Gesellschaft, die mit Etatismus und Kapitalismus bricht, auch ein neues Verhältnis zur Technik entwickelt und entwickeln muß. Faktisch scheint aber die Frage, wie wir leben wollen, zumindest unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus, kaum noch stellbar zu sein. ●

Literatur:

Hooffacker, G. 1/95: Empowering the information poor, cl-Rundbrief.

dies. 1995: Online. Telekommunikation von A-Z, Hamburg.

Giddens, A. 1979: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt.

Die Hauptvorstände der DPG und der IG Medien Juni 1995: Memorandum zur Gestaltung der Informationsgesellschaft.

van Haaren, K. / Hensche, D. 1995: Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand.

Hirsch, J. 1995: „Linke Politik: No Future“. In: links, Nr. 300/301.

Weizenbaum, J. 1978: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt.

Paketangebot:

Klassiker des FDCL

PARO - Chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur

Die verschiedenen Gewerkschaftsgruppierungen, ihre Verbindungen zu Parteien, zur Kirche und zu den sozialen Bewegungen werden vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung dargestellt.

1987 214 S. ISBN 3-923020-09-0 DM 19,80

DIE VERFASSUNG DER DIKTATUR

Die neue, unter General Pinochet erlassene Verfassung, ist der Versuch, Wirtschaftsliberalismus und politischen Autoritarismus festzuschreiben und zu legitimieren. Der Anhang enthält die vollständige Übersetzung der Verfassung von 1980.

1987 286 S. ISBN 3-923020-06-0 DM 19,80

DEMOKRATIE IN COSTA RICA

Costa Rica - vorgeblich neutrale "Musterdemokratie" Zentralamerikas - wird in die Destabilisierungspolitik der USA gegen Nicaragua einbezogen. Strenge Austeritätspolitik polarisiert die Gesellschaft in arm und reich.

1986 224 S. ISBN 3-923020-07-4 DM 19,80

UMBRUCH IN NICARAGUA

Wie aus einer stagnierenden und isolierten Guerilla die Führung eines erfolgreichen Volksaufstandes werden konnte. So enorm die Sprengkraft von Befreiungsorganisation und Massenbewegung war, so spezifisch und unwiederholbar sind die Bedingungen dieses Erfolges.

1984 256 S. ISBN 3-923020-04-X DM 19,80

NACH 500 JAHREN - STIMMEN AUS DEM SÜDEN

1492 - Invasion, Entdeckung oder Erfindung eines Kontinents? Lateinamerikanische AutorInnen nehmen Stellung zur Geschichte und Gegenwart, bewerten die gewaltsamen Umbrüche seit dem Erscheinen der ersten Europäer in Amerika.

1992 186 S. ISBN 3-923020-11-2 DM 16,80

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Berlin

---

Alle fünf Titel für 50.- DM
(plus 6.-DM/Versandkosten)
Bei: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.
Einzelbestellungen nur gegen den vollen Verkaufspreis.

RUDOLF WALTHER

„Vom Feuer verzehrt“

Guy Debord und die Situationistische Internationale

Ungestraft sagt keiner: „Ich habe es immer für verabscheuenswürdig gehalten, im Fernsehen aufzutreten, für Zeitungen zu schreiben, mit Journalisten zu reden, d.h. am großen Betrieb der Realitätsfälschung durch die Massenmedien teilzunehmen“. Und wer sich obendrein vierzig Jahre lang an „die Dramaturgie der Konsequenz“ (Klaus Bittermann) hält, wird sich nicht wundern dürfen, daß selbst einer seiner treuesten Verteidiger vom „unwahrscheinlichsten Autor unserer Epoche“ spricht (Philippe Sollers, *Le monde* 20.10.1989). Zur unzeitgemäß kantigen Selbststilisierung gehört als Pendant, daß die Medien einfach zur Unperson und zum Geheimnis verklären, wer sich ihnen so konsequent verweigert. Medial nur als Gerücht und Gespenst existent, war er doch als Buchautor immer präsent: in Frankreich zuerst in einem eher obskuren Verlag, seit 1992 im Traditionsverlag Gallimard und hierzulande in einem soliden Hamburger Kleinverlag.

Die Rede ist von Guy Ernest Debord, der sich am 30.November 1994 in dem kleinen Nest Champot (Haute Loire) das Leben genommen hat. Erwähnt man, daß der Autor dem Kreis der „Situationistischen Internationale“ angehörte, kann man auf Gesichtern etwas älterer Zeitgenossen ein ahnungsvolles Nicken feststellen. Da war doch was mit Paris, Mai 68 oder so. Unter Kunstkennern kursiert das Wort „Situationismus“ als einer unter hunderten von Jetons, mit denen eine Branche hantiert, in der es jeder zu einem „Ismus“ bringen kann, wenn er es nur versteht, genug Wind um seine Person zu erzeugen. Hierzulande sind Debord und die Situationisten buchstäblich „tote Hunde“, obwohl sich der Verlag in Hamburg seit bald dreißig Jahren um das Werk Debords und anderer Situationisten kümmert und eben eine sorgfältig revidierte Übersetzung situationistischer Texte unter dem Titel „Der Beginn einer Epoche“ herausgebracht hat. Gerüchte und eher miese Verdächtigungen beherrschen das Feld. In der *FAZ* (16.9.92) z.B. stand einst zu lesen: „Von Debord und seinen Genossen hatte auch der Terrorismus der RAF, der mit einer Brandstiftung im Kaufhaus begann, nachweisbar die Erpreßbarkeit der Gesellschaft mit der unfreiwilligen Komplizenschaft der Medien gelernt“. Daß die RAF von Debord „gelernt“ habe, ist ungefähr so einfältig wie die These, Schiller habe mit seinem Theaterstück „Die Räuber“ die Bankeinbrüche von RAF-Mitgliedern zu verantworten. Die *FAZ* dokumentierte ihr Niveau bei der Meldung des Selbstmords von Debord. Sie bezeichnete dessen Buch mit dem richtigen Titel „Die Gesellschaft des Spektakels“ als „Die Schauspiel-Gesellschaft“, so als ob es sich dabei um eine der modischen Bindestrichgesellschaften handelte.

Debord, geboren 1931, gehörte zu jener aufmüpfigen Generation, die Anfang der 50er Jahre Alternativen zum Parteikommunismus wie zum akademisch erstarrten und modisch arrivierten Existentialismus suchte. Man wollte die Pariser Bourgeoisie nicht länger nur mit klugen Traktaten provozieren, sondern mit Taten. „Die Formel zum Umsturz der Welt, wir haben sie nicht in den Büchern gesucht, sondern herumtreibend“ (Debord). Im Französischen steht für dieses Herumtreiben das Wort „dérive“, mit dem der exzessive Besuch von einschlägigen Lokalen ebenso gemeint war wie die sinnliche Wahrnehmung der Stadt auf ausgedehnten Streifzügen und die existentielle Erfahrung der fortschreitenden Zerstörung ganzer Quartiere von Paris durch Grundstückspekulation, Luxussanierung und Individualverkehr. „Zwischen der Rue du Four und der Rue de Buci, wo wir unsere Jugend trinkenderweise vollständig verloren haben, konnte man genau empfinden, daß wir niemals etwas Besseres machen werden.“ Die spektakulärste dieser „dérives“ inszenierte die Gruppe um Debord an Ostern 1950. Man kidnappte einen Priester und verkleidete Serge Berna mit dessen Ornat. So bestieg dieser die Kanzel von Notre Dame und ließ die konsternierte Gemeinde schwer angetrunkenen wissen: „In Wirklichkeit, ich sage Euch: Gott ist tot! Uns kotzt die röchelnde Seichtigkeit eurer Predigten an, denn eure Predigten sind der schmierige Dünger für die Schlachtfelder Europas“. Die Polizei verhaftet die Aktionisten und schützt sie vor der Wut der Kirchgänger. Die Aktion entspricht etwa dem, was Debord später „Situation“ nennen wird und was der Organisation den Namen verliehen hat: „Spiele neuer Art“, die der „Erweiterung des nicht mittelmäßigen Teil des Lebens“ und der „möglichst weitgehenden Verringerung der leeren Augenblicke“ dienen. In seinem späten Filmscript mit dem Titel „Wir irren des Nachts im Kreis umher und werden vom Feuer verzehrt“, das sich in seiner lateinischen Version von vorn wie von hinten lesen läßt – „in girum imus nocte et consumimur igni“ (dt. Berlin 1985) – kommt Debord auf diese Phase seines Lebens zurück.

Die informellen Gruppen und Cliquen stammten aus sozial eher prekären Verhältnissen. Debord sprach von sich und den seinen als „enfants perdus“ (verlorenen Kindern). Von einigen ist bekannt, daß sie sich den Alkohol für ihre Streifzüge durch die Stadt aus Schaufenstern und Lagerräumen besorgten. Debord selbst faßte sein abenteuerliches Leben als fast Sechzigjähriger in dem Satz zusammen, er habe „sehr viel weniger geschrieben als die meisten Leute, die schreiben, aber sehr viel mehr getrunken als die Mehrzahl der Leute, die trinken“.

Eine explosive Mischung aus Langeweile, Endzeitstimmung, genährt durch die atomare Bedrohung und die weltweite Blockbildung („bald wird mit dem Spiel für immer Schluß sein“) sowie anarchischer

Aktion und Situation **Foto: Nautilus**

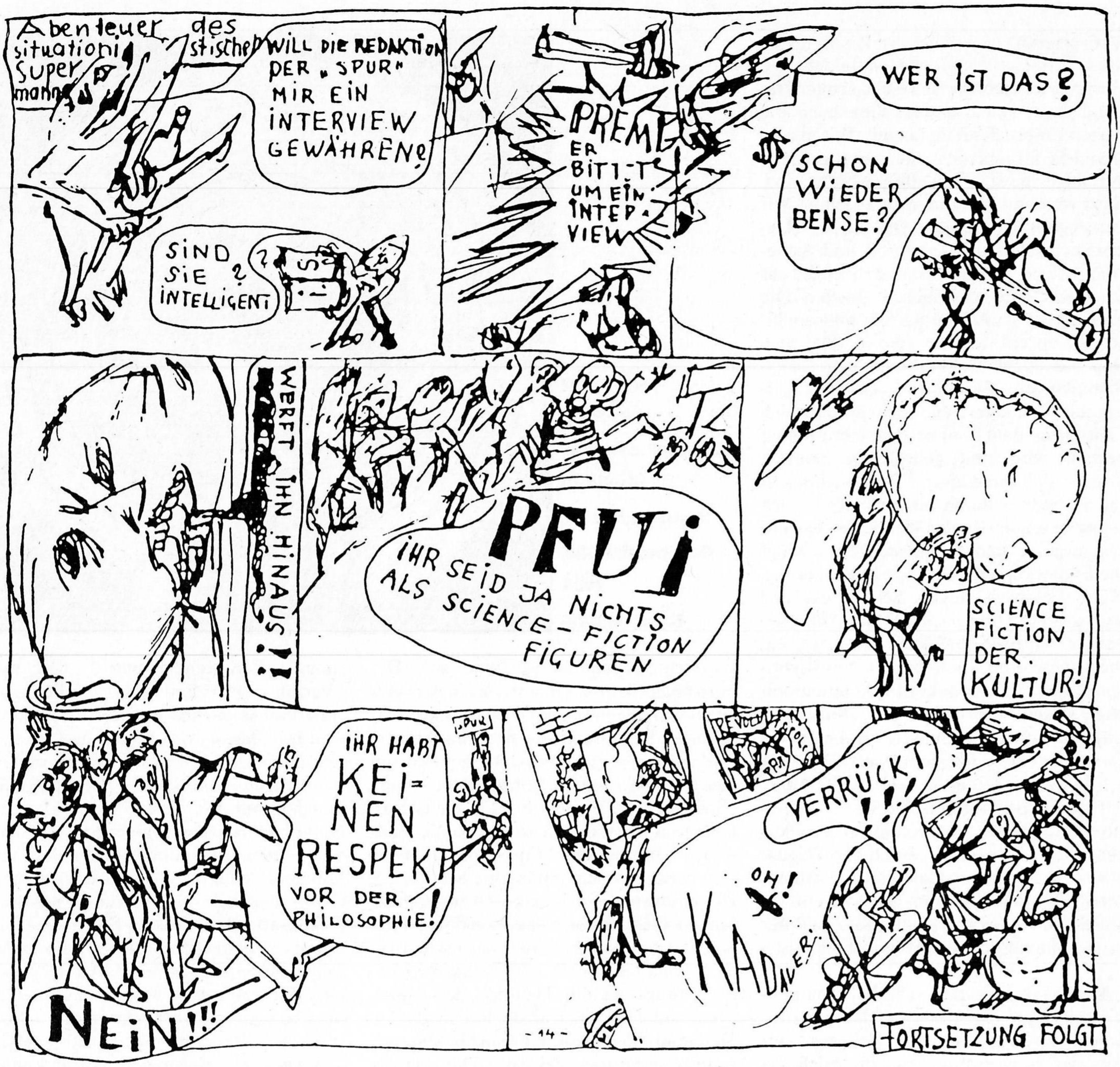
Verweigerung gegenüber den Zumutungen alles vermeintlich Normalen bildete die Basis für einen historisch einzigartigen Radikalismus: „Viele unserer Genossen sind wegen Einbruch im Gefängnis. Wir akzeptieren die Strafen nicht, die man gegen jene verhängt, die sich bewußt geworden sind, unter keinen Umständen zu arbeiten. Wir verweigern darüber jede Diskussion“ (Debord). Intellektuell, politisch und ästhetisch nährte sich der radikale Protest aus vier recht unterschiedlichen Quellen. Die erste bildet Jean Paul Sartres philosophisches Konzept der Situation in „Das Sein und das Nichts“ (1943) und den Essay-Sammlungen „Situations“ (1947/49). „Situation“ bedeutet, daß sich der Mensch „mitten auf dem Pont neuf“ seiner Freiheit gewahr wird und gleichzeitig „Angst“ kriegt, „daß seine eigene Durchsichtigkeit ihn für immer daran hindern würde, sich selbst zu sehen“. In der Welt voller banaler Dinglichkeit und Vergeblichkeit erzeugt die Entdeckung der Freiheit Beklemmung. Henri Lefebvre, dessen Schüler Debord war, schuf mit seiner „Kritik des Alltagslebens“ (1947) und der Vision eines „totalen, unentfremdeten Menschen“ einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Situationisten. Deren Verständnis von „Situation“ trägt unverkennbar Spuren von Lefebvres Definition des „Moments“ als „Versuch [...] in Freiheit total zu sein“. „Situation“ definiert sich zum einen als „Spiel“, das positiv von Freiheit, Autonomie und kollektiver Schaffung, negativ „durch den Wegfall jedes Konkurrenzgedankens“ bestimmt wird. „Situation“ ist der Gegenbegriff zu „Spektakel“, das mit Konkurrenz und der „Entfremdung der alten Welt verknüpft ist“.

„Umsturz der Welt“: Zielscheibe Charles de Gaulle als Ausstellungstück der Situationisten 1963. Foto: Nautilus

Ästhetisch beriefen sich die Situationisten auf die Tradition des französischen Surrealismus und Dadaismus: „Indem der Surrealismus einer offensichtlich irrationalen Gesellschaft entgegentrat, die den Bruch zwischen der Wirklichkeit und den immer noch lautstark verkündeten Werten bis zur Absurdität getrieben hatte, benutzt er das Irrationale gegen sie, um ihre oberflächlich logischen Werte zu zerstören.“ Aber auch Nachkriegsbewegungen wie der von Isidore Isou begründete Lettrismus und die 1952 gegründete „Internationale lettriste“ spielten eine wichtige Rolle. Diese begriff die Sprache als eine alle Disziplinen der Kunst und der Wissenschaft beherrschende Meta-Institution, mit der „eine neue Zivilisation“ sowie der „definitive Umsturz der Ästhetik“ (Isou) herbeigeführt werden sollte; denn, so ein Manifest von 1953: „Alles, was irgendeine Sache aufrecht erhält, trägt zur Arbeit der Polizei bei.“ Die entscheidenden Impulse für die 1957 gegründete Situationistische Internationale stammen jedoch aus unabhängigen linken Zirkeln, die sich um politische Zeitschriften gruppierten. An diesen Konkurrenzunternehmen arbeitete sich Debord ab und war mit ihnen einig in der prinzipiellen Ablehnung des parteiförmig organisierten Kommunismus bzw. Stalinismus. Die wichtigste Gruppen bildeten sich um das 1949 gegründete trotzkistische Organ „Socialisme ou Barbarie“ (Claude Lefort, Cornelius Castoriadis) sowie um die Zeitschrift „Arguments“ (Edgar Morin, Henri Lefebvre), wo sich enttäuschte Sozialisten, Kommunisten und Trotzkisten zusammenfanden. Gemeinsam war diesen dissidenten Strömungen wie der situationistischen Internationale die mehr oder weniger lockere Bindung an die Theorien des frühen Marx und damit auch an die Rechte des Individuums und dessen Emanzipation von fremdgesteuertem Zwang. „Der einzige Kampf, der das Vergnügen lohnt, ist der Kampf der Individuen für die Konstruktion ihres Alltagslebens“ (Raoul Vaneigem). Bei aller Orientierung an Aktionen verlor sich die Situationistische Internationale nicht in terroristischem oder wie auch immer verkürztem Aktionismus, sondern bekannte: „Wir müssen [...] mehr Rationalität in die Welt bringen“.

Die radikale Politisierung von Kunst und Kultur, aber auch des Alltagslebens im Namen der Einheit von Theorie und Praxis, Arbeit und Leben, Politik, Verwaltung und Kunst ist das Spezifikum der situationistischen Konzepte, die sich gegenüber allen philosophischen und ästhetischen Ansätzen und Programmen vereinnahmend bis offen plagiatorisch verhielten. Sie entwickelten dafür sogar eine Theorie bzw. Rechtfertigung: „Das Plagiat ist notwendig, der Fortschritt schließt es ein“. Das französische Wort „détournement“ kann „Umleitung“, „Veruntreuung“, „Entführung“, „Zweckentfremdung“ und auch „Verführung“ (Minderjähriger) bedeuten. Im Hinblick auf die Praxis der Situationisten im Umgang mit Texten und Konzepten anderer wird man am besten und mit der obligaten Ironie, die Brecht für den Umgang mit geistigem (Privat-)Eîgentum empfohlen hat, von Entlehnen, Ausleihen, Verfremden, Funktionalisieren, Umfunktionieren oder Zweckentfremden sprechen. Debord radikalisierte das zum Grundsatz: „Die meisten Filme verdienen nur eine Zerstückelung, um daraus andere Filme zusammenzusetzen“. An der Ironie, ohne die sich solche Verfahren schnell abnutzen, hat es in der Praxis der Situationistischen Internationale oft gefehlt. „Pädagogische Neigungen“ (so der kompetenteste Chronist der Bewegung, Roberto Ohrt) und eine rigide Auffassung von der „Kohärenz des heutigen revolutionären Programms“ (Debord) ersetzten die Ironie und wirkten wie ein Rasiermesser gegen wirkliche und vermeintliche Abweichler. Den Anspruch, zur „Umwälzung des täglichen Lebens“ beizutragen, vermochte Debord überzeugend zu begründen („Das Ziel einer revolutionären Aktion auf dem Gebiet der Kultur kann nicht sein, das Leben wiederzugeben oder zu erklären, sondern es zu erweitern“), aber selten einzulösen.

Die Situationistische Internationale war eine von Ironie und Selbstironie völlig freie Kopie der Ersten Internationale von 1864. So wie sich der verlorene Haufen der „Partei Marx“ und der noch kleinere Kreis von „Bakunisten“ einen jahrelangen publizistischen Grabenkrieg mit gegenseitigen Denunziationen und Verleumdungen lie-



„Die Abenteuer des situationistischen Supermanns" aus S.I. Nr. 5 **Foto: Nautilus**

ferten, der der internationalen Arbeiterbewegung nichts nützte, aber viel schadete, so ging es auch unter den Situationisten wüst zu und her. Von den 70 Mitgliedern der Organisation wurden 45 ausgeschlossen, und 21 spalteten sich freiwillig ab. Zunächst gehörten auch Maler, Architekten und Stadtplaner wie die dänisch-belgisch-niederländische Gruppe „Cobra" (Asger Jorn) oder die deutsche Gruppe SPUR (Lothar Fischer, Heimrad Prem, Helmut Sturm, HP Zimmer, später auch Dieter Kunzelmann) zur Situationistischen Internationale, aber Debord drängte immer mehr zur Politisierung in Richtung einer „revolutionären Organisation neuen Typs", die sich als „permanente Avantgarde" verstand. Die künstlerische Avantgarde wurde des „Konformismus" verdächtigt und im Namen der „Umwälzung des täglichen Lebens" ausgeschlossen. Die Zahl der Ausschlüsse und Abspaltungen hat Debord in seinem letzten, von keinen Zweifeln erschütterten Buch bestritten. Wie auch immer die exakten Zahlen lauten, die Größenverhältnisse stimmen, und deshalb wirkt es eher komisch, wenn Debord denjenigen, der die Zahl von 45 Ausschlüssen nannte, mit dem hochtrabenden Hinweis, „Menschenrechte" zu mißachten, abstraft. Sein stolzer Satz, „ich gehöre nicht zu jenen, die sich korrigieren", verliert das Provokative, wenn man seine letzten Veröffentlichungen betrachtet: lauter Selbstverteidigungen, Selbstrechtfertigungen und Kommentare über eigene Bücher, die schlecht passen zur ironischen Selbstbezeichnung als „Doktor in nichts" in seiner fragmentarischen Autobiographie – einem schmalen Bändchen von 90 Seiten, das 1989 unter dem Titel „Panégyrique. Tome premier" erschienen ist. Schon in der sechzehn Jahre zuvor erschienen Schrift, mit der Debord die Situationistische Internationale mangels Masse auflöste, bemerkte Roberto Ohrt „einen unangenehmen inquisitorischen Ton" in der Verlautbarung von oben herab.

Ursprünglich orientierten sich die Situationisten an Aktion und Spontaneität und definierten den Begriff der „Situation" als „Verwirklichung des Spiels" und den der „Internationale" – in wörtlicher Anlehnung an Marx – als Vereinigung der „revolutionären Spieler aller Länder". Davon blieb in der Praxis wenig übrig. Dafür spekulierte die Organisation immer mehr und ganz traditionalistisch über das Proletariat als geschichtsphilosophisch privilegiertes Subjekt der Geschichte und fiel mit der hilflos-pathetischen Beschwörung „des Proletariats", das „der Proletarisie-

rung aller Menschen ein Ende setzt", hinter die eigene Kritik am Kommunismus zurück. Der praktische Anteil der Situationisten am Pariser Mai '68 ist im Gegensatz zum theoretischen umstritten. Anders als hierzulande wirkte die Studentenbewegung in Frankreich zumindest kurzfristig in die Arbeiterbewegung hinein. Im Streit subalterner Gruppen und Grüppchen um die Verdienste bei der Mobilisierung der Arbeiter und um die Konsequenzen, die aus dem partiellen Scheitern der Bewegung zu ziehen seien, löste sich die Situationistische Internationale sang- und klanglos 1972 auf.

Debord war ihr Theoretiker und als solcher viel einflußreicher als in der Rolle des politischen Aktivisten. Was ihn gegenüber fast allen prominenten 68ern auszeichnet, ist die produktive Spannung zwischen seinem Rang als Analytiker, den er vor allem in den zwölf Nummern der Zeitschrift „Internationale Situationiste" (1957-72) bewies, und seinen weitgehend illusionären politisch-praktischen Ambitionen. Diese durch- und ausgehaltene Spannung hat ihn vor dem Absturz in Normalität und Peinlichkeit bewahrt. Im Gegensatz zu vielem, was sich seither allenthalben als „Realpolitik" anbietet, wurden Debords Texte selbst in ihren grotesken politischen Irrtümern, theoretischen Verstiegenheiten und absurden Ansprüchen nie zynisch, vulgär, frivol oder langweilig. „Die Langeweile ist konterrevolutionär".

Als Gesellschaftstheoretiker bleibt Debord provozierend – und aktuell. Bereits die zwischen 1954 und 1957 erschienene Zeitschrift mit dem programmatischen Titel „Potlatch", womit eine vorkommerzielle Form der Gütertauschs unter nordamerikanischen Indianern gemeint ist, schlägt öfter das Thema an, das auch Debords Hauptwerk („Die Gesellschaft des Spektakels" 1967) beschäftigt: Warentausch und Warengesellschaft. Das Buch, das genau hundert Jahre nach dem ersten Band von Marx' „Das Kapital" herauskam, verstand sich in Diktion und Anspruch ganz unbescheiden als dessen Fortsetzung und Ergänzung. Für Marx machte der Kapitalismus die Gesellschaft zu einer „ungeheuren Warenansammlung" und die darin handelnden Menschen zu Warenbesitzern und Verkäufern der Ware Arbeitskraft gegen Lohn. Debord variiert den Satz dahin, daß die modernen Produktionsbedingungen eine „ungeheure Ansammlung von Spektakeln" erzeugen. Die Beschleunigung der Produktion von Waren und Bildern in der medial beherrschten Gesellschaft suggeriert Bewegung und Leben, aber das „durch Bilder vermittelte gesellschaftliche Verhältnis der Personen" ist nichts weiter als die vom Markt über die Köpfe der Individuen hinweg gesteuerte „Bewegung des Leblosen" – „Leerlauf", nicht Geschichte. Das Spektakel ist das Gegenteil richtigen Lebens: „passives Hinnehmen... einer enormen undiskutierbaren und unzugänglichen Positivität", für die „erscheint, was gut ist" und umgekehrt „gut ist, was erscheint". Die logische Tautologie ist ein Resultat des großen und alles erfassenden Spektakels wachstumsorientierter Warenproduktion, in der Mittel und Zweck – ohne Rücksicht auf Konsequenzen für Menschen und Natur – zusammenfallen. Lange bevor uns das Zeitalter der Medien als eines der unbegrenzten Möglichkeiten angepriesen wurde, diagnostizierte Debord in seiner subtilen Analyse der Gesellschaft des Spektakels, daß sich hier individuelle Freiheit nur noch auf blinde Unterwerfung unter die Imperative des Betriebs reimt. Demgegenüber wirken Prognosen wie jene Lothar Späths, mit der Vermehrung der Privatkanäle werde jeder sein eigener Fernsehdirektor, ebenso lächerlich wie das seichte Gerede von Jean Baudrillard und Marc Guillaume über „Tele-Bildung, Tele-Gesundheit, Tele-Kauf, Tele-Arbeit, Tele-Spiel und Tele-Spiritualität". Das Kapitel über die „Kulturindustrie" in der „Dialektik der Aufklärung" (1947) kannte Debord nicht, aber seine Thesen brauchen sich hinter jenen Horkheimers und Adornos nicht zu verstecken. Wie bei diesen und bei Marx steht auch bei Debord die Stichhaltigkeit der Analyse nicht zur Debatte, wohl aber die Frage, was für die politische Praxis daraus folgt. Im Vorwort zur italienischen Ausgabe von 1979 gab Debord selbst eine gegenüber dem proletarisch inspirierten Aktivismus der 60er Jahre eine ernüchternde Antwort: „Jeder ist Sohn seiner Taten, und wie die Passivität sich bettet, so schläft sie auch".

Mit anderen französischen Intellektuellen teilt Debord in seinen Büchern und den Scripts zu seinen sechs Filmen die Marotte, soziale Konflikte mit militär-strategischen Termini zu erfassen. Ohne Ironie spricht Debord von den Aktivitäten der Situationistischen Internationale als einem „Sturmangriff" einer „wunderbaren Truppe [...] im Kanonendonner der Zeit". Wie andere Intellektuelle minderen Ranges bezieht er sich immer wieder und ausführlich auf den preußischen General von Clausewitz. Dem betont antiautoritären Impetus („ich fände es genauso vulgär, zu einer Autorität der Opposition gegen diese Gesellschaft zu werden, wie zu einer Autorität dieser Gesellschaft") schlagen die verquaste Militärprosa und die entsprechenden Bildsequenzen des Films ins Gesicht: Phantasmagorien eines Generals im Sandkasten. ●

Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten. Aus dem Franz. v. Pierre Gallissaires u. Hanna Mittelstädt. Mit einer Einleitung von Roberto Ohrt, 350 S., DM 39.80, Edition Nautilus, Hamburg 1995.

ak analyse

& kritik

Zeitung für Linke

Analysen, Berichte & Diskussionen u.a. zu:

Todesstrafe in den USA
Politische Schreibtischtäter in der bundesdeutschen Justizgeschichte
Guatemala: Waffenstillstand für Wahlen
Deutsche Großgrundbesitzer in Chiapas
Kommentar zur Weltfrauenkonferenz
Tropenholz: Der Boykott ist immer noch gerechtfertigt
u. v. m.

ak kostet DM 7,50, erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich oder direkt bei:

analyse & kritik,
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040/40170174
Fax: 040/40170175

kostenloses Probeexemplar bestellen! Stichwort: links

e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

Popmoderne

ein Thema, das verwirren mag und auch soll. Für die einen kommt es zu spät und wirft die Frage auf, was es denn angesichts „Ende der Jugendkultur"-Debatte, endloser Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten politischer Codierung ästhetischer Symbole, Political Correctness Diskussionen, Verwissenschaftlichung des Popdiskurses als Cultural Studies, weitverzweigten Ausdifferenzierungen der unterschiedlichen Szenen in bezug auf Musik und Stil aber auch in bezug auf das Verständnis dessen, was denn subkulturelle Widerstandsformen ausmacht, überhaupt noch Neues zu sagen gibt. Für die anderen erscheint es hier ziemlich unvermittelt in einer Zeitschrift, die sich bisher nicht an den oben angeführten Diskussionen beteiligt hat, womit auch schon das Dilemma dieses Schwerpunktes benannt ist. Dieses zum großen Teil auf einem extrem unterschiedlichen Kenntnisstand beruhende Mißverhältnis läßt sich mit diesem Schwerpunkt wohl nicht beheben, eher wirft es Fragen auf, die notwendig sind, um Positionen zu entwickeln und Einschätzungen geben zu können.

Ein Rückblick auf 27 Jahre *links* zeigt, daß neben einer immer wieder in allen möglichen Varianten vorgebrachten Kulturindustriethese, die in ihren Interpretationen oft weitaus kulturpessimistischer daherkam als sie von Horkheimer/Adorno konzipiert wurde, kaum noch Platz blieb, für die Wahrnehmung und Einordnung all dessen, was sich in dieser Zeit auf Tonträgern, in Konzertsälen oder anderswo jenseits traditioneller Politikfelder so alles abspielte. Übrig blieb oft genug nur Betroffenheitskultur und Authentizitätshuldigung. So findet sich etwa – einige Jahre zurück – 1978 ein Beitrag von Michael Naumann und Boris Penth zum Film „Saturday Night Fever" (*links* Juni '78). In ihm wird ein für einen spezifischen Bezug auf Popkultur typisches Lob des „ehrlichen", „dreckigen", von unten, also links kommenden, befreiend emanzipativen Rock kultiviert, der hierüber von der entsprechend „unehrlichen", „sauberen", von den Reichen, also von rechts kommenden „Disco-Kultur" abgegrenzt wird. In völliger Unkenntnis etwa lesbisch-schwuler Emanzipationsentwürfe und Infragestellung von Geschlechtsidentitäten, die sich Ende der 70er in Teilen der sogenannten Disco-Kultur ausdrückten, wird hier ein ziemlich gängiges Argumentationsmuster ausgebreitet, das dem der Popkultur genau entgegengesetzt ist. Was Pop ausmacht, ist gerade die Erkenntnis, daß „das Authentische" künstlerisch erzeugt ist, daß Positionen, von denen aus Kritik vorgetragen werden kann oder man zum gutverdienenden Liebling des Massenpublikums wird, weil man so „ehrlich" ist, erst geschaffen werden müssen und nicht einfach „da" sind. Diese Positionen stehen in einem politischen Kontext, sind Teil von sozialen Kämpfen und unterschiedlichen Konjunkturen ausgesetzt. Was etwa vor 30 Jahren noch als Rebellion durchging, ist heute harmloses Freizeitvergnügen, das vielleicht noch müdes Achselzucken hervorruft – aber mehr auch nicht. Popkultur ist deshalb auch der permanente Kampf um Definitionen, das heißt, darüber bestimmen zu wollen, wer welche Musik, Kunst, Lebensstile, etc. für sich in Anspruch nimmt.

Daß ein gängiger linker Bezug auf Popkultur, die Definition als Transportmittel für die zuvor im Bereich des „originär Politischen" festgelegten Inhalte, auf Kritik der künstlerisch Tätigen stößt, läßt sich schon allein an der Verweigerungshaltung vieler ästhetischer Konzepte gegenüber eindeutig politischen Aussagen festmachen. Viele Kunsttheorien gehen davon aus, daß die Mehrdeutigkeit der poetischen Sprache gerade deren konstituierendes Element ist (z.B. Umberto Eco). Wie etwa Marie-Hélène Gutberlet in ihrem Beitrag feststellt, ist das in linken Kreisen (wieder)erwachte Interesse an popkulturellen Identifikationsmodellen angesichts zunehmender Marginalisierung sich explizit politisch verstehender linker Projekte durchaus kritisch zu hinterfragen. So zeigt sie am

US-amerikanischen Female Rap, daß dessen Einflüsse auf und Verarbeitung von politischen Motivationen eine relevante und vor allen Dingen eingenständige Position eingenommen haben, die sich keineswegs von der politischen Linken ohne weiteres vereinnahmen läßt.

Ein Modell, das in den 80er Jahren in der BRD für die Verbindung linksradikaler Politikkonzeptionen und gegenkultureller Ästhetik jenseits von angesprochener Vereinnahmungstendenz stand, war das der autonomen Bewegung. Heiko Stoff behandelt am Beispiel der Roten Flora in Hamburg die Krise der Autonomen in den 90ern. Es zeigt sich, daß es die „heile Szenewelt" der 80er so nie gegeben hat, sondern vielmehr davon auszugehen ist, daß der vorgetragene Anspruch, ein Stück der angestrebten Befreiung jetzt schon zu verwirklichen, immer genau die Ausschlüsse des Mainstream mitreproduziert hat, von dem sich vehement abgegrenzt wurde (diese Kritik ließe sich auch etwa an antiautoritärer Bewegung der späten 60er oder den Spontis der 70er festmachen). Daß das Konzept Subkultur überhaupt nur eine brauchbare politische Perspektive darstellt, wenn es sein Verhaftetsein in den gesellschaftlichen Zusammenhängen reflektiert, verdeutlicht Stefan Gregory. Erst wenn die Bedeutung dessen ausgelotet sei, letztendlich Teil des ideologischen Staatsapparates „Kultur" zu sein, könne von Subkultur als einem Ort gegenkultureller Entwürfe gesprochen werden.

Ein zentrales Problem im Verhältnis Subkultur-Mainstream ist das der schon angesprochenen Definitionsmacht hegemonialer gesellschaftlicher Gruppen. Jessica Nitzschke widmet sich den Riot Girls und ihrem Konzept der Umdeutung sexistischer Zuschreibungen und konfrontiert dieses Konzept mit dem Interpretationsmonopol bürgerlicher Medien, die aus den Punkrockerinnen brave Girlies machten, deren Hauptfeind angeblich Feministinnen seien, die sich einem Hedonismus völlig verweigern würden. Die so angestrebte Diskreditierung der feministischen Bewegung bei gleichzeitiger Entwertung des Riot Girl-Ansatzes entpuppt sich als handfeste politische Strategie der sich völlig unpolitisch gebenden Zeitgeist-JournalistInnen.

Das Verhältnis von Vergnügen und ernsthafter, wohlmöglich wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen ist aber auch innerhalb der Linken äußerst umstritten. Michaela Lönneberger vertritt in bezug auf Comics die These, daß gerade die Comics und Cartoons, die in spöttischer Absicht Identitätsbildungsprozesse in linken und subkulturellen Szenen kritisieren, in ihrem selbstkritischen Impetus wesentlich mehr an linken Inhalten transportieren, als gutgemeinte realistische Abhandlungen. Zu einem anderen sogenannten Freizeitvergnügen äußert sich Norbert Kresse: TV-Gameshows und ihrer speziellen Form der Zuschauerintegration. Wie sich diese Form der Repräsentation zum zentralen Modell politischer Meinungsbildung entwickelt, indem sich pseudoindividualistische mit autoritären Elementen verbinden, zeigt einmal mehr, daß Popkultur ein zentraler Ort politischer Auseinandersetzungen ist und keineswegs bloßes Dekor der „wirklichen" Verhältnisse.

So sehr die genannten Beiträge für sich selbst stehen, nicht „auf Linie" zu bringen sind, so wenig driften sie jedoch in Beliebigkeit ab. Der Popdiskurs ist keineswegs ein homogenes Gebilde, sondern setzt sich aus den verschiedensten Diskurssträngen zusammen, deren uns relevant erscheinende hier diskutiert werden sollen. Die vertretenen Einschätzungen und Positionen stehen für den Versuch, eine Debatte zu eröffnen, in der es gilt, sich nicht vorschnell auf die Pole einer hermetisch interpretierten Kulturindustriethese oder etwa Kulturalismus zurückzuziehen. Erforderlich ist dafür die Bereitschaft zu kritischer Reflexion aber auch der Spaß an den zwei oder drei Dingen, die sich zwischen Tonträger, Comicalbum, TV-Zapping, Drogenkonsum und Konzertbesuch ereignen.

die Red.

MARIE-HÉLÈNE GUTBERLET

Sag' mir was Du hörst, und ich sag' Dir wer Du bist

Über Pop, Entertainment, „Sexual Politics" und den US-amerikanischen Female Rap

Pop, populäre Musik gilt in erster Linie als eine Befriedigungsstrategie, als Entertainment: Pop ist der Beat, der das Aufstehen erleichtert, die Rührigkeit, die den Regungen des Herzens eine Stimme verleiht, ein gängiges Sozialisationsmedium, das schon im Kinderzimmer zu Aufständen führt, ein Feld der Identitätsmodellierungen, der Stars und der erotischen Phantasien, ein Durchlauferhitzer für die Belanglosigkeiten des Alltäglichen und erst unter ferner liefen politisches Vehikel. Billy Braggs „a working-class hero is something to be..." oder Bob Marleys „get up stand up, get up for your rights..." sind deutliche, politisch zu verstehende Statements. Sind sie allerdings als solche wirksam? Klären sie auf? Bestätigen sie nicht weit eher die Haltung, mit der sie verstanden werden?

Sich im Hinblick auf politische Wirksamkeit an das Medium populärer Musik heranzuwagen, ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Zum einen ist Pop kein homogenes Phänomen, das sich so und so gebärdet, so und so verstanden wird und genau definierbaren Interessen genügt. Zum anderen lassen sich darin klare, dem Mainstream entgegengesetzte Strategien finden, die sich allerdings nicht unmittelbar aus der Sphäre der Pop-Kultur in die Polit-Kultur überführen lassen. Beides erwiese sich als „Exploitation" im doppelten Sinne des englischen Begriffs: Ausbeutung und Vermarktung.

Allerdings läßt sich am politisch motivierten Interesse feststellen, daß die musikalischen Einflüsse mittlerweile zur ernstzunehmenden Sphäre identitätsstiftender Modelle gezählt werden. Mit dieser Tendenz entledigt sich die gegenüber der Massenkultur kritische Einstellung ein Stück weit des Vorurteils, kulturindustrielles Dekorum für Nachtclub-Feierabendkollektivitäten und Erobic-Entspannungen zu sein. Doch damit nicht genug.

Was nun das Populäre als Medium derzeit politisch so anziehend macht, ist weit eher in den Orientierungsdiskursen des Politischen zu suchen als beim Pop selbst. Die globalistischen Gesellschaftsmodelle haben endgültig abgedankt: Nach politisierenden Elementen wird nicht mehr in der unübersichtlichen und scheinbar identifikationsverweigernden politischen Sphäre gesucht, man öffnet sich den Widersprüchlichkeiten des Pop, um das große Loch mit vielen kleinen Pflastern zu überkleben. Die kleinen, lokalen, ausschnitthaften Formen des Protests und der Alternativen zum Mainstream, die ohne Anspruch auf allgemeine Wirkmächtigkeit für einen kurzen Zeitraum und für einen determinierten Ort beansprucht werden und nun aus der Peripherie ins Zentrum der „Cultural Studies" rücken, suchen in den „Szenen" eine „Gegen-Öffentlichkeit", die das gesellschaftliche System unangetastet läßt.

In der Gang, im Lieblingslokal, im bevorzugten Ernährungs-, Musik- und Fashion-Stil eröffnet sich ein noch überschaubarer Aktionsradius. Dies hat – wie es die Straight-Edge-Bewegung in den USA und die PC (Political Correctness)-Attitüden gezeigt haben – zur Folge, daß das einst politisch/öffentliche Aufbegehren zu einer spezifischen, an den eigenen Körper gekoppelten, moralisch individuierten Form der politischen Verantwortung führt.

Solche Handhabungen wurden seit jeher als Verwobenheit politischer und musikalischer Szenen des „Underground" in den USA gehandelt. Während dort eine außerparlamentarische Opposition nie die Möglichkeit besaß, Politisches zu bewirken, weil sie, wie beispielsweise die Black Panthers, frühzeitig eliminiert wurde oder politischer Protest nur als Mode-Splitter oder Personenkult überlebte, trifft diese Form des „Postsozialismus" keineswegs die politische Kultur hierzulande (vgl.: John Miller: Den Untergrund begraben, in: Zentrum und Peripherie, Berlin 1995, S. 104 ff.). Das Sprechen-über und das Aktivsein-in sind hierzulande noch weitgehend getrennte Bereiche, die versuchsweise Zusammenfügungen zu einer „Gegen-Öffentlichkeit" noch nicht etablierte Praktiken.

Das Populäre, in dem noch unverbrauchte subversive Strategien gefunden werden wollen, droht also nicht nur zum soziologischen Beweismaterial zu zerfallen, sondern wäre eine verfälschende Übertragung amerikanischer Praxis nach Deutschland. Der Diskurs selbst, der im Dekorum Subversives aufspürt, produziert nun selbst das darin erwünschte Dissidente. Um dieser Gefahr des Mißverständnisses zu entgehen, muß der Ursprungsort der jeweiligen Popform aufgesucht werden.

Der amerikanische HipHop, der nahezu alleiniger Ausdruck und Sprachrohr schwarz-amerikanischer Interessen ist, verliert in der Übernahme durch weiße Kids seine Schärfe und zerfällt zur reinen Mode.

Eine andere Gefahr, die sich ebenfalls am HipHop aufspüren läßt, besteht darin, nun allzugerne am Textgut aufrüttelnde unkorrekte Botschaften festzumachen. Ignoriert wird der Umfang der „Intensitäten" (Deleuze), die den Erlebnischarakter der Musik ausmachen. Im Pop ausdrücklich politisierende Effekte zu vermuten, hieße den Genuß selbst zu leugnen.

Sag' mir wie Du hörst, und ich sag' Dir wo Du bist

Pop hat Sex-Appeal. Wenn das Tanzbein schwingt können die textlichen Botschaften völlig belanglos werden: Wer nimmt es der New Yorker Schwulenszene übel, daß dort die Groove-Tracks des Schwulenhassers Bunju Banton zu atemberaubenden Zappelextasen führen; wer schwang sich nicht zu „Tanz' den Mussolini, tanz' den Adolf Hitler..."; wer ließ nicht, mit einem X-Mützchen dekoriert die Afrikaner in Leipzig in die Faust und unter die Räder laufen; wen wundert es, daß Gabba-Techno in Rotterdam gleichermaßen von Autonomen und Skins gefeiert wird?

Jenseits des Textverständnisses ist es unmöglich geworden, am Musikstil die Grenze zur politischen Un/Korrektheit zu ziehen. Der Sound bietet sich an, von jedweder Couleur und jedweder Fraktion in Beschlag genommen zu werden. D.h. die orts-, szene-, DJ-spezifischen Rezeptionshaltungen entscheiden über die Attraktivitäten, Verhaltenscodes, sinnlichen Einverständnisse, über Preise, Ein- & Ausschließlichkeiten.

Nun wird das erotische/revitalisierende Potential dieser gemeinschaftlichen Erlebnisse aus einer linken Position zuvorderst anklägerisch zur Kenntnis genommen. Nicht zuletzt gilt Pop als Tummelfeld für eine weiße, männlich dominierte Produktion und Distribution, Hörerschaft

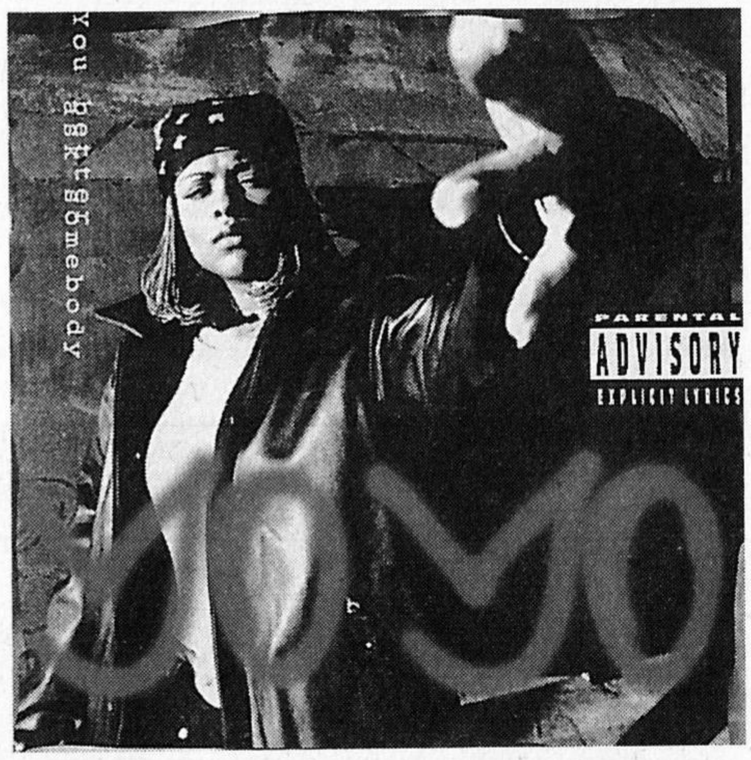
„Was nun das Populäre als Medium derzeit politisch so anziehend macht, ist weit eher in den Orientierungsdiskursen des Politischen zu suchen als beim Pop selbst."

und Käuferschaft, als Feld des weißen männlichen Begehrens, in dem Frauen entweder ausgeschlossen oder zu Objekten männlicher Schaulust gemacht werden. Eine solche Kritik schließt von vornherein ein im Pop eingebettetes weibliches Begehren aus. Dies bedeutet zugleich auch ihren Ausschluß aus der gängigen Käuferschaft (Frauen kaufen Frauen und Männer kaufen Musik/Frauenfußball ist nicht Fußball), ihre Sonderstellung und Zurichtung, sei es zu Sex-Appeal-Püppchen oder auf feministische Standpunkte, ihre Abspaltung aus den politischen Zusammenhängen. Ja selbst der seit geraumer Zeit forsch kritisierte Biologismus, hat in der Musikrezeption und -kritik ungebrochen Konjunktur: Frauen besingen ihre Menstruationsschmerzen, ihren Frust, ihren Eisprung, die Männer die sie lieben oder/und von denen sie verlassen wurden... Frauen sind eben anders und eigentlich nicht zu verstehen. Diese Inhalte pflegen ungehindert eine vermeintlich „weibliche Authentizität" weiter und entlarven nicht etwa deren Konstrukt und gesellschaftliche Zurichtung.

Daß Frauen ihr Begehren als Hörerinnen äußern, d.h. jenseits eines pubertierenden Anhimmelns ihrer „Male Stars", jedwedes Pop-Event zum sinnlichen Objekt ihrer Schaulust machen können (John Spencer Blues-Experience's Erfolg ist weit eher auf seine entzückende Erscheinung als auf den zerfallenden Balladen-Sound zurückzuführen und für die Jungs im Publikum weit eher wegen seiner Beziehung zu einer Dame namens Boss Hog, die sich zum prallbusigen Cover-Girl mauserte) heißt: dem Begehren am Mann wird (leider, leider) weit weniger Rechnung getragen: Typen können häßlich wie die Nacht sein, schmalzhaarig und dickleibig, penetrant dumm-blöd und aufgeblasen sportlich, schrill und cool, daß es nicht zum aushalten ist; ja sogar ganz hübsch werden sie unerträglich, weil sie sich permanent über die aalglatte Brust fahren müssen – wenn nur der Sound stimmt. Weiblichem Begehren wird keine öffentliche Bekundung eingestanden.

Der Sexismusvorwurf nun, der vielen amerikanischen HipHop-Crews entgegengebracht wird, verkennt nicht nur die Sinnlichkeiten der Show, der Calls & Responses zwischen Bühne und Publikum, des Sounds und der Grooves, sondern fällt unbedacht in die Zuschreibungen zurück, die seit jeher dem Schwarz-Sein zugesprochen werden. Nicht nur der „Black Male", dem kürzlich das Museum of Modern Art, New York eine Ausstellung widmete, sondern insbesondere die african-american Ladies werden in die Sphären der zügellosen Sexualität, der Wildheit des „dunklen Kontinents – Weiblichkeit" (Freud) verwiesen. Dabei wird außer Acht gelassen, daß allein diese Sexualisierung ihnen den Weg in die Öffentlichkeit und in die Musikgeschichte öffnete. Im „Let's Talk about Sex" (Salt N'Pepa), in der ausdrücklich sexualisierten Sprache der amerikanischen HipHoperinnen BWP (Bytches with Problems=Flittchen mit Problemen / byte: beißen) HWA (Hoes with Attitude = Nutten mit Haltung, in Anlehnung an NWA: Niggas with Attitude) steht das Feld der sexualisierenden Zuschreibungen öffentlich zur Debatte und wird u.a. mit dem Vorwurf konfrontiert, sie immitierten ihre sexistischen Kollegen.

Wenn Frauen in die Öffentlichkeit treten, wird bereits ihre Präsenz zum Problem. Einerseits müssen sie sich des Sex-Appeals, im „weiblichen" Zuschnitt eines potentiellen männlichen Publikums bedienen um überhaupt wahrgenommen zu werden, andererseits verfügen sie durch diese Praxis selbst über die Images von Weiblichkeit. Danyel Smith beschreibt dies als hybride Mischung: „Ein Girl-Rapper muß soft und hart sein, süß und ernst, sexy und doch respektabel, stark und auf eine Weise schwach, smart doch nicht zu smart (...) Die Scala ist selten ausbalanciert, die Grenze in ständiger Bewegung. Wie jede Frau muß das HipHop-Girl ihre Zutaten vorsichtig mischen, um vermarktbar zu sein" (Rap on Rap, 1994: 127). Denn, the show must go on.



„Wie jede Frau muß das HipHop-Girl ihre Zutaten vorsichtig mischen": YoYo, You better ask somebody (1993).

Im HipHop werden nicht nur die „typisch weiblichen" Belange thematisiert: Mädels, vertraut Euren eigenen Fähigkeiten, laßt Euch nicht dumm angraben, schwängern und sitzen lassen, den Kühlschrank leerfressen, verprügeln und zu Hause einsperren, wischt Euch die Tränen aus den Augen und haut zurück.

Tricia Rose, die den „Bad Sistas" ein Kapitel in ihrem Buch *Black Noise* widmete, hält fest, daß die Female Rappers, wie ihre männlichen Gegenspieler, auch widerstandsleistende Stimmen sind, die dennoch mit dem herrschenden Diskurs konforme Ideen äußern: während im männlichen Rap häufig Kritik am Polizei-Terror gegen Schwarze oder die Lage der Community abhandelt werde, sind die „Sexual Politics" für die Rapperinnen zentral: heterosexuelle Beziehungsbelange, die Wichtigkeit der Entfaltung der weiblichen Stimme, die technische Beherrschung des Rap und schließlich die öffentliche Entfaltung physischer und sexueller Freiheit (Black Noise, 1994: 146ff.). Nicht nur die körperliche Präsenz in der Öffentlichkeit steht hier auf dem Spiel. Das einst gegen das dürre Blondinen-Schönheitsideal gehaltene körperlich Pralle erfährt eine Umdeutung. Roxanne Shantés Track „Big Mama" (LP: The Bitch is Back, 1993) gerät zur Inanspruchnahme des Raumes, den sie am Mikrofon, die Schnauze aufreißend, besetzt. Wer sie nicht hören will, soll nach Hause gehen und sich einen schönen Tag machen, heißt es in einem anderen Stück, „Have a Nice Day".

Queen Latifah alias Dana Owens aus Queens schießt auf einer anderen Ebene gegen die Zuschreibungen einer sich in der Öffentlichkeit bewegenden Frau. Im Stück „Fly Girl" (Gegenspielerin zum B-Boy, den HipHop-Mates) ist die 'ich liebe Dich'-gurrende Männerstimme in den Refrain gebannt, dem sie entgegenhält, sie sei nicht der Typ Frau, für den sie gehalten werde, sie brauche sein Geld nicht und sei auch nicht für 'Easy Love' zu kriegen. Sie sucht den Mann für's Leben, der sie respektiert...

Auch Sister Souljah, Queen Mother Rage und andere halten sich an die Regeln, die ihnen ihre Community vorschreibt,

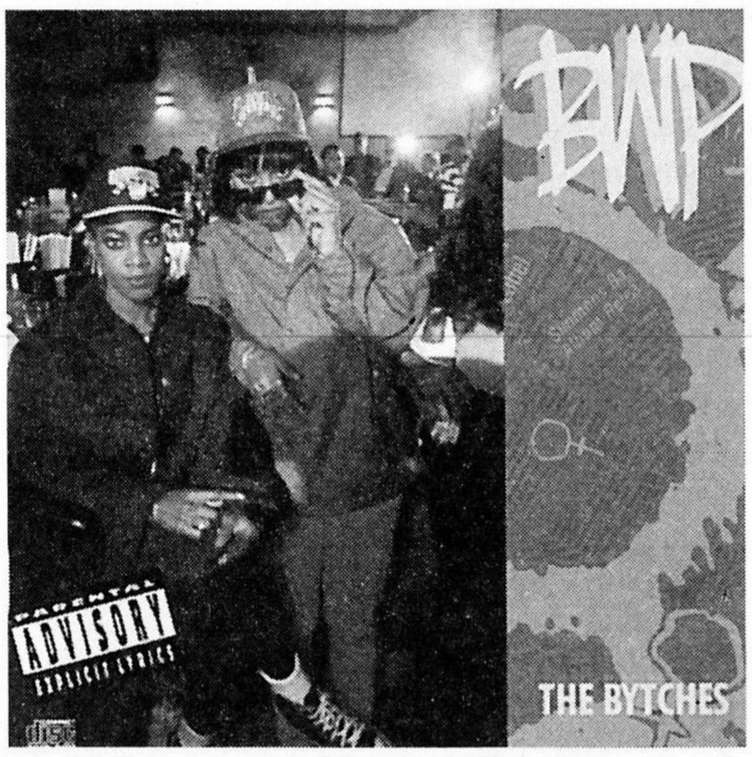
nämlich die Bastion im Inneren zu stützen, während der Kerl draußen in der Welt den gerechten Kampf führt: „It takes a man to make a stand, understand, it takes a woman to make a stronger man“ (Public Enemy's Revolutionary Generation, 1991).

Doch die Fronten haben sich verschoben. YoYo möchte nicht, daß man mit ihrem Yoyo (Möse) spielt, Shanté bläst potentielle Aggressoren mit der Wumme durchs Sofa, Boss warnt, daß auch die Mädels bewaffnet seien – und zwar gegen die Männer, wie es dem Drive By- und Vergewaltigungshörspiel „Girls Gotta Gun“ zu entnehmen ist; Menage a Troi zitieren den NWA-Track „She swallowed it“, in dem eine 14jährige im Auto durchgemacht wird und transformieren ihn zu einem Telefon-Sex-Stück, HWA outen sich in „Just a Little Action“ zu Luxus-Nutten und machen mit ihrem Cover-Inlet Sex-Magazin-Images Konkurrenz, BWP beschweren sich lauthals, daß die Jungs, die sich für die ultimativen Liebhaber halten, es allerdings nur zu einem zweiminütigen Standvermögen brächten. Harte Töne. Die päßliche Mischung, von der Smith sprach, ist weit überschritten.

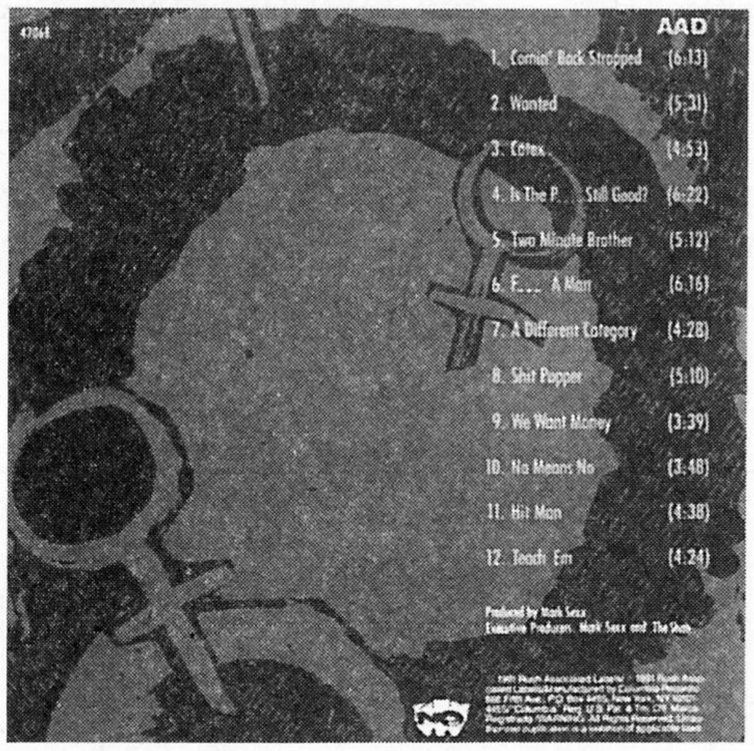
Sag' mir wo Du bist, und ich sag' Dir was Du hörst.

Denn: In Anlehnung an die männlichen Sex-Talks mit Gegensexismus zu antworten, ist nicht nur marktstrategisch verwerflich – BWP z.B. wurden von Plattenläden und Radiostationen boykottiert, sondern die Selbstpornographisierung unterhöhlt auch die sichere männliche Position. Bedenkt man, daß die Sexualität noch häufig genug das einzig sichere Terrain schwarzer Männer innerhalb einer sie ablehnenden Gesellschaft ist, werden solche Attitüden gar bedrohlich. Kennt Ihr den? Fragt ein african-american Komiker sein hauptsächlich weißes Publikum: „Warum halten die Neger sich immer die Hand zwischen die Beine? – Weil der Schwanz das einzige ist, was Ihr ihm nicht weggenommen habt...“ „Es ist nicht verwunderlich, daß die Frauen, die am meisten Respekt in der männerdominierten HipHop-Szene genießen – Queen Latifah und MC Lyte – unbarmherzig von Gerüchten heimgesucht werden, sie seien lesbisch. Ob sie es nun sind oder nicht, die Aussage ist deutlich: eine Frau kann nicht tough oder stark oder außergewöhnlich begabt sein, wenn sie nicht etwas von ihrem „Real Girl“ aufgibt. Ein Jenseits der Typisierungen „Hoe-ism“ (Hore: Hure/Schlampe) oder „Dyke-ism“ (dyke: Lesbe) ist nicht akzeptabel“ (Smith, a.a.O.). Die Monsterfrauen werden diesmal durch homosexuelle Zuschreibungen in Schach gehalten.

Schon Billy Holiday stellte in ihrer Autobiographie fest: „Ich kenne einige schwarze Mädchen aus der Showbranche, die genauso weiblich sind wie ich, aber trotzdem über kurz oder lang anfingen, sich wie Lesben zu benehmen, weil es so viel einfacher ist und weniger Ärger bedeutet“ (Lady sings the Blues, 4. Aufl. 1992: 96). Im Film „Mahagony“ (1975) spielte Diana Ross, First Lady der Supremes und Vorbild vieler Rapperinnen eine allein durch trickreiche sexuelle Versprechungen, die sie als Lesbe nicht einzulösen gedachte, zu finanziellem und künstlerischem Erfolg gelangende Modeschöpferin. Mit der weiblichen Travestie und der Verleugnung des vermeintlich „wahren Geschlechts“ vermischen sich Kontrolle, Kritik am Rollenverhalten und ökonomische Interessen. Der Dyke-ism-Vorwurf schließt aus dem HipHop-Kollektiv aus und ist zugleich Ausdruck des Neides am künstlerischen und finanziellen



Wurden von Plattenläden und Radiostationen boykottiert: BWP, The Bytches (1991).



Erfolg. Eine erfolgreiche Frau ist eine, die sich der Familie entzieht, Nachkommen verweigert und die Bastion im Inneren erschüttert. Wie sagte TV-Prediger Pat Robertson zur Bush-Wiederwahl-Kampagne: „Feminism is not about equal rights for women. It is a socialist anti-family political movement that encourages women to leave their husbands, kill their children, practice witchcraft and become lesbians“ (*Times*, 27.8.93). Wird, an solche Äußerungen knüpfend, nicht die Lokalisierung eines subversiven Potentials über das von Rechts kreierte Feindbild vorgenommen?

Sich als „Pseudo-Lesben“ in die Öffentlichkeit zu begeben, stellt nicht nur das „weiblich Authentische“ in Frage. Mittels dieser, handelt es sich auch um eine ursprünglich von Männern erfundene Strategie, kann ein Diskurs über Sexualität geführt werden, der die Konfrontation mit rassistischen und sexistischen Versatzstücken aufgreift und ausspricht: Sister Souljahs „We are at War“ bezeichnet einen doppelten Krieg. Den Krieg der Geschlechter um Gleichstellung innerhalb der Black Communities und den Krieg, der seine Kraft aus der Black-Consciousness-Bewegung gegen die weiße Vorherrschaft bezieht. Das O.J. Simpson-Verfahren hat deutlich gezeigt, daß der Krieg der Hautfarben den der „Sexual Politics“ verdrängte. Das, was sich im Female HipHop manifestiert, kann unter diesem Vorzeichen als klassischer Nebenwiderspruch angesehen werden. Unmißverständlich vorrangig sind die Interessen, die dem Schutz der Black Community gelten.

Dennoch: HipHop ist ein Diskurs, eine Spielwiese für Haltungen und des Entertainment, auf der rassistische, ökonomische und auch sexuelle Unverhältnismäßigkeiten ausgesprochen werden können, weil das sexistische Potential und die Rassismen noch im Groove sinnlich erfahrbar gestaltet sind. Das macht dessen Inversionspotential aus, nämlich die negativ intendierten, aus der Kolonialzeit herrührenden Attribute zu ihrem Gegenteil zu verdrehen. „Some of your niggas are bitches too“ (Ice Cube): sich selbst „nigga“ zu nennen und sogleich verweiblicht abzustoßen oder sich selbst als „bitch“ oder „hoe“ öffentlich zu präsentieren: „I'm a bitch“ (Boss), nimmt die potentielle Beleidigung vorweg und schlägt die sexistischen Zuschreibungen mit einer sexualisierten Sprache zurück. Der solchermaßen sprachlich faßbare Unterschied von gelebter Fremdbestimmung und gewünschter Entfaltung könnte nicht größer sein. Michael Jackson's „I'm bad“, ist ein weiteres Beispiel für diese Bedeutungsverdrehung. Sagt ein Weißer zu einem Schwarzen: „Du schwarz“, bestätigt der angesprochene: „ich weiß...“.

Im politisch korrekten Jargon wäre ein solcher Schlagabtausch unmöglich, ja wird formal umgangen. Das hat seine Berechtigung. Allerdings schließt es aus, das als subversiv eingestufte Potential importieren zu wollen, weil die Substanz, die kulturellen Bezüge, aus dem der musikalische und sprachliche Stoff gewebt ist, sich nicht exportieren lassen. ●

Eine Discographie zumThema kann bei der Redaktion angefordert werden.

HEIKO STOFF

Vom Spaßhaben und Spaßverderben

Repolitisierung und Rekulturalisierung

Seit geraumer Zeit lassen sich zwei Phänomene beobachten und zwei Bewegungen beschreiben: Die Tanzparty findet im besetzten Haus statt und die politische Diskussion in den popkulturellen Zeitschriften. Gegenpolitik und Gegenkultur bewegen sich, so scheint es, in einem Prozeß der „Rekulturalisierung“ und „Repolitisierung“ aufeinander zu oder, um im Bild zu bleiben, aneinander vorbei.

Die Auslöser dieser Bewegung scheinen jeweils als Krisenmomente gedeutete Veränderungen zu sein. Während die autonome Bewegung, als sichtbarster linksradikaler Widerstand der 80er und frühen 90er, in den westlichen Großstädten in Auflösung ist, wird von den TheoretikerInnen der BRD-Gegenkultur festgestellt, daß der Referent der hedonistischen Linken selbst, die linksradikale Subkultur, nicht das ist, was sie einmal gewesen zu sein schien.

Die Repolitisierung der Gegenkultur ist gut dokumentiert. Sie ist vor allem verbunden mit den sogenannten „Wohlfahrtsausschüssen“, die 1993 eine Antifa-Tour mit Bandauftritten, u.a. der Goldenen Zitronen, Blumfeld und der Sterne, und Vorträgen unter dem Titel „Etwas Besseres als die Nation“ organisierten. In *Spex* begann Diedrich Diederichsen die Diskussion über das Ende der Jugendkultur. Im Folgenden kam es zu einem Revival der kulturpolitischen Frage: Ist die popkulturelle Subversion nur der schnellste Weg in die Medienindustrie oder muß die Popkultur, wie es in der *Spex*-Jubiläumsausgabe vom Oktober '95 heißt, „als Ort von Befreiungskämpfen“ gerettet werden? An gleichem Ort spitzte wiederum Diedrich Diederichsen seine These zu, daß gerade Political Correctness die molekulare Revolution sein könne von der die popkulturellen Subversionisten immer träumten.

Für die andere Bewegung, die Rekulturalisierung des politischen Widerstandes, genauer dessen, der sich autonom nannte, sieht die Quellenlage bescheidener aus. Kultur spielte in der Selbstreflexion der Autonomen keine große Rolle. Seit neuestem wird aber aus den Reihen der Autonomen selbst auf das Beispiel Großbritannien verwiesen, wo Widerstand und Gegenkultur gemeinsam gegen den Criminal Justice Act agieren. Die politische Mobilisierung funktioniert dabei nicht nur, wie traditionell über die Demo sondern über Tanzveranstaltungen. Der Rave wird zur Demo (vgl. *Die Beute* 1/95, S. 51-55). Tatsächlich gibt es mittlerweile in Städten wie Hamburg die Praxis der ravenden Hausbesetzung. Wenn sich Party und Politik auf der Tanzfläche im besetzten Haus treffen, ergeben sich jedoch Probleme, die nicht nur der schwierigen Übersetzung geschuldet sind: Ist die Party wirklich politisch? Kann Politik eine Party sein? Und was hat der Spaß, der das alles in Schwung halten soll, damit zu tun?

Autonomer Widerstand war und ist – auf Kampagnen ausgerichtet – weniger eine Theorie als eine Praxis. Autonome drängten auf die sofortige Einlösung der relativ allgemein gehaltenen politischen Programmatik. Das „Autonom-Sein“ funktionierte dabei im Gegensatz zum übrigen linksradikalen Widerstand über einen existentialistischen Begriff von Leben. Bei allen Abgrenzungen und Differenzen war die Position der Autonomen in der linksradikalen Szene immer auch unklar und vor allem durch ihren spezifischen Lebensstil festgelegt. Mittlerweile scheint sich die autonome Position im Allgemeinen der radikalen oder undogmatischen Linken zu verflüchtigen. Der Unterschied ist, daß die undogmatische Linke Zusammenhänge, Diskussionen, Theorien, Aktionen etc. hatte, während die Autonomen über (eroberte) Räume verfügten. Die Stärke des autonomen Widerstandes war gerade die Ununterscheidbarkeit eines autonomen Lebensstils und autonomer Politik, die beim Häuserbesetzen und -verteidigen machtvoll und sichtbar wurde.

Als Lebensstil war der autonome Widerstand selbst auch ein gegenkulturelles Projekt. Er bezog sich auf eine abgegrenzte Gruppierung, eine Szene, eine Sprache, Verhaltensnormen, einen Kleidungscode, einen Geschmack. Das fand in der Regel in einem Viertel statt, war zentriert auf die besetzten Häuser und richtete sich nach der Anfangszeit in einer Infrastruktur von Kneipen und Kleingewerbe ein. Die Autonomen waren real und imaginiert im Besitz ihres Viertels. Real hatte der Staat hier eine relativ erschwerten Zugriff. Tatsächlich bedurfte es aber auch eines massiven Aufwandes an Parolen, Plakaten und der Präsenz autonom Gekleideter, um die neue Ordnung der Besitzverhältnisse festzuschreiben. Die Wirkung konnte beachtlich sein und den Staatsschutz verwirren. Immer wieder entwickelte sich auch eine Eigendynamik – bei der die Zeichen beim Wort genommen wurden. Dann gab es Krawall und die Geschichte begann erneut. Bedingung dieser Wirkung war die einheitliche autonome Identität. Um so identischer die Autonomen mit dem Selbst- und dem von den Medien kolportierten Fremdbild wurden, desto machtvoller schienen sie zu werden. Die Einswerdung mit dem eigenen Mythos war das nicht erklärte politische Ziel. Die Politik fand stets unter diesen Bedingungen statt und ließ sich nur bei Strafe der Marginalisierung in klandestine Politgrüppchen vom Lebensstil isolieren.

Während sich der autonome und mehr noch der Antifa-Stil als ein Kleidungscode der Jugendkultur etabliert hatte, büßte der autonome Lebensstil zumindest in einer Metropole wie Hamburg, an Anziehungskraft ein. Die Mode „autonom“, die sich durch ihre mediale Verbreitung von den Schauplätzen der Kämpfe der 80er – Hafenstraße, Kreuzberg, Startbahn-West –, in die Jugendzimmer renitenter und/oder dissidenter junger Menschen ausgebreitet hatte, war als allgemein verbreitete Erscheinung mit Warencharakter schon nicht mehr besonders hip. Der autonome Sound der 80er – Hardcore – welcher das Kulturprogramm autonomer Zentren dominiert hatte, ging den Weg aller Musikstile und wurde eine redundante, standardisierte Redeweise. Ihre Stärke zog die autonome Bewegung letztlich aus ihren Bildern, sowie der Intensität und Emphase ihrer Ausdrucksformen. Die Attraktivität dieser Gesten hatte sich jedoch verbraucht – mehr noch, sie wurde von denjenigen die sich den Autonomen politisch zurechneten auch intern in Frage gestellt.

Mit dem Verlust von Attraktivität des autonomen Lebensstils ging der Versuch einher, dessen gegenkulturelle Anteile zu reaktivieren, d.h. gerade mit der Attraktivität des Hedonismus Politik zu machen. Die Hausbesetzung als Rave sollte die Bewe-

gung wieder aktivieren. Es gibt keinen eindeutig bestimmten Namen für die Grauzone illegitimer, d.h. nach herrschenden Normen sozial nicht anerkannter kultureller Produktion. Politisch als konträr zur oder soziologisch als unterhalb der herrschenden, bürgerlichen Kultur firmiert sie als Gegenkultur, als Subkultur oder als hedonistische Linke. Alle Begriffe setzen andere Akzente, bezeichnen mehr einen sozialen Ort, wie Subkultur, oder eher eine spezifische politische Posi-tion, wie z.B. hedonistische Linke. In den Texten der 90er werden sie in der Regelsynonym verwendet. Gegenkultur ist dabei der am häufigsten benutzte und verbindlichste Begriff, ohne daß dabei seine Bestimmung eindeutig zu fassen wäre.

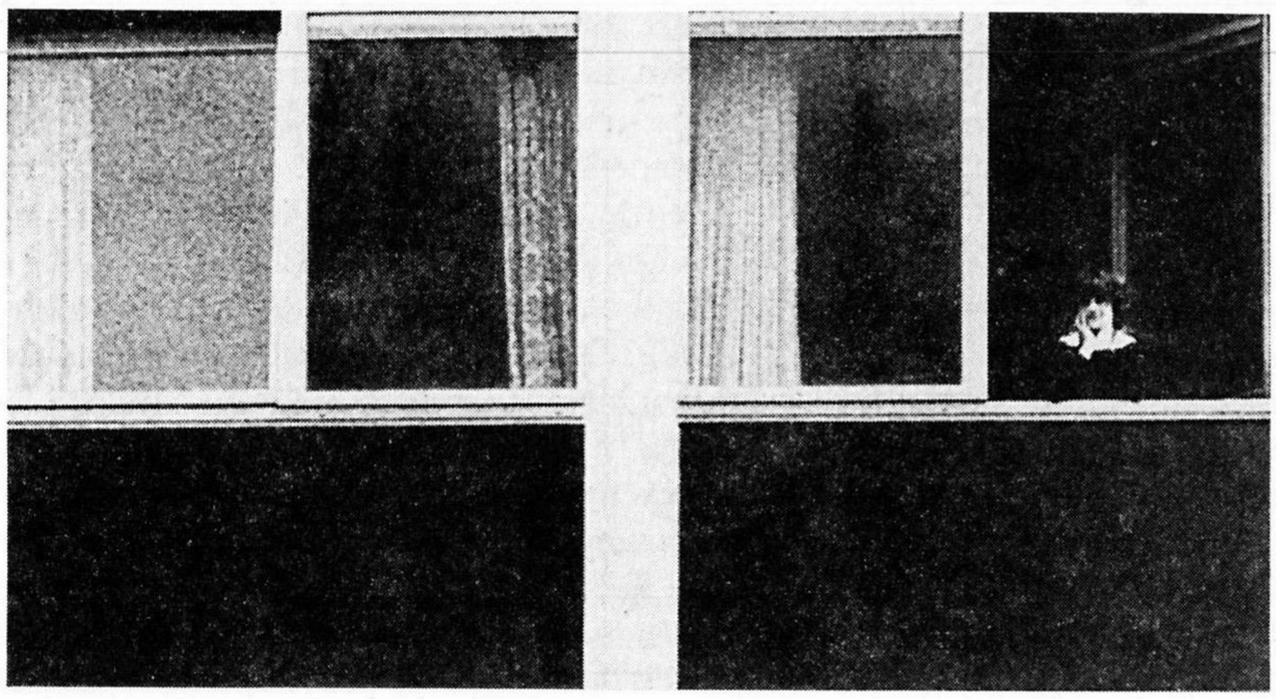
Gegenkultur

Begriffsgeschichtlich stammt er aus den 60er Jahren und verweist auf eine Jugendkultur, die, mit einem zumindest revoltierenden Gestus, aber auch mit einer deutlichen linksradikalen Position, sich gegen die herrschende kulturelle Ordnung richtete. Gegenkultur umfaßt damit ein Kontinuum kultureller Produktion. Es gibt eine gegenkulturelle Geschichte, die bestimmte Aussagen und Versprechen konnotiert: Denenihr-Spiel-nicht-mitmachen, die selbstgemachten Werte als die eigentlichen, verbindlichen verkünden, legitime Kultur lächerlich machen, das Recht auf alles einfordern, Selbstveränderung durch Sounds und Trips, Auflösung der repressiven Selbstdisziplin etc.. Das Medium waren hier die rasch in Klischees verwandelten Sex, (Rock)Musik und Drogen. Gegenkultur steht aber genauso für die komplexen Theorien, die, hergestellt im subakademischen Milieu von zumeist männlichen Intellektuellen, Künstlern und Tagedieben, als Identitätskritik und Spiel mit Bedeutungen Subversion verkündeten.

Gegenkultur hat sich in ihrer politischen Wirksamkeit gerne maßlos überschätzt. Den Wert der radikalen Geste als soziales Kapital, daß sich einmal auszahlen wird, lernte jede Generation wieder von neuem kennen. Die Funktion der Sub-/und Gegenkultur für die Medienindustrie ist dabei ein Allgemeinplatz geworden, ohne daß die Wirksamkeit dieser sozialen Gesetzmäßigkeit jemals genauer reflektiert wurde. Historisch hat Punk endgültig gelehrt, daß es im Kapitalismus kein Entkommen vor Verwertung gibt. Mittlerweile eignet sich die Medienindustrie praktisch zeitgleich und ohne die täuschende Verzögerung, die um 1980 noch erlaubte zu glauben, wir seien dank der rhizomatischen Praxis schneller als die, gegenkulturelle Ausdrucksweisen und Stile an. Mit der sofortigen Verbreitung gegenkultureller Produkte, mit der umstandslosen Verwertung radikaler Gesten, wurde auch nicht, wie es vielleicht manche hofften, das Gefühl für den Aufstand massenhaft verbreitet. Im Gegenteil war dieses Gefühl plötzlich homolog mit den Pogromen von Rostock. Hier blieb nur der Rückzug in eine möglichst unpopuläre gegenkulturelle Nische oder die (Selbst-)Reflexion.

Staatsjustiz, spezielle Bullentruppen, der Niedergang der Häuserbewegung und der reaktionäre backlash von 1989ff hatten in den westlichen Großstädten die autonome Szene demoralisiert. Die Eingerichteten bemerkten ihr Eingerichtet-Sein, den Widerspruch zwischen radikalen (An-)Forderungen und dem Alltag. Und wer wollte die gerade einmal erträglich gewordenen Verhältnisse schon gerne aufs Spiel setzen? All die jungen Träume vom ganz Anderen – die Intensität des emphatischen Lebens – geronnen zum Kulturkonservatismus.

Entscheidend für das Krisenbewußtsein der Autonomen war, daß gerade das, was Autonome im Fremd- und Selbstbild der 80er ausmachte, in Frage gestellt wurde. Schon viel länger problematisiert, wurden im gleichen Zeitraum die Differenzen hervorgehoben, die sich nicht versöhnen ließen. Gerade die gerne kritisierte Nabelschau der Autonomen, ihr äußerst problematischer lebens- und selbstreformerischer Ansatz und die Identifizierung von Lebensstil und Politik erlaubte keine Trennung in privat und öffentlich-politisch mehr. Die einzig verbindliche autonome Theorie, die triple oppression-These von der dreifachen Repression durch Sexismus, Rassismus und Imperialismus, war in Konsequenz auch konstitutiv für den politischen Widerstand selbst. Auf dieser Grundlage begann die nicht umgehbare Sezession der autonomen Szene, wie sie sich in tausend und einem auseinanderfallenden Plenum manifestierte. Die gemeinsamen Kämpfe und Ziele wurden relativiert, Zusammenschlüsse flüchtig. Gemischte Gruppen scheiterten regelmäßig an den bestehenden Verhältnissen (heißt: am Sexismus). Diese notwendige Krise erlaubte keinen Aufschub und kein einfaches Weitermachen.



„All die jungen Träume vom ganz Anderen."

Rote Flora

Seit etwa zwei Jahren ist das Zentrum „Rote Flora" in Hamburg Schauplatz der beschriebenen Prozesse der Repolitisierung und der Rekulturalisierung. Die seit sechs Jahren besetzte Flora ist ein originär autonomer Ort, ein Verweis auf eine in Hamburg erfolgreiche Zeit des autonomen Widerstandes. Das besondere an der Flora ist zum einen ihre Lage mitten im Szenequartier Schanzenviertel und zum anderen der Umstand, daß sie unbewohnt ist. Sie ist also ein besonders wertvolles Symbol. Sie verweist auf den Referenten der ideellen autonomen Identität und lebt doch nur durch das, was in ihr veranstaltet wird. Die Flora hatte den Ruf besonderer Rigidität, dort wurde die autonome Linie besonders dogmatisch eingehalten. Sie stand damit im besonderen, wenn sie auch zunächst durch den spektakuläreren Hafen in den Schatten gestellt wurde – für den autonomen Lebensstil.

Gerade in der Flora und ihrem Umfeld begann man das Experiment der Rekulturalisierung. Langsam verschwanden aus dem Kulturprogramm die Hardcorekonzerte und wurden durch immer populärer werdende Dancefloor-Partys ersetzt. Dieser Einzug der Gegenkultur in die Rote Flora war vor allem auch eine Kritik am autonomen Lebensstil mit der subversiven Aussage, daß auch ein *riddim* und eine buntere Kleiderordnung politisch sein können. Die Veranstaltungen blieben dabei im von der Roten Flora symbolisch gesetzten Rahmen. Die OrganisatorInnen dieser Parties waren teilweise alte Bekannte, verwandelte Autonome, aber auch neue Gesichter, die von nebenan aus der subkulturellen Kneipe kamen. Die Flora als angemessener Veranstaltungsort (location) mit dem, wie die Hamburger Morgenpost (Mopo) schrieb, „pittoresken Abrißam-

biente“ fungierte plötzlich als Ort der Rekulturalisierung und Repolitisierung in Hamburg (die Repolitisierten hatten den Symbolwert der Flora rasch erkannt und wählten diese als eine ihrer Hauptveranstaltungsorte). Der Geheimtip Flora war bald die Nummer Eins in den lokalen Medien, die Mopo berichtete im Sommer 1994 fast wöchentlich zumeist mit dem Bild zweier ekstatischer weiblicher Teenager: „Hanni (17) und Nanni (18) haben sich prima amüsiert“, der Axel-Springer-Verlag bat um Veranstaltungstermine, *Prinz* lobte die hippsten Parties bei gleichzeitiger politischer Korrektheit. What ever the product, subversion sells. Die Autonomen waren von dem radical-chic-revival nicht amüsiert. Neben dem Ausverkauf-Vorwurf, reizte vor allem die Anwesenheit latent unkorrekter Nachtlebensmenschen. Das Publikum galt zwar zum Großteil immer noch als politisch, aber bald parkten auch die ersten Autos mit Vorstadtkennzeichen das Viertel voll und auch die KarrieristInnen der Medienindustrie, die noch soziales Kapital hecken mußten, zeigten Präsenz (zwischendurch gings in den „Pudels Club“).

Im „Info aus der Flora“, der *Zeck,* wurden bald erbitterte Auseinandersetzungen geführt über die (so lose zusammengestellt aus zwei Zeck-Artikeln im August ‘94) „ominöse(n) Mammutveranstaltungen“, die „Riesenparties als Kommerzkultur“, bei denen „wir uns einfach nicht mehr wohl“ fühlen. Die Musik (Techno), die dort lief, sei scheiße und stumpf, die Leute aggressiv und zugedrogt. Außerdem würden „Unmengen von Kohle für die Vorbereitungen ausgegeben“. „Wo ist denn da noch der Bezug zur Flora?“ wurde gefragt. Und: „Findet dies nur statt, weil es eben hip ist?“ Jedenfalls sei „das nicht mehr das, was die Flora mal war und sein sollte“. Zudem werde „der Anspruch subkulturelle Tendenzen subversiv mit unseren Inhalten zu füllen nicht eingelöst“, stattdessen würden „die erkämpften Freiräume immer mehr gegen das eingetauscht, wogegen diese Freiräume erkämpft worden sind“. Also: Ausverkauf, Verrat, Eskapismus.

Die VerteidigerInnen der Gegenkultur bekamen in den Debatten rasch Oberwasser. Sie hatten den Intellekt und den guten Geschmack auf ihrer Seite und konnten den bornierten Kulturkonservatismus der Autonomen entlarven. Ihre Argumente kreisten dabei um die Figur des Spaßes, genauer um die Eigenschaften des Spaßhabens und des Spaßverderbens. Diese Begriffe hatten in der Flora bei Kulturfragen schon öfters eine Rolle gespielt, wenn Feministinnen sexistische Bands und Kabarettisten störten. Das Publikum im allgemeinen hatte nämlich durchaus seinen Spaß und reagierte mit Hohn und Empörung über die spaßverderbenden Aktivitäten. Die berechtigte Kritik an der Selbstgenügsamkeit des autonomen Lebensstils brachte die universelle Kategorie Spaß ins Spiel.

Der Spaß

In kulturellen Bildern ist das Spaßhaben als fortschrittlich, stark, souverän, das Spaßverderben als lebens- und lustfeindlich, puritanisch, verkrampft konnotiert. Das politische Argument für den Spaß ergibt sich aus der Negation: keinen Spaß zu haben hat keinen sozialen Wert und keine Macht. Der politische Widerstand habe sich durch seine Spaßlosigkeit in eine aussichts- und anziehungslose Selbstisolation begeben. So richtig letzteres war, funktionierte es doch im Rahmen einer Diskursivierung des Spaßes, in welcher dieser eine spezifische soziale Wirksamkeit erhielt. Diejenigen, die keinen Spaß haben und ihn anderen verderben, wurden in der Flora als auch im Mediendiskurs als „feministische Zensurkommandos“ bezeichnet.

Der Spaß ist die in den 90ern inflationär gewordene Ware der Medienindustrie. Spaß zu haben ist zu einem Grundrecht geworden. Die subversiven Möglichkeiten des Spaßes, nämlich die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, sind von dieser Entwicklung nicht zu trennen. Jede unreflektierte Verwendung der Spaß-Kategorie begibt sich auf ein Terrain, in dem bereits Entscheidungen gefallen sind. Der Spaß als politische Waffe und der Spaß als Männerprivileg wurden – unreflektiert – ununterscheidbar: Der Spaß ist souverän, er darf alles, er kann über alles verfügen. Wer das kritisiert versteht keinen Spaß. Kein Mensch kann etwas gegen den Spaß haben: Der Spaß ist evident, er hat einen überall zutreffenden sozialen Wert, er ist offensiv und positiv. Oder: Ohne Souveränität, ohne ein Verfügungsrecht, gibt es keinen Spaß. Es gibt Subjekte und Objekte des Spaßes. Der Spaß ist ein souveränes, männliches Recht, die Kritik, das Spaßverderben, ist unsouverän, weiblich. Das Spaßverderben ist der Machtlosigkeit analog, bzw. es fordert Macht ein von einer marginalen, gerade noch geduldeten Position aus. Dementsprechend werden die Mittel des Spaßverderbens oft und gerne Kritik ausgesetzt.

Der Spaß ist konstitutiv für das soziale Konstrukt Mann. Das heißt nicht, daß Frauen keinen Spaß haben könnten, wohl aber, daß es eine Frage von Machtverhältnissen ist, was Spaß überhaupt bedeutet. Spaßverderben ist in dieser Gesellschaft Frauen vorbehalten. Diese Praxis hat einen schlechten Ruf, sie meldet sich dort zu Wort, wo andere – zumeist Männer – sich gerade besonders wohl und zu Hause fühlen. Das Spaßverderben impliziert Neid: „Nur weil wir Spaß haben, wollt ihr ihn uns verderben.“ Spaßverderben ist negativ und defensiv, es ist leicht zu diffamieren: als soziale Kategorie bezeichnet es ein zu-kurz-gekommen-Sein, als psychologische benennt es einen Defekt; Entkrampfen, lockern, „mal fünfe gerade sein lassen“ sind dann die gymnastischen Empfehlungen.

Gegenkultur war und ist dominant von Männern organisiert. Zur legitimen Produktion und Reproduktion von Gegenkultur gehört ein Wissen, welches im Zusammenschluß von Männern hergestellt wird. Die Bedingung der Zugehörigkeit ist die Akzeptierung der geltenden Regeln. In der gegenkulturellen Szene sammeln sich oft und gerade Männer, die sich selbst – und nicht zu Unrecht – als „Opfer“ ansehen: sie sind ja aus der Sozialordnung „ausgestiegen“ oder hinausgeworfen worden. Gerade der Zusammenschluß in einer Männerband(e) oder schlimmer in einem Männerbund war für sie die Rettung: sie errichteten sich zusammen ihre widerständlerische Welt aus Fußball, Bier, Kneipe, Politik und Musik. Männer spielen in Bands, Männer organisieren Konzerte, Männer haben die P.A. (die „Anlagen“), Männer schreiben in Fanzines etc. Der Spaß, den sie dabei hatten und haben, wurde zu ihrer neuen offensiven Identität. Eine scheinbare Möglichkeit sich Stärke und Souveränität zu bewahren. Spaß hat als rhetorische Wendung und als Praxis das Recht des prinzipiell alles erfassen dürfenden Zugriffs. Der Spaß beim spaßhaften Reden kommt erst bei den kurzgeschlossenen Assoziationen, einen Spaß mit Grenzen gibt es nicht. Der Spaß ist offensichtlich ein soziales Gut, daß es so für Frauen bei Strafe der sozialen Degradierung nicht gibt. Die alltägliche Redewendung, „war doch nur Spaß“, als Entschuldigung jedes Sexismus, fordert letztlich die Anerkennung als universalistischer Werte. In der Praxis ist der gegenkulturelle Spaß, wenn er nicht verdorben wird, ein Männerspaß. Wenn die Riot Grrrls kommen, die den Spaß verderben, müssen sie zu Girlies werden, die den Spaß bringen. Wenn es in der patriarchalen Gesellschaft für Frauen keinen Spaß, außer dem gegen Männer zu erkämpften gibt, klingt das nach Spaßverderben.

Der Witz am Spaß aber ist ja auch, über solcherlei Probleme nicht nachdenken zu müssen (das bringt keinen Spaß, das ist spaßverderberisch). Der Spaß als universelle Kategorie konstituiert sich aus den gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Im Feld des Politischen muß der Spaß immer umstritten sein, da sein Besitz, bei den herrschenden Machtverhältnissen, zugleich auch den Ausschluß anderer bedeutet. Eine politische korrekte Gegenkultur und ein Spaßhabender politischer Widerstand müssen mit dem Wirken der Bedeutungen rechnen oder sie sind schon auf der Seite der herrschenden Ordnung. ●

STEFAN GREGORY

Kulte und Subkulte

„Man steigt nicht schon dadurch aus der Kultur aus, daß man sich die Analyse der Kultur und der kulturellen Interessen erspart." (Bourdieu)

Leben in der Subkultur heißt: außerhalb des Hochkultur-Apparats und seiner Verdienstmöglichkeiten Platz zu nehmen. Unsere Vorstellung von Bohème nährt sich von Malern, die nie ein Bild verkaufen, von Dichtern, die in schäbigen Hotelzimmern verhungern und von Musikern, die für eine Flasche Schnaps vor 15 Leuten spielen. Doch Bohème hat weniger etwas mit dem puren Faktum der Armut zu tun als mit einer ganz bestimmten Art, diese Armut zu ideologisieren und in Stolz zu verwandeln: Dem kleinlauten „Arm-aber-sauber" der gewöhnlichen Armut setzt sie ein trotziges „Dreckig-aber-genial" entgegen. In den bekannten Legenden vom unbekannten Maler oder verkannten Dichter sind künstlerische Produktivität und Echtheit des Empfindens an die prekäre ökonomische Situation geknüpft. So funktioniert der Armutsgürtel der Kultur als ihr Authentizitätsreservoir: Aus der schöpferischen Ursuppe der subkulturellen Produktionen steigen die „Werke" empor, die schließlich im Verlauf ihrer Anerkennung als „Kultur" das bekannte Schicksal der ökonomischen und ideologischen Vereinnahmung erleiden. Auf dieser Dichotomie von (authentischer) Produktion und (ökonomischer) Aneignung beruht der gesamte kulturelle Mythos der Moderne: Primärprozeß vs. Aufzeichnung, Unbewußtes vs. Bewußtsein, Verausgabung vs. Ökonomie, Genie vs. Bürokrat, Subkultur vs. Mainstream.

Doch die Subkultur ist nicht nur die ärmere Verwandte der großen Kultur. Die Subkulturellen haben ihr Subkulturellsein immer auch als Dissidenz verstanden: Das Nicht-dazu-gehören wird zum stolzen Nicht-dazugehören-wollen. In den künstlerischen Manifesten der Moderne ist Subkultur der ausgesprochene oder unausgesprochene Kampfbegriff, der die Abgrenzung zur jeweils hegemonialen Kultur formuliert. Die Vorsilbe „sub" erhebt den Anspruch, sozusagen von den Fundamenten her die Erosion des herrschenden Überbaus zu betreiben: unterirdische Subversion des Systems der Gewohnheit. Wird diese Vorstellung politisiert, dann mündet sie in das Projekt der Gesellschaftsveränderung (Gegenkultur): „Subkultur" als der letzte Ort, an dem eine andere Erfahrung eingeübt werden kann, Vorschein des besseren Lebens im schlechten. Ob als Strategie der „großen Weigerung" oder als Taktik der kleinen Fluchten, „Subkultur" ist hier der Name für die letzte antikapitalistische Bastion, das letzte Widerstandsnest gegen den totalen Verwertungszusammenhang.

Doch hat man bald bemerkt, daß die Dissidenz- oder Absetzbewegung der Subkulturen immer an „ihren" jeweiligen Hochkultur-Apparat geknüpft bleibt, dessen Beharrungskraft gerade darin besteht, sie sich partiell einzuverleiben. Die „Klugheit" eines Systems bestimmt sich geradezu dadurch, wie weit es in der Lage ist, von den Tendenzen Gebrauch zu machen, die es negieren. In diesem Sinn ist der Spätkapitalismus, weit entfernt davon, vor der Pluralisierung der Widersprüche in die Knie zu gehen, zweifellos die klügste der bekannten Herrschaftsformationen.

Es gibt also gute Gründe, ein bißchen streng zu sein mit dem Prinzip „Subkultur". Der heftigste Verdacht, der – meist von Subkulturellen – gegen die Subkultur ins Feld geführt wird, ist der einer bloßen Simulation des Widerstands: Wenn jede individuelle Regung „immer schon" dem verhängnisvollen Lauf des Kapitalprozesses unterworfen ist, dann sind auch die jugendkulturellen Manifestationen des Andersseins nur ornamentale Bereicherungen einer tendenziell totalitären Gesellschaftsmaschine, die jede oppositionelle Regung zu einem Moment ihres Funktionierens macht. Bisher hat sich jede kulturrevolutionäre Gruppe mit der Erkenntnis herumschlagen müssen, daß unter einem funktionalistischen Gesichtspunkt jede (sub-)kulturelle Produktion als systemimmanente Pazifizierung und Ausweitung perfider Integrationstechniken betrachtet werden kann: „Die ästhetischen Abfälle der Avantgarde wie Bilder, Filme, Gedichte usw. sind bereits erwünscht und wirkungslos [...] Darin sollen die Künstler die Rolle der früheren Hofnarren übernehmen, von der Gesellschaft bezahlt, ihr eine bestimmte kulturelle Freiheit vorzuspiegeln." (Gruppe SPUR: 95)

Das Abgrenzungsmanöver zwischen „Subkultur" und „Establishment" ist nur eine unter vielen Unterscheidungen auf dem politisch-kulturellen Feld, und möglicherweise eine, die mehr Auskunft gibt über das ideologische Selbst-(Miß-)Verständnis der Kultur-ProduzentInnen, als über den Stellenwert einer bestimmten Praxis in der sozialen Auseinandersetzung. Einiges weist darauf hin, daß die „Subkultur" lediglich der Teil der Kultur ist, der sich seiner eigenen Stellung im Reproduktionszusammenhang des herrschenden Betriebs am wenigsten bewußt ist: Motor der kulturellen Erneuerung und Reservoir für die fortgeschrittensten Branchen des Spätkapitalismus. Am deutlichsten sind diese Integrationsmechanismen natürlich anhand ausgewählter biographischer Verläufe abzulesen: vom Punk zum Hallenbetreiber, vom Szene-Agitator zum Spiegel-Journalisten, vom Fanzinemacher zum Art director. Eine subkulturelle Sozialisation galt eine Zeitlang als gute Empfehlung für die sogenannten Kreativ-Jobs in der Medien-, Freizeit- und Werbeindustrie. Doch konnte sich der Authentizitätsbonus nicht ewig halten und so bleibt die Investition in eine subkulturelle Biographie eine unsichere Sache: Neben den wenigen, die es geschafft haben, mit aufsteigendem Kulturgut nach oben gespült zu werden, gibt es immer auch die, die den Wieder-Einstieg in die Gesellschaft der Frühaufsteher nicht schaffen und gezwungen sind, ein Leben am Rand des sozialen Existenzminimums zu führen. Die Masse der Subkulturellen jedoch wird im Laufe des sogenannten Erwachsenwerdens sang- und klanglos von der gesellschaftlichen Normalität aufgesaugt, ohne von ihrer Teilhabe an einer Jugendkultur finanziell profitiert zu haben.

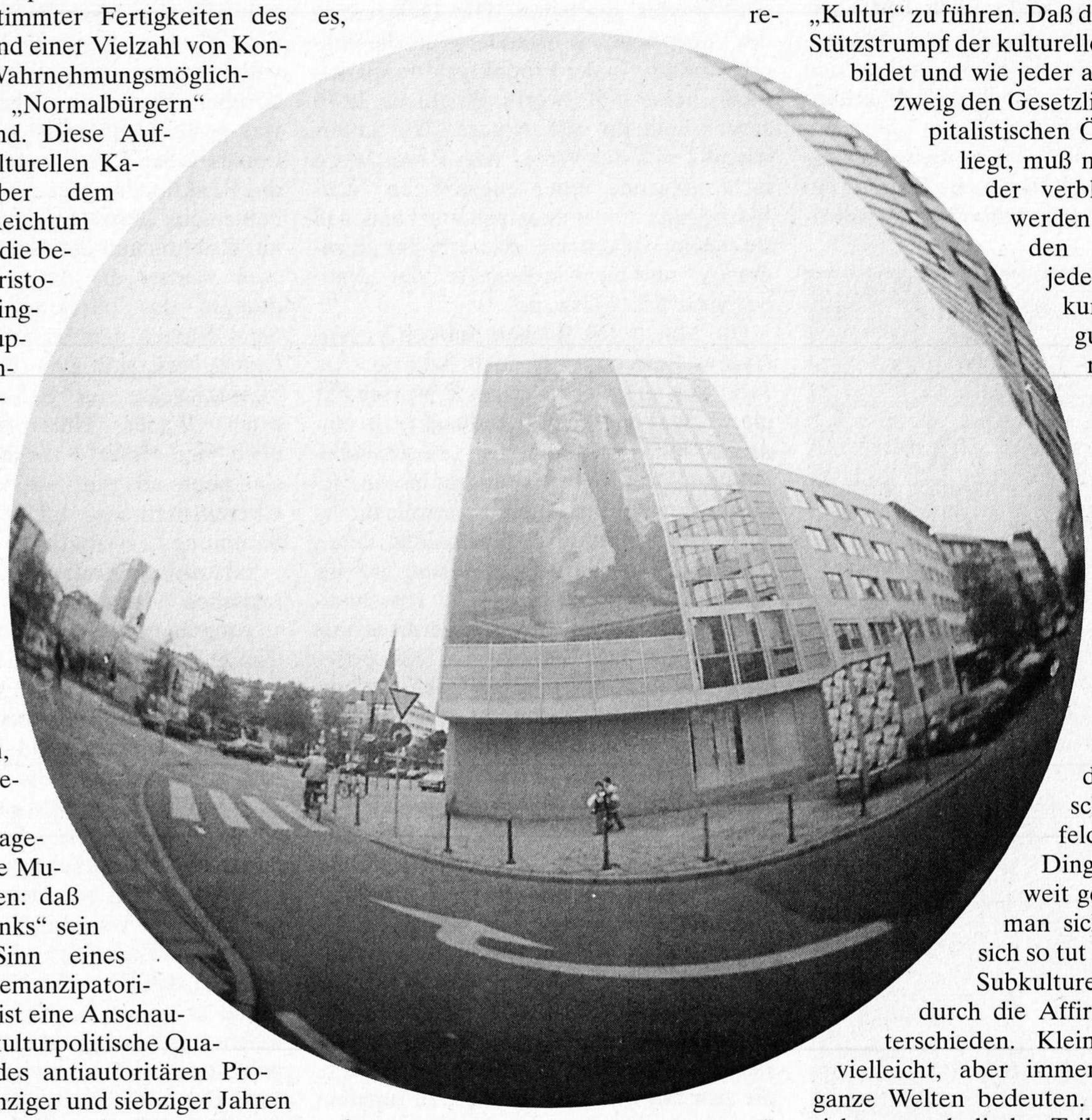
Der ökonomische Vorteil, mit dem die Subkultur lockt, besteht also weniger in der Spekulation auf eine künftige Karriere in der ökonomisch lohnenderen Unterhaltungsindustrie, sondern in dem „Distinktionsgewinn" (Bourdieu), den er jedem verschafft, der sich in den modischen Differenzierungen und Codes der Subkultur „auszukennen" beginnt. In kaum einer gesellschaftlichen Gruppe (abgesehen vielleicht von bestimmten Adelscliquen oder Horten des Bildungsbürgertums) wird so sehr auf die „feinen Unterschiede" in Kleidung, Auftreten, geschmacklichen Vorlieben und Abneigungen geachtet wie in den Dickichten der Subkultur. Die oft hermetische Abschottung gegen den Mainstream zahlt sich zwar nicht unmittelbar finanziell aus, sie trägt jedoch zur Akkumulation von

„kulturellem Kapital" bei. Kulturelles Kapital läßt sich einerseits unter Umständen in ökonomisches Kapital umsetzen (s.o.), vor allem aber hat es lebenspraktisch die Funktion, fehlendes finanzielles Kapital aufzuwiegen: „Ich bin auch ohne Auto zufrieden, ich hab ja meinen Stil, meine Bücher, meine Platten". Das ist wohl, neben dem puren Glück der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, die Haupt-Gratifikation, die Subkulturen zu bieten haben: Bei bescheidenen Lebensumständen sich dennoch reich fühlen zu können aufgrund einer hochspezialisierten Form der „Bildung", bestimmter Fertigkeiten des „savoir vivre" und einer Vielzahl von Kontakten und Wahrnehmungsmöglichkeiten, die den „Normalbürgern" verschlossen sind. Diese Aufwertung des kulturellen Kapitals gegenüber dem materiellen Reichtum bringt nicht nur die bekannte quasi-aristokratische Geringschätzung für yuppieskes Gewinnstreben und bürgerlichen Wohlstand mit sich, sondern auf der anderen Seite auch die Verachtung der „Normalos", deren Leben sich in den Augen der Subkulturellen auf „Fressen, Ficken, Fernsehen" reduziert.

Jung sein, dagegen sein und die Musik dazu machen: daß Subkulturen „links" sein müssen im Sinn eines gesellschaftlich emanzipatorischen Projekts, ist eine Anschauung, die an die kulturpolitische Quasi-Hegemonie des antiautoritären Projekts in den sechziger und siebziger Jahren geknüpft war, und die erst mit dem Zusammenbruch dieser Vorherrschaft zweifelhaft zu werden beginnt („Das Ende der Jugendkultur – wie wir sie kennen", D. Diederichsen). Wenn Nazi-Rock (den gab es natürlich schon vor '89) und nationalistische Tendenzen in der Pop- oder Industrialmusik heute als manifeste Bedrohung und nicht mehr bloß als Abweichung von der subkulturellen Regel betrachtet werden, zeugt das auch davon, in welchem Maß „Subkultur" als gesellschaftsabgewandte Region betrachtet wurde, in der Linke nach ihrem Rückzug aus der Politik ihren Lebensabend zu verbringen gedachten – vergleichbar gewissen Gegenden im bayerischen Alpenvorland, wo sich die reicheren Pensionäre ihre Eigentumswohnungen sichern. Mit dem Verlust der kulturellen Hegemonie geriet der Mythos „Subkultur" ins Wanken: das einst so hermetische und geheimnisreiche Subkultur-Gehege präsentiert sich jetzt als planiertes Gelände, das wie jede andere gesellschaftliche Region den Reproduktionsbedingungen des Kapitals unterworfen ist und von den herrschenden Ideologieströmen genauso durchquert wird wie Schule, Elternhaus oder Sportverein.

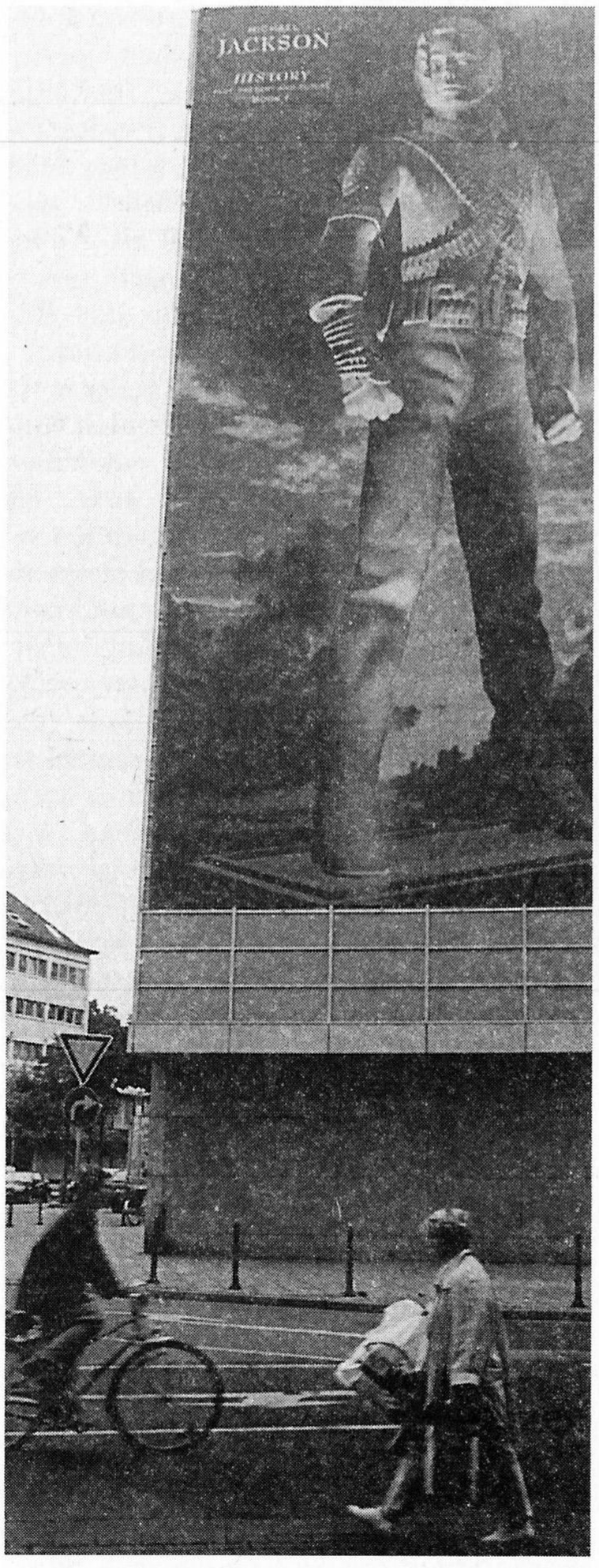
Zu den subkulturellen Ritualen gehört es, regelmäßig den Verrat zu beklagen: Die Sprünge der Subversion werden zu Purzelbäumen, die letztendlich nur den Freizeitmarkt bereichern und der Heroismus der Subkultur löst sich auf ins Flackern des MTV-Videos oder ins kunstmarkttauglich hingemalte Tafelbild. Vielleicht war es jedoch einfach der Fehler des subversionskundlichen Denkens, daß es das Versprechen der Subkulturen, der Kultur von außen an den Kragen zu gehen („jetzt wird Subversion gemacht, uns kriegt ihr nie..."), zu ernst nahm und regelmäßig enttäuscht war, wenn es sich nicht erfüllte. Wobei sich in die Enttäuschung über den „Verrat" des subkulturellen Anspruchs leicht die heimliche Befriedigung des Systemtheoretikers mischt, der ja schon immer gewußt hat, daß die kleinen Kulturrebellionen in der Fernsehshow oder in der Kunstgalerie enden.

Auf subkulturelle Authentizitätsbeteuerungen können keine Rabattmarken mehr ausgegeben werden. Um nicht immer wieder die Schwäche des subversiven Fleisches und die Tücke des Systems beklagen zu müssen, empfiehlt es sich, die Enttäuschung in Zukunft vorwegzunehmen und Subkultur einfach als gewöhnliche Unterabteilung des ideologischen Staatsapparats „Kultur" zu führen. Daß die Subkultur den Stützstrumpf der kulturellen Behaglichkeit bildet und wie jeder andere Industriezweig den Gesetzlichkeiten der kapitalistischen Ökonomie unterliegt, muß nicht immer wieder verblüfft festgestellt werden, sondern bildet den Ausgangspunkt jeder subversionskundlichen Überlegung. Subkulturelle Produktionen wären dann zunächst einmal als Äußerungen innerhalb der Reproduktionslogik der herrschenden Kultur aufzufassen bzw. als Affirmationen von „Lebensstilen" innerhalb des kapitalistischen Immanenzfeldes. Wenn die Dinge erst einmal so weit geklärt sind, kann man sich umsehen, was sich so tut im *underground*. Subkulturen funktionieren durch die Affirmation von Unterschieden. Kleine Unterschiede vielleicht, aber immerhin solche, die ganze Welten bedeuten. Subkulturen errichten symbolische Teiluniversen, komplexe Ensembles von Verhaltens- und Lebensweisen, von Einstellungen und Geschmacksurteilen. Hier werden die verschiedenen Arten, Essen, Trinken und Sexualität zu organisieren, sich zu kleiden und sich zu amüsieren, zu Kriterien der Gruppenidentität. Die kann sich durch Technikeuphorie definieren (Konstruktivisten, Futuristen, cyberpunks, Techno) oder durch Naturnostalgie (Romantik, Hippies, Alternativbewegung), durch Esoterik (Symbolismus, Spiritismus) oder politische Agitation (Agit-Prop-Kunst, Situationismus, Dada), durch Konformismus (Popper) oder Nihilismus (Punk), durch



Konsumismus (Mods) oder Asketismus (Reformkostler, straight edge), durch Authentizitätsversessenheit (grunge) oder Betonung von Künstlichkeit (Glitter, New Wave). In jedem Fall aber handelt es sich nicht um die Bildung von einheitlichen, geschlossenen Formationen, in denen jedes Detail das Ganze bestätigen würde, sondern um zusammengeworfene Haufen von ästhetischen Praktiken, politischen Einstellungen und Lebensstilen, die durchaus widerspüchlich sein können. Politische Orientierungen können sich mit verblüffend entgegengesetzten Gewohnheiten und Stilen paaren. Nicht nur bei Wandervögeln, Ökologiebewegung und Autonomen gehen sozialutopisch progressive und regressive Tendenzen seltsame Mischungen ein.

Nehmen wir zunächst probeweise eine unerbittlich subkulturkritische Haltung ein und betrachten den symbolischen Reichtum, den die Subkulturen durch unendliche Differenzierung und Verfeinerung produzieren (Sneakers gegen Springerstiefel, Bürstenschnitt gegen Rastalocken, rote Schnürsenkel gegen gelbe Schnürsenkel), so pessimistisch wie wir können: Die modischen Verschiedenheiten nur langweilige Variationen des ewig Gleichen, Sonderangebote im kapitalistischen Supermarkt der Identitäten, rebellische Verkleidungen des gehorsamen Staatsbürger-Subjekts. Die Gesten der Befreiung nur nutzlose und lächerliche Verrenkungen, die auf die Freizeitsphäre beschränkt bleiben. Am Montag wird wieder gearbeitet. Die Differenzen der Lebensstile nichts anderes als die übliche Streuung in der Produktpalette spätkapitalistischer Unterwerfungsmodelle. In 10 Jahren seid ihr alle Notare. Wie unterscheidet sich der Waver vom Raver, wenn nicht aufgrund einer engstirnigen Identitätslogik, von der man froh sein kann, daß sie sich in Worten wie „Szene“ oder „community“ und nicht in Begriffen der „Nation“ ausdrückt? Usw. usf.



„Es gibt also gute Gründe, ein bißchen streng zu sein...“: Michael.

Die Matrix für solchen Subkulturpessimismus liefert immer noch Adorno. Am Jazz, den er musikalisch auf Marschtakt plus „Synkopentrick“ reduziert, beeindruckt ihn vor allem die „musikalische Diktatur“ der Unterhaltungsindustrie, die die Massen der totalitären Kontrolle unterwirft. Die (Pseudo-)Individualität derer, die sich in der Jazz-Begeisterung für ihr „armes und bilderloses Dasein“ entschädigen, verrät nur tiefste Standardisierung: „So sehr das Jazz-Subjekt, der Stellvertreter des Hörers in der Musik, sich als Sonderling aufführt, so wenig ist es doch es selber. Die individuellen Züge, die mit der Norm nicht übereinstimmen, sind von dieser geprägt, Male der Verstümmelung.“ (Adorno: 125) Da paßt es gut dazu, daß sich Jazz – deutsch ausgesprochen – auf „Hatz“ reimt: Die ekstatischen jitterbug-Tänze erinnern Adorno an die Reflexbewegungen von Käfern und hinter dem parodistischen Überschwang des Jazz-Spiels sieht er den „tierische(n) Ernst von Gefolgschaften in totalitären Staaten“. Der Jazz-Enthusiasmus, eine Pseudorebellion, die sich mit der „Bereitschaft zu blindem Parieren“ verbindet: „In schwächlicher Rebellion sind sie schon wieder bereit zu ducken, ganz so wie der Jazz es ihnen vormacht, indem er Stolpern und Zufrühkommen mit dem kollektiven Marschschritt integriert.“ (Adorno: 127)

Solche Totalinterpretationen, denen noch der Haarschnitt der Musiker als Beleg für den kastriert-kastrierenden Charakter einer Subkultur gilt („Wofür aber das abgeschnittene Haar einsteht, bedarf kaum der Erläuterung“), werden offensichtlich der Realität von Subkulturen und ihren vielfältigen Praktiken nicht gerecht. Und es ist durchaus erfreulich, daß sich heute nicht so schnell ein beleidigter Kulturkritiker finden würde, der einen Generalangriff z.B. auf die Technokultur unternehmen wollte, obwohl die ja dem bildungsbürgerlichen Entsetzen eine ganze Reihe von Anhaltspunkten bieten würde.

Eine neue Besichtigung des subkulturellen Terrains wird sich jenseits pauschaler Verdammungen auf die Praktiken konzentrieren, die zu retten und zu erweitern wären: Welche Wirkungen erzeugt eine Handlung, wie verbindet sie sich mit anderen Praktiken, wie wirkt sie auf andere gesellschaftliche Register ein oder läßt sich von ihnen beeinflussen? Es ist nicht die reine Logik der kulturellen Innovation, sondern die politische Situation, die darüber entscheidet, ob heute noch „geht“, was gestern subversiv war. Das Revolutionäre oder Provokante von einst kann das Reaktionäre oder Abgeschmackte von heute sein: „Provokationsformen, die sich im ‘Erschrecken des Bürgers’ erschöpfen, oder solche, die das vermeintlich Verdrängte des bürgerlichen Bewußtseins beim Namen nennen wollen, sind ausgelaufen, weil sich nun dieses Verdrängte, beispielsweise der Rassismus, ja selbst zeugt. Weder ‘Hosen-runter’-Aktionen, noch ‘Heil-Hitler’-Rufe in einer Gaststätte sind heute adäquat. Sie befinden sich ja in Übereinstimmung mit der bürgerlichen Stimmung.“ (Weibel)

Subkulturen sind, wie die anderen ideologischen Staatsapparate auch, Subjektivierungsagenturen, die den Leuten bestimmte Identitätspositionen zuweisen. Schlimm genug, könnte man sagen, daß auch die Subkulturen noch an der Produktion von Subjekten und Identitäten mitwirken, aber deshalb sollte man nicht gleich entrüstet das Feld verlassen. Denn es ist immerhin nicht ganz uninteressant, inwiefern sich diese Subjektproduktion von der in Schule, Betrieb oder Kaserne unterscheidet und von welchen Kräfteverhältnissen sie bestimmt wird. Selbst wenn man feststellt, daß Fernsehen insgesamt böse ist, macht es immer noch einen Unterschied, welches Fernsehprogramm man sich ansieht und wie es rezipiert/kommentiert wird. Das Gleiche gilt für die Subkulturen. Für die Politik des Alltags ist es keineswegs gleichgültig, welche Bilder wir konsumieren, mit wem wir uns zusammentun, was wir genießen, was wir witzig finden und was nicht. Da bestätigt sich dann wieder Spinozas Einsicht, daß der Spaß ein politischer ist. ●

Literatur:

Adorno, T.W. 1976: „Zeitlose Mode. Zum Jazz“. In: Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft, Frankfurt/Main.

Manifest der Gruppe SPUR, 1961, zit. nach: Galerie van de Loo: Gruppe SPUR, München 1988.

Weibel, P. 1993: „Medienkunst, Gewalt, Staat und Subversion“. In: Symptome Nr. 12, Essen.

JESSICA NITZSCHKE

„Catch and Destroy“

Wie Girlism von der deutschen Presse aufgegriffen und verzerrt wurde

Seit einem Jahr geistert das neue Fräuleinwunder durch die deutschen Kulturmedien: die „Girlies“ haben angeblich eine postfeministische Ära eingeläutet, in der Mädchen sehr hübsch, sehr selbstbewußt und sehr schlau sein können und eigentlich alles machen, wozu sie Lust haben. Daß dies nicht von der Popgöre Luci-„Weil ich'n Mädchen bin“-Lectric erfunden wurde, und von der hiesigen begeisterungstaumelnden Presse mehr schlecht als recht aufbereitet wurde, soll hier veranschaulicht werden.

„Girl“ wollten emanzipierte Frauen in den USA lange nicht genannt werden – diese verniedlichende Anrede verbaten sie sich, weil Herablassung und Entmündigung darin mitschwangen. Anfang der 90er Jahre jedoch besetzten junge Amerikanerinnen den Begriff neu: sie nannten sich Girls und schrieben es Grrrls, was ein Grollen transportiert. Die Bewegung der Riot Grrrls (vgl. Kerstin Grether: Essay/Vortrag „Girlism, Slut-Rock, Girlism“, Künstlerhaus Stuttgart, 1995) kam aus der Underground-Musikszene; in Zusammenhängen, die um kleine Independent-Labels wie K-Records angesiedelt waren, gründeten sich Mädchenbands, die aggressiven Punkrock spielten. Diese jungen Frauen hatten es satt, im männerdominierten Musik-Biz marginalisiert zu werden. Mädchen können nicht mit Technik umgehen, Mädchen machen bravharmonischen Pop, Mädchen sind Groupies – dagegen setzten die Riot Grrrls schnellen, harten Drei-Akkord-Punkrock. Ihre Texte wüteten gegen Gewalt an Frauen, sexuellen Mißbrauch und Entmündigungsmechanismen. Dieses Aufbegehren demonstrierten die Riot Grrrls auch durch ihr Erscheinungsbild: ihr Look war zugleich schlampig-mädchenhaft (kurze Lolita-Kleidchen, nackte Haut) wie auch konfrontativ (schwere Stiefel, Tätowierungen, zerrissene Stoffe, rasierte Schädel). Dieses (vom Punk und der Hardcore-Lesben-Szene entlehnte) Zurückwerfen des pornographischen Blicks, die aggressiv zur Schau gestellte Sexualität der Riot Grrrls sollte optisch das ihnen von der Gesellschaft verweigerte Anrecht auf Selbstbestimmung einfordern. Bands wie *Hole* oder die Sängerin *Liz Phair* profitierten in den USA von dem Medieninteresse, das Riot Grrrl-Bands (wie *Bikini Kill, Bratmobile, The Muffs, 7 Year Bitch*) erzeugt hatten, und wurden dank Plattenverträgen mit der Industrie (der sich die Riot Grrrls verweigerten) auch in Europa bekannt. Via ästhetisch-koketterem Erscheinungsbild wie auch hörgewohnheitenfreundlicherem Gitarren-Rock wurden *Hole*-Sängerin Courtney Love sowie *Liz Phair* in den hiesigen Medien 1994 als Ikonen der wilden Mädels massenkompatibel (wiewohl ihre feministischen Anliegen gern übergangen wurden). In der deutschen Musikszene gab es nie ein Äquivalent zur Riot Grrrl-Bewegung, und deren Musik, Netzwerke und Fanzines wurden hier nicht publik (abgesehen von Subkultur-Organen wie der Musikzeitschrift *Spex* und Kunst- bzw. Musik-Fanzines).

Dennoch schien letztes Jahr so etwas wie ein aufregender Hauch herüberzuwehen, denn plötzlich war „das Mädchen“ Medienthema. Ende August '94 lachten vom Titel der SZ-Jugendbeilage *jetzt* zwei sich umarmende Mädchen, darunter war zu lesen: „Es lohnt sich nicht, ein Junge zu sein.“ Das Editorial versprach, es „sei ein Vergnügen, als Mädchen auf die Welt gekommen zu sein“, denn „Mädchen müssen gar nichts und dürfen viel“. Was sich darbot wie eine freche Umkehrung des weiblichen Sozialisationszwangs, entpuppte sich in der Titelstory „Echte Mädchen“ *(Süddeutsche Zeitung, jetzt Magazin*, 21.8. 94, S.6) als aufmerksamkeitsheischende Wortspielerei: „Hübsche kleine Mädchen, die eigentlich noch Kinder sind, heißen 'Lolitas'; Mädchen, die viel gesehen und allerhand erlebt haben, heißen 'Bitches'.“ Zwischen Gut und Böse unterscheidet Autorin Rebecca Casati folgendermaßen: Mädchen haben Instinkt, Unschuld und Zartheit, Frauen dagegen sind arme blöde Wesen mit Beruf, Familie und Verantwortung. Aber nicht das Alter begründe hier die Einteilung, sondern das Bewußtsein – und das definitiv falsche Bewußtsein ortet die Autorin in der Feminismus-Ecke: „Echte Mädchen sind immer unter sich, denn sie haben die notorischen Langweilerinnen, die am liebsten über 'Gleichberechtigung' und 'Frauenfeindlichkeit' reden, an der letzten Straßenecke stehen gelassen.“ Den immensen Spaß, den die echten Mädchen hätten, illustriert eine Fotostrecke: Schminken, Shopping, Plaudern, Lesen. Der biedermeierliche Ansatz dieses Artikels wird in einer Abhandlung über Mädchenbands im gleichen Heft fortgeführt. Eine kümmerliche Women-in-Rock-Geschichte, die den von Liebe und Liebesleid trällernden Girl-Groups der 60er Jahre die Meriten für weibliches Musizieren zuspricht und den Untergang dieser Ära der Frauenbewegung anlastet: „Als Mädchen irgendwann auf die Idee kamen, sich zu befreien und selbstzuverwirklichen, verschwanden die Girl-Groups weitgehend aus der Musikgeschichte.“ Im derzeitigen „fulminanten Comeback des Girlism“ lautet die Devise: „Lust statt lesen, Stolz statt Sinnfindung, Sex statt Schöngeisterei – Girlie-Revolution statt Frauenpower.“ Unter diesen markigen Worten steht der Name Mary Yolder, das Pseudonym des *jetzt*-Redakteurs Christian Seidl, der für sein Artikelchen einen vier Jahre alten Text aus der Musikzeitschrift *Spex* geplündert hat.

1990 erschien dort der (meines Wissens) erste hiesige Hinweis auf Girlism; Jahre vor dem großen Hype brachte das Fachblatt für intellektuelle Rockisten ein Special zum Thema. Die Musikerin Kim Gordon schwenkte auf dem Cover ekstatisch ihre Haare, in der Titelstory räsonierten die Spexler über Girls als Heldinnen der Subkultur: diese seien „die Wesen, die die vorgesehenen Rollen, Definitionen und Typologien von Frauen weder akzeptiert haben, noch sich irgendein Gegenteil davon, anhand einer Praxis, Philosophie oder irgendeines anderweitig artikulierten Wollens vorstellen können. [...] Sie übertreiben, konterkarieren, verweigern das ihnen Zugedachte ohne Grund, Motivation oder Verbesserungsvorschlag – Just say no to Scheißleben.“ Gar als „revolutionäres Subjekt“ wird das Girl hier gefeiert, wenn auch als eines, das in der Geschichte (des Pop) immer wieder gescheitert ist: „aus Mißverhältnis der Größe ihres Anspruchs – souveräner Fun – und der Kläglichkeit der Verhältnisse.“ Aber dazu ist eine Revolution ja wohl da – die Kläglichkeit der Verhältnisse zu beenden...

In der Riot-Grrrl-Bewegung kursierte ein Manifest, das sich „Revolution Girl-Style Now“ nennt. Allison Wolf von der Band *Bratmobile* hat es verfaßt und fordert darin alle Mädchen auf, sich zu wehren „gegen den Seelentod“, „die beschissene christlich-kapitalistische Art, Dinge zu tun“, und

„öffentlich zu schreien und zu heulen". Um die Entstehungszeit dieses Manifests brachte also *Spex* das Phänomen Girlism mit Revolution in Verbindung, allerdings mit der Einschränkung, daß dieses revolutionäre Begehren ein ungerichtetes sei. Wenn wir wissen, wogegen wir sind, aber nicht wissen (oder es nicht wissen wollen), wofür wir sind – dann ist das eine eindeutige Verneinung von einer Gerichtetheit des revolutionären Begehrens und damit von einem politisch-agitatorischen Impetus. Anarchie kann spaßig sein, wenn sie aber als ein wildes sich-an-allem-Abtoben infantilisiert wird, fällt die Revolution eben auf die Begrenztheit des Individuums zurück oder vielleicht noch auf den selbstgebauten Raum der Nische.

Die Revolution, um die es mir hier geht, betrifft die Repräsentation weiblicher Menschen in den Medien; absurderweise haben die deutschen Medien mit ihrem „Girlie"-Hype einen Ansatz, der von den Riot Grrrls feministisch-politisch gemeint war, entpolitisiert und antifeministisch aufgeladen. Mit dem Bild des süßen, kecken, sexy „Girlies" ist das Girl-Phänomen von den hiesigen Mainstreammedien auf körperliche Attraktivität und harmlose Frechdachs-Attitude reduziert worden.

Die erste dieser Trendgeschichten fand also in *jetzt* statt, und zum Thema „Trendgeschichte" soll noch angemerkt werden, daß eine solche die existierenden Verhältnisse (auf welche journalistische Arbeit ansonsten ausgerichtet ist) nicht abbildet, sondern auf subtil subjektive Weise etwas stilisiert: quasi „in der Luft liegende" Veränderungsprozesse innerhalb der Verhältnisse, die vom Trendschreiber aufgrund einiger (vager) Indizien erfaßt werden, die er wegen seines Informationsvorsprungs erkennt. Mit Hilfe seiner Wunschvorstellungen stellt der Trendschreiber den neuen Trend dar, und ist so ihn mitzubestimmen in der Lage. Genau dies trat mit dem von *jetzt* erspürten „Mädchen-Hype" ein: andere Medien sprangen darauf an und schrieben die Geschichte fort.

Zwei Monate später, im November 1994, hatte *Tempo* den Zeitgeist wieder mal erhascht. Auf dem Titel lockte eine Fotoserie fröhlich lachender junger Frauen; die Schlagzeile versprach: „die 97 nettesten Mädchen Deutschlands" – und klein daneben gedruckt: „und wie man sie (vielleicht) kriegt". Auf 13 Fotoseiten (*Tempo* 11/94, S. 50-63) dann im Heftinnern die versprochenen Mädchen, mit Zitaten unterlegt, die ihre diversen Favoriten aus den Bereichen Süßigkeiten, Kosmetika, Kleidungsstücken und – huch! – Parteien (im Oktober war Bundestagswahl) offenbarten. Die Zitate waren größtenteils gutgelaunt und witzig, und sie bleiben fast ganz in dem schon im Vorspann gesteckten Rahmen, der den Mädchenkosmos mit „Sex, Politik und Süßigkeiten" umriß. Daß der politische Anspruch junger Frauen auf die institutionalisierte Begrenzung „Wahlrecht" reduziert scheint, verrät eher die Interessen der Schreiber des Artikels als die der befragten Mädchen. Produziert wurde die Fotostory vom *Tempo*-Redakteur Christian Kracht sowie den freien Autorinnen Rebecca Casati und Johanna Adorjan.

Letztere liefert dann auch die Titelgeschichte (ebd. S.64), Marke „Mädchen plaudern über Mädchen", in der sie mit sexistischen Stereotypen nur so um sich wirft. Adorjan teilt die Welt weiblicher Existenzformen in drei Typen auf: die negativ besetzten „tollen Frauen" und „Schlampen/ Drecksäue/Luder" sowie die positiv besetzten „echten Mädchen". „Tolle Frauen" verachtet sie wegen ihres langweiligen Perfektionismus und die „Schlampen/ Drecksäue/Luder" aufgrund ihres Sprechens über und Auslebens von Sexualität. Angewidert beschreibt Adorjan tätowierte und an den Geschlechtsteilen gepiercte „Schlampen" und behauptet, daß „echte Mädchen" von solchen Dingen nicht einmal wüßten.

Wovon diese Wunderwesen allerdings Bescheid wissen müssen, um „echte Mädchen" zu sein, sind „die neuesten Filme, T-Shirts aus Tokio und die meisten Bücher". Trotz diesem hippen Wissen müssen sich „echte Mädchen" aber nicht zwangsläufig darüber unterhalten, denn ihr Hauptthema sind – Jungs. „Wir versuchen, uns gegenseitig zu helfen, diese Menschen zu verstehen. [...] Stundenlang rätseln wir, warum Männer so selten das tun, was sie sagen, und geben uns gegenseitig Tips, wie wir uns am besten jetzt verhalten sollen." Das Idealwesen „echtes Mädchen" reagiert also auf problematisches Verhalten von Männern lediglich passiv und verständnisvoll. Hierzu schreibt Elisabeth Klaus (Institut für Sozialforschung (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Politik, Ffm., Suhrkamp, S. 72-97): „Frauen stellen mit ihren Verständigungsversuchen männliche Öffentlichkeit und männlichen Machtanspruch nicht in Frage. [...] Damit hat die von Frauen gebildete Öffentlichkeit immer den Charakter des Sich-Einrichtens in das gegebene, [...] des fortdauernden Aushaltens von Kränkungen." Sie unterscheidet Frauen-Öffentlichkeit und feministische Öffentlichkeit, deren beider Schnittmenge die Thematisierung der häuslichen Sphäre ist; die feministische Öffentlichkeit problematisiert diese Sphäre jedoch, und mit ihr familiäre und andere persönliche Beziehungen.

An diesem Punkt ergibt sich ein Vergleich zu den Riot Grrrls, die die Verletzungen von Mädchen in Familie (Inzest) und Beziehungen öffentlich machen, also von Sphären sprechen, auf die Adorjan im *Tempo*-Artikel ebenfalls rekurriert. Sie stellt sie jedoch als in sich „heil" dar, spricht nicht von sexistischen Verhaltensweisen bzw. Strukturen. Im nächsten Artikel dieser Mädchenhype-Chronologie kommt Adorjan wieder zu Wort: In einer Novemberausgabe des *Spiegel* wird sie zusammen mit zwei anderen jungen Frauen interviewt. Spiegel-Redakteure Thomas Hüetlin und Marianne Wellersberg wollen im Gespräch „die Haltung der Babes zum Leben und zur Liebe" auskundschaften. Im Gespräch konterte Adorjan die Feststellung einer anderen Teilnehmerin, Frauen würden im Berufsleben immer noch benachteiligt, damit: „Ich studiere einen Männerberuf, Regie, und bin noch nie aufgrund meines Geschlechts benachteiligt worden. Wenn es trotzdem einmal passieren sollte, na und? Dann beschwere ich mich einfach, und alles wird wieder rückgängig gemacht (*Der Spiegel,* 21.11.94, S. 111)." Wenn's denn so einfach abliefe... Adorjan hat anscheinend noch nicht die *old-boys*-Maschinerie spüren müssen, die Klagen von Mitarbeiterinnen wegen Benachteiligung im Job routiniert abbügelt – gern mit Hilfe derselben Mechanismen, mit denen im *Spiegel*-Artikel Radikalfeministinnen diffamiert werden. Diese Strategie läuft über Lächerlichmachen, Ausgrenzen, und die Herabwürdigung von politischem Fordern zum persönlichen Problem. Den absolut legitimen Anspruch der „Girlies" auf Spaß, Sex und Freiheit benutzt der *Spiegel*-Artikel, um eine Zäsur festzuschreiben zwischen der jetzigen Mädchengeneration und der Frauengeneration, die sich in den 70er und 80er Jahren im Kampf um Gleichberechtigung engagiert hat.

Mit dem Schreckensbild der verhärmten, verbitterten und männerhassenden Emanze wird ein altbekanntes Negativimage transportiert. Dieses dient schon seit Beginn jeglicher Emanzipationsanstrengungen dazu, Frauen davon abzuhalten, sich mit Freministinnen zu identifizieren und so gleichzeitig mit der Idee des Feminismus.

Eine weitere Strategie die lästigen politischen Forderungen von Frauenrechtlerinnen auszuhebeln, besteht darin, ständig zu beteuern, daß doch schon alles erreicht sei, wovon Frauen träumen dürfen. Der *Spiegel*

Register *links* 1994

Afrika
Kößler, Reinhard — Südafrika: Politische Arrangements und das riskante Erbe der Apartheid 289

Arbeit
Beerhorst, Joachim — Modellwechsel? Zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie 287
Krampe, Eva-Maria — Weniger Arbeit für alle? 283/284
Lauterbach, Jörg — Tarifrunde '94: Nur ein Sturm im Wasserglas 288
Rein, Harald — „Das gab es schon immer, und das wird es immer geben". Pflichtarbeit – eine schwarz-rot-gold-braune Tradition 283/284
Röttger, Bernd — Ein neuer Typ der Arbeitszeitverkürzung. Vom Verlust der kulturellen und gesellschaftspolitischen Dimensionen 283/284
Stahn, Peter — Tarifverhandlungen in der Metallindustrie. IG Metall in der Defensive 285

Asien
Werning, Rainer — Feindbild Nordkorea oder die Regulierung des kalten Krieges. 292/293

„Asyldebatte", Tag X, offene Grenzen
Winter, Jens — Geschlossene Gesellschaft, versiegelte Köpfe 283/284

Europa (Länder, EG...)
Klönne, Arno — Europa der Militärs und Monopole 287
Köhler, H.-Detlev — SEAT – das Ende von Francos Modellfabrik 285
Köhler, H.-Detlev — Spanien: Felipe Gonzáles – die jungfräuliche Puffmutter 289
Müller, Roland — Die Nelkenrevolution. Ein Paradebeispiel sozialdemokratischer Außenpolitik feiert 20. Jahrestag 290/291
Sablowski, Thomas — Transformismus und passive Revolution. Hypothesen zur Staatskrise in Italien 286
Sotscheck, Ralf — „...ich kann mich bei der IRA für meinen Sportwagen bedanken...". Nordirland-Konflikt vor dem Ende? 294/295

Fußball
Baumann, Julia / Brand, Ulrich — „Da ist wirklich ein Junge verlorengegangen." Interview mit Horst Schmidt 289
Goll, Volker — Happy Birthday! Fußballländerspiel am 20.4.94 287
Goll, Volker — Support your local team – gegen Rassismus 289
Henschel, Gerhard / Willen Günther — Supersache! Lexikon des Fußballs 289
Krauß, Martin — Zur polit. Ökonomie des Fußballs 289
Müllender, Bernd — Papst segnet, Berti kokst. Der andere Fußball in bunten und wilden Ligen 289
Red. Sportkritik — Kampf um die weltweite Leitsportart 289
Roth, Jürgen — Der Ball ist eine Totalität. Texte u. Tore 289

Schulze-Marmeling, D. — Bayern und Gladbacher. Zwischen Dichtung und Wahrheit. 289

Gentechnologie
Feyerabend, Erika / Gehring, Petra — Kommerzialisierung der Körper 292/293
Fittkau, Ludger — Über die Vernunft des wissenschaftlichen Tötens. Anmerkungen zur Aktualität der „Dialektik der Aufklärung" heute 292/293
Info — Initiativen gegen Gentechnologie 292/293
Koechlin, Florianne — Streitschrift wider das Gen-Dogma 292/293
Krampe, Eva-Maria — Dioxinresistent ins ewige Leben Was soll die Opposition gegen die Gentechnologie? 292/293
Weingarten, Michael — Der Druck wird härter 292/293
Weingarten, Michael — Die Genetik der Gentechnologen 292/293

Geschichte
Bársony, János — Der vergessene Holocaust an den ungarischen Zigeunern. 294/295
Deppe, Rainer — Vergangenheit, die nicht vergeht? Anmerkungen z. Aufsatz von J. Bársony. 294/295

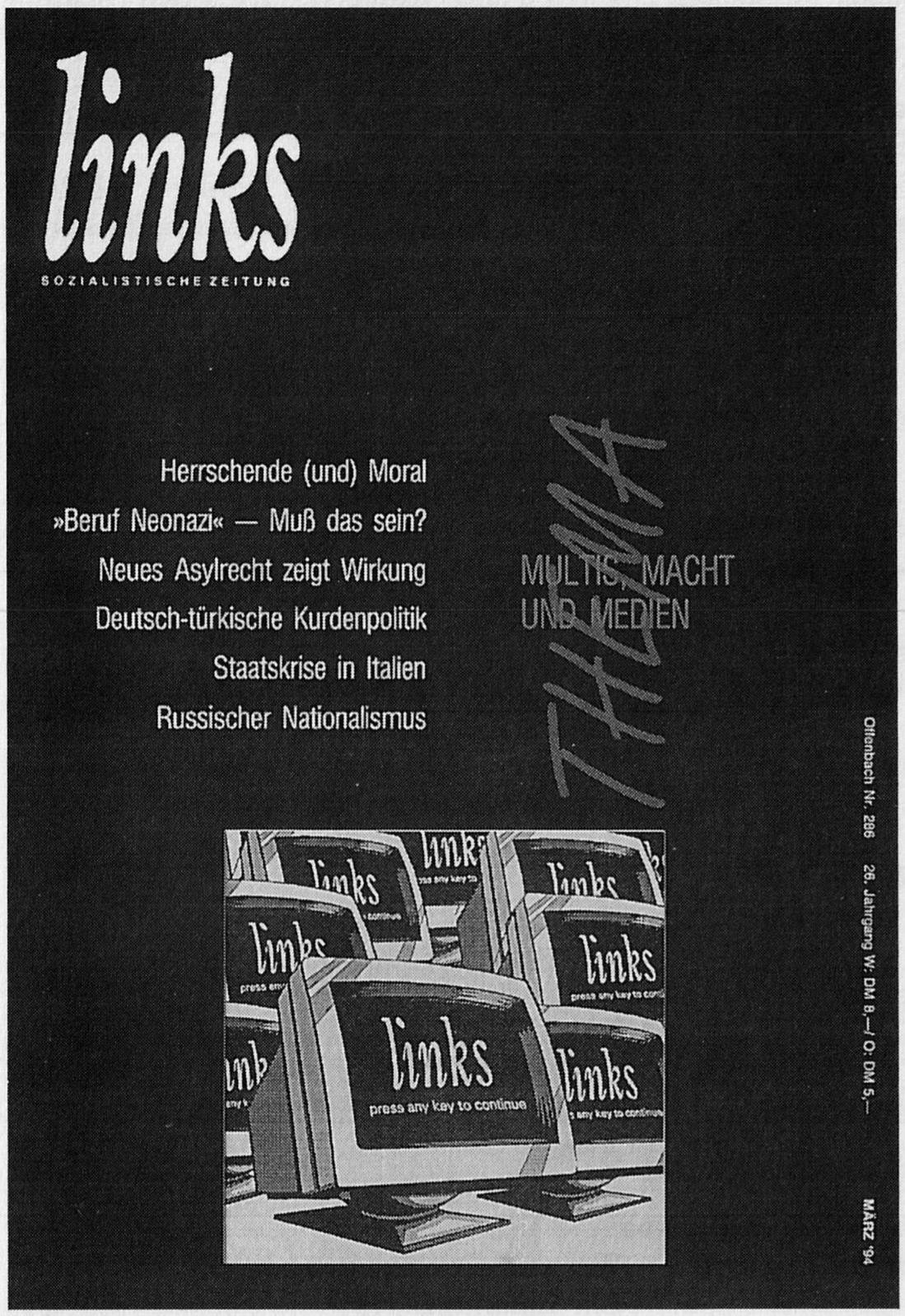
GUS
Romero, Pedro / Simó, Mercedes — Russischer Nationalismus 286
Romero, Pedro / Simó, Mercedes — Rußland: Der sogenannte Kampf um die Demokratie 283/284
Tatu, Michel — Rußlands Militär. Eine traumatisierte Armee 283/284

Hochschule & Bildung
Cabalo, Thorsten — Wer sind die Studierenden? Ein Stimmungsbild 285
Lauterbach, Jörg — Gegen die, die mit den Wölfen heulen 292/293
Schlemmer, Beatrix / Brand, Ulrich — Alle Jahre wieder...? Zum unpolitischen Widerstand gegen die technokratische Hochschulreform 285

Internationales & Internationalismus
Fittkau, Ludger — Bevölkerungspolitik 288
Wahl, Peter — Warten auf Godot? Zwei Jahre nach UNCED 289
Brand, Ulrich — Globale Definitionsmacht in wirren Zeiten. Zum Sinn der UNO-Weltkonferenz 289

Krieg in Ex-Jugoslawien
Ex-Anti-Nato-Gruppe — Die „Nationale Befreiung" der „Selbstverwaltung" 288
Görg, Christoph — „Ich wünschte, ich wäre dort im Lager geblieben". Über das Leben bosnischer Kriegsflüchtlinge in Deutschland 288

Görg, Christoph / Radenski, Luka
„Es wird um die Wette geglaubt". Gespräch über den Krieg in Bonien 288
Narr, Wolf-Dieter / Vack, Klaus
Aufruf zum gerechten Krieg. Bemerkungen ketzerischer Pazifisten 287
Promitzer, Christian Vom Krieg der Parteien zu Parteien im Krieg 288
Sokolovic, Dzemal Zwölf Stunden Demokratie 288
Vack, Klaus Spendenaufruf für Jugoslawien 287
Vack, Klaus Sarajevo heute – einige Eindrücke 290/291



KurdInnenverfolgung
Çelik, Serdar Deutsch-türkische Beziehungen 286
Dittmar, Frieder Terror? Terror! 288
Gürbey, Gülistan Hindernisse und Engpässe. Zum Demokratisierungsprozeß in der Türkei 290/291
Hirsch, Joachim Kurdistan: Das Debakel des „humanitären" Militärinterventionismus 290/291
medico international Anschläge auf türkische Einrichtungen 283/284
Nassauer, Otfried Türkische Kurdenpolitik. Mitverantwortung der NATO 283/284
Ofteringer, Ronald Kurdistan. Zwischen Ausrottung und Widerstand 283/284
Ofteringer, Ronald / Bäcker, Ralf
Republik der Staatenlosen. 3 Jahre humanitäre Intervention in Kurdistan-Irak 290/291
Osten-Sacken, Th. „Zuerst werden die Frauen entlassen..." Zur Lage der Frauen in Irakisch-Kurdistan 290/291
Süreya, Deniz Die PKK in der Türkei u. der BRD 290/291
Uwer, Thomas Bauernbewegung in Irakisch-Kurdistan 290/291
WADI Aufruf 290/291
WADI „...sie sind gestorben, weil sie Frauen waren." Interview mit Dr. Wahabir, Suleymania, Kurdistan April 1994 290/291

***links* – wie weiter?**
Hirsch, Joachim Hat die *links* noch eine Zukunft? *286*
Lauterbach, Jörg Die Neue Linke – Fetisch und Alterskrankheit der *links*. Zur Redaktionsdebatte über die Zukunft der *links* *286*
links-Redaktion Warum machen wir *links* – eine sozialistische Zeitung? Eine Frage hat Geburtstag *287*
Creydt u.a. Materialismus und Kritik. Zur Perspektive der *links* *290/291*

Mexiko / Chiapas
Erklärung der Zapatistas
Zapata lebt in unseren Toten 288
Fernández, Paulina Der andere Krieg in Chiapas 286
Garrido, Luis Javier Von Widerstand und Würde 285
Gutiérrez, Martha (Übers.)
Zeitungssplitter aus „La Jornada" 285
Hirsch, Joachim Interview mit Antonio García de León 288
Hirsch, Joachim Die mexikanische Krise 288
Hirsch, Joachim Mexiko: Zivilgesellschaft, Guerilla und Wahlen 292/293
Köhler, H.-Detlev Chiapas – eine abweichende Interpretation 287
links-Redaktion Bürgerkrieg in Mexiko 285
links-Redaktion *(Übers.)* *Viva Zapata.* *285*
Subcommandante Marcos Erklärung des Commandante vom 1.1.94 in San Cristobal de Las Casas 285

Mittel- und Südamerika
Baumgärtner, Ulf „Das Fiasko des Jahrhunderts". Zu den Wahlen in El Salvador 288
Chile AG Braunschw. 'Innere Sicherheit' im Neoliberalismus. Chile: 4 Jahre nach der Diktatur 287
Galeano, Eduardo Haiti – eine Geschichte in Zahlen 294/295
Hoffmann, Bert Modell Kuba? 294/295
Offenbacher Soligr. Nicaragua „Die Machtfrage in diesem Land ist alles andere als geklärt." Interview mit Daniel Ortega 292/293
Scharlowski, Boris Erneut Folter und Repression in Chile 283/284
Sukup, Viktor Argentinien. Demokratie mit Schattenseiten. Interview m. Adolfo Pérez Esquivel 283/284
Sukup, Viktor Brasilien – Linkskandidat Lula vor dem Sieg? 290/291
Winter, Jens Nicaragua: Die FSLN in der Krise 292/293

Musik, Film, Medien
Felhölter, Guido / Konrad, Wilfried
Multimedia. Zur realen Gegenwart einer Zukunftsvision 286
Fittkau, Ludger Mailboxen oder die Rückkehr zur Technokratiekritik 288
Frankfurt. Rundschau Letzte Ausgabe 294/295
Hennig, Eike „Beruf Neonazi" – Ewald Althans oder: Wie sympathisch darf ein Neonazi sein? 286
Krampe, Eva-Maria Von der Schleichwerbung zum Themenplacement 287
Kunz, Thomas Individualisierung des Neonazismus oder: das Märchen vom Althans im Glück 285

Kunz, Thomas — Medien, Mythen, Mailboxen. Über den Formwandel linker Öffentlichkeit 286
Kunz, Thomas — Erst schießen – dann fragen 292/293
Kunz, Thomas / Roth, Jürgen — Harte Zeiten – leichte *Beute?* Interview zum Erscheinen der Beute *286*
links-Redaktion — Politik des Imaginären – imaginäre Politik 286
Pilgrim, Christoph / Rodríguez, Encarnacíon Gutíerrez — Über die Faszination des Bösen 286
Roth, Jürgen — Unkengesänge. Neueste Mutmaßungen des Günter Grass 286
Roth, Jürgen — Lallsack Gehlen 290/291
Roth, Jürgen — Wem fällt auf, daß sich in den ersten beiden und den letzten beiden Buchstaben des Namens eines bedeutenden deutschen Kolumnisten der vollständige Namenszug eines bedeutenden Theoretikers des Kommunismus verbirgt? 294/295
Roth, Thomas — Souveräne Notlösung (Teil I). Zum Lokal- und Bürgerfunk in Deutschland – anhand des Beispiels NRW 286
Roth, Thomas — Souveräne Notlösung (Teil II). Zum Lokal- und Bürgerfunk in Deutschland – anhand des Beispiels NRW 287
Szebeditsch, Ernst — Eine Zensur findet nicht statt!? Zu Winfried Bonengels Film „Beruf Neonazi“ 286

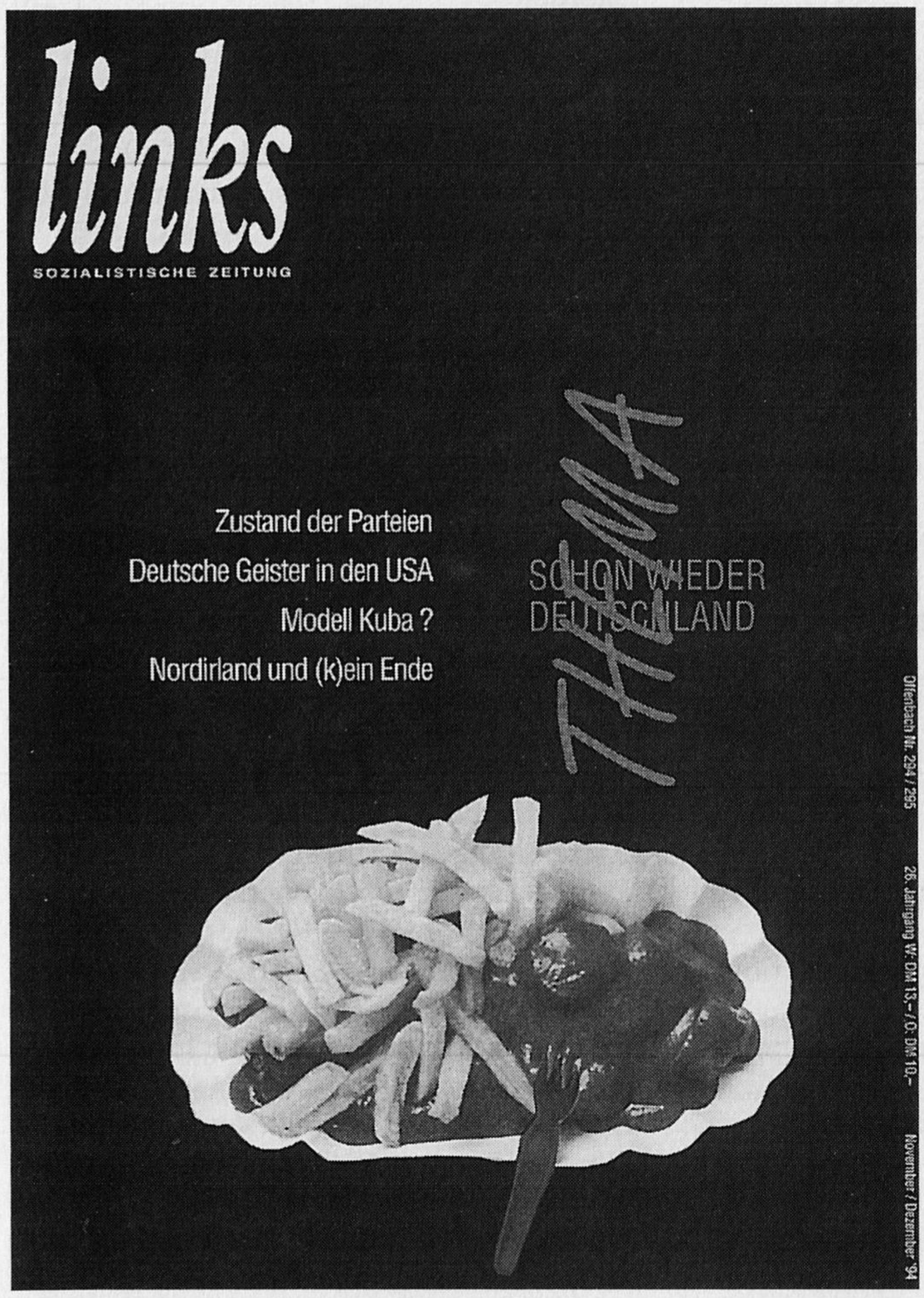
Naher Osten
Said, Edward W. — Sammlung und Widerstand. Für eine palästinensische Unabhängigkeit 287
Pini, Rebecca — Autonomie der Lager und Camps 292/293

Nationalismus
Fetscher, Iring — Demokratischer Patriot u. Kosmopolit 286
Lodovico, Ludi — Borniert ist, wenn es national abgeht 289
Lodovico, Ludi — Schleimspuren – die Normalisierung des 20. Juni 290/291
Müller, Roland — Die Bekenntnisse eines aufrechten deutschen Soldaten 290/291
Roth, Jürgen — Gemütslage der Deutschen. Dazwischengerufene Philosophie in bewegten Zeiten 283/284

Neue Rechte
Wieczorek, Manfred — Faschismus in linken Köpfen 285

'Neues' Deutschland
Bieling, Hans-Jürgen — Weder Bonn noch Weimar 294/295
Buro, Andreas — Um die politische Weichenstellung kämpfen 294/295
Dittmar, Frieder — Streitkultur. Was haben die Mannheimer Richter falsch gemacht? 292/293
Esser, Josef — Modell Deutschland in den 90er Jahren? 294/295
Fach, Wolfgang — Neue »Gewohnheiten des Herzens«. Zur polit. Mentalität im deutschen Osten 294/295
Fahr, Uwe — Moral, was denn sonst? 286
Gebauer, Thomas — Schadensbegrenzung 285
Görg, Christoph — Normalität und Propaganda. Urteil zur „Auschwitz-Lüge“ 287
Görg, Christoph — Vom Konsens zum Nonsens? Was scheiterte in den Energiekonsensgesprächen? 283/284
Heins, Volker — Identität 285
Hennig, Eike — Gemeinschaft 285
Hirsch, Joachim — Europa u. der deutsche Sonderweg 283/284
Hirsch, Joachim — Standort 285
Hirsch, Joachim — Die Welt als Scherbenhaufen 289
Krampe, Eva-Maria — Familie 285
Kresse, Norbert — Ein Staat unter Staaten 292/293
Kunz, Thomas — Kleines Neudeutsches Wörterbuch 285
Lauterbach, Jörg — „Montags laufen die Geschäfte besonders gut“ 289
Lauterbach, Jörg — Beruf Hure 289
Lodovico, Ludi — Normalität 285
Memorandum-Gruppe — Die Standortdiskussion: Falsche Behauptungen, falsche Konzepte 288
Roth, Jürgen — Zukunft 285
Schöneburg, Volkmar — Gegen »Politische Justiz« 294/295
Seifert, Jürgen — Um Verfassungspositionenpolitisch kämpfen! Anmerkungen zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.94 292/293
Steinert, Heinz — Sicherheit 285
Vogel, Hans-Jochen — Nach dem Beitritt – der leere Himmel der politischen Begriffe 294/295
Wolf, Thomas — Politikerverdrossenheit 285

„Out of Area“
Komitee f. Grundrechte u. Demokratie (Presseerklärung) — Der Kern des NATO-Gipfels 285



Parteien
Autonome Mittwochs-Gruppe Frankfurt — Von Politik und Staubsaugern. Zur „Linkswende“ an der Uni Frankfurt 285
Bruhn, Joachim — Völkischer Geist, von Stalin geschweißt. Georg Fülberth u. seine Genossen 292/293
Hennig, Eike — „You feel the wild turkey's bite...“ Kanzlerwechsel 1998? 294/295
Hirsch, Joachim — Eine Fünfprozentwahl 292/293
Krampe, Eva-Maria — Superwahljahr 1994. Kampf um Begriffe oder mehr? 285

Narr, Wolf-Dieter — Aufgeregtes Manövrieren in der Sackgasse. Zum Zustand deutscher Parteien 294/295
Roth, Jürgen — Vor allem, daß alle gesund geblieben sind! Ergebnisse der Bundestagswahl 294/295

Staatliche Repression & institutioneller Rassismus
Cremer-Schäfer, H. — Gewaltige Moral-Panik 287
Dokumentation — Gesinnungsjustiz par exellence! Info zum Prozeß gegen Gunther 289
Initiative Bleiberecht Hessen — Deutsche Asylpolitik: Abschiebeknäste 286
Kunz, Thomas — Grün ist die Hoffnung. Aber wessen? 289
Kunz, Thomas — Eine gelungene Polizeiaktion? Ruhe und Ordnung – zweiter Akt 292/293
Roth, Roland — Magdeburg ist überall. Eine kleine Nachlese 290/291
Schneider, Felix — Das volle Beamtenprogramm. Antiflüchtlingspolitik in der BRD 286
Solidaritätsgruppe Gunther — Prozeß gegen einen Antifaschisten 287
Steinert, Heinz — Die Forderung nach Strafe als phantasierte Teilnahme an der Herrschaft. Das 'alteuropäische' und das 'koloniale' Modell von 'Sicherheit' 287

Rezensionen
Becker, Steffen / Ulrich Brand — Kapital, Macht, Wissen. (Ulrich Dolata: Weltmarktorientierte Modernisierung) 285
Brand, Ulrich — Die unbewaffnete Utopie. Jorge Castañe das Strategievorschläge für die lateinamerikanische Linke 292/293
Bruhn, Joachim — Links von der KPD. Neuere Literatur zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung 292/293
Creydt, Meinhard — Erlebnis und Gesellschaft. (G.Schulze: Die Erlebnisgesellschaft) 289
Dittmar, Frieder — Links ist, wo der Daumen rechts ist. Zu Dan Diners 'Verkehrte Welten' 288
Fahr, Uwe — Skoteinos oder was über Adorno zu lesen ist. (Sammelrezension) 290/291
Hirsch, Joachim — Die Grenzen der Demokratie. (Etienne Balibar) 285
Kunz, Thomas — Wider das wohlfeile Geschwätz vom intellektuellen Einzeltäter. (H.M.Lohmann: Der Extremismus der Mitte) 294/295
Lauterbach, Jörg — Politische Justiz. (R.Gössner: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges) 290/291
links-Redaktion — Arbeitslose aufgepaßt! (Arbeitslosenprojekt TuWas: Leitfaden für Arbeitslose) 294/295
Lodovico, Ludi — Erste Fahndungserfolge: Neue Literatur zur Nation 294/295
Lutz, Heike — Droht die Wiederkehr der Vergangenheit? (Jürgen Elsässer: Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland) 283/284
Maier, Dieter — Landschaften des Bösen. Grausamkeit und Despostismus in arabischen Ländern 287
Maier, Dieter — Der Verein für das Deutschtum im Ausland. Eine Dokumentation von Lupe e.V. / Buntstift e.V. 288
Oppenheimer, Ch. — SOPHIA – ist die Weisheit weiblich? (Rull mann u.a.: Philosophinnen. Von der Antike bis zur Aufklärung) 292/293
Roth, Jürgen — 1968: Ursprünge, Spuren und der literarische Betrieb. Literaturwissenschaft und politische Praxis bei Klaus Briegleb 287
Roth, Jürgen — Blechbläser, Schafsköpfe, gute Menschen. Neue Bücher von Bernstein, Bittermann, und Henschel 288
Roth, Jürgen — Mitzuwirken an einer positiven Anwort er scheint sinnvoll. (W.F. Haug: Determinanten der postkommunistischen Situation) 290/291
Zander, Ingo — 45 an der Zahl. (Gantzel; Schlichte: Das Kriegsgeschehen 1993 – Daten und Tendenzen...) 294/295

Staat
Cabalo, Thorsten — Was, wenn nicht der Staat 283/284
Hirsch, Joachim — Vom 'Sicherheits-' zum 'nationalen Wettbewerbsstaat' 287
Hirsch, Joachim — Nationalstaat, Nationalismus und der Verlust der Räume 283/284
Roth, Roland — Die Krise der Politik und die Suche nach politischen Alternativen 290/291

TheoretikerInnen
Köhler, Holm-Detlev — Zum Tode von Federica Montseny 285
Schröter, Welf — Kommunistin im Widerstand. Ansprache am Sarg Karola Blochs 292/293

Theorie
Andermann, Jens — Die Kakophonie der Revolte. Ricardo Piglias Roman „Die abwesende Stadt" 294/295
Demirovic, Alex — Adorno und das Problem des Rassismus 290/291
Görg, Christoph — Kritik der Naturbeherrschung 290/291
Görg, Christoph — Bewegung als Institution – eine demokratische Innovation? 294/295
Görg, Christoph / Ludi Lodovico — Von d. Aktualität des Adornoschen Denkens. Ein Gespräch mit Axel Honneth und Hans-Ernst Schiller 290/291
Hafner, Urs — Die Dezentrierung des Marxismus 292/293
Malden, Karl — Und nun? oder: So, what?. Zur Erfindung des politischen durch Ulrich Beck 285
Peters, Ulla — Wer soll sich wie und wohin entwickeln? Überlegungen zur Weiterführung der feministischen Subsistenzdebatte 283/284
Reinicke, Helmut — Gegengewalt 286
Roth, Jürgen — Morgens ewiges Pilsener. Sozialismus und Alkoholismus 292/293
Steinert, Heinz — Der stabilisierte Adorno 290/291
Winter, Jens — Umbruch des Objektiven. Zur Bedeutung Kritischer Theorie 290/291

USA
Brand, Ulrich — „Es wäre ein Erfolg für die weißen Rassisten". Interview mit Rachel Quinn vom Movement for Immigration Rights 294/295
Ely, John — Deutsche Geister in den USA. Einwanderungshysterie, Verbrechensbekämpfung, Rechtswende der Kritischen Theorie und aufgewärmte Reste der deutschen Historikerdebatte in den USA 294/295

Widerstand
Aufruf — Für das Menschenrecht auf Asyl 294/295
Just, Wolf-Dieter — Auf dem Weg zu einer bundesweiten Kirchenasylbewegung 288
Lauterbach, Jörg / Jürgen Roth — „Lügen, Dreck und Unehrlichkeit". Thesen zur RAF-Debatte 283/284

unterstellt beispielsweise, daß die „Girlies" kein Interesse an Politik hätten, da Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Aufstiegschancen und dem Recht auf Abtreibung heute keinen Nährboden mehr vorfänden – junge Mädchen setzten nämlich diese „Errungenschaften des Feminismus als Existenzminimum voraus" (ebd., S.106).

Abgesehen davon, daß der *Spiegel* seine „Girlies" hier für dumm verkauft, ist die Angreifbarkeit politischer Siege bekannt, die in regressiven Zeiten (Neokonservatismus, Backlash) erhöhte Anstrengung einfordert, damit einmal Erreichtes nicht wieder gekippt wird. Solches scheint beschriebenen „Girlies" unbekannt, und ihrer kleinmädchenhaften Naivität unterstellt der *Spiegel,* sie wüßten sich gegen Bedrohung schon zu wehren: mit einem „Schienbeintritt" (ebd., S. 104) ihrer Kampfstiefel. Geradezu pittoresk, wie hier das Problem der körperlichen Gewalt gegen Frauen gelöst wird. Außerdem verschweigt dieses Bild den strukturell verankerten und systematischen Charakter von Sexismus. Für den das Wochenmagazin wieder Zeugnis gibt mit seiner ständigen Reduzierung der Frau auf ihr Aussehen und ihre sexuellen Qualitäten. Die „Girlies" seien durch „Blümchenrock und Kampfstiefel" sowie „viel Sex" gekennzeichnet, ihr spezieller „Girlie-Look" wird über Absätze hinweg abgefeiert. Dazu kommen reißerische Zitate aus Texten von amerikanischen Frauenbands: „I will fuck you till your dick is blue" (*Liz Phair*), „When I was young I was a teenage whore" (*Hole*). Diese vorgebliche sexuelle Verfügbarkeit wurde aber originär als Verwirrung auslösendes Manifest sexueller Selbstbestimmtheit performiert. Was der *Spiegel* davon transportiert, ist daß die Mädels wohl gerne ficken.

Sich die eigene Identität wählen zu können und sie eigenbewertet zu leben – dieser Anspruch junger Frauen hat immer noch genug Sprengkraft, um als gemeinsames Kampfziel durchzugehen. Aber die Vielheit der Identitätsmöglichkeiten riskiert auch eine Fragmentierung, die in den Ethos der Einzelkämpferin ableiten kann. Diese mag sich nicht mit anderen Frauen solidarisieren und meint, sie könne es in der Männerwelt schon „aus eigener Kraft" schaffen. Wenn sie wirklich aufsteigt, übernimmt sie meistens die misogynen Vorurteile, die ihre Karriere behindert haben. Zum einen zur negativierenden Selbstlegitimation („Ich war keine Hure, arbeite wie ein Mann", etc.), zum anderen zur Abwehr der Konkurrenzgefahr, die von anderen kompetenten Frauen ausgeht, und mit denen sie nichts zu tun haben will.

An dieser Stelle möchte ich einen Popmusik-Exkurs einfügen. Deutsche Mädchenbands wie *Die Braut haut ins Auge* oder *Lassie Singers* sind zwar recht bekannt und haben auch Verträge mit großen Firmen, verkaufen aber dennoch wenig Platten. Angesprochen auf die weibliche Besetzung ihrer Gruppen, regen sie sich auf und wollen nicht in „diese Schublade" der Mädchenbands gesteckt werden. Diese Abwehr sehe ich im Kontext der ökonomischen Unsicherheit dieser Bands begründet und kann auch nachvollziehen, weshalb „Sich-zwischen-alle-Stühle-setzen", sich nicht auf eine „Abteilung" festlegen lassen, auf den ersten Blick als ein Weg erscheint, um nicht in den tolerierten, aber nicht weiter beachteten Gummizellen sogenannter/geschmähter „Frauenkunst" und „Frauenmusik" zu landen.

Gerade für die unbändigen Künstlerinnen aber fände ich es wichtig, diese künstlichen Grenzsteckungen nicht mehr zu akzeptieren, sie aber auch nicht zu ignorieren. Sondern: zum Beispiel „strategischen Essentialismus" als Übergangsmethode zu erproben. Das bedeutet, eine Art des Handelns zu suchen, die einen Verbindungsweg schafft zwischen geschlechtsbedingter Realität und *gender*loser Utopie, also auch zwischen essentialistisch bedingter Praxis und konstruktiv zerstörerischer Überwindung der geschlechtstypischen Zuschreibungen. Dieser Handlungsmodus benutzt die essentialistische Definition von Frauen als Gruppe, um gemeinsame Forderungen zu stellen und kollektiv zu agieren; auf das Ziel hin, die Verhältnisse so zu ändern, daß wir nicht mehr über unser Geschlecht definiert werden.

Das Mädchenhype unterdessen ging munter weiter. Anfang Dezember erschien im *Süddeutsche Zeitung-Magazin* ein Artikel des Redakteurs Moritz v. Uslar mit dem Titel „Wer diese Haarspangen trägt, macht Jungs fertig" – eine literarisch ambitionierte Umsetzung der These vom *Spiegel:* Äußerlich *good girl*, innerlich *bad girl*". Diese süßen Mädchen mit ihren Marienkäferhaarspangen seien in Wirklichkeit Monster, gefährlich, da unberechenbar und launisch; sie verschwänden grausamerweise immer in dem Moment, wo der Junge vor ihrer Niedlichkeit auf die Knie gehen wolle. Der Autor steht personell wie pop-ideologisch der Clique sehr nahe, die den Mädchenhype lanciert hat. Die erwähnten Trendschreiber und -innen (mit Ausnahme der *Spiegel*-Redakteurin Wellershof) sind untereinander befreundet und protegieren einander seit Jahren. Mit pop-ideologischen Gemeinsamkeiten ist gemeint, daß die Jungs in der 80er-Jahre-Talentschmiede Tempo einen Schliff erhielten, der aus dem „Girlie"-Hype herauslesbar ist: die Merkmale sind Idolisierung von Jugend, wortgewaltiges Aufblasen belangloser Details (Accessoires) und prätentiös apolitische Kontextignoranz. Die 80er, nostalgisch gern zum „Spaßjahrzehnt" verherrlicht, in dem es noch nicht solche Belästigungen gab wie *Political Correctness*, diese lustigen Jahre dürfen nie, nie zu Ende gehen..., so würde ich die spezielle *Tempo*-Pop-Ideologie polemisch überspitzen.

Nach diesen Elitemedien zog auch die „billigere" Presse nach mit der „Girlie"-Euphorie: Das Berliner Boulevard-Blatt *B.Z.* druckte im Dezember eine Serie zum Thema („Weil ich ein Mädchen bin"), und das Mädchenmagazin *Bra o Girl!* jubelte am 28.12. „Girlies dürfen alles!" Beide Blätter schrieben wortwörtlich aus den bürgerlichen Medien ab.

Kritik regte sich erst Anfang des Jahres, und zwar in *Emma* und in *Spex.* In letzterem entschlüsselt Kerstin Grether (Spex 1/95, „Neue Mädchen", S. 52) den apolitischen, antifeministischen Impetus des Mädchen-Hypes, und *Emma* rät den jungen Mädchen angesichts der erwähnten sexistischen Trendschreibe: „Laßt euch von diesen jungen alten Böcken nicht manipulieren": In der gleichen Ausgabe *(Emma,* Jan./Feb. 1995) wagt das Flaggschiff der Frauenbewegung den Brückenschlag zur „Girlie"-Generation mit einem wohlwollenden *Lucilectric*-Porträt. In diesem Artikel findet sich ein wichtiges Statement zu den jungen feministischen Frauen: laut *Emma* nehmen wir uns „die Freiheit des Widerspruchs", was ich als „Aushalten von Widersprüchlichkeiten" bezeichnen möchte.

Eine dieser Widersprüchlichkeiten ist die Weigerung, trotz unserer Anerkennung für die harte und wichtige Arbeit der 70er-Jahre-Feministinnen, deren Kampfruf „Das Persönliche ist Politisch" im Umkehr-schluß total zu leben. Den feministisch-politischen Anspruch hundertprozentig auf das eigene Leben zu überschreiben, hieße: alles zu boykottieren, was sich das Patriarchat an Zuordnungen so ausgedacht hat. Beispielsweise: kein Make-Up, keine sexy Kleidung, Sexualität nur unter den Aspekten von (männlicher) Dominanz und (weiblicher) Unterwerfung betrachten. Hier geht es um wichtige Bereiche, die die Einzelne u.U. nicht strikt vom (ebenso wichtigen) politischen Entwurf definieren lassen will. Wenn sie sich dabei der Tatsache also bewußt ist, in der Konsequenz zumindest symbolisch Mechanismen zu performieren, die auch als Sich-Einfügen in sexistische Strukturen mißdeutet werden können – in diesem komplizierten Vorgang ist es für Girlistinnen unabdingbar, daß ihre (feministische) Idee und ihr vielfältiges Programm von ihnen selbst definiert werden. Und nicht von irgendwelchen Leuten, die keine Ahnung haben (wollen), aber ihren Mist öffentlich rumposaunen dürfen, weil sie die Berufsjugendlichen der deutschen Corporate press sind. Deswegen auch: *it's up to you, girls.* ●

Dank an Anne Philippi und Kerstin Grether; ohne sie wäre dieser Text nicht entstanden.

MICHAELA LÖNNEBERGER

Bilder-Sprache

Kinder, Comics, Wissenschaft

Liebe links-Redaktion, als Ihr mich fragtet, ob ich für Euch einen Artikel über Comic schreiben könne, Subkultur und so, zauderte ich. Textbausteine aus meiner Magisterarbeit? Die hatte ich doch nur über Comic geschrieben, damit ich nicht soviel Sekundärliteratur lesen mußte. Name-Dropping und Rezensionen? Interessiert mich nicht. Kulturindustriethese? Zu negativ, schließlich bringt ihr ja sonst nie was zu dem Thema. Vielleicht sage ich doch besser ab.

In der Frankfurter Stadtbibliothek begann man auch Comics der Ausleihe zur Verfügung zu stellen. Diese wurden aber nicht mit den sonst den BibliothekarInnengeist ausdrückenden Signierschildchen versehen. Auch wurden keine fachgerechten Katalogkärtchen angefertigt, auf denen AutorIn, Titel, Erscheinungsjahr und -ort, Signatur und Aquisitionsnummer zu lesen sind. Stattdessen wurden zwei Kästen aufgestellt, in diese zusammen mit Witzbüchern und anderen, sich wohl dem bibliothekarischen Verständnis entziehenden Bändchen auch die Comics verfrachtet. Statt ein Signierschildchen ein orangefarbener Klebepunkt, der was weiß ich bedeutet. Als zusätzlichen Hinweis wurde ein Schild angebracht: „Für Erwachsene".

Als ich noch nicht die *Bäckerblume,* die *Brigitte,* Hanni und Nanni und heimlich Bücher aus den Regalen meiner Eltern lesen konnte, als ich noch weit entfernt war von der Tageszeitung und von der Liebe zu Judith Butler's Syntax, gab man mir Bücher zum Anschauen. Damit die schwarzen Muster auf weißem Grund nicht allzu langweilig wurden, enthielten diese Bücher Bilder, nicht schwarz-weiße naturalistische Zeichnungen wie in Hanni und Nanni, keine Fotos wie in der Brigitte, sondern richtig bunte und gemalte Bilder mit wenig naturalistischem Anspruch. Das Verhältnis von der Kuh im Bilderbuch zur Kuh meines Großonkels sei zwar ein Abbildungsverhältnis, wie ich später erfuhr, jedoch empfand ich es als eine Disziplinierungsmaßnahme sondergleichen, daß ich für beide das gleiche Wort verwenden mußte: Kuh.

Lieber als das Bilderbuch mit den Kühen, das mich immer wieder in Bedrängnis brachte, wenn ich mit Erwachsenen sprach, mochte ich das Bilderbuch, in dem ein roter Doppeldecker mit Propeller abgebildet war. Nirgendwo in meiner Umgebung war etwas zu sehen, wo irgendein blöder Erwachsener mich dazu bringen wollte, es „Doppeldecker" zu nennen. Erst sehr viel später kam eine Rationalisierungswelle auf mich zu, der Doppeldecker aus meinem Bilderbuch, das meine Mutter längst heimlich meinem Cousin geschenkt oder auf dem Flohmarkt verkauft hatte, verwandelte sich in meinem Kopf in ein Flugzeug. Das Wort „Doppeldecker" benutzte ich fortan nur noch für doppelstöckige Busse. Ist das überhaupt richtig?

Nur zum Vergnügen

In der Deutschen Bibliothek werde ich gefragt, was ich denn mit den bestellten Werken vor habe, schließlich dürfe man sich hier nicht zum Vergnügen aufhalten. Ich hatte hier Comics in den Lesesaal bestellt. Ich versichere, daß ich eine wissenschaftliche Arbeit über Comic verfassen wolle. Ich bekomme meine Alben. Jedoch der strenge Blick der verantwortungsvoll handelnden Dame hinterm Tresen der Ausleihe, als sie mir die Frage stellte, verfolgt mich noch eine Weile, als ich im Lesesaal sitze, und links und rechts von mir gebeugte Gestalten über Gesetzestexten und Tabellen hängen. Vergnügen? Verstohlen sehe ich mich um und habe schnell das Gefühl, daß sich jetzt alle Blicke der Ernsten und Angestrengten auf mich richten.

Wie sich die Wissenschaft zum Comic verhält, so verhält sich auch der Comic zur Wissenschaft: Er nimmt sie nicht ernst. Bei so viel Rationalität, da hilft nur Zauberei. Science Fiction im Comic heißt Science Fantasy.

Besonders gut am franko-belgischen Comic läßt sich zeigen, daß beispielsweise die Differenzierung in Science Fiction und Fantasy nicht zu einer Einordnung des einzelnen Produkts führt, sondern allenfalls zu einer Gewichtung von Fantasy- und von Science-Fiction-Elementen. Die Weltraumreise (S.F.) wird von den Göttern (Fantasy) begleitet. Der Astronaut (S.F.) trägt ein mittelalterliches Kostüm (Fantasy). Die Mutanten (S.F.) feiern religiöse Feste (Fantasy).

Das Technik-Natur-Schema in Verbindung mit einer popularisierten Fassung der Kritik der naturwissenschaftlichen Forschung, das aus dem klassischen Science Ficton bekannt ist, wird durch simple Technologiefeindlichkeit ersetzt. Das der Technologie entgegengesetzte Prinzip ist das des Glaubens. Magie und Esoterik übernehmen eine starke Rolle.

Zusätzlich wird auch nicht mehr der Versuch unternommen, das Technische zu erklären. Die besonders aus der Science-Fiction-Literatur bekannten seitenfüllenden Erklärungen von dem einen oder anderen Phänomen, die sich zumindest naturwissenschaftlich gaben, werden abgelöst von einer eher parawissenschaftlichen Auffassung von Technik und Zukunftsvision. Laser und Telepathie, Phaser und Hypnose werden im Comic kompatibel. Statt Science Fiction: Science Fantasy.

Angelegt ist dies laut Reynolds (The Super Heroes – A Modern Mythology, 1992) auch im US-amerikanischen Superheldencomic (Superman, Batman). Im Grunde seien die Geschichten mythisch und benutzen Wissenschaft und Magie gleichermaßen, um einen Sinn für das Wunder zu schaffen. „Science magic" nennt Reynolds dieses Phänomen, das uns auch im Alltag gegenübertritt, wenn wir technische Geräte benutzen, deren Funktionsweise die wenigsten von uns verstehen.

Wenn ich nicht weiß, warum der Föhn bläst, dann kann ich mich von ihm ebenso wegbeamen lassen. In Science Fantasy spiegelt sich auch der Wunsch, es nicht wissen zu wollen.

Falscher Realismus

Im Lesesaal der Deutschen Bibiliothek sitzend blicke ich mit Entsetzen in die ernsthaft wie die mich Umgebenden zu studierenden Comicalben. Ich stelle fest: Der Comiczeichner, der mich jahrelang entführte, Moebius alias Jean Giraud hat mich nun verlassen. In seinem neuesten Produkt spielt sich die Handlung heute, identifizierbar in Paris, mit einem der sogenannten Realität nachempfundenen Personal ab. Keine Mutanten, keine Feen, keine Roboter mit Gefühlen, keine Märchen- und keine Mondlandschaft. Alles ganz scheußlich

gezeichnet. Eine Enttäuschung auf der ganzen Linie. Wie wenn Superman nicht mehr fliegen könnte, kein Ausweg, nur, mystisch etwas aufgepeppt, der Wirklichkeit Abgezeichnetes, Abgeschriebenes.

Das Formenvokabular des Realismus und Naturalismus, Darstellungsweisen, die in Literatur und Malerei bis zu ihrer Karikatur im sozialistischen Realismus auch eine linke Geschichte haben, in den Comic einzuführen, ohne die Ästhetik von Prinz Eisenherz oder von Tarzan-Comics zu reproduzieren, ist schwierig.

Eine realistische Zeichnung im Comic scheint eher Ausdrucksform eines konservativen Kulturpessimismus zu sein. Conan, der Barbar, ein Comic des Heroic Fantasy, dessen Handlung sich in einer vormodernen Welt ohne Technik abspielt, kann so (natürlich auch dank Arnold Schwarzeneggers Comic-Körper) auch verfilmt werden, ohne die Vorlage zu verraten. Phantasie verraten in diesen Comics hauptsächlich die Kostüme, die vor allem an der Sexualisierung der Handlung ihren Anteil haben.

Weniger realistisch fällt in diesem Comicgenre auch die zeichnerische Umsetzung von „Frau“ aus. Nur aus Brüsten und langen Beinen bestehend, mit langem wilden Haar versehen spiegelt sich in ihr die Vorstellung von einer zugeschriebenen ureigenen weiblichen Kraft, die sich nicht in Muskeln ausdrückt.

Comic-Striptease

Nach vielen Jahren, die geprägt waren von einer üblen Mischung aus Alphabetisierung, Lurchi und Rolf Kauka, kamen Asterix, Superman und die Gespenstergeschichten, Micky Maus und Donald Duck. Dann einsame Jahre, die nicht mehr zu bieten hatten als den Fotoroman in der Bravo. Der Trost war Don Martin in Mad (an seinen Küchenschabenreport muß ich heuter noch oft denken, doch immer wieder muß ich auch feststellen, daß niemand aus meinem Bekanntenkreis so etwas kennt).

Exemplare von U-Comix, die Zeitschrift, in der Teile des damaligen Underground-Comic abgedruckt wurden, kursierten in meinem Dorf nicht viele. Die Stadt rückte näher. Wir fuhren samstags in kleinen Gruppen zu Zweitausendeins: Freak Brothers, Wunderwarzenschwein, Fritz the Cat. Ich las diese Werke eher heimlich, wegen der Zensurbehörde „Mutter“. Mir stellte sich die Frage konsequenterweise noch nicht, warum das Underground sein sollte. Es ging um Verbotenes: Drogen.

„Zeichnet doch öfter mal einen Comic.“

Auch Sex kam vor. Wenn es schon Dr. Sommer in Zusammenarbeit mit meiner Biologielehrerin nicht gelungen war, meine Mädchenträume zu zerstören, dann konnten jetzt diese Bildergeschichten den Rest erledigen. Böse Buben wie die Freak Brothers und Fritz the Cat mochten liebe Mädchen nicht und böse Mädchen nur für den Sex. Die französische, von Jean-Claude Forest ersonnene Science-Fiction-Heldin Barbarella, die für ihre Freunde strippt und ihre Feinde verführt, Valentina von Guido Crepax in Italien, eine Fotografin, die sich Phantasien hingibt, in denen sie von Frauen und Männern, von Tieren und in Phantasiemaschinen sexuell gequält wird. Die Arschansicht von Tank-Girl. Böse Zeichner mögen ihre Comicheldinnen nur für den Sex.

Comix und Politix

Auf dem Flohmarkt bekam ich meine erste Lektion über Politik und Comics. Dort war zu kaufen: „Asterix im Hüttendorf“. Die Gallier im Protest gegen die Startbahn West. Etwas, was jeder kannte, hauptsächlich Teile aus „Asterix und die Trabantenstadt“ wurde genommen, zerschnipselt und wieder zusammengesetzt. Der Text wurde Startbahnprotestkompatibel gemacht. Ich war sechzehn und fand das witzig. Heute denke ich, so manches paßte wirklich ausgezeichnet zusammen, wie z. B. das kleinbürgerliche Gehabe in Asterix und der Sonntagskuchen von den Mörfelden-Walldorfern. Wald und Wald gesellt sich gern. Und der Barde wird einfach gefesselt in einen Baum gesetzt. Dafür haben die Gallier ja ihre Bäume.

Im Comic aus der sozialen Bewegung spiegeln sich auch die Schwächen der Bewegung. Das Beste, was er ihr beisteuern kann, ist Spott. Dieser findet sich eher als in Mickymausheftchen, eher als in teuren Alben in den sogenannten Cartoons, meist kürzere Bildergeschichten, besonders geeignet zur Veröffentlichung in Zeitungen und Zeitschriften. Die französische Cartoonistin Claire Brétecher spottet über linke Intellektuelle, Franziska Becker über bewegte Frauen, Ralf König über szenige Schwule. Thema in diesen Cartoons ist jedoch mehr als Politik im engen Sinne die alltagskulturelle Abgrenzung, die in allen politischen Szenen bis zum Exzess betrieben wird. Unmengen von Sprachregelungen und -schöpfungen, Outfit- und Infitvereinheitlichungen, die Reorganisierung von Fressen, Vögeln, Musik- und Drogengenuß führen zu einer eigenen Subkultur. Wie sich dort die verpönten bürgerlichen, spießigen Verhaltensweisen leise bemerkbar machen, wie sie sich schließlich auch durch extreme Übertreibung nicht verdecken lassen, sondern immer deutlicher zum Vorschein kommen – darüber kann sich nicht oft genug lustig gemacht werden.

Wie sich heute die Restlinke naßregnen läßt, wie sie sich windet auf ihrer Suche nach neuen Themen, wie sie sich quält in Zeitungsprojekten, die immer kurz vor dem Ruin stehen, wie uns MTV jeglichen Glauben an Subkultur genommen hat und wie wir immer noch Spaß haben zusammen – das ist doch eigentlich wirklich einen Comic wert. Zeichnet doch einfach öfter mal einen. ●

Bei Nachholbedarf:
Superman – egal welches Heft, Batman – egal welches Heft*, Moebius (Jean Giraud): Die Abenteuer on John Difool*, Hal Foster: Prinz Eisenherz*, Richard Corben: Conan*, Lurchi, der Salamander***, Rolf Kauka's Fix und Foxi** , Walt Disney's Micky Maus**, Walt Disney's Donald Duck**, Goscinny: Asterix**, Gespenstergeschichten*, Freak Brothers, Wunderwarzenschwein, Fritz the Cat*, Jean Claude Forest: Barbarella*, Guido Crepax: Valentina*, Tank Girl*, Claire Brétecher*, Franziska Becker*, Ralf König*,*
**erhältlich in Comicläden,*
***erhältlich auch in mittelmäßigen Zeitschriftenläden und in hochkarätigen Supermärkten*
****nur antiquarisch noch einige kostbare Einzelexemplare zu erhalten (wer eins hat, ich kauf's ab).*

NORBERT KRESSE

„Das ganze Leben ist ein Quiz“

Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzlich willkommen zu einer neuen Ausgabe von „Pro und Contra“. Ich begrüße die Zuschauer hier im Studio und vor allem auch draußen an den Zeitschriftenseiten. Wie immer haben wir vor dieser Sendung das Publikum aus drei Themen auswählen lassen und Sie haben sich diesmal für eine etwas ungewöhnliche Fragestellung entschieden. Keineswegs abwegig, wie ich finde, denn von Zeit zu Zeit muß auch das Fernsehen innerhalb seines Rahmens Rechenschaft über sich selbst ablegen. Deshalb heißt die Frage an uns alle heute abend: „Braucht der Mensch Unterhaltungssendungen?“ Ich hoffe, daß es dazu eine kontroverse Debatte geben wird und übergebe nun zuerst das Wort dem Anwalt für die Contra-Seite. Für sein Anfangsplädoyer hat er zehn Minuten Zeit. Bitte schön!

Vielen Dank. Bevor ich in medias res gehe, erlauben Sie mir noch eine Vorbemerkung: In diesem Land scheint es sehr verdächtig zu sein, die Produkte der Unterhaltungsindustrie auf ihren ideologischen Gehalt hin zu prüfen. Sofort kommt einem der Vorwurf entgegen, man wolle den BürgerInnen etwas wegnehmen. Nach dem Motto: „Laßt doch den Leuten den Spaß!“ Daß Menschen Unterhaltungssendungen brauchen, muß nicht bezweifelt werden. Die Frage ist aber, warum sie sie brauchen und warum gerade diese.

Die Antworten darauf haben nun viel mit der Art und Weise zu tun, wie diese Sendungen aufgebaut sind, was sie an Inhalten und Handlungsanweisungen den jeweiligen ZuschauerInnen bieten. Oft genug ist es nämlich so, daß sie nicht den Zerstreuungseffekt intendieren, den sie immer vorgaukeln, sondern im Gegenteil mit ihrer eigenen Klientel „Spitz, paß auf!“ spielen. Nicht die Möglichkeit, sich treiben zu lassen soll eröffnet werden, sondern der Zwang, Bescheid zu wissen. Böse gedacht kann man den Unterhaltungssendungen unterstellen, daß ihr einziges Prinzip darin besteht, die ZuschauerInnen auf die nächste Werbeunterbrechung vorzubereiten, bei der sie nochmal so gut aufpassen sollen. Die unterschwellige Wirkung der meisten Shows, die Fertigkeit zu trainieren, ohne Ansehen dessen, was es da zu Wissen gibt, sich informieren zu können, stärkt den Verdacht, daß das Einschalten der Glotze wieder nur in den bekannten Alltag zurückführt. Ich werde diesen Aspekt später noch einmal aufgreifen.

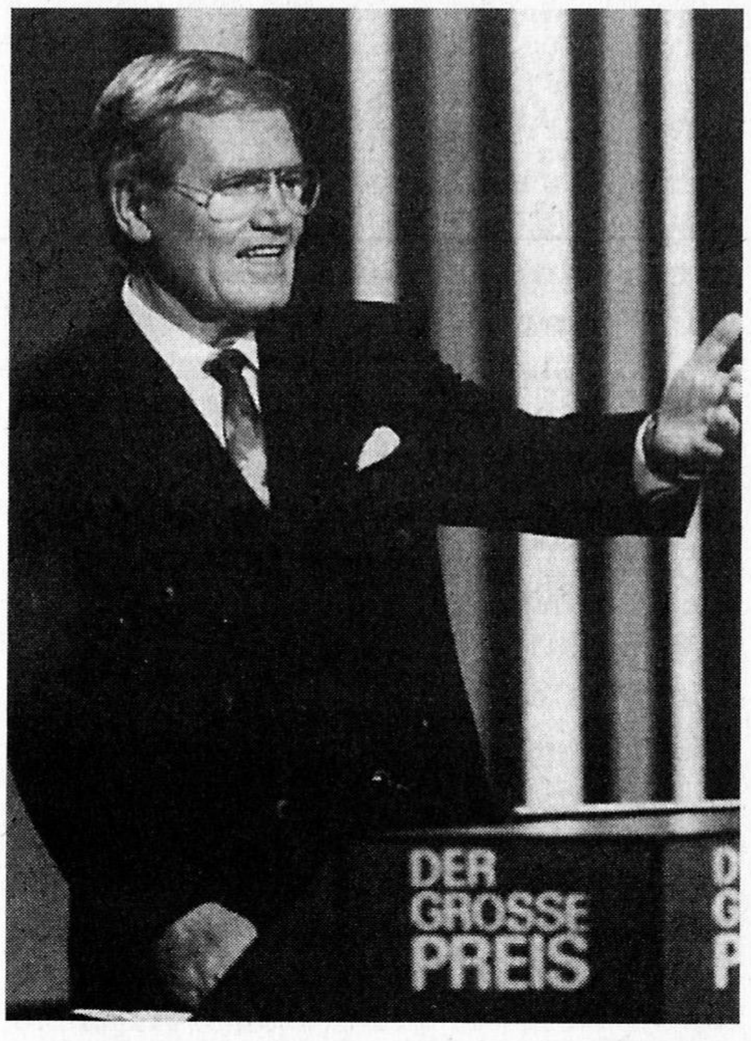
Lassen Sie mich nun aber ein Beispiel dafür anführen, in welcher Weise Informationen auf dem Bildschirm verabreicht werden. Dafür versetzen wir uns per Knopfdruck in die Welt von „Jeopardy“. Frank Elstner entlockt seinen schlauen KandidatInnen am Ratepult sekundenschnell das gesammelte Fachwissen über Technik, Schriftsteller und ganze Kunstgenres. Nur 20 Sekunden, nein 10, nein 5, bleiben der armen Kreatur, um sich und ihrer Familie einen warmen Geldregen zu bescheren. Die ExpertInnen sind die Superschlauen, weil sie es perfekt beherrschen, Geschehnisse unter Wissenswertes abzulegen und bei passender Gelegenheit gewinnbringend zu präsentieren. „Informiertsein“ dient als individuelles Gütesiegel der persönlichen Arbeitskraft.

Dabei bleibt die Heiligkeit des „normalen Lebens“ selbst derjenigen gewahrt, denen der Geldsegen die Möglichkeit einer Veränderung böte. Nachdem sie die Tränen der Freude über ihren Millionengewinn getrocknet hat, beteuert die Rentnerin dem Moderator mit genügsamen Lächeln, es bleibe trotzdem alles beim alten. Die eiserne Disziplin, mit der das bürgerliche Subjekt trotz allem ausharrt, ist die psychische Basis, auf der die gängige Unterhaltung erst funktioniert. Bescheidenheit ist eine Zier der glücklichen GewinnerInnen, die im Fernsehen vorgeführt werden. Weil sie so bleiben wollen wie sie sind, machen sie sich beim zuschauenden Publikum beliebt, bei dem sich allseits Zufriedenheit einstellt. Sie speist sich aus der Gewißheit, daß es keinem ohne vorher erbrachte Leistung besser gehe.

Oder wer gönnt dem frisch verliebten jungen Paar nicht die 100.000 DM Hauptgewinn doppelt, wenn es unter Gefährdung seiner Gesundheit bei Ulla Kock am Brink durch den Feuerreifen springt? Die Bedingungen der Gameshow sind die Verlängerung der Arbeitswelt. Und der Funke springt über: Ablenkung und Zerstreuung, gerne als humane Mindestfunktion des Fernsehens herbeierfunden, wird den Betrachtern gerade verwehrt. So fix wie die Kandidatin soll auch die Zuschauerin sein. Und so darf mitgeraten werden. Gedanklich den GlücksraddreherInnen zur Seite zu springen und wenn's geht, schneller zu sein ist das erlaubte und intendierte Vergnügen dabei. Dieses „Aufpassen“ und sich konzentrieren wird dann vom überraschend plazierten Zuschauerquiz zusätzlich angestachelt. Die Antworten, die es zu raten oder zu wissen gilt, sind aus dem gleichen Stoff gemacht, der überhaupt die ganze Schose der Unterhaltungsindustrie zusammenhält. Zur Lösung des Rätsels greift der moderne Medienmensch nicht mehr zum Lexikon. Es reicht ein Blick in die neueste Fernsehzeitschrift.

Vor dem Moderator sind alle gleich

Der revolutionäre Einbruch, der sich vor etlichen Jahren am Himmel deutscher abendlicher Fernsehunterhaltung ereignete, läßt sich vielleicht am legendären Saalkandidaten bei „Wetten, daß ...“ zeigen. Wie Dinosauriern gleich mit Knopf im Ohr beherrschten dort ehedem die großen Stars



Der Moderator

den Samstagabend. Doch unaufhaltsam stieg aus der Masse des Studiopublikums das Säugetier hervor: Der Allerweltsmensch wie Du und Ich. Keck reckt er den Kopf und drückt sich in dieselbe Couchgarnitur wie die Belmondos und Schiffers.

Nicht um die Identifikation mit dem Millionär auf der Leinwand geht es seither, sondern um das Sich-ähnlich-machen mit jenen, die scheinbar vom Glück und Zufall auserwählt sind, um stellvertretend als „Idealtyp des neuen unabhängigen Mittelstands" die Exemplare der Gattung Mensch vor dem Bildschirm auf demselben abzubilden.

Entsprechend den unterschiedlichen Schattierungen dieses Gattungswesens gestaltet sich jedoch die Auslese und die Typisierung der KandidatInnen in den verschiedenen Quizsendungen und Spielshows. „Und wenn Sie hier auch teilnehmen möchten, dann schreiben sie einen Brief an den WDR, Stichwort 'Geld oder Liebe', wo Sie ein bißchen was von sich erzählen, über Ihre Hobbys und dann kann es durchaus sein, daß Sie demnächst dabei sind." (Jürgen von der Lippe) Das verheißungsvolle Versprechen, dabeisein zu können wird scheinbar schnell eingelöst. Alles braucht nur ein bißchen Glück. Wer aber bei „Geld oder Liebe" dabeisein will, der braucht bestimmte Eigenschaften, die für eine 90-minütige Sendung unbedingt erforderlich sind: Spontaneität, Witz, gutes Aussehen und vor allem ein außergewöhnliches und fernsehgerechtes „Hobby". So was wie Dudelsack spielen und auf keinen Fall Briefmarken sammeln. Ein Unikum eben, ein originelles Individuum, das aus anderem Holz geschnitzt ist als die einfachen Leute bei „Der Preis ist heiß". Selbst wenn die Auswahl der MitspielerInnen auch dort in stundenlangen Prozeduren vor der Sendung erfolgt, so gewährt uns diese Werbeshow auch Einblick in das unabhängige Walten des Zufalls:

Harry Veijnvoord: „Für unsere nächste Runde brauchen wir einen neuen Kandidaten!" Blick in den Zuschauerraum. Die Kamera schwenkt hin und her. Scheinbar sind wir in diesem Augenblick selbst Teil des suchenden Schicksals. Swingende Musik und plötzlich eine Stimme aus dem Off: „Elisabeth Schmidt! Elisabeth, Sie sind dabei!" Der Menge Beifall braust auf und die Kamera sucht und findet natürlich jene Person mit Namen Schmidt, die überglücklich, als hätte sie schon eine Weltreise gewonnen, ihr Namensschild zum Ratepult trägt. Dort nämlich warten schon drei MitspielerInnen, mit denen sie um die Gunst wetteifert, an Harrys Seite mit Preise-Schätzen die Waschmaschine zu gewinnen.

Für dreißig Sekunden erscheint jeweils die Blaupause für die vielen eigenen NachbarInnen, um als Vehikel der Produktpräsentation zu dienen und verschwindet

„Keck reckt der Allerweltsmensch den Kopf und drückt sich in dieselbe Couchgarnitur wie die Belmondos und Schiffers": Familie Bundy

ebenso sprachlos, wie sie gekommen ist. Die Zeitspanne, in der das eigene Gesicht auf dem Sender bleibt, staffelt sich nach dem Maß der Fähigkeit, sich selbst als „Persönlichkeit" zu verkaufen. Unterschiedslos sind aber alle Figuren, von der jungen Unternehmerin bis zum kleinen Angestellten in ihrer Austauschbarkeit. In ihrer Funktion als KandidatInnen dienen sie als Durchschnittsexemplare und sind notwendigerweise ersetzbar. Der Mensch am Bildschirm spürt förmlich, daß auch er einmal an die Reihe kommen könnte, ist die Chance auch noch so gering. Jede kann es treffen und doch auch niemanden. Und weil wir das alle wissen, lassen wir die Hoffnung gleich sausen und erfreuen uns ersatzweise am Glück der Anderen.

Die Prototypen, die scheinbar zufällig vor die Kamera dürfen, gelten als Schnittmuster des sozialen Wohlverhaltens. Wie die Gesellschaft die Subjektwerdung ihrer Mitglieder nur so weit gewährt, soweit sie sich mit dem Ganzen einverstanden erklären, so stellt die Kulturindustrie den Rahmen, in dem sich die Individuen wiedererkennen sollen. Identität mit sich selbst heißt Identität mit dem als Soll Vorgegebenen. Die besondere Person wird vom Kulturapparat mit spezifischen Eigenheiten versehen, die immer das Allgemeine repräsentieren.

„Auch Sie sind der Meinung, das war ..."

Widersprüchlich vereint sich, was nicht zusammen gedacht werden kann: Die Ideologie der Gleichheit aller verwirklicht sich zynischerweise darin, daß jeder und jede sich als autonomes Subjekt dünkt. Unterhaltungsshows bestätigen und forcieren fortwährend die zwanghafte Überhöhung des Selbst, die von namhaften VertreterInnen der Gesellschaftsdiagnostik auch gern als „Pluralisierung der Lebensstile" etikettiert wird.

Immer wenn Hänschen Rosenthal hochsprang und, gefesselt von der Tricktechnik, in der Luft steckenblieb, war allen klar: Aha, es gibt einen Extrapunkt für die Mannschaft, die soeben das Publikum erfreute. Die rote Signallampe im Hintergrund offenbarte die kollektive Gefühlsregung der SaalzuschauerInnen: Das war „Spitze"!

„Dalli, Dalli!" lieferte einen Vorgeschmack auf die Art und Weise, wie das Studiopublikum für Unterhaltungs- und Gameshows verplant und inszeniert werden würde. Der übersteigert frenetische Beifall und johlende Bekundungen des Mitgefühls bei „Jeopardy" oder „Glücksrad" sind das Produkt stundenlanger Animation und Maßregelung des Trainers vor der Aufzeichnung. Solch dreiste Vereinnahmung des einzelnen Gastes weiß um seine Bereitschaft, mitzumachen, selbst teilzunehmen am Fernsehereignis und zwar aktiv: Oft werden Entscheidungen über Sieg oder Niederlage der KandidatInnen dem Wägen des Publikums in die Hände und in die Herzen gegeben. Mit Knopfdruck, Lämpchen oder Applausometer wird die Mehrheitsmeinung ermittelt. Die Durchschnittsmeinung zu treffen hebt die Siegchancen.

Wie im Saal, also auch vor den Fernsehgeräten. 90 Minuten müssen wir Jürgen von der Lippe aushalten, bis wir endlich zum Telefonhörer greifen können, um den gutaussehenden sportlichen Typen mit der talentierten und witzigen Juristin verkuppeln zu dürfen. Diese beiden Herzblätter wären eine Traumhochzeit wert. Zwar vereinzelt vor dem Bildschirm, aber vereint durch die permanente Ansprache und die gemeinsame „Zuschaueraktion", werden die FernseherInnen zu KundInnen, zu KönigInnen, zum non plus ultra der Programmgestaltung. Die populistische Anmache des Quo-

tenvolks geht die Koalition mit der Ideologie von Bürgerbeteiligung ein.

„Ihre Meinung ist gefragt" tönt es mit humorvoll einschmeichelnder Stimme aus dem FFH-Land. „Rufen Sie uns an, wenn Sie dazu ihre Meinung sagen wollen". Die allerorten präsente Mediendemokratie mit Meinungsumfragen, TED, Pro- und Contra-Entscheidungen täuscht, wie die Kamera in Liveshows, vor, dabei zu sein, mitverfügen zu dürfen, als käme es im Ernst noch auf den Einzelnen an. Der Terror, der veranstaltet wird, um nur ja den ZuschauerInnen und ZuhörerInnen einzuhämmern, sie hätten eine Meinung, wird jenen als Respekt vor dem mündigen Bürger verkauft. Und so wird flugs die Meinung, man solle gewaltbereite Kurden doch endlich aus dem Lande werfen zum legitimen Bestandteil in Unterhaltungsshows, zum zählbaren Punktvorteil für die Bevölkerungsmehrheit. Der Moderator wird sich hüten, eine solche Äußerung als das faschistische Nachgeplapper von Regierungspolitik zu brandmarken, das es in Wahrheit ist. Empfindlich gestört wäre der gesellschaftliche Konsens von „Meinungsvielfalt". Pluralismus pur der die bornierte Alltagsweisheit als gesunden Menschenverstand hochhält, wird in solch beliebten Nachmittagssendungen wie „Schimpf" zelebriert: Eine halbe Stunde lang darf Rolf – moderat im Ton und in den Ansichten – Volkes Stimme zu den Themen der Zeit über Telefonleitungen loslassen. Nonchalantes Kaffeeschlürfen begleitet den Talk mit den (natürlich vorher aussortierten) Leuten über die Mattscheibe.

Diese Form der Zuschauerintegration forciert den Kollektivierungsprozeß vor dem Bildschirm. Und so entsteht in grauer Vorabendzeit ein Volk von Verbrauchern und Käufern, das überall in der Medienlandschaft auf eine große Lobby hoffen darf. RTL hat eigens für den anspruchsvollen Kunden eine ganze Reklamationssendung vorgesehen: Bei „Wie Bitte?" werden skrupellosen Geschäftemachern und doofen, oft engstirnigen Bürokraten auf Ämtern auf unterhaltsame Weise die Hammelbeine langgezogen. Sehr zur Freude der BetrachterInnen, die sich jetzt wirklich vertreten fühlen und nicht merken sollen, daß solche Programme selbst nur dazu bestimmt sind, die Produkte der eigenen Sponsoren zu verkaufen.

Die Befriedigung der narzißtischen Bedürfnisse des Fernsehpublikums ist überhaupt ein Grundelement der kanaleigenen Produktionen. Alles scheint nur gemacht für den geneigten Zuschauer, der ständig präsent ist und vom Fernsehen als Institution vertreten wird. Und zwar als kleiner Mann und kleine Frau sowohl gegen die Eliten von oben als auch gegen die Randgruppen von unten.

Es wird aufgesehen, was auf den Bildschirm kommt!

Unterhaltung ist Unterhaltung und Politik ist Politik, sagt ein altes deutsches Showmastersprichwort. Den Leuten bei all ihren Alltagssorgen mit Spaß, Spiel und Spannung in den verschiedensten Gameshows und Unterhaltungssendungen Freude zu bereiten, kann doch nichts Verwerfliches sein. Und überhaupt nehmen sich die Macher dieser leichten Kost ja selber nicht so ernst und nicht so wichtig.

Das Augenzwinkern eines Harry Veijnvoord oder Jürgen von der Lippe, das Eingeständnis selber nur Anspruchsloses zu bieten, dementiert noch lange nicht die ideologischen Leitbilder ihrer Sendungen. Ihr tagtägliches Brot ist die gute Laune und die endet immer in der Tagtäglichkeit. Das einzige Glück besteht in der Möglichkeit, zwischen drei Paletten von Superpreisen zu wählen. Die Produzenten vertrauen dabei mit Recht auf die Neigung der ZuschauerInnen, den vermeintlichen Alltag als Verdopplung auf dem Bildschirm noch einmal hochleben zu lassen. Das ist der sogenannte „Lindenstraßeneffekt". „Wir spekulieren nicht, sondern nehmen uns den Alltag als Vorbild", sagt Hans W. Geisendörfer. Erfolge feiern solche Serien und Shows, gerade weil sie die Fortsetzung des Lebens mit anderen Mitteln sind.

Überrascht ist zum Beispiel der Postbote, der nichtsahnend von Rudi Carell auf der Straße malträtiert wird. Sofort trällert dieser ihm nämlich sein „Rudigramm" um die Ohren: Eine Würdigung der Tugenden des deutschen Postboten und seiner Verdienste für das Gemeinwesen. Unterhaltung setzt den Fluchtpunkt aus dem Alltag in den Alltag selbst, indem es das beschauliche normale Leben glorifiziert. Nicht daß sie so billig und niveaulos sind macht die Gameshows verdächtig, sondern daß sie beharrlich nur eine Botschaft haben: Seht her, so ist es in der Welt. Seid froh, daß ihr so seid wie ihr seid!

Wenn ich jetzt noch einmal zurückkommen darf auf die Frage, wie.....

Piep.Piep.Piep.

Ja meine Damen und Herren. Die Zeit für den Contra- Anwalt ist abgelaufen. Donnerwetter muß ich da sagen. Da hat er's uns mal wieder so richtig gegeben! Aber nun hat der Anwalt für die Pro-Seite das Wort. Bitte schön! ●

trotznichtsdesto

"Der Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik 1995 geht an die Wochenzeitung FREITAG, die (...) im Gegensatz zu vergleichbaren Blättern, die Literaturkritik nicht zugunsten einer gefälligen Literaturvermittlung aufgibt."
Börsenblatt des Deutschen Buchhandels

Ausgezeichnet mit dem Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik 1995

"...der FREITAG, das wohl mutigste und schillerndste Kind der postrevolutionären Zeitungszeugungsphase."
Süddeutsche Zeitung

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

"... eine der besten deutschen Periodika."
Darmstädter Echo

"Der Ton der Kritik beherrscht den FREITAG - niemals aber ist er dozierend oder gar dogmatisch, eher zum Denken anregend. Der FREITAG ist also überhaupt kein Wende-Jammerblatt, sondern vielmehr eine ernstzunehmende Zeitung, die (...) in vielen Artikeln eine weiterreichende intellektuelle Dimension aufzeigt.
WOZ, Zürich

Der andere Blick auf Kultur und Politik

PROBEABO-COUPON

Ich möchte den FREITAG gerne kennenlernen und bestelle zum Vorzugspreis:

- ❑ 6 Ausgaben für DM 20,-
- ❑ 12 Ausgaben für DM 40,-

Einen V-Scheck oder Bargeld lege ich dieser Bestellung bei.

Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich beim Verlag Freitag, Postf. 66, 12414 Berlin widerrufen kann.

Datum, 2. Unterschift

Coupon bitte ausfüllen und einsenden an:

Freitag Vertrieb, Postf. 66, 12414 Berlin

links

tellerwäscher

❶ Hoch die nationale Multiethnizität?

Mit der durch die Veranstalter ausgedrückten Hoffnung auf eine „Multiethnisierung" in Bosnien fand die Veranstaltung des Neuen ISP Verlags und des „Bosnien Büro Frankfurt" während der Frankfurter Buchmesse ein Ende. Die französische Sozialwissenschaftlerin Cathérine Samary, u.a. auch Autorin in *Le monde diplomatique,* hatte anläßlich der Veröffentlichung ihres neuesten Buchs in deutscher Sprache im o.g. Verlag ihre Thesen zum Thema „Bosnien und die westliche Linke" vorgetragen.

Samarys Buch, dessen deutsche Ausgabe den Titel ***Die Zerstörung Jugoslawiens – Ein europäischer Krieg*** trägt (französische Originalausgabe: „La déchirure yougoslave – Questions pour l'Europe", Paris: Harmattan, 1994), beinhaltet den löblichen Versuch, die historische Entwicklung bis zum Krieg und den Krieg im ehemaligen Jugoslawien darzustellen. Wohltuend sich gerade zu diesem Thema einmal jenseits der Polemik zu bewegen, die in der Bundesrepublik dazu geführt hat, daß es am klügsten zu sein scheint, zu dem Thema gar nichts mehr zu sagen. Keine historischen Parallelisierungen, die Sarajewo mit dem Warschauer Ghetto gleichsetzen und vorrangig der Legitimierung von Militäreinsätzen dienen. Eine differenzierte Sicht der Interessen der verschiedenen Konfliktparteien.

Samary teilt jedoch mit vielen das Problem, eine Mixtur aus realpolitischen Vorschlägen und Gesellschaftskritik zu erzeugen. Ergebnis davon ist zum Beispiel ihre Fragestellung, ob Nationalstaaten „ethnisch" organisiert werden müssen oder ob es nicht auch „multiethnisch" ginge. Samary, die von Volksgruppen, Völkern, Ethnien, Minderheiten spricht, zeigt zwar, daß sich diese Kategorien und die ihnen folgenden Zuordnungen historisch entwickelt haben. Auch Nationen werden als „historische Konstrukte" bezeichnet und ökonomische Gründe für ihre Entstehung genannt. Doch in der Forderung eines „multiethnischen Bosnien" begeht die Autorin den Fehler, eben jene Konzepte selbst aufzugreifen und sie positiv umzudeuten, um zu praktischen Vorschlägen zu kommen.

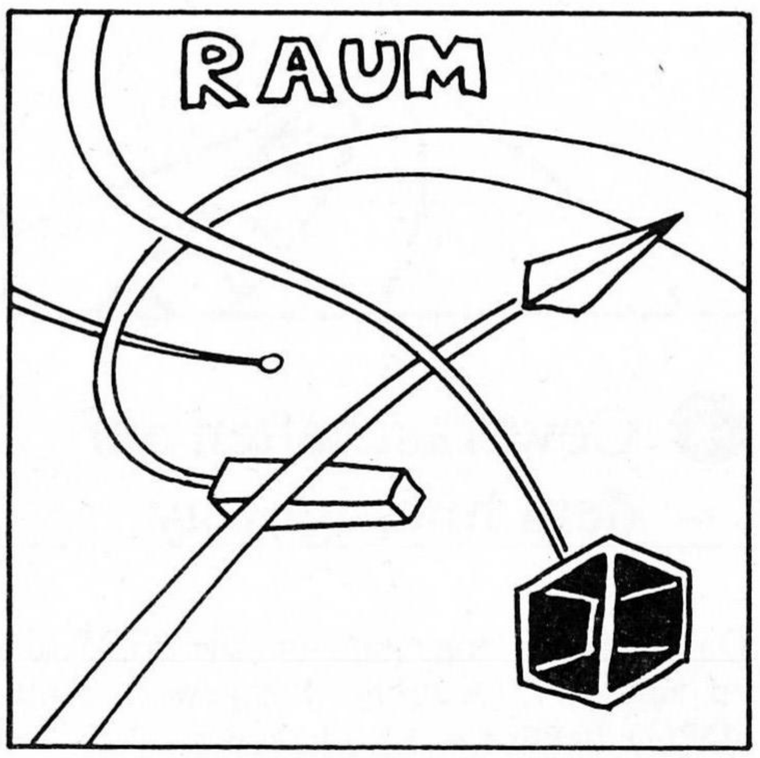
Mit dem Buch von Samary ist es möglich, in der Auseinandersetzung über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien ein gutes Stück weiterzukommen. Aber es ist auch Ausdruck der Selbstbeschränkung von Analysen, die zu schnell zu Handlungsanleitungen übergehen.

Regina Schleicher

Catherine Samary: „Die Zerstörung Jugoslawiens", Neuer ISP Verlag, Köln 1995, 168 Seiten, DM 28,–

❷ Aufwieglerischer Briefträger

Herr Klein vom 5. Strafsenat des Oberlandesgerichtes in Frankfurt, der „in der Strafsache gegen Birgit Hogefeld wegen Verbrechens nach § 129a StGB u.a." beisitzender Richter ist, hat etwas gegen Personen, „die sich als 'Pfarrer' bezeichnen". Wenn diese bei ihm auch noch eine „Erlaubnis für einen Sonderbesuch als Seelsorgerbesuch bei Frau Hogefeld" beantragen, wie Pfarrer Hubertus Janssen vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, kann es ihnen schon mal passieren, zu geheimen BriefträgerInnen und AufwieglerInnen gemacht zu werden.



Hubertus Janssen ist Prozeßbeobachter dieses Mammutverfahrens für das Komitee, in dem von Airbase-Anschlag bis Weiterstadt nahezu alles verhandelt wird, was nach Meinung des OLG Birgit Hogefeld angelastet werden könnte. Im Laufe der Verhandlung hat er sich schon mehrmals kritisch zu den Ermittlungsmethoden des 5. Strafsenats geäußert, so etwa als Birgit Hogefeld im März mit körperlicher Gewalt zu einer ZeugInnengegenüberstellung gezwungen wurde. Im Sommer beantragte er die Erlaubnis zu einem persönlichen Gespräch mit Birgit Hogefeld. Dieser Antrag wurde von genanntem Richter Klein mit einer Begründung abgelehnt, die Einblicke in die Konstruktion dessen erlaubt, was 1995 der Staatsschutz unter „Sympathisant" versteht. Jansen, dem im ersten Satz der Begründung schon der Wahrheitsgehalt seiner Berufsbezeichnung abgesprochen wird („der sich als 'Pfarrer' bezeichnet"), wird in den folgenden Absätzen vom Kritiker des Verfahrens zum potentiellen Aufwiegler, der seinen „Besuch bei der Angeklagten dazu mißbrauchen würde, sie gegen den Senat aufzubringen" und darüber hinaus auch noch daran interessiert sei, „einen Nachrichtenaustausch zwischen ihr und anderen RAF-Mitgliedern zu betreiben". Daß Wolf-Dieter Narr im Namen des Komitees Richter Klein als voreingenommen und damit für das Verfahren nicht mehr in Frage kommend bezeichnet hat, ist noch harmlos, angesichts eines Richters, der um sich herum nur noch AufwieglerInnen, BriefträgerInnen und SympathisantInnen sieht.

Der Prozeß wird seit Anfang November mit den Verhandlungen über den Sprengstoffanschlag auf den Gefängnisneubau in Weiterstadt nach längerer Pause fortgesetzt.

G. O.

❸ RTF page footer: Pigs im Cyberspace

Das weltweite Computernetz Internet, noch vor einigen Jahren wenig beachteter Tummelplatz von WissenschaftlerInnen und Computer-Freaks, wird zunehmend zum Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. In dem Maße, in dem die Politik auf Computernetze aufmerksam wird, werden sie Ziel staatlicher Regulierungs- und Sanktionierungsversuche. Besonders im Bereich der Unterdrückung unliebsamer Meinungsäußerungen und der Überwachung privater Kommunikation machen zwei aktuelle Beispiele diese Entwicklung deutlich.

Tat sich die Polizei in Frankfurt in diesem Sommer damit hervor, hungerstreikende KurdInnen aus der Innenstadt zu prügeln (vgl. *links* 304/305), so hat sie nun ein völlig neues Einsatzfeld gefunden. Sie geht auf elektronische Streife. Wie das aussieht, hat sich an der Uni Frankfurt gezeigt.

Ein Student veröffentlichte Dokumentationen einer Menschenrechtsdelegation, die sich im August in Kurdistan aufhielt, ein Flugblatt, das zum Besuch der im September angelaufenen § 129a-Prozesse gegen drei Kurden aufforderte und weitere Informationen zur Lage in Kurdistan und der deutschen Beteiligung am Krieg gegen

KurdInnen im WorldWideWeb, einem Dienst des Internets. Damit waren diese Texte weltweit abrufbar und konnten innerhalb von weniger Sekunden am heimischen Computer gelesen werden.

Dies muß wohl auch ein Beamter der Abteilung Politische Polizei des Frankfurter Präsidiums bei seinen Streifengängen im Netz getan haben, woraufhin die Uni-Leitung einen Anruf von ihm bekam. Man könne zwar strafrechtlich nicht gegen diese Veröffentlichung vorgehen, doch wolle man mal mit dem Autor sprechen.

Der Kanzler der Uni, aufgeschreckt durch diesen Anruf, wies nicht etwa das Ansinnen beim Schnüffeln zu helfen zurück, sondern veranlaßte die sofortige Zensur aller betreffenden Dokumente, ein vorauseilender Gehorsam gegenüber dem politischen Klima in der Stadt Frankfurt und in der BRD allgemein.

Die Zensurmaßnahmen wurden erst rückgängig gemacht, als dies öffentlich wurde und die Uni-Leitung sich einem starken Druck ausgesetzt sah.

Weitreichendere staatliche Schnüffelei wird momentan auf europäischer Ebene vorbereitet. In Anlehnung an vorläufig gescheiterte Pläne der US-Regierung soll jetzt in Europa der elektronische Briefumschlag verboten werden. Bisher gewährleistete moderne Verschlüsselungssoftware die Privacy in offenen Netzen. Mit diesen Programmen kann sowohl unerwünschtes Lesen privater E-Mails, als auch das Fälschen von elektronischen Nachrichten verhindert werden. Der Programmierer des populärsten Verschlüsselungsprogramms PGP (für Pretty Good Privacy) wurde in den USA wegen Verstoßes gegen das Waffenkontrollgesetz angeklagt. Kryptographische Software fällt in den USA unter dieses Gesetz.

Nun planen verschiedene internationale Organisationen (Europarat, EU-Kommission und OECD) die Einschränkung der Verschlüsselung privater Nachrichten. Als Begründung für diese Einschränkung der Grundrechte muß – wie so oft – Organisierte Kriminalität (was immer das ist) herhalten. Nur solche Verfahren, die ein Schlupfloch für staatliche Abhörmaß nahmen lassen (durch Hinterlegung eines Universalschlüssels bei eben diesen), sollen in Zukunft noch legal sein.

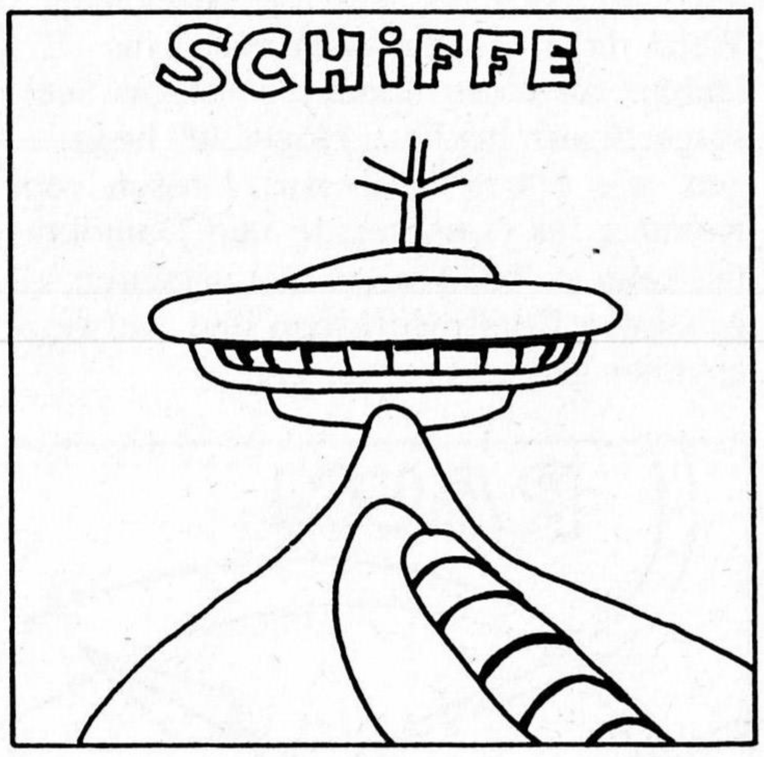
Daran läßt sich die neue Qualität der Überwachung erkennen. In Zukunft können Sicherheitsbehörden in technischer Perfektion jede Äußerung einer Person festhalten, ein Profil ihrer Tätigkeiten erstellen, jede Kontaktaufnahme protokollieren und jeden Lesevorgang nachvollziehen. Die Computertechnologie macht es möglich, diese totalen Kontrollmechanismen erstmalig zu etablieren.

Andererseits läßt sich aber auch mit neuartiger Software diese Kontrolle erschweren. Technik ist schließlich nicht ein Produkt, dessen Charakter schon im Vorhinein feststeht, sondern ihre konkrete Ausgestaltung erfolgt erst als Ergebnis sozialer Prozesse.

Die Ausgestaltung der Computernetze wird momentan umkämpft, wie die Beispiele zeigen. Hier gilt es, in die Auseinandersetzungen einzugreifen und eigene Positionen zu artikulieren.

In Frankfurt hat sich ein Arbeitszusammenhang mit dem Ziel gebildet, eine linke Praxis in den Netzen zu entwickeln und Positionen zu den neuaufgeworfenen Themen zu finden und zu vertreten: Arbeitsgruppe Netzträume, Tel. 069 / 70 79 03 50, knu@informatik.uni-frankfurt.de

Benjamin Bärmann / Mario Diwersy



❹ Gewerkschaften auf dem Infohighway

Da haben sie lange gepennt, die IG Medien und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG), bevor sie sich Gedanken über die Entwicklung von Multimedia und Onlinediensten gemacht haben. Als sie's aber getan hatten, kam das Buch ***Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand*** dabei heraus. Bedauerlicherweise hält aber das Buch selbst einer Prüfung nicht stand. Zahlreiche Vertreter aus den Gewerkschaften lassen sich neben Wissenschaftlern über das Thema aus. Die Texte stehen unverbunden nebeneinander, oft werden bekannte Klischees wiederholt, bis man kaum noch Lust hat weiterzulesen. Wer sich dennoch nicht davon abschrecken läßt, gewinnt einen nicht uninteressanten Einblick in die gewerkschaftliche Diskussion und vor allem in ihre erheblichen Defizite.

Da fällt beispielsweise auf, daß immer wieder die Chancen von Multimedia betont werden: „für Meinungsvielfalt und Informationsfreiheiten, für zusätzliche Arbeitsplätze und die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes", so Dieter Schulte, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und sogleich fährt er fort mit den beschwörenden Worten: „Diese Chancen müssen genutzt werden". Müssen sie das? Multimedia als gesellschaftliches Projekt, das wird sofort deutlich, ist kein Thema. Multimedia ist längst ein Ereignis, das stattfindet, ohne Frage nach demokratischer Legitimation. Darüber hinaus sind es sonst die Gewerkschaften selbst, die auf den Stellenabbau im Zuge des Multimediabooms hinweisen (vgl. *FR* v. 2.6.95).

Die Befürchtungen und Ängste sind mittlerweile weitestgehend bekannt. In erster Linie werden die Konzentrationstendenzen auf dem Multimedia- und Medienmarkt kritisiert. Da die Medien den Gewerkschaftern als vierte Säule der Demokratie gelten, sehen sie hier eine Gefahr für die Demokratie. Daraus werden dann die bekannten Forderungen nach einer Förderung des gedruckten Wortes abgeleitet, die Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verlangt, die Unabhängigkeit der Redaktionen eingeklagt, so beispielsweise Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien, in seinem Beitrag. Kurt van Haaren, Vorsitzender der DPG, sieht in den neuen Techniken einen Verstärker gesellschaftlicher Trends. Als Trends werden, wie in einer schlechten Kulturkritik, das Cocooning ausgemacht oder der angebliche Verlust der Kommunikationsfähigkeit einer Schülergeneration, die durch Game boys „stärker geprägt wird als durch persönliche Kommunikationserfahrung". Und wenn einem dann gar nichts mehr einfällt wird flugs mal wieder eine neue Ethik gefordert. Diesmal für „den Umgang mit den technischen Möglichkeiten" (van Haaren).

Viele Hinweise sind interessant, viele Forderungen in dem Buch berechtigt, doch das Thema wird eigentlich verschenkt. Vor allem eine eindringliche gesellschaftliche Analyse fehlt und folglich bleiben auch die vorgeschlagenen Handlungsmuster im bekannten etatistischen Rahmen. Am Ende wird versucht, mit alten Rezepten auf eine neue Situation zu reagieren. Das Neue ist dabei nicht die sogenannte Informationsgesellschaft, sondern die Schwäche der Gewerkschaften im globalen Kapitalismus. „Der organisationspolitischen Schwäche des DGB entspricht der programmatisch-inhaltliche Zustand, der durch eine Rücknahme des allgemein-politischen Mandats und eine Anpassung an die neoliberale Wirtschaftspolitik gekennzeichnet ist", schrieben jüngst Klaus Pickshaus und Peter Völker aus dem Hauptvorstand der IG Medien. Recht haben sie.

U. F.

Kurt van Haaren/Detlef Hensche (Hg.): „Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand", VSA-Verlag, Hamburg 1995, DM 29,80

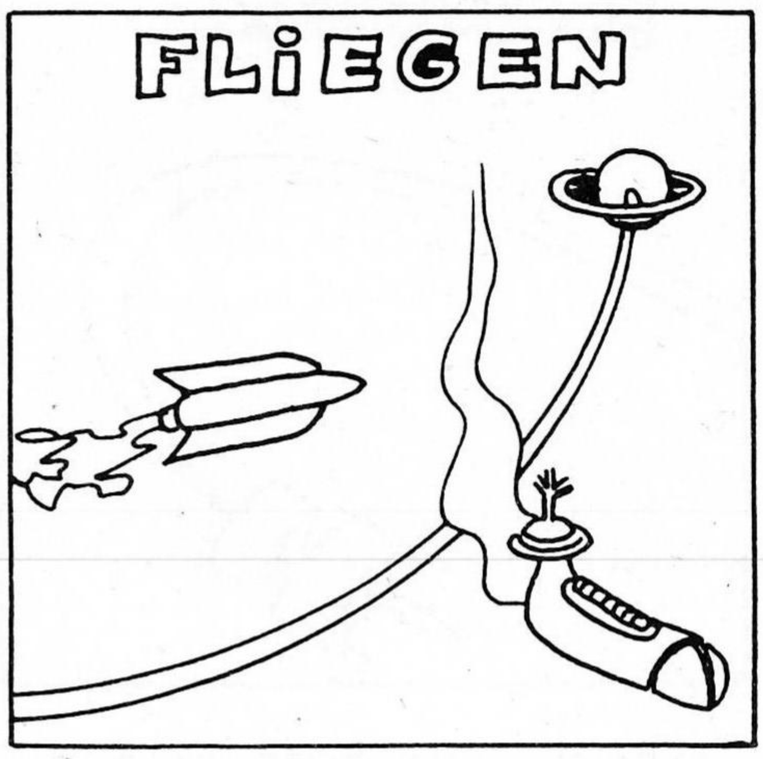
tellerwäscher

❺ Einfach Rockmusik

Der in der Rockmusik mit Sex, Drugs and Rock'n'Roll seit nahezu 45 Jahren universalistisch vorgetragene Befreiungsanspruch hat einen großen Schönheitsfehler: er produziert einen Ausschluß, der am Ende nur noch unerotische, dauerpubertierende und breitbeinig mit phallischen Instrumenten hantierende Rockisten übrigläßt, die gerne heiraten, VW-Golf Modell „Rolling Stones" fahren und am Wochenende mal so richtig einen drauf machen. Wozu also noch Rock machen, hören und drüber schreiben? Zum Beispiel um die Geschichte dieser permanenten Ausschlüsse zu thematisieren, wie es Gillian G. Saar in ihrem Buch *„She's a Rebel. The History of Woman in Rock & Roll"* versucht, das im letzten Jahr auf deutsch unter dem Titel ***Rebellinnen. Die Geschichte der Frauen in der Rockmusik*** im Argument-Verlag erschien. Solch ein Unterfangen hat zunächst einmal mit der Spannung zwischen der Affimierung der Kategorie „Frauen-Band", die schon immer wunderbar vermarktbar war und der Thematisierung der spezifischen Situation von Frauen in einer von Männern dominierten Industrie, sei sie subkulturell oder mainstreamförmig organisiert, zu kämpfen. Gillian G. Saar entscheidet sich für zweiteres und spannt in ihrem Buch den Bogen von den frühen Blues- und Rythm'n'Blueskünstlerinnen Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre wie Willie Mae Thornton, Ruth Brown oder Bonnie Guitar über die Girl Groups der 60er (Shirelles, Cristals, Ronettes oder die Supremes) bis zu Raperinnen wie Queen Latifah und Salt-N-Pepa. Neben der Situation der Musikerinnen thematisiert sie auch die insbesondere zur Hochzeit der US-amerikanischen Frauenbewegung in den 70ern entstehende feministisch ausgerichtete Label-, Studio-, Konzertagentur- und Vertriebsstruktur und das im Zuge des Punk entstehende Netz aus Fanzines, politischen Gruppen und sogenannten Frauenbands, die sich in ihren Texten nicht mehr auf das ewige Heilige-Hure-Spiel einließen und das bislang nur passiv vorgebrachte Begehren provokativ aktiv wendeten.

Daß dieses Buch jedoch trotz des Detailreichtums und informativen Charakters auch Grenzen hat, zeigt sich zum einen an der Konzentrierung auf hitparadenorientierte Bands und Künstlerinnen (Erfolg, der sich an einer guten Plazierung in den Charts mißt, ist für Gaar ein wichtiges Kriterium) und der behaupteten Genalogie der Frauen in der Rockmusik. Da sich Geschichte nur von der Gegenwart in die Vergangenheit konstruieren läßt, hätte Gaar besser daran getan, die Kriterien ihrer Konstruktion der History of Women in Rock & Roll offenzulegen. ***G. O.***

Gillian G. Gaar: „Rebellinnen. Die Geschichte der Frauen in der Rockmusik" (Übersetzt von Heike Brühl), Argument-Verlag, Hamburg 1994, 462 S., DM 39,–



❻ Gysi-listening

Amiga war der Name eines sog. vergesellschafteten und das hieß staatlichen Monopol-Plattenlabels in der DDR. ***l'amigamore*** ist der Titel eines jüngst veröffentlichten Samplers des Hamburger Labels L'AGE D'OR. Tanzmusik aus der DDR von 1963 bis 1970. „Die Sputniks", „Theo Schumann-Combo", das „Orchester Gerhard Kneifel" u.v.a.m., Tanzmusik für junge Leute – Musik jenseits der (Schall-)Mauer. Die DDR abseits von Erich-Weinert-Ensemble, Kindergartenplätzen und blauen Bänden. Ein bunter Liederstrauß, der jeder Samstagsziehung zur Ehre gereicht, so es sie im realexistierenden Sozialismus gegeben hätte. Party-Zeit. Entlang zwanzig ausgewählter Titel, die angenehmerweise nicht immer aufdringlich gefällig daherkommen, der Versuch, eine differenzierte Hör- und Sichtweise auf fast zehn Jahre Musikgeschichte (Ost) zu vermitteln. Die Compilation schafft dabei den Spagat zwischen Kritik an staatlicher Kulturpolitik der DDR und dem Nachweis, daß es in beschränktem Umfang dissidente Musik gab, die das Geschmacksdiktat der GenossInnen im Politbüro unterlief – auch und gerade auf eben jenem oben erwähnten staatlichen Plattenlabel. Damit die Erkenntnisse der Dabeigewesenen oder sonst irgendwie Eingeweihten auch HörerInnen nachvollziehbar sind, bei denen allenfalls das Geburtsdatum in besagte zweite Hälfte der 60er Jahre fällt, haben die MacherInnen gleich noch umfangreiche Linernotes beigefügt. „Was sich die SED unter 'gepflegter' Beatmusik vorstellte", läßt sich – Autor Marcus Heumann zufolge – der CD ebenso entnehmen, wie die Tatsache, daß „in der zweiten Hälfte der 60er Jahre als Schlager oder Jazz getarnte Beat-Nummern am Zensor vorbeigelotst wurden". Sogar Abbildungen der Original-LP-Cover, denen die Stücke entnommen sind, finden sich – zugleich ein kleiner Trost für VinylfreundInnen. Allen LeserInnen, die jetzt noch an der politischen Relevanz dessen zweifeln, was zu hören ist, sei versichert, „der Inhalt der CD ist gleichermaßen obskur wie hochpolitisch. Denn hier sind akustische Zeugnisse der Zick-Zack-Kulturpolitik eines Staates zu hören, der allzeit versuchte, den Musikgeschmack seiner Bürger mitzubestimmen" (Heumann). Allen HörerInnen, die sich dafür nicht interessieren wollen, sei versichert: Es ist einfach Tanzmusik! ***T. K.***

l'amigamore. Tanzmusik aus der DDR von 1963 bis 1970. L'AGE D'OR, Hamburg 1995

❼ Wir sagen ja zur modernen Welt

singen FSK in ihrer Adaption des Velvet Underground-Songs „Candy says" und beschreiben damit ihre Affirmations-Strategie, die sich als postlinks verstehend gegen das Authentische schlechthin richtet. Wie Thomas Meinecke in einem Interview zum 15jährigen Bandjubiläum mit Jörg Heiser in *Spex* 10/95 feststellt, gehen FSK in ihrer künstlerischen Arbeit davon aus, daß „das Authentische genauso künstlich wie das Künstliche authentisch" ist. Dieses gegen linke Betroffenheitskultur und ihr musizieren über vermeintlich selbst erlebte Dinge gerichtete Konzept begleitet FSK seit ihren ersten Aufnahmen 1980 und ist nun zumindest für die ersten zehn Jahre auf der Compilation ***FSK bei Alfred*** (Hilsberg, der FSK in den 80ern auf seinem Label Zickzack herausbrachte) von den New Wave Anfängen bis zu den in den USA entdeckten country-jodel-blasmusik Elementen nachzuhören. Die zu Beginn der

80er aus der Münchner Kunstszene hervorgehenden FSK, die sich damals noch in voller Länge „Freiwillige Selbstkontrolle“ nannten, begannen in der damaligen New Wave Euphorie, die sich in Liedern wie „Eingeschlagene Schaufenster“, „Wir gehen in den Zoo“ oder „Was kostet die Welt“ ausdrückt, sich für die Idee einer eigenständigen deutschen Popkultur zu begeistern, die mit Fehlfarben und anderen damals zahlreiche Anhänger hatte. Doch der Neue-Deutsche-Welle-Glückseligkeit verweigerten sie sich, sei es durch provokante Auftritte in Bundeswehr-Uniformen, die zumindest Michaela Melian die Abgrenzung von dem „leopardenhosigen Frauending“ (Melian) ermöglichte, oder durch ihre Art von „New Wave Texten, in denen sozusagen Faßbinder-Menschen rumlaufen“ (Meinecke). Mit „Yankee Goes Home“ (1987) dann die politisch gewendete Kritik an dem unreflektierten Antiamerikanismus vieler deutscher Bands und ihrer naiv-pseudounpolitischen Haltung. Und dann das Entdecken der USA, das Verarbeiten neuer musikalischer Einflüsse und die explizit gewendete antinationalistische Kritik: Flagge verbrennen, Regierung ertränken.

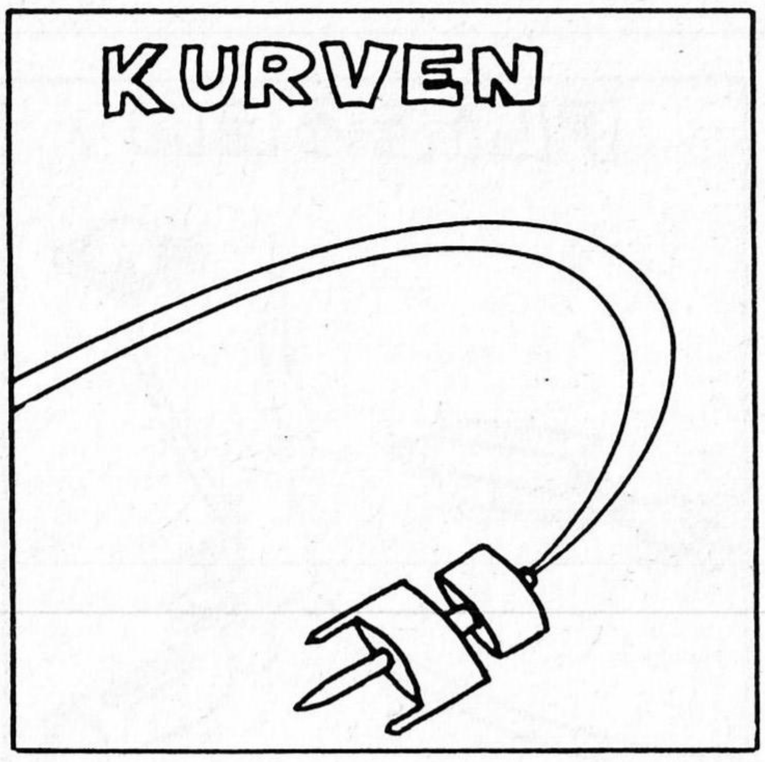
G. O.

FSK bei Alfred. 44 Exitos Populares 1980-89 (Doppel-CD), Zickzack c/o What's so funny about, Hamburg 1995

❽ Saarlandbrigade

Seit dem Ende des Ost-Westkonfliktes ist die Bundeswehr endgültig keine Armee mehr zur reinen Landesverteidigung. Immer häufiger wird über „out-of-area-Einsätze“ diskutiert. Eine Einheit, der dabei eine führende Rolle zufällt, ist die der Fallschirmjäger der „Saarlandbrigade“. Sie umfaßt rund 2.000 Soldaten und ist neben ihren drei saarländischen Standorten Lebach, Merzig, Saarlouis noch im rheinlandpfälzischen Zweibrücken und im baden-württembergischen Phillippsburg stationiert. Bereits am Somalia-Einsatz 1993/1994 war sie federführend beteiligt, beim deutschen Kriegseintritt auf dem Balkan ebenfalls: Der Kommandeur der Saarlandbrigade, Oberst Hans-Heinrich Dieter ist zum „nationalen deutschen Befehlhaber in Kroatien ernannt worden.“ (Saarbrücker Zeitung vom 25.7.95).

Auf NATO-Ebene ist sie zum größten Teil eingebunden in die AMF (Allied Command Europe Mobile Force). Damit gehört sie zu den Krisenreaktionskräften der NATO, die innerhalb weniger Tage rund um die Erde einsetzbar sind. Schon 1992 wurden im sogenannten Stoltenberg-Papier, einer Kabinettsvorlage aus dem Verteidigungsministerium, die Aufgaben einer neugestalteten Bundeswehr in der „Wahrung der deutschen Sicherheitsinteressen“ gesehen. Unter deutschen Sicherheitsinteressen wird in diesem Papier die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels“ und der „Zugang zu strategischen Rohstoffen“ verstanden. Das heißt im Klartext, die Durchsetzung ökonomischer Interessen mit militärischen Mitteln. Spätestens hier wird klar, daß die Saarlandbrigade als Eliteeinheit zentraler Bestandtteil der außenpolitischen Überlegungen der BRD ist.



In diesem Kontext passen die häufigen Manöver dieser deutschen Fallschirmjäger in Kurdistan, zuletzt im September 1994 nahe der kurdischen Stadt Gaziantep aber auch die federführende Rolle beim Somaliaeinsatz.

In welche Tradition sich die Brigade dabei stellt, wird mit einem Blick auf ihre Werbebroschüre deutlich: dort wird das 1940 geschriebene Nazilied „Rot scheint die Sonne“ abgedruckt. Es ist quasi das offizielle Lied der Fallschirmjäger. „Klein unser Häuflein, wild unser Blut. Wir fürchten den Feind nicht und auch nicht den Tod. Wir wissen nur eins, wenn Deutschland in Not, zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod...“. In der Publikation werden die nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge als militärische Leistungen abgefeiert. „Schon im zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe – ihre Waffentaten am Fort Eben Emael, auf Kreta oder am Monte Cassino sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt.“ In jährlichen Kreta-Gedenkfeiern „gedenkt“ die Brigade den deutschen Fallschirmjägern, die auf Kreta ums Leben kamen.

Kritisch unter die Lupe genommen wird die „Saarlandbrigade“ in dem Film „Friedensengel“, der zunächst im Feburar dieses Jahres von Kanal 4 bundesweit über die Frequenzen von RTL ausgestrahlt wurde. Produziert wurde er von Peter Kleinert, KAOS-Filmteam Köln, und Katrin Brüggemann, (querblick) aus Konstanz. Die FilmemacherInnen drehten bei einem Manöver der Brigade sowie an einigen Kasernentoren. Neben Soldaten und Vertretern des öffentlichen Lebens kommen auch Kritiker der Saarlandbrigade zu Wort. Schon die erste öffentliche Vorführung an einem der Brigade-Standorte löste heftige Diskussionen aus.

Übrig bleibt, daß trotz zahlreicher emotionaler Ausbrüche keiner der Kritikpunkte an der Saarlandbrigade widerlegt wurde, daß es zum erstenmal eine kontroverse Diskussion gibt. In Leserbriefen äußerte sich die Mehrzahl der AutorInnen ebenfalls kritisch zur Politik der Saarlandbrigade. Parteien und Bundeswehr sehen sich offensichtlich so stark in die Enge getrieben, daß sie mit einer Lüge und einem öffentlichen Gelöbnis darauf antworten müssen. Ein weiteres Gelöbnis ist für den 9. November 1995, 57 Jahre nach der Reichspogromnacht angekündigt. „Bevor am Donnerstag, 9. November gegen Abend das feierliche Gelöbnis erfolgt, bieten die Soldaten tagsüber Rundflüge im Hubschrauber, Freifallvorführungen sowie eine Waffen- und Geräteschau an.“ (Saarbrücker Zeitung, 14.2.95)

Wer Diskussionsveranstaltungen über die neue Rolle der Bundeswehr und „Out-of Area-Einsätze“ plant, kann den 30-Minuten Film „Friedensengel“ (Video) ausleihen. Zur Verfügung steht außerdem eine ausführliche Pressedokumentation der Auseinandersetzungen, Photos sowie die „Flugschrift 2“ der „Aktion 3. Welt Saar“, die auch Photos aus dem Innenleben der Brigade enthält: „Aktion 3. Welt Saar“, Weiskirchener Straße 24, 66674 Losheim, Tel. 06872 / 69 82 Fax 7826 ●

Roland Röder

❾ Festung Europa

Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM e.V.) ist ein im November 1994 gegründeter überregionaler Arbeitskreis, der sich als Teil eines entstehenden grenzüberschreitenden Netzes von Flüchtlingsinitiativen, MigrantInnengruppen, internationalistischen Zusammenschlüssen, Menschenrechtsgruppen und Einzelpersonen versteht.

Ihr Ziel ist es, die politökonomische Analyse mit einer „andere(n) Recherche und Dokumentation als die der herrschenden Medien und Sozialwissenschaften [...] durch direkte solidarische Arbeit“ mit Flüchtlingsinitiativen, Menschenrechtsgruppen, NGO's und Einzelpersonen – so die Selbstdarstellung – zu verknüpfen. Sie widmet sich in Heft 1 der Reihe ***Gegen die Festung Europa*** der Lebenswirklichkeit der in Polen lebenden ArbeitsmigrantInnen. Den AutorInnen geht es um das „Sichtbarmachen von Abschottungsstrategie“. Die

Analyse der Umstände des Scheitern des realsozialistischen Modells in Polen und aktuellen Perspektiven der Westeingliederung des Landes sowie der Öffentlichkeitsarbeit möchten sie dem Ziel unterordnen, den „länderübergreifenden Widerstand gegen die sozialrassistische Formierung Europas“ zu stärken.

So besitzt Polen für die FFM eine Scharnierfunktion als Ziel-, Transit- und Herkunftsland für MigrantInnen im Rahmen der ökonomischen 'Neuordung' des Kontinents unter deutscher Führung: Zum einen ist das Land „Lieferant billig reproduzierter RotationsmigrantInnen“, zum anderen „[...] erfüllen illegale MigrantInnen auf dem polnischen Arbeitsmarkt inzwischen eine ähnliche Funktion wie die polnischen Werkvertrags- und Saisonarbeiter auf dem deutschen. Ihre Zahl dürfte um 100.000 liegen, zum größten Teil sind sie PendelmigrantInnen aus Polens östlichen Nachbarländern.“

Was mit dem Schengener Abkommen sowie der Konvention von Dublin im Jahre 1990 begann, mit der Asylrechtsänderung vom 1.07.93, der Flughafenregelung, der BGS-Praxis an der Grenze zu Polen und nicht zuletzt mit der alltäglichen rassistischen Bedrohung, Diskriminierung, Folter und Mißhandlung in Amtsstuben und durch die Polizei führt auf eine Situation hinaus, die Hannah Arendt angesichts der völligen Rechtslosigkeit von Minderheiten und Staatenlosen im Europa vor und während des Zweiten Weltkrieges als völligen Zerstörung von Humanität bezeichnete: „Das bloße Wort 'Menschenrechte' wurde überall und für jedermann, in totalitären und demokratischen Kändern, für Opfer, Verfolgte und Betrachter gleichermaßen, zum Inbegriff eines heuchlerischen oder schwachsinnigen Idealismus.“ Die AutorInnen des Heftes entlarven den menschenverachtenden Zynismus der herrschenden Orwellschen Sprache: „Die Asylpolitik kann zur Bekämpfung der Fluchtursachen – durch Verminderung des Sogeffekts – beitragen“ (Interministerielle Arbeitsgruppe unter Vorsitz des ehem. Innenministers Schäuble). Nur konsequent ist dann, daß die 120 Millionen DM Unterstützung Polens vom Mai „zur Hälfte zum Kauf technischer Geräte für den polnischen Grenzschutz und die polnische Polizei bei deutschen Firmen verwendet werden“ sollen. Bis Ende 1994 waren 4,2 Millionen DM der Finanzhilfe für die Errichtung von „Abschiebeunterkünften“ bestimmt.

St. A.

Forschungsgemeinschaft Flucht und Migration (FFM e.V.): „Gegen die Festung Europa“, Heft 1: Polen. Vor den Toren der Festung Europa, Berlin/Göttingen, Verlag der Buchläden: Schwarze Risse, Rote Straße, 64 Seiten, DM 10,–

tellerwäscher

⑩ Buchclub Grün-Weiß

Der andauernde Vormarsch des Starken Staates, schon seit langem nicht mehr bloß als Einzelfälle zu verharmlosende Polizeiübergriffe und die immer reibungsloser arbeitende Abschiebemaschinerie sorgen zugleich für einen kontinuierlichen Nachschub an Druckwerken, die versuchen, sich kritisch mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Die nachfolgend vorgestellten Bücher zeigen, daß dieser Anspruch zum Teil recht unterschiedlich eingelöst wird.

Anhand bekannter Beispiele versuchen die AutorInnen des Buches ***Hilfe, Polizei***

in die Problematik rassistischen Verhaltens bei PolizistInnen einzuführen. Polizeieinsätze bzw. Polizeiübergriffe in Rostock, Bernau, Berlin und Magdeburg dienen als Bezugspunkte, um die Frage zu beantworten „Wie ausländerfeindlich sind Deutschlands Ordnungshüter?“ Der Versuch, Lösungsansätze gegen diese Tendenzen aufzuspüren, changiert dabei um die Konzepte „AusländerInnen im Polizeidienst“ und „Polizeiliche Ausländerbeauftragte“ (in diesen Fällen wird leider die pauschale Kategorisierung „Ausländer“ übernommen, mit der es m.E. gerade zu brechen gelte) und einer dritten Variante, dem „Polizeibeauftragten“. Die diskutierten Ansätze sind als politisch-pragmatisch anzusehen, was offensichtlich aber auch beabsichtigt war (Bürgerrechte & Polizei/CILIP/Otto Diederichs 1995: 104). Die in diesem Buch gleichfalls anzutreffende Aussage: „Eine wirkliche Veränderung in der Polizei setzt zunächst voraus, daß Politiker wie Bürger nicht mehr die Augen vor der Tatsache verschließen, daß der Zustrom von ImmigrantInnen nach Westeuropa eine Tatsache ist“ (dies.: 99), wirkt jedoch mindestens irritierend. Sie genügt allemal, um den Einwand geltend zu machen, daß dieses Buch stellenweise jenen Bildern erlegen ist, welche gerade die Verhältnisse hervorbringen, die es eigentlich zu kritisieren versucht. In ***Grenzenlose Polizei?*** widmet sich Heiner Busch dem Versuch, die Verflechtungen und Entwicklungstendenzen der polizeilichen Sicherheitsapparate in der EU offenzulegen. Untersucht werden internationale Kooperation und nationale Polizeientwicklung im Rahmen eines Ländervergleichs (BRD, Niederlande, Großbritannien und Spanien). Vor diesem Hintergrund und auf der Basis umfangreichen Materials gelingt es Busch, nachzuweisen, daß alle Strategien vor allem der Abschottung gegen bzw. Verhinderung von Migration, d.h. der Kriminalisierung von MigrantInnen dienen. Ein profundes Handbuch, das Aufklärung über Tendenzen der zusammenwuchernden Repressionapparate im sogenannten vereinten Europa liefert. Über die Gegenstrategie, dem „unermüdlichen Pochen auf Menschen- und Bürgerrechte“ (Busch 1995: 356), läßt sich freilich streiten, zumal man sich die Frage zu stellen hat, ab wann „Bürgerrechtspolitik“, die „im grundsätzlichen wie im praktischen Alternativen aufzeigen [muß]“ (ebd.), zu einer Politikberatung wird, die lediglich die „Ineffektiviät polizeilicher und d.h. gewaltsamer Lösungen“ (ebd.) beseitigen hilft. Als wenn es in erster Linie ein Effektivitätsproblem sei.

Mythos Sicherheit, herausgegeben von Rolf Gössner, setzt sich am explizitesten mit der Problematik 'Innere Sicherheit' auseinander. Im Vordergrund steht die Frage nach dem staatlichen Gefährdungspotential für Rechtsstaatsprinzip und Demokratie, also inwiefern „der Staat auf diese Weise selbst zur Gefahr für 'seine' Bürger zu werden [droht]“. Die über dreißig Beiträge des Bandes verteilen sich auf vier Themenkomplexe: Kriminalitätsentwicklung und Sicherheitsgefühl, die Kritik an staatlichem Handeln in Bezug auf „Neue Herausforderungen“ (hier: Organisierte Kriminalität und Rechtsradikalismus), den Strukturwandel und Grenzüberschreitungen im Rechtsstaatsgefüge, und – last but not least – Alternativen, d.h. „sozial- und verfassungsverträgliche Lösungsansätze“. Die vier Hauptteile sind in sich nochmals untergliedert. Der AutorInnenkreis ist

breit gestreut, wie auch Gössner in seiner Einleitung hervorhebt. Dennoch oder gerade deshalb liest sich die AutorInnenliste wie das 'who is who' der etablierten KritikerInnen 'Innerer Sicherheit'. Die schreibenden Kriminologen, Soziologen, Politologen, Verfassungs-, Polizeirechtler, staatliche Amtsträger aus Polizei, Justiz und Datenschutzbereich, Rechtsanwälte, Strafverteidiger, Bürgerrechtler, Gewerkschafter, Journalisten und Publizisten eint, so Gössner, vor allem: „eine (links)-liberal-kritische Einstellung und die Besorgnis über die gegenwärtige Entwicklung" (Gössner 1995: 16). Daß 'links' in Klammern steht, ist wahrscheinlich kein Zufall, ohnehin steht das 'liberal' im Vordergrund, schließlich geht es um die Entwicklung des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates (vgl. ders.: 13). Das Buch verschafft somit nicht nur durch seine Fülle einen exzellenten Überblick sowohl über den neu formierten autoritären Etatismus in der BRD als auch über den aktuellen Stand einer liberalen Kritik daran. ***T. K.***

Bürgerrechte & Polizei / CILIP / Otto Diederichs (Hg.): „Hilfe, Polizei. Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern", Elefanten Press, Berlin 1995, 160 Seiten, DM 24,90

Heiner Busch: „Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa", Westfälisches Dampfboot, Münster 1995, 435 Seiten, DM 39,80

Rolf Gössner (Hg.): „Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat", Nomos, Baden-Baden 1995, 512 S., DM 66

⓫ 100 und 15

Lieblingswort der einen: „Krise", der anderen: „Dissidenz". Lieblingsbeschäftigung der einen: „Probleme des Klassenkampfs" wälzen, der anderen: „Musik zur Zeit" hören. Während die einen 1971 als *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik* startend und zwischenzeitlich auf *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* umschwenkend, gerade ihr hundertstes Heft vorlegten, zogen es die anderen vor, im Laufe ihres 15jährigen Bestehens ihren Untertitel gänzlich abzulegen, um es einfach bei *Spex* zu belassen. Aus zwei gänzlich verschiedenen linken Paralleluniversen stammend, wagten beide Zeitschriftenprojekte nun eine Bestandsaufnahme ihres bisherigen Schaffens und siehe da: So unterschiedlich können linke Debatten, seien sie nun als alt-, post- oder irgendwie-links zu klassifizieren, gar nicht sein, als daß sich da nicht interessante Überschneidungen finden lassen.

Die *Prokla* nennt ihre hundertste Nummer „Ortsbestimmung" und versucht, sich dieser u.a. über einen „Rückblick auf 25 Jahre Prokla" zu nähern. Das Althussersche *Lire le Capital*, was Volker Lorek in seinem Beitrag recht martialisch als „Schlachtruf" bezeichnet, bringt das Hauptthema der ersten *Prokla*-Jahre auf den Punkt: Eine kritische und vor allen Dingen wissenschaftliche Neu-Lektüre von Marx vor dem Hintergrund einer angestrebten „Realanalyse" des Kapitalismus, einer den Verhältnissen angemessenen Krisentheorie und einer Staatstheorie jenseits simplifizierender Ableitungen. Dann kamen die 80er: Neue soziale Bewegungen, feministische und ökologische

Fragestellungen stürzten nicht etwa den Staat, sondern den Marxismus, wie er auch in der *Prokla* vertreten wurde, in die Krise. In der Folge begab sich die *Prokla* auf die Suche nach neuen Ansätzen (Globalisierungsdebatte, Regulationstheorie, Problematisierung der Kategorie Geschlecht, etc.), die schon noch ein bißchen marxistisch sein sollten, aber dennoch offen, was Lorek zu der Kritik veranlaßt, das Spektrum der *Prokla* sei „vielleicht schon zu offen". Eine ähnliche Entwicklung beschreibt Christoph Gurk für die *Spex*: Während Anfang bis Mitte der 80er in der Post-Punk Ära von einem gemeinsamen Verständnis von Subkultur, von „dissidentem Sprechen" in der Popkultur ausgegangen werden konnte (Independent, Negation, Verweigerung, etc.), so zeichnete sich Ende der 80er eine durchaus produktive Krise der Popkultur ab, die sich inzwischen durch das unendliche Nebeneinander der unterschiedlichsten Szenen (HipHop, House, Techno, Diskurspop und die damit verbundenen unterschiedlichen Strategien von Affirmation, Glamour bis zur angestrebten aufklärerischen (Re)Politisierung, etc.) auszeichnet. Also: Krise allenthalben, die einen nennen es „Partikularisierung der Forschungsfelder und Differenzierung der Erkenntnisinteressen", die anderen „Briefmarkensammeln", was die Sache wohl viel besser auf den Punkt bringt. Bevor hier jedoch der links-konservative Traum der Vereinheitlichung ausbricht, sei angemerkt, daß Briefmarkensammeln auch ein linksradikales Pendant haben kann: Anti-Identitätspolitik. ***G. O.***

Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 100 „Ortsbestimmung", 9/95, DM 18,– / Spex 10/95 mit Beilage: „Spex wird 15", DM 6,–

⓬ Veranstaltungen

Dienstag, den 28. November, 20.00 Uhr
Auschwitz und die Geschichtswissenschaft.
Die Kontroversen der letzten Jahre

Auschwitz ruft sehr konträre Vorstellungen, Emotionen und Reaktionen hervor: Als Ereignis wie als Symbol steht es einmal für das Wesen einer „modernen", d.h. bürokratisch-arbeitsteiligen Gesellschaft, ein andermal für die Wiederkehr der „Barbarei". Das Nachdenken über die Massenvernichtung folgt oft mehr oder weniger unbewußt derartigen Deutungsmustern, in der Wissenschaft nicht anders als in Kunst und Literatur. Von Auschwitz zu sprechen, das bedeutet für den Historiker nicht selten, auf Widerspruchsfreiheit oder innere Stimmigkeit wie selbstverständlich zu verzichten. Zugleich offenbart sich am Thema der Massenvernichtung die allgemeine Problematik der Geschichtswissenschaft so eklatant wie nirgends sonst. Es spricht Nicolaus Berg (Freiburg).

Dienstag, den 12. Dezember, 20.00 Uhr
Per Rundfunk nach Stalingrad.
Zur Verflechtung von Kommunikationstechnik und Kriegsführung

Postmoderne Kulturtheorien, die von der „Implosion des Sozialen", dem „Verschwinden des Politischen" oder dem „Ende des Subjekts" reden, beziehen ihre argumentative Stärke nicht zuletzt aus der genuinen Verflechtung von Kommunikation und Krieg. Zivil wie militärisch gerät ihnen Mediales zum destruktiven Agens; die Gesellschaft löst sich in mediales Prozedieren, der Krieg in medientechnischen Kampf auf. Bezüglich der Kriegsführung läßt sich in der Tat aufzeigen, inwiefern Kommunikationstechnik das Apriori bestimmter Strategien und Taktiken ist. Der Rundfunk korreliert strukturell mit dem totalen Krieg, der UKW-Sprechfunk mit dem Blitzkrieg, Computer und Radar mit dem logistischen Krieg. Zugleich bildet die mediatisierte Kommandostruktur, die Führerbunker und Front verbindet, die Voraussetzung einer Kriegsführung auf der Basis ideologischer Fiktion. Stalingrad ist der Ort, der die Verflechtung von mediatisierter und ideologisierter Welt offenbart. Von hier läßt sich die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort der Medientechnik aufnehmen, die die Medientheorie ausblendet. Es spricht Stefan Kaufmann (Freiburg).

Die Veranstaltungen werden organisiert von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg und finden im Jos Fritz-Cafe, Wilhelmstr. 15, Freiburg statt.

THOMAS HÖHNE

Kulturalismus

Neue Hermeneutik oder ideologischer Diskurs?

Es vergeht kaum eine Nachricht in Fernsehen, Zeitung oder Rundfunk, ohne daß in ihr nicht auch von Kultur die Rede wäre. Gleichgültig, ob es sich um Stadtteilkultur, um multikulturelle Feste, um interkulturelles Miteinander oder um die Streitkultur handelt, ob vom „Verfall von Werten und Kultur" durch den Einfluß der Medien die Rede ist, ob die „schwarze", die „weiße" oder die „gelbe" Kultur thematisiert wird. Es ist darüber hinausgehend auffällig, in welchem Außmaß zur Vokabel Kultur gegriffen wird, wenn es darum geht, für politische Ereignisse, gerade wenn sie sich als Konflikte darstellen, Erklärungen zu finden.

Davon abgesehen ist Kultur und deren Thematisierung zumeist positiv konnotiert. Wird von ihrer „Abwesenheit" bzw. von ihrem Verfall gesprochen, so bleibt sie als Forderung dennoch positiv. Aber es gibt auch, wie es 1993 der Amerikaner Samuel Huntington formuliert hat, das Phänomen des „clash of civilisations" – den „Kampf der Kulturen", so wurde es von der ZEIT übersetzt. Hierbei wird Kultur/Kulturen eine Objektivität und Abgrenzbarkeit zugeschreiben, die sie an kollektive und feste Merkmale für einen jeweiligen „Kulturenkreis" binden: Die französische Kultur, die europäisch-abendländische Kultur, die islamische Kultur usw. Wird Kultur auf dieser Ebene als feste und in sich stimmige Einheit gedacht, dann kann es, dieser Logik folgend, bei Störungen dieser Einheit zu Konflikten kommen.

Im Zusammenhang mit dem Kruzifixurteil des BVG fiel verschiedentlich die Vokabel vom „Kulturkampf", der eine Neuauflage der so benannten Auseinandersetzung Bismarcks mit der katholischen Kirche sein sollte. Jüngst hat ein Bezirksverband der Jungen Union den Versuch unternommen, seine Forderung nach einer „geistig-politischen Eingreiftruppe" (FR, 12.10.95) mit einem „tiefgreifenden Kulturkampf" gegen die Linke/68er und die „journalistischen Kommissare der 'Political Correctness'" zu begründen. Letztendlich ginge es, so die mittelfränkischen Kulturkämpfer, um „das christlich-abendländische Erbe und die politische Kultur in Deutschland". Die multikulturelle Gesellschaft solle als „Buße für den nationalsozialistischen Rassismus" installiert werden. Kultur wird, abgesehen davon, daß sie zum Kampfbegriff wird, auch hier als nach innen harmonisch und nach außen deutlich abgrenzbar verstanden, worauf das „christlich-abendländische Erbe" und in Bezug auf die Linke/68er und Multikultur der „tiefgreifende Kulturkampf" begrifflich hinweisen: die Linken/68er gefährden demnach diese mit sich selbst identische (deutsche) Kultur. Es drängt sich nun der Verdacht auf, daß mit Hilfe des Kulturbegriffs soziale oder politische Konflikte kulturell reformuliert werden, denn beim BVG-Urteil ging es im Grunde um die politische Frage nach der Trennung von Staat und Kirche wie es der oberbayrisch-jungunionistischen Eingreiftruppe primär darum geht, eine ideologische Front zu eröffnen und gegen links zu mobilisieren. Diese Reformulierung in den Begriffen von Kultur ist eine Art Übersetzung, und eine der bekanntesten und expliziten Übersetzungsversuche war das „Heidelberger Manifest", auf das später einzugehen sein wird.

Im folgenden soll der Blick auf dieses „Übersetzen in Kultur" gelenkt werden und auf welche Art es sich in Diskursen artikuliert. Es geht dabei nicht primär um den Begriff von Kultur an sich, ob dieser nun falsch oder richtig ist. Vielmehr soll der Frage nachgegangen werden, wie der Begriff der Kultur verwendet wird und welche Funktion er innerhalb eines Diskurs erfüllt. Für eine begrifflich-diskursive Analyse möchte ich drei Ebenen der Unterscheidung vorschlagen. Es handelt sich dabei um

- den analytischen Wert des Begriffs Kultur, wie er etwa in journalistischen Texten Verwendung findet, um politisch-soziale Verhältnisse und Konflikte zu beschreiben. Hier wäre also, mit Marx gesprochen, nach der „reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen" (Marx, 1969: 21) zu forschen, und wie Begriff und Gegenstandsbereich zueinander stehen.
- die diskursiv-symbolische Qualität des Kulturbegriffs. So erfreut sich Kultur zur Erklärung kriegerischer Auseinandersetzungen großer Beliebheit, was auf eine hohe diskursive Qualität schließen läßt: Sein populärwissenschaftlicher Tauschwert ist, so wäre zu vermuten, dahingehend außerordentlich hoch, als mit dem Erkärungsmuster Kultur permanent in den Medien ein Modell geliefert zu werden scheint, daß sich breitester Zustimmung erfreut. Mit Gramsci könnte man formulieren, daß ein bestimmter Begriff von Kultur zum wesentlichen Element des Alltagsverstandes geworden ist, der ein Höchstmaß an Akzeptanz und Konsensus produziert. Von daher leitete sich auch seine Funktion ab, die in der Bestätigung des eigenen Systems (Wertvorstellungen, Selbstbilder kollektiver wie individueller Art) liegt. Dies ist mit diskursiver Qualität gemeint, was in bezug auf Kultur kein Werturteil beinhaltet, sondern sich vielmehr nach quantitativen Erhebungen bemißt, d.h., wie oft und wann zur Beschreibung von politisch-sozialen und ökonomischen Konstellationen (Konflikte/Kriege oder normale politische Beziehungen) zur Vokabel Kultur gegriffen wird.
- den Kulturbegriff an sich samt seiner Implikationen. Es ist davon auszugehen, daß ein derart konsensusstiftender Begriff seinen Wert nicht alleine aus seiner Funktion (wie die hohe Akzeptanz etwa) zieht, sondern daß bei der Rede über Kultur auch ein „Begriff von Kultur" mitvermittelt wird, der zunächst einmal unterscheiden werden muß von der diskursiven Qualität, wie sie oben definiert wurde.

Ein Beispiel: Wenn in einem Auslandsbericht die Entstehung eines Bürgerkrieges mit dem Modell der kulturellen Unterschiede erklärt wird, dann wird die Zustimmung und somit die Akzeptanz dieses „Modells" nicht nur in Form des Wiedererkennungseffektes erreicht ("Ob Tutsi und Hutu in Ruanda, ob Moslems und Sikhs in Indien, ob Schwarze und Weiße in Los Angeles – immer dasselbe!"), sondern er wird auch erzielt über einen implizit propagierten Kulturbegriff, der Kulturen zu statisch-monolitischen Gebilden macht, die nur nebeneinander, aber nicht miteinander existieren können. Darüber hinaus wird die Kulturalisierung sozial-politischer und ökonomischer Verhältnisse als ideologisches Element erst greifbar, wenn man den analytischen Wert, der ihm beigemessen wird, und die Implikationen des Begriffs herausfiltert. Von diesem begrifflichen Fundament aus werden die Anschlüsse an andere Diskurse vollzogen, in denen Kultur ähnliches impliziert. Diese doppelte Ebene ist für eine Kritik des Kulturalismus, von entscheidender Bedeutung, weil erst

diese doppelte Analyse die vollständige Verknüpfungen mit anderen Diskursen zeigt wie z.B. die von Kultur und Identität. Davon ausgehend kann man nun festhalten, daß die pluralisierte Form dieses (monolithischen) Kulturbegriffs eine Vorstellung von Kulturen als monolithisch-abgeschlossenen Gebilden evoziert, wodurch der Partikularismus und Differentialismus als das „Wesen von Kultur" eo ipso vermittelt werden. Erst das eindeutig Bedeutende und mithin das Trennende kennzeichnet Kultur und fordert zur Unterscheidbarkeit geradezu auf. Nach innen gilt es, „Ambivalenz zu vernichten" (Z. Baumann), während Differenz nach außen hin aufgerichtet wird. Dem Staat kommt dabei eine wesentliche Rolle als „Definitionsmacht" (ders.) zu – im Kontext deutscher Geschichte etwa nimmt „das deutsche Volk" in der Präambel des Grundgesetzes einen zentralen Stellenwert ein. Ist nun die Unterscheidbarkeit bedroht (Grenzüberschreitung/„Vermischung"), so kann es zum „kulturellen Genozid" (Taguieff), zum Bild der „bedrohten Gefahrengemeinschaft" (FAZ) kommen, mindestens aber zum Konflikt. Daher wäre nun folgende These zu formulieren: Mit dem Kulturbegriff wird ein „Konfliktmodell" implizit vermittelt, das sich logisch aus einem Zuviel an „Vermischung" ergibt – die Grenzwerte legt der Staat fest. Mithin wird ein Begriff von „Normalität von Kultur" suggeriert, der gestützt wird durch die diskursive Koppelung von Kultur mit Identität. Dadurch wird es nun möglich, die „identische Gemeinschaft aus Raum und Zeit" (national/europäisch) zu konstruieren.

Bereits 1955 notierte Adorno in „Schuld und Abwehr": Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den totalen Herrschaftsanspruch.

Der Diskurs der Rasse konnte nach der Erfahrung des Faschismus in Deutschland keine Kontinuität mehr haben. Dabei geht es zunächst nur um die Zeichenebene, auf der ein Austausch stattgefunden hat. Die Kontinuität der Machtverhältnisse blieben jedoch unberührt. Die begriffliche Tabuisierung von Rasse nach '45 ließ jedoch den Bereich der alltäglichen Erfahrung und Praxisformen außer acht, in welchen die jeweiligen Diskurse stets eingelassen sind. Die Alltagspraxen blieben von dem historischen Bruch 1945 unangetastet, so daß die Vorstellungen von Rasse, wenn auch nicht offiziell, so doch im Alltagsverstand lebendig blieben. Es begann sich ein neuer Diskurs abzuzeichnen, in dem von Kultur die Rede war, der aber zum Teil eine Fortsetzung des bereits seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Rassediskurses unter kulturellen Vorzeichen darstellte.

Rasse- und Kulturdiskurs waren, auch historisch, nie so „rein" getrennt, wie es hier erscheinen mag, sondern standen in einem „Mischungsverhältnis" zueinander. Die Neue Rechte entwickelte in den 60er Jahren aus dem Kulturalismus ein politsches Konzept. Dabei handelt es sich um einen Diskurs über Kultur(en), dessen Hauptmerkmal, wie schon deutlich geworden, die Unaufhebbarkeit kultureller Grenzen ist, die sich aus der eindeutigen Festlegung des Individuums/Kollektivs durch die jeweilige Kultur herleitet. Dieser kulturelle Determinismus hebt gleichzeitig die Differenzen der Kulturen hervor und damit auch deren Unüberschreitbarkeit. „Wahre" Identität ist nach diesem Verständnis nur innerhalb der Grenzen möglich, daher führen Grenzverletzungen zu Konflikten. Balibar, Taguieff u.a. sprechen daher von einem „differentialistischen Rassismus" als neorassistische Strategie, der sich in der Phase der Dekolonialisierung in den 60er Jahren durchgesetzt hat. Es ist ein Rassismus,

dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist .:. der – jedenfalls auf den ersten Blick – nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf „beschränkt", die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten (Balibar/Wallerstein, 1992: 28)

Es handelt sich um einen „Rassismus ohne Rassen" (ebd.), der den Spieß argumentativ umdreht, indem er das „Recht zur Identität" der Völker der „III.Welt" nun zu einer „Pflicht zur Identität" für alle Völker werden läßt. Bei Alain de Benoist, dem Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich hört sich das in einem Interview für die „Junge Freiheit" folgendermaßen an:

Die Anerkennung der Differenz sowohl bei einem Einzelnen wie bei einem Volk ist die Anerkennung dessen, was seine Persönlichkeit, seine Identität ausmacht ... Die Differenz leugnen heißt, die Menschen für beliebig auswechselbar zu halten. Der Rassismus ist nichts anderes als die Verweigerung der Differenz ... Ein konsequenter Antirassismus setzt deshalb die Anerkennung der Differenz voraus.

Es ist klar ersichtlich, worin die „Retorsion" (Taguieff), d.h. die begriffliche Umkehrung besteht. Derjenige, der sich bisher für die universalen Bürger- und Menschenrechte eingesetzt hat, wird nach diesem Verständnis aufgrund seines Universalismus zum „Rassisten". Diese Punkte des neurechten Diskurses mögen genügen, um das Konzept in seinen grundlegenden „Neuerungen" aufzuzeigen.

In welcher Weise sich der Kulturalismus niederschlägt, läßt sich am Beispiel des „Heidelberger Manifests" von 1981 veranschaulichen, einem Text, in dem sich größtenteils Hochschulprofessoren zur „Erhaltung unseres Volkes" äußern. Als paradigmatisch kann bis heute die Übersetzung des Rassediskurses in den kulturellen angesehen werden, die in der Gegenüberstellung von offizieller und inoffizieller Fassung deutlich wird. So heißt es in der ersten Version:

Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums (...) Erhaltung des deutschen Volkes und seiner geistigen Identität auf den Grundlagen unseres christlich-abendländischen Erbes (...) Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden (...) Europa verstehen wir als einen Organismus erhaltenswerter Völker (...) Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ... führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften

Mittelfränkische Kulturkämpfer

(...) Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen ... zur Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet (...) Die Rückkehr der Ausländer wird ... auch ökologische Entlastung bringen.

Die „bereinigten" Stellen der offiziellen Version lauten:

Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der ... dazu führte, daß inzwischen 5 Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten (...) Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche ... fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung (...) Die Integration großer Massen nicht-deutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinen Wohngebieten (...) Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden (...) Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat ... wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten ... (In: Staeck/Karst, 1982/55)

Die Autoren erinnern auch in der zweiten Fassung an den verpflichtenden Charakter des Begriffs „deutsches Volk" in der Präambel des Grundgesetz, der, dies wäre zu entschlüsseln, nun den symbolischen Kern einer „Gemeinschaft des Volkes" ausmacht, die in letzter Instanz genetisch determiniert ist. Auch Begriffe wie „Identität und Eigenart" weisen auf der diskursiven Ebene die Ausschließlichkeit, die Exklusivität dieser Gemeinschaft aus und erfüllen so die Funktion eines Rassebegriffs, der die „Gewalt des Ausschlusses" impliziert. Dies ist der Bedeutungskern, der vielmals in den verscheidenen Diskursen (Identität/Nationalismus/Kulturalismus) reproduziert wird. Und schließlich wird auch klar und explizit in der inoffiziellen Fassung benannt, was gemeint ist: Die „multikulturelle Gesellschaft" ist für die Autoren die „multirassische Gesellschaft" und die „Gefährdung des eigenen Volkes" ist eigentlich die „ethnische Katastrophe" oder, wie Stoiber sagen würde, die „durchmischte und durchrasste Gesellschaft". An dieser „direkten Übersetzung" wird ersichtlich, daß der Volksbegriff im Kontext der deutschen Geschichte, durch die die Idee der „Volksgemeinschaft" sozusagen legitimerweise und symbolisch stets neu rekonstruiert werden kann (Grundgesetzpäambel), politisch handlungsanweisend bleibt, da in ihm die Mechanismen für staatliches Handeln, nämlich die Exklusion/Inklusion des Eigenen/Fremden, verbindlich vorgegeben sind, zumal in Deutschland das ius sanguinis die „Genealogie des Volkes" seit 1913 verfassungsrechtlich festlegt. Der symbolische shift zur Kultur/Identität/Eigenart/Sprache verlängert die Bedeutung der „naturrechtlichen Einschluß-/Ausschlußgemeinschaft"[1] nur dann, wenn in Kultur genauso wenig von außen eingegriffen werden kann wie bei der genetischen Festlegung. Dabei geht es um eine Art luftdichtes Versiegeln von Kultur gegen historische Einflüsse und Veränderungen, die erreicht wird durch eine Koppelung von Kultur mit Identität. Dadurch werden Individuen zu Trägern von Kultur gemacht, die als ein bestimmtes Ensemble von Eigenschaften und Merkmalen von „Generation zu Generation" weitervermittelt werden. Es ist die Familie, die die Weitergabe des „Kulturbestandes" an den „Erben" quasi genealogisch sichern soll, womit die Gleichung: „rassisch-genetischer Verfall = kultureller Verfall" hergestellt wäre. Es geht symbolisch um den „Körper des Kulturträgers", der imaginär mit dem „Volkskörper" verschmilzt, wobei das Moment des Organischen beim „kollektiven Kulturträger" als Körper durch die Koppelung von Kultur-Identität-Familie erreicht wird. Nicht umsonst ist im Manifest auch die Rede von Europa als einem „Organismus aus erhaltenswerten Völkern" und die „ethnische Katastrophe multikultureller Gesellschaften" ist im Kern die „Unterwanderung des deutschen Volkes" in der „multirassischen Gesellschaft".

Sechs Monate nach dem Erscheinen des Manifests betonte A. Dregger in einer Rede vor dem Bundestag, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei, da

die Türken in Kultur und Mentalität anders sind und anders bleiben wollen als die Deutschen ... und er fuhr fort: *Unser Land ist außerstande, zum Einwanderungsland für Menschen aus aller Welt zu werden. Das ist nicht nur eine Frage unserer nationalen Identität, sondern ... nicht zuletzt der Besiedlungsdichte unseres kleinen in zwei Weltkriegen verstümmelten* (sic!) *Landes.*

Diese und andere Textstellen verdeutlichen, inwiefern Begriffe wie Kultur/nationale Identität/Mentalität/Besiedlungsdichte sich gegenseitig stützen. Im Zentrum steht die Koppelung von Kultur und Identität, die mit nationalen wie auch mit europäischen Vorzeichen versehen werden kann. Ein Beleg dafür ist die Idee von der Mittellage Deutschlands in einem starken, d.h. mit sicheren Grenzen versehenen Europa, wie sie unter anderem von Möller van den Bruck seinerzeit fomuliert wurde. So schreibt der rechte Vordenker Bernard Willms 1982, daß die *„Konkretion der Nation für sich und nach innen auch immer ... die Konkretion gegen andere und nach außen"* (Willms, 1982: 52) bedeute. Und Sander spricht von der *„Wiederherstellung Deutschlands in seinen historischen Grenzen"* als die *„Wiederbegründung Europas"* unter der *„Schirmherrschaft"* Deutschlands (H.D. Sander zitiert nach Müller, 1992: 728). Dieser Gedanke hat neuerdings durch die Schäuble/Lamers-Thesen vom „Kerneuropa" (Sept. 1994) wieder an Aktualität gewonnen. Das Präludium dazu lieferte E.Balladur, als er im *Figaro* betonte, daß die *„Struktur Europas"* wesentlich aus einem *„homogenen Kern"*, gebildet durch Deutschland und Frankreich, bestehen würde (20.8.1994). Knapp zwei Wochen später wurde das neue Kerneuropa-Papier der Union präsentiert. Dies stellt ein Kompromiß zwischen einem „Europa der Regionen" (Stoiber) und Maastricht dar, und definiert die neue europäische Identität über die Achse Paris-Bonn. Dieses Europa der „konzentrischen Kreise" (Balladur) läßt genug Spielraum für eine „variable Geometrie" (Schmid, 1994: 1096) der Hegemonie Deutschlands, denn nach Kohl dürfen die Langsamsten nicht das Tempo bestimmen. Die Bemerkungen Stoibers zum Kruzifix-Urteil lassen seine „Europavision" deutlich werden. Es ist die abendländisch-christliche Gemeinschaft, für die das Kreuzsymbol steht, und die Europa definiert.

Der Kulturalismus als neorassistische Strategie kann kleinere und größere Räume, nationale wie supranationale Gemeinschaften definieren. Kultur, wie oben beschrieben, wird dabei zum ideologischen Werkzeug, das je nach Interessen Grenzen festsetzt. Damit erfüllt sie gleichermaßen die Funktion einer Definition von deutscher und europäischer Kultur. ●

1) Das „deutsche Volk" hat nach diesem Verständnis von „Natur aus" das Recht/die Pflicht, Ausschlußmechanismen politisch in Gang zu setzen, wenn es um seine Identität bzw. deren Bedrohung geht. Der Begriff „natur-rechtliche Einschluß/Ausschlußgemeinschaft" stellt eine Paraphrase zu „deutsches Volk" dar, die die Dimension von Natur und Recht in bezug zu dem Begriff des „Volkes-durch-Einschluß/Ausschluß" hervorheben soll.

Literatur:

Balibar, E. / Wallerstein, I. 1992: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Berlin.

Marx, K. (1857): Grundrisse der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 42, Berlin 1969: 21.

Müller, J. (1992): „Rassismus und Nationalismus der 'Neuen Rechten'." In: Argument 195, Berlin: 723-732.

Steack, K. u.a.(Hg.) 1982: Macht Ali deutsches Volk kaputt? Heidelberg.

HOLM-DETLEV KÖHLER

Kuba wohin?

1992, als die paternalistischen Beziehungen der Sowjetunion bzw. GUS mit Kuba endgültig zu Ende waren, lauteten typische Buch- und Kommentartitel wie Andrés Oppenheimers „Castro's final hour". Inzwischen müssen die voreiligen Totensänger ihr Urteil revidieren und der heutige Tenor lautet „Cuba sigue" (Kuba geht weiter oder Kuba hält Stand). Mit der Sowjetunion ist zwar der reale Sozialismus Kubas in Form von subventionierter Ineffizienz bei im Drittwelt-Vergleich hervorragenden staatlichen Ernährungs-, Erziehungs- und Gesundheitsleistungen verschwunden, nicht jedoch die nationale Unabhängigkeitsrevolution. Castro überlebt nicht als Lenin, aber als José Marti (im Befreiungskrieg 1895 gefallener kubanischer Unabhängigkeitskämpfer).

„Für Fidel würde ich mein Leben geben!" Dieser Satz stammt keineswegs von einem übriggebliebenen Revolutionär und auch von keinem Mitglied einer Soli-Gruppe sondern von Diego Armando Maradona, der die Karibikinsel als seinen Ruhesitz nach dem bevorstehenden Ende seiner bewegten Fußballkarriere auserkoren hat. Er macht dem Literaturnobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez den Rang des berühmtesten Fidel-Freundes seit Monaten streitig. Die jüngsten Wirtschaftsreformen tragen dazu bei, ihm und allen Dollarbesitzern das Leben auf der Insel sehr viel angenehmer zu machen.

An erster Stelle steht die Freigabe des Dollarbesitzes und der freie Zugang zu den Devisenläden, eine überfällige Maßnahme gegen den Schwarzmarkt, zur Festigung des Pesokurses und vor allem zur Rationalisierung der kubanischen Zweiklassengesellschaft. Bisher reichte es nicht, Dollars zu besitzen, um in die Dollarklasse aufzusteigen, man mußte darüber hinaus Tourist sein oder Beziehungen haben, um an Dollarprodukte heranzukommen.

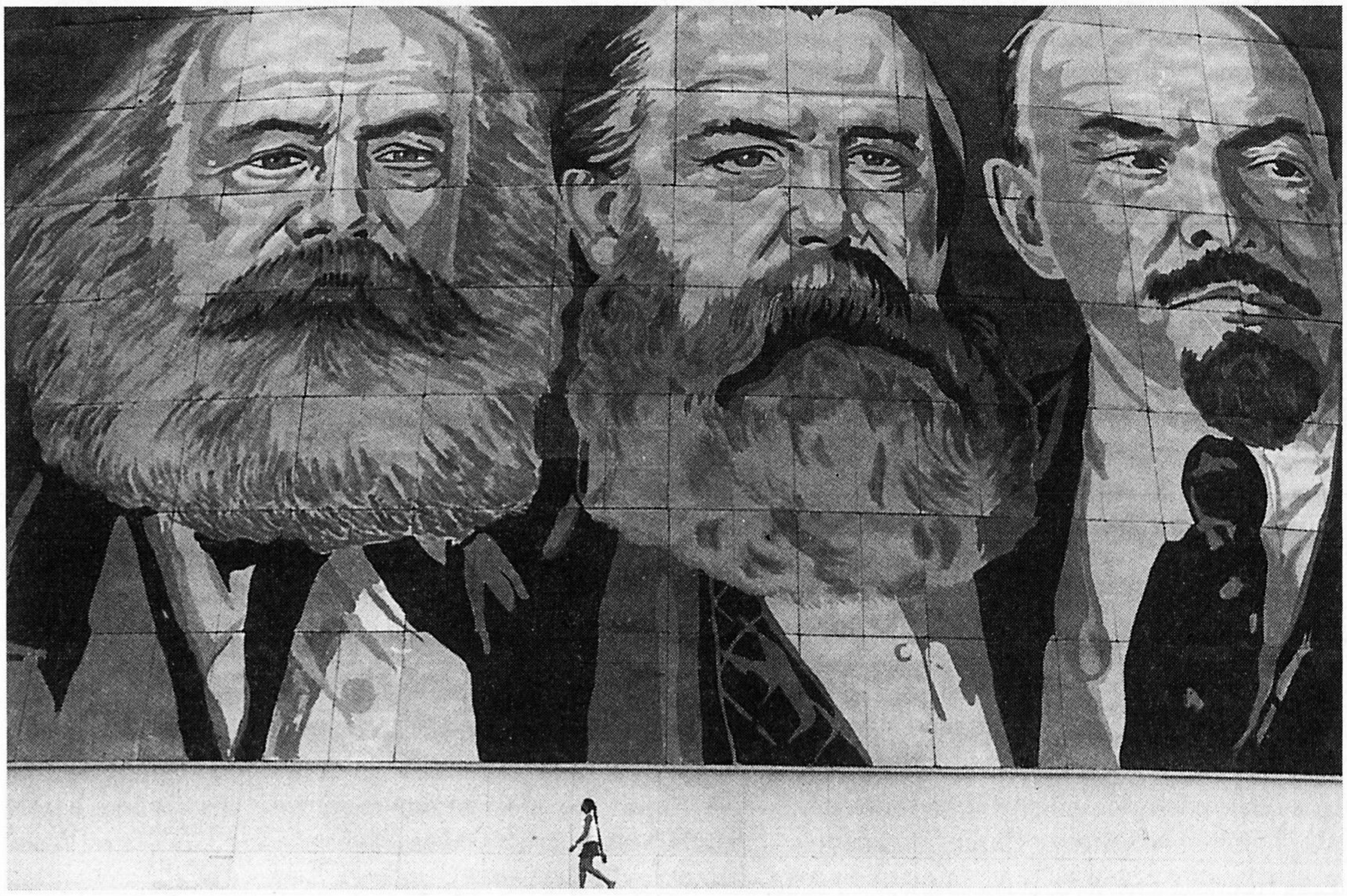
Welch empfindliche Wirkung die Freigabe hat, zeigt die Reaktion der US-Regierung die sofort den Miami-Kubanern verbot, Geld auf die Insel zu schicken. Damit leitete sie die Verwandtendevisen auf denselben Umweg über Kanada oder lateinamerikanische Länder wie die übrigen US-Waren.

Die einzige Ware, die tatsächlich von Seiten der USA von der Insel abgehalten wird, ist der Tourismus. Dies wiederum ist das paradoxeste Element der absurdesten und langlebigsten Episode des Kalten Krieges: es verhindert, daß der Sieger seine Beute abholen kann. Vieles spricht dafür, daß eine Masseninvasion amerikanischer Touristen gepaart mit dem Abzung der US-Soldaten aus Guantánamo dem Castro-Regime in Kürze den garaus machen und den ungehemmten Kapitalismus bringen würde. Doch die einflußreichen Hardliner der Miami-Kubaner sorgen noch für den antiimperialistischen Schutzwall zugunsten Fidels. Die Fortdauer dieser nicht nur unlegitimierbaren, sondern auch unsinnigen und kontraproduktiven Maßnahme belegt die längere Lebensdauer der dahinter stehenden Ideologie bei einer gut organisierten Lobby: der Antikommunismus enteigneter Nutznießer der US-gestützten Batista-Diktatur hält nicht nur länger als der real existierende Kommunismus, sondern ist auch viel stärker als menschenrechts- oder friedensstiftende Argumente.

An zweiter Stelle rangieren die Wiedereröffnung der Bauernmärkte und die Teilprivatisierungen der Landwirtschaft. Die Lebensmittelmärkte waren 1986 nach sechs Jahren wieder abgeschafft worden, um der wuchernden Korruption und Bereicherungssucht Einhalt zu gebieten. Inzwischen ist die Lebensmittelversorgung wichtiger als die Ideologie geworden und die Bevölkerung atmet nach den Hungerjahren der „Spezialperiode" 1991 (vgl. *links* 12/91 und *links* 5/93) sichtbar auf. Die Bauern und Kooperativen können ihre Überschußproduktion frei verkaufen. Auch hier werden wieder die Armen durch überhöhte Preise ausgeschlossen, aber viele Kubaner haben trotz niedriger Löhne in der langen Mangelwirtschaft Geld angespart, was jetzt zu einem kleinen Luxuseinkauf eines guten Sonntagsessens ausgegeben werden kann.

Drittens werden viele der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe in Kooperativen umgewandelt, d.h. an die Arbeiter verkauft. Gleichzeitig wurden selbständige Kleingewerbe- und Dienstleistungsunternehmen erlaubt. Die Kleingewerbetreibenden haben zusammen mit den Bauernmärkten das Straßenbild und das öffentliche Leben der Städte spürbar belebt. Die Reformierung der Landwirtschaft erweist sich allerdings als hochkompliziert, wie hier nur an einem Beispiel angedeutet werden soll. Viele Zuckerplantagen wurden den Beschäftigten übereignet, die nun alle Produktionsmittel besitzen außer dem Boden, für den sie vom Staat das Nutzungsrecht erhalten. Verkaufen dürfen sie allerdings nur an den Staat, für den Zucker nach wie vor die wichtigste Devisenquelle ist. Ihre Produktionsmittel modernisieren

Westliche Kuba-Solidarität: Antiamerikanisches Transparent (1982)



„Die einzige Ware, die tatsächlich von Seiten der USA von der Insel abgehalten wird, ist der Tourismus“: Touristin?

können sie nicht, da dazu Import von Geräten erforderlich wäre. Ohne Devisen sind diese nicht erhältlich und der Staat kann ihnen derzeit keine zuteilen, da er nicht mal genug Treibstoff für Traktoren und öffentliche Verkehrsmittel erwerben kann. Was wäre unter diesen Bedingungen das Ergebnis echter Arbeiterselbstverwaltung? Die Genossen würden die Zuckerproduktion aufgeben und lukrativere Anbauprodukte suchen oder versuchen, ihre Anteile zu verkaufen, um sich auf den „freien“ Arbeitsmarkt zu begeben. Die kubanische Wirtschaft würde kollabieren.

Der vierte Bereich wird derzeit eingeleitet: die Freigabe ausländischen Produktionsmittel- und Immobilienbesitzes, der bislang auf joint ventures mit max. 49 % der Anteile begrenzt war. Parallel dazu sollen Subventionen für Staatsbetriebe radikal gekürzt, der riesige Verwaltungsapparat verschlankt, staatliche Güter und Dienste sowie Luxusartikel (Tabak und Alkohol) verteuert und die Löhne stärker differenziert werden. Erste Pläne sprechen von 11.000 abzubauenden Beamtenstellen, sechs (von 32) zu schließenden Ministerien und 3.000 staatlichen Industriebetrieben, die aus Effizienzgründen geschlossen werden sollen. Hier entsteht ungeahntes Konfliktpotential nicht nur durch offene Massenarbeitslosigkeit sondern auch durch Sabotage des Verwaltungsapparates.

Die wirtschaftliche Entwicklung Kubas hat somit eine eindeutige Richtung angenommen: Einführung kapitalistischer Mechanismen mit dem Versuch, diese zu bremsen und zu kontrollieren, wo es möglich ist. Die kubanische Bevölkerung ist dabei äußerst innovativ im Ausnutzen marktwirtschaftlicher Spielräume und zwingt so das Regime zu einer Konzession nach der anderen. Der größte Wachstumssektor Tourismus spielt den rasanten Vorreiter in der Zielsetzung der „sozialistischen Moral“. In den Hotels gibt es alles sonst Unerschwingliche, brennt Licht trotz allgemeinen Stromausfall, Hotelbusse fahren bei gleichzeitig paralysiertem öffentlichen Verkehrssystem und zudem frißt dieser Devisenbringer den größten Teil des fremden Geldes selbst wieder auf für seine notwendigen Importe.

Doch nicht nur Kuba ist in Bewegung, auch die USA wissen nicht mehr recht weiter mit der Insel, die sie sich im Krieg gegen die Spanier 1895-98 unter den Nagel gerissen haben, dabei die kubanische Unabhängigkeitsbewegung geschickt ausnutzend und gleichzeitig marginalisierend. Fidel Castro weiß sehr wohl, daß er nicht als Sozialist sondern als Befreier vom US-Zwang immer noch viel Akzeptanz in der Bevölkerung genießt und hat inzwischen das Wort „Sozialismus“ in seinem Diskurs fast vollständig durch „Patriotismus“ ersetzt. Das US-Embargo gibt ihm Recht und Clinton Unrecht. Dies meint auch die UNO-Generalversammlung, zuletzt im Oktober 1994 mit 101 Stimmen bei 48 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen (USA, Israel) verurteilte.

Eine zunehmend mächtigere Anti-Embargo-Fraktion entsteht im US-Unternehmerlager. Diese sieht sich bei der bevorstehenden Marktaufteilung ausländischer Investoren auf Kuba in eine schmerzliche Zuschauerrolle gedrängt. So bereisten im Oktober 50 US-Unternehmerpersönlichkeiten von GM bis Harley Davidson die Insel, um mit Fidel Castro künftige Möglichkeiten auszuloten. Im Pentagon verdrängt derweil eine realistische Studie alle Interventionshoffnungen. Sie vergleicht Kuba mit Vietnam und spricht sich gegen die Fortsetzung des Embargos und für eine graduelle Liberalisierung aus. Schon 1994 hatte sich der demokratische Abgeordnete im Repräsentantenhaus Charles Rangel erdreistet, die Aufhebung des sinnlosen Embargos zu beantragen. Andere Kräfte, wie etwa die Republikaner Dan Burton und Jerie Helms bemühen sich aktuell um eine Verschärfung der Kuba-Blockade mit dem von ihnen initiierten „Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act“.

Castro hingegen übt sich in Zugeständnissen gegenüber den ehemaligen Gegnern. Im vergangenen März wurde er in Paris erstmals mit Anzug und Krawatte gesehen. Was er den vor ihm staunend versammelten französischen Unternehmern zu sagen hatte, taugte denn auch kaum für die olivgrüne Revolutionstracht. Er lud sie zum investieren auf seine Insel ein, auf der es erstens nie Streiks gäbe und zweitens niemand Angst vor einer Revolution zu haben brauche. Kuba laviert so zwischen halbherzigen wirtschaftlichen Reformversuchen und politischer Unbeweglichkeit hin und her. Zwar hat die jüngere Politikerriege auch ein offeneres Diskussionsklima bis hin in die Parteitagsöffentlichkeit gebracht – ein wesentlicher Unterschied zur Senilität der realsozialistischen Ostblockführungen der 80er Jahre – doch hapert es an institutioneller Beweglichkeit, um neue Ideen auch ausprobieren und realisieren zu können. Es herrscht Angst vor der nächsten Krise mit ungewissem Ausgang. Dabei ist das menschliche Potential

für alternative Entwicklungsversuche durchaus noch vorhanden und Fidel Castro hat wahrscheinlich Recht, wenn er sagt: kein anderes Land hätte einen solchen Einbruch der Wirtschaft ohne politische Regimekrise überstanden wie Kuba. Im August, ein Jahr nach den Unruhen des malecón, konnte er ebendort den hunderttausenden Demonstranten gegen das US-Embargo stolz wie lange nicht mehr zurufen: „Das Volk ist und bleibt auf Seiten der Revolution!“

Ein sehr viel traurigeres Bild als Kuba selbst gibt die westliche Kuba-Solidarität ab. Mit der völligen Indifferenz gegenüber der menschlichen Tragödie der „balseros“ (Bootsflüchtlinge) büßte sie jede moralische Legitimation ein. Anstatt sofortige Rettungsaktionen (Tausende ertranken beim Fluchtversuch oder wurden von den Haien gefressen) und die Aufnahme der Flüchtlinge zu fordern, ergriff so manchen klammheimliche Schadenfreude, als die einen von ihren Miami-Landsleuten abgewiesen wurden („In Miami wollen wir keine balseros mehr außer zweien: Fidel und Raúl!“, so der ehemalige Schwager der Castro-Brüder Rafael Dfaz-Balart), während die anderen unter unmenschlichen Bedingungen abgeschoben zum US-Stützpunkt Guantánamo ihrem Schicksal harrten. Einige scheuten sogar die Minenfelder nicht und entschlossen sich zur halsbrecherischen Flucht dorthin zurück, von wo sie Wochen zuvor geflüchtet waren. Während auf Kuba und in den USA (vgl. bspw. die Arbeiten von János Kornai oder Andrew Zimbalist) interessante sozialistische Reformdebatten stattfinden, ist die Kuba-Solidarität hierzulande durch die Blockade blockiert und ungefähr so interessant wie die kubanische Prawda namens „Granma“, d.h. stinklangweilig. Demnächst wird es wahrscheinlich dazu kommen, daß dieselben lauten Schreier gegen die Blockade nach deren Aufheben gegen den Imperialismus derjenigen protestieren, die dann endlich freien Zugang zur Insel haben.

Was könnte eine westliche Solidaritätsbewegung stattdessen tun? Zum Beispiel:

1. Das Ende des Kalten Krieges eher wahrnehmen als die Miami-Kubaner und nicht als Niederlage des gallischen Dorfes sondern als überfälligen Gewinn von neuen Möglichkeiten betrachten.

2. Kuba als eine der wenigen existierenden Möglichkeiten begreifen, alternative Entwicklungspfade jenseits neoliberaler Strukturanpassung zu fördern. Sozialismus auf einer Insel gehört nicht zu den möglichen Entwicklungsoptionen und gehörte es nie.

3. Wenn Sozialismus auf einer Insel unmöglich ist und der real existierende Sozialismus leider real aber kein Sozialismus war und auch keiner werden konnte, dann muß die Solidaritätsbewegung ein Reflexionsobjekt grundlegender selbstkritischer Erneuerung suchen. Dies kann Kuba einerseits nicht sein, da sich hier genau alles tummelt, was Kalten-Kriegs-Antiimperialismus-Habitus wenn nicht am Leben so doch am siechen hält. Andererseits gibt es derzeit kein geeigneteres Reflexionsobjekt als Kuba, will man sich von diesem verstaubten Antiimperialismus nicht weiterhin die Sozialismus- und Entwicklungsdiskussion kaputt machen lassen.

4. Die politische Befreiung muß schon aus Glaubwürdigkeitsgründen wieder an die oberste Stelle gerückt werden und das hieße im Fall Kuba: Forderung nach Freilassung politischer Gefangener, Aufklärung der Folter und schrittweise Demokratisierung der Gesellschaft. Spätestens der Zerfall der osteuropäischen Regime zeigte die zentrale und alles andere überragende Bedeutung der Menschenrechte und hier sind nicht nur neue Bündnispartner entstanden (die NGOs), sondern auch erhebliche unausgeschöpfte Kritikpotentiale an den führenden kapitalistischen Mächten vorhanden. Immerhin liest man in letzter Zeit auch in Soli-Zeitschriften kritische und nützliche Beiträge zu Fragen der Wirtschaftsreform, doch wird dabei die Politik konstant ausgeblendet.

5. Gezielte Forderungen einer Demokratisierung von unten an das Castro-Regime stellen. Dazu gehört die freie Betätigung von NGOs und Menschenrechtsgruppen – gerade erst wieder von Parlamentspräsident Alaracón als „Subversion“ abgelehnt – und freie Wahlen auf Betriebs- und Gemeindeebene. Damit wäre ein entgegengesetztes Demokratisierungsmodell als das anderer lateinamerikanischer Staaten eingeleitet. Dort reduzierte sich Demokratisierung auf Präsidentschaftswahlen, die meist Populisten (z.B. Menem), Diktatoren (z.B. Fujimori) oder korrupte Hofgänger des internationalen Kapitals an die Macht brachten. Ein solcher Prozeß braucht allerdings die vorübergehende Absicherung von oben durch einen bereitwilligen Castro, der mit seiner Autorität korrupte Beamte und Militärs im Zaum halten könnte, und den Dialog mit der demokratischen Opposition innerhalb und außerhalb Kubas. Damit wäre nicht nur die politische Legitimität enorm gesteigert, sondern vor allem ein entscheidender Schritt zur Ausgrenzung der Miami-Fraktion getan.

6. Nicht zuletzt geht es um eine Dynamisierung der Wirtschaftsreformdebatte weit über Kuba hinaus. Themen wie Förderung einer organischen Landwirtschaft angesichts des Mangels und der schädlichen Wirkungen importierter Chemie oder die gezielte Unterstützung zukunftsträchtiger, derzeit jedoch existenzbedrohter kubanischer Leitsektoren (Pharmazie, Biotechnologie) bei selektiver Weltmarktintegration, erfordern finanzielle wie technische Unterstützung, d.h., etwas anderes als humanitäre Hilfssendungen und Alternativtourismus. Der Adressat solcher Forderungen könnte der nächste Stadtrat oder die Landesregierung sein, nicht jedoch der Weltimperialismus.

Dies alles ist revolutionär allenfalls für die Struktur der Soli-Bewegung aber nicht für die globalisierten kapitalistischen Verhältnisse und deren verheerende Auswirkungen in den entwicklungsblockierten Teilen der Welt. Aber wie gesagt, Sozialismus auf einer Insel... ●

„Fidel Castro hat inzwischen das Wort ‘Sozialismus’ in seinem Diskurs fast vollständig durch ‘Patriotismus’ ersetzt.“

BORIS SCHARLOWSKI

Gelbe Sonderlinge

Vom fairen Handel mit Bananen

Seit der von TransFair gehandelte Kaffee (vgl. *links* 7/8 '95) den Sprung in die Regale der deutschen Supermärkte geschafft hat, wird in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit fairer Handel mit der Kolonialware Kaffee gleichgesetzt. Aber fair ist mehr: Am Beispiel der Banane sollen vor dem Hintergrund der neuen EU-Bananenmarktordnung Chancen und Grenzen eines fair gehandelten Produktes aufgezeigt werden.

Mit der Gründung TransFairs im Jahre 1991 ist in Deutschland und Europa die Auseinandersetzung um den gerechteren Handel in eine neue Phase getreten.

Gegenüber früheren Anläufen wird die aktuelle Diskussion nicht mehr in erster Linie von Akteuren der Dritte Welt-Bewegung geführt. Vielmehr sind jetzt gesellschaftliche Institutionen und Medien beteiligt, die bislang kritisch bis ablehnend der Idee des fairen Handels gegenüberstanden. Gleichzeitig fand ein Paradigmenwechsel statt. Die einst politische Zielsetzung einer handlungsgeleiteten Option ist durch das Konzept des Gütesiegels schlicht zu einer Handelsoption verkümmert. Der faire Handel in dieser neuen Variante hat scheinbar das Interesse an strukturellen Veränderungen hier und in der Dritten Welt verloren und hofft nun vermittels fairerer Preise das Elend vor Ort im Rahmen zu halten.

Am Beispiel des fairen Handels mit Bananen soll ein Projekt vorgestellt werden, das anders als Transfair – noch im klassischen Sinne – den Spagat zwischen politischer Bildungsarbeit und exemplarischem alternativen Handel versucht. Doch viel stärker als bei vergleichbaren typischen Kolonialprodukten (z.B. Kaffee) werden hier Fragen aufgeworfen, die nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Grenzen eines entwicklungsbezogenen Aktionsmodells aufzeigen.

Gehaltvolle Früchte

Die Banane ist eine typische Kolonialfrucht. Doch erst Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Frucht für den Weltmarkt entdeckt. Historisch sind drei Faktoren für die Entwicklung der Bananen zu einem Welthandelsprodukt ursächlich verantwortlich: die Herausbildung und Kontrolle des Transportwesens und der regionalen Infrastrukturen durch die multinationalen Konzerne in den Anbauländern; die Kaufkraftsteigerung und der daraus resultierende Kapitalfluß in den Konsumentenländern; und – als Folge – die Herausbildung einer großflächigen agroindustriellen Produktionsform. In der Folge der Expansion des exportorientierten Bananenanbaus haben sich im Laufe der Jahre spezifische Merkmale in den Anbauländern herausgebildet:

- Politische Strukturen, bei denen außenpolitisch fragile Regierungen das Interesse der multinationalen Produzenten autoritär nach innen durchsetzen.
- Wirtschaftliche Strukturen, die vor allem durch multinationale Produktions- und Vertriebssysteme geprägt und in besonderem Maße von internationalen Märkten, Devisenentwicklungen sowie westlich geprägten Konsummustern abhängig sind.
- Soziale Strukturen, bei denen vor allem die bewußte Zerstörung der Subsistenzwirtschaft und der kleinbäuerlichen Bananenproduktion, die Proletarisierung breiter Bevölkerungsschichten sowie die mangelnde Respektierung von ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsrechten zentral sind.
- Ökologische Merkmale, die durch den extremen Raubbau an der natürlichen Umwelt gekennzeichnet sind.

Die Gestehungskosten der Frucht gehen zum größten Teil zu Lasten der schwächeren, nationalen Produzenten, der Lohnbeschäftigen und der Umwelt. Es handelt sich hierbei um einen typischen Fall von Externalisierung. Doch auch unter dem Aspekt des Handels stellt die Banane ein Lehrstück für Ausbeutung, politische Dependenz und transnationale Wirtschaftkonzentration dar. Allein 70 % des Handels werden von den drei amerikanischen Unternehmen Chiquita Brands Company (35 %), Dole Food Company (20 %) und Del Monte (15 %) kontrolliert.

Damit erfüllt der Bananenhandel alle wichtigen Voraussetzungen für eine exemplarische entwicklungspolitische Bewußtseinsarbeit. Doch konfrontiert er die Akteure des fairen Handels mit den typischen logistischen Problemen, die der Import von leicht verderblicher Frischware bietet. Erst ein konkreter politischer Anlaß schuf die Voraussetzung dafür, daß dieses Projekt realisierbar erschien.

Nachdem das US-Handelsembargo 1985 die nicaraguanische Regierung u.a. gezwungen hatte, ihre Bananen auf dem europäischen Markt zu vermarkten, griff eine Reihe von Gruppen und engagierten Einzelpersonen eine Schweizer Aktionsidee auf: „Wenn schon Bananen, dann aus Nicaragua!". Erstmals gab es Bananen aus Zentralamerika, die nicht von einem der Bananen-Multis, sondern von agarischen Kollektiven in eigener Verantwortung produziert und vermarktet wurden. Kurz darauf wurde ein eigener Import von Früchten der nicaraguanischen Bananenproduktions- und -vertriebsfirma BANANIC nach Deutschland organisiert.

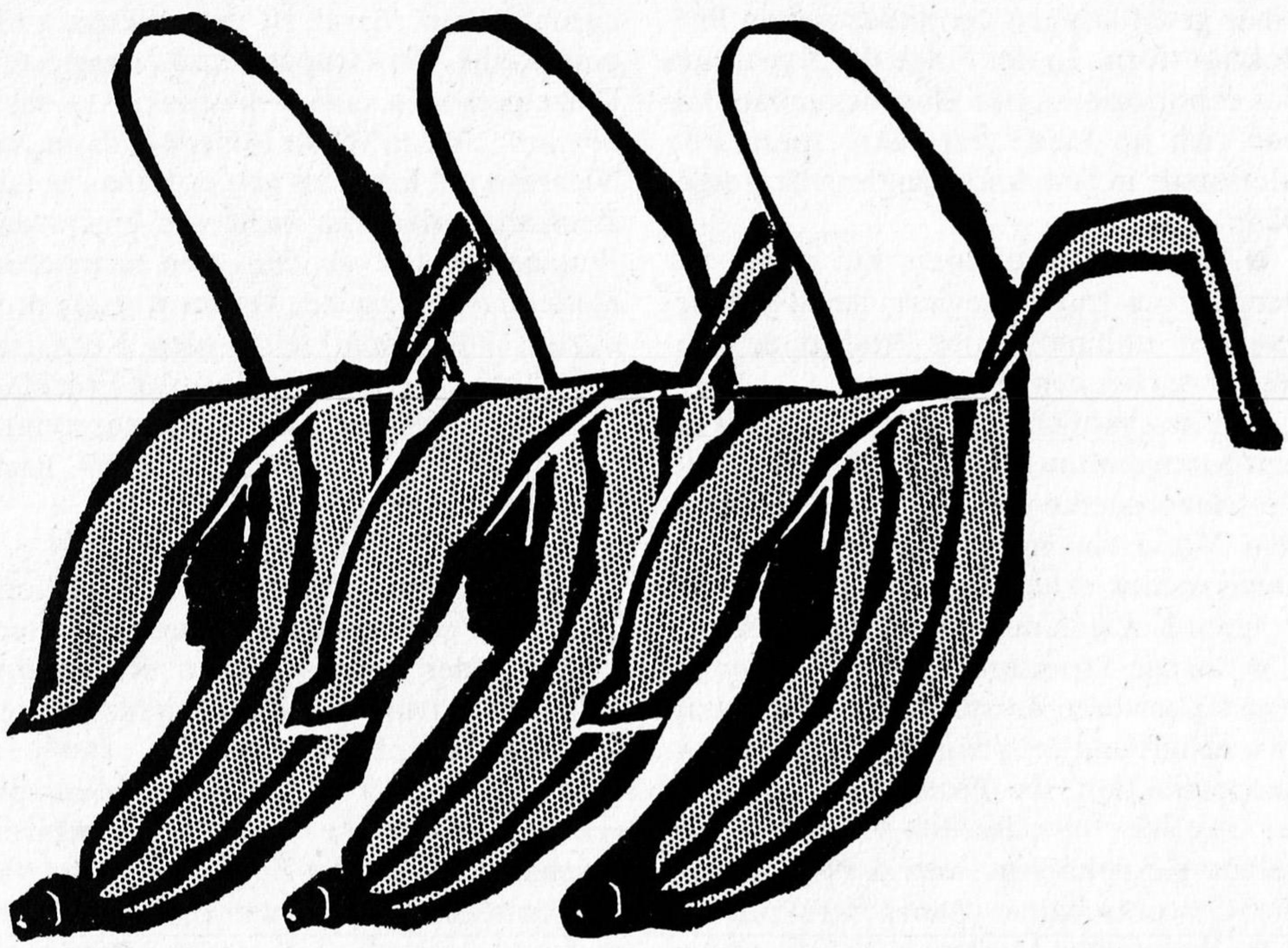
Die Gruppe wollte zum einen eine konkrete politische und materielle Unterstützung der sandinistischen Revolution leisten. Zum anderen sollte – ganz im Sinne politischer Bildungsarbeit – bei den KonsumentInnen beispielhaft das Bewußtsein für ungerechte Weltmarktstrukturen geschärft werden. Im Zuge dieser Kampagne entstand 1986 in der BRD die „Arbeitsgemeinschaft Nicaragua-Bananen" mit den zwei Regionalbüros BanaFair in Gelnhausen und Liberación in Hannover.

Angesichts infrastrukturell bedingter Lieferverzögerungen und Qualitätsmängel konnte sich BANANIC nicht fest auf dem europäischen Markt etablieren. Bereits 1993 mußte Nicaragua aus wirtschaftlichen Gründen seinen eigenständigen Verkauf nach Europa aufgeben. Unter anderem sanken im Zuge der Privatisierung der Bananenplantagen sowohl die Qualität wie auch die produzierten Mengen. Ein eigener Schiffstransport nach Europa war nicht mehr rentabel. BANANIC mußte angesichts hoher Verschuldung ein Vermarktungsangebot des Bananenmultis Dole annehmen. Der Import alternativ gehandelter nicaraguanischer Bananen wurde ausgesetzt.

Im selben Jahr wurde die AG Nica-Bananen in „Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel" (gebana) umbenannt. Drei Kriterien werden jetzt für die fair gehandelten Bananen genannt: Sie müssen unabhängig produziert, ohne Konzerne vermarktet und mit einem Solidaritätsbeitrag für die Menschen auf den Plantagen

versehen sein. Ziel ist die Förderung langfristig tragfähiger Veränderungen zugunsten der Menschen, die von der Bananenproduktion leben müssen. Sie kann nach Ansicht BanaFairs nur über zwei Wege erreicht werden: die Unterstützung kleinerer, nationaler Produzenten, die sich von den Multis lösen wollen und die Stärkung der Organisationen der ArbeiterInnen, der Gewerkschaften.

Seit Herbst 1993 werden die Früchte von kleineren und mittleren nationalen Produzenten aus Costa Rica importiert. Davon werden in Deutschland derzeit pro Woche rund 1000 Kisten à 18 kg, in der Schweiz rund 2000 Kisten vermarktet. Die Bananen werden in Deutschland bisher nahezu ausschließlich in Dritte-Welt-Läden und ähnlichen alternativen Projekten vertrieben. Ein Solidaritätsaufschlag garantiert die Unterstützung von sozialen Projekten zugunsten der ArbeiterInnen und deren Organisationen. Insgesamt konnten vom deutsch-Schweizer Solifonds bisher rund 600.000 US$ für Projekte überwiesen werden.



„Doch auch wenn die gehandelten Bananen nicht aus kleinbäuerlicher Produktion stammen, so sind sie doch ein Gegenmodell zu den herrschenden Strukturen und stellen einen neuen Versuch dar, dem Vermarktungsmonopol der multinationalen Konzerne etwas entgegenzustellen."

Der faire Handel mit Bananen kann in der Bundesrepublik mittlerweile auf eine nahezu zehnjährige Existenz zurückblicken. Wie aber sind die bisherigen Erfahrungen zu werten?

Der zu Beginn geäußerte Anspruch, die sandinistische Regierung auch materiell nachhaltig zu unterstützen, konnte nicht realisiert werden. Angesichts der verhältnismäßig geringen Menge muß die ökonomische Bedeutung des alternativen Handels in dieser Zeit als zu vernachlässigende Größe beurteilt werden. Dessen eigentlicher Nutzen ist daher vielmehr in der politischen Unterstützung der Sandinisten durch eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik zu sehen.

Die Praxis des fairen Handels kann nicht von makropolitischen und -ökonomischen Bedingungen abstrahieren. Immer wieder werden soziale oder politische Konfliktlösungsmuster vom europäischen Kontext auf die Verhältnisse vor Ort übertragen. Der Wunsch nach einer kontrolliert 'guten Banane' enspricht deshalb häufig mehr dem hiesigen Wuschdenken nach klaren Verhältnissen als den Bedingungen vor Ort.

Aber selbst die analoge Übertragung von Errungenschaften aus dem Bereich des fair gehandelten Kaffees schützt nicht vor Fehleinschätzungen. Während es dort relativ unproblematisch ist, Ernten aus der Produktion von Kleinbauerngenossenschaften zu erhalten, stößt der faire Bananenhandel hier bereits an seine Grenzen. Im Vergleich zum Kaffee sind Bananen ein schnell verderbliches Produkt. Infolgedessen muß der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher in möglichst kurzer Zeit überwunden werden. Eine gut funktionierende Infrastruktur (Lieferung in die Häfen der Erzeugerländer, Schiffstransport, Transport in die Reifereien in der BRD, bis hin zum Vertrieb im Einzelhandel) ist die wichtigste Grundvoraussetzung dafür. Kleine Produzenten können – auch angesichts der Konzentration nationaler Infrastrukturen in der Hand der multinationalen Konzerne – eine derart reibungslos funktionierende Logistik nicht garantieren. Ihre Unterstützung ließe sich nur mit einem Kapitalaufwand bewerkstelligen, der den derzeitigen Handelsorganisationen nicht zur Verfügung steht.

Der direkte Handel mit Kleinproduzenten ist für kapitalschwache Händler (z.B. BanaFair) unter diesen Umständen nicht durchführbar. Zudem sind sie – soweit sie bereits für den Export produzieren – über langjährige Lieferkontrakte an die Konzerne gebunden und verfügen daher nur über geringen Spielraum in ihren Lieferkapazitäten. Eine endgültige Abkehr von den multinationalen Konzernen ist für die meisten nationalen Erzeuger allerdings somit nicht möglich. Gerade sie werden von den Unternehmen als strategische Reserve zur Preis- und Mengenregulierung mißbraucht. Trotz großer Anstrengungen nehmen auch die alternativ gehandelten Bananen bisher einen prozentual zu vernachlässigenden Marktanteil ein und können daher noch keine ökonomische Alternative insgesamt darstellen. Erst eine verstärkte Nachfrage in Europa könnte hier Abhilfe schaffen.

Doch auch wenn die gehandelten Bananen nicht aus kleinbäuerlicher Produktion stammen, so sind sie doch ein Gegenmodell zu den herrschenden Strukturen und stellen einen neuen Versuch dar, dem Vermarktungsmonopol der multinationalen Konzerne etwas entgegenzustellen. Dabei ist diese Arbeit natürlich nicht frei von Widersprüchen. So ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, daß nationale Bananenproduzenten mit der Politik der jeweiligen Gewerkschaften konform gehen. Interessengegensätze spielen dort wie hier eine entscheidende Rolle. Aber welche Möglichkeiten bleiben angesichts der oligopolen Dominanz der multinationalen Konzerne?

Die Erfahrungen mit dem fairen Handel von Bananen zeigen, daß es sich hier nur bedingt um ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung der hegemonialen Strukturen in der exportorientierten Bananenwirtschaft handelt. Diese Begrenztheit erstaunt allerdings kaum, da von einer Aktionsform mit eindeutig exemplarischem Charakter kaum mehr zu erwarten ist. Als Mittel entwicklungspolitischer Bewußtseinsbildung weist sie allerdings weit über diesen limitierten Rahmen hinaus. Wiederum exemplarisch können hier typische Mechanismen virulenter Ausbeutungsstrukturen und internationaler Handelsbeziehungen vorgestellt werden.

Gerade im Falle des gerechten Bananenhandels werden die Akteure mit konkreten makroökonomischen Regelungsinstrumentarien konfrontiert, die substantiellen Einfluß auf die konkreten Produktionsbedingungen vor Ort zeitigen. Zudem sind hier ansässige Fair-Trade-Organisationen in direkter Weise von der neuerdings in der

EU gültigen Bananenmarktordnung betroffen. Alleine im Jahr 1994 mußten die beiden deutschen Vertriebsorganisationen rund 135.000 $ an Lizenzgebühren abführen. Die Akteure des fairen Handels sind daher – nicht zuletzt von den Kooperationspartnern in Übersee – gefragt, den Vorteil der geographischen Nähe und der politischen Reichweite zu nutzen. Gedrängt wird auf eine Modifikation der Marktordnung zugunsten der Betroffenen.

Bananen in der EU

Am 1. Juli 1993 trat die Gemeinsame Marktorganisation für Bananen der EU (GMO) in Kraft. Angesichts acht unterschiedlicher nationaler Regelungen beschloß der Rat der EG im Februar 1993 die Vereinheitlichung des europäischen Marktgefüges. Mit der Verordnung EWG 404/93 sollte der schwierige Spagat zwischen unterschiedlichsten Interessenlagen gelingen. Vor allem aber mußten geltende Verträge wie die Lomé IV- sowie die Gatt-Verträge berücksichtigt werden. Zu diesem Zwecke wurde ein komplexes Instrumentarium entwickelt. Während Gemeinschafts- und AKP-Bananen zwar kontingentiert aber zollfrei und ohne Lizenzen eingeführt werden dürfen, schreibt die GMO eine quotierte Einfuhr von sog. Drittlandbananen aus den zentralamerikanischen Produktionsländern vor.

In Europa hat die Marktordnung eine massive Deregulierung des traditionellen Marktgefüges im Bananensektor bewirkt. Dabei geht diese Entwicklung vor allem zu Lasten deutscher Handelsunternehmen. Deshalb hat sich in Deutschland unterdessen eine breite Allianz gegen die GMO zu formieren begonnen. Seitens des Fruchthandels werden Preiserhöhungen und „dramatische Umsatzverluste“ moniert. Die Bundesregierung wertet die GMO als Ausdruck des Protektionismus und setzt sich für die Rückkehr zu einem liberalen Marktgefüge ein. Doch wie sind die Folgen in den Produzentenländern einzuschätzen? Die GMO ist mit dem Ziel angetreten, neben der EU-eigenen Produktion die Erträge der AKP-Länder vor der Konkurrenz der Dollarbananen zu schützen. Diese Regelung ist zunächst durchaus sinnvoll. Denn aufgrund besonderer historischer, politischer und geographischer Bedingungen werden z.B. in der Karibik Bananen weitgehend von Kleinproduzenten erzeugt. Auf dem zentralamerikanischen Festland hingegen liegen Produktion, Verschiffung, Reifung und Vertrieb in den Händen der multinationalen Konzerne. Durch die Überausbeutung der Arbeiter und der Umwelt können diese Bananen weitaus billiger produziert werden.

Den Schutz der AKP-Bananen konnte die GMO bisher allerdings nicht gewährleisten. Vielmehr wurde eine gegenteilige Entwicklung ausgelöst. So haben z.B. die karibischen Kleinbauern ihren gesicherten Absatzmarkt in Großbritannien verloren. Mittlerweile müssen viele Kleinproduzenten ihre Bananen unter den eigenen Produktionskosten verkaufen. Doch stellt die zugesicherte Absatzquote gegenüber einem liberalisierten Marktgefüge immerhin einen gewissen Schutz dar. Trotz der Bevorzugung der Bananenproduktion der EU und der AKP-Länder verzeichnen bestimmte lateinamerikanische Produzentenländer (z.B. Ecuador) seit Inkrafttreten der GMO Exportrekorde. Offensichtlich hat die GMO deren Bananenproduktion genutzt. Ein Grund dafür: Durch deutlich niedrigere Produzentenpreise können sich diese Länder gegenüber anderen – lateinamerikanischen aber auch AKP – Ländern,

„Die Erfahrungen mit dem fairen Handel von Bananen zeigen, daß es sich hier nur bedingt um ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung der hegemonialen Strukturen in der exportorientierten Bananenwirtschaft handelt.“

die teuerer produzieren, am Markt durchsetzen. Da die europäischen Importeure durch die Lizenzen frei unter den Lieferländern wählen können, erhalten Bananen dieser Provenienz den Zuschlag. Doch geht diese Entwicklung zu Lasten der kleineren nationalen Produzenten und der ArbeiterInnen.

Diese aus entwicklungspolitischer Sicht fehlgeleitete Entwicklung nimmt die Bananen-Kampagne, die von der AG3WL, BanaFair, der BUKO Agrar Koordination, FIAN, gebana, Germanwatch, KED-Bayern, Liberación, Pro Regenwald und Südwind getragen wird, zum Anlaß eine Modifikation zu fordern. Unterstützt wird sie darin von dem europäischen NRO-Netzwerk EUROBAN. Dabei soll die Marktordnung in erster Linie um unabhängig überprüfbare soziale und ökologische Mindeststandards ergänzt werden. Da die Marktordnung aber auch gerade die Einfuhr fair gehandelter Bananen deutlich erschwert, setzt die Kampagne weiterhin auf die Einführung eines kontrollierten Warenzeichens für Bananen, die nicht nur umweltverträglicher, sondern auch unter humanen Arbeitsbedingungen produziert wurden. Diesen soll ein präferentieller Marktzugang gestattet werden.

Fair Trade, verstanden als ein Modell exemplarischen alternativen Handels, kann unter den gegebenen weltpolitischen Bedingungen nur punktuelle Antworten auf die drängende Problematik des Bananenanbaus und -handels geben. Anders als bei weiteren Kolonialprodukten können die Opfer dieses Wirtschaftszweiges zwar klar benannt, doch nur mittelbar (z.B. über Gewerkschaften) unterstützt werden. Nicht umsonst geht die aktuelle Diskussion nicht um die „gerechte Banane“ an sich, sondern um deren fairen Handel.

Eine Polarisierung, aus der sich eindeutig klare Handlungsoptionen ergeben könnten, greift beim Thema der Bananen zu kurz. Die Hoffnung, man könne mit jeder verspeisten Banane eine direkte, individuell wirksame Hilfe leisten (so wie dies Transfair im Falle des Kaffees vorgibt), muß enttäuscht werden. Das gern bemühte Raster ‘hier weiß, dort schwarz’ greift dabei eindeutig zu kurz. Umso schwieriger ist es, die KonsumentInnen von der viel akuteren Notwendigkeit des strukturellen Eingreifens zu überzeugen. ●

Boris Scharlowski ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei BanaFair.

Neu bei ISP

Catherine Samary
Die Zerstörung Jugoslawiens
Ein europäischer Krieg
176 Seiten, DM 25,00

Berrin Özlem Otyakmaz
Auf allen Stühlen
Das Selbstverständnis junger türkischer Migrantinnen in Deutschland
Wissenschaft & Forschung 8
143 Seiten, DM 28,00

Manfred Behrend
Franz Josef Strauß
Eine politische Biographie
368 Seiten, DM 48,00
gebunden

Neuer ISP Verlag

Marienstr. 15
D-76137 Karlsruhe
Telefon (0721) 31183, Fax 31250
Mitglied in aLiVe (assoziation Linker Verlage)

Neues Gesamtverzeichnis anfordern!

MASCHA DRAHT

Rädelsführer und andere

Im Herbst 1994 wurde von einem Initiativkreis zu einer Demonstration am Abschiebeknast Worms aufgerufen, in deren Verlauf versucht werden sollte, den um die Anstalt gezogenen Zaun durchzuschneiden – als symbolische und selbstverständlich gewaltfreie Aktion, die Protest und Widerstand gegen die herrschende Asylgesetzgebung und -praxis deutlich machen sollte. Etwa 850 Personen hatten den Aufruf unterschrieben. Am 10.12. fand das Ereignis statt. Den Zaun hat niemand erreicht, weil ihn ein immenses Polizeiaufgebot abriegelte (vgl. *links* 298/299). Er blieb mithin intakt, aber das öffentliche Interesse war groß und das Medienecho zufriedenstellend.

Im Frühjahr dieses Jahres kam dann Post vom Staatsanwalt. Gegen alle UnterzeichnerInnen des Aufrufs wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber alsbald wieder eingestellt. Die Initiatoren sowie diejenigen UnterzeichnerInnen, die schon einschlägig vorbestraft waren, insgesamt 16 Personen, erhielten dagegen Strafbefehle mit relativ happigen Geldstrafen. Der Vorwurf: Landfriedensbruch und „gemeinschädliche Sachbeschädigung". Dagegen haben sie Widerspruch eingelegt und seither kommt es der Reihe nach zu Prozessen vor dem Bonner Amtsgericht, die alle mit Verurteilungen enden. Die nächste Runde werden die Berufungsverhandlungen vor dem Bonner Landgericht sein.

Interessant ist sowohl *daß* als auch *wie* das Verfahren betrieben wird. Daß die Staatsanwaltschaft bei einer im Vergleich zur „Bundestagsblockade" von 1993 eher harmlosen Aktion derart zuschlägt, läßt eine gewisse Nervosität erkennen. Und daß die Verfahren zentral von Bonn aus geführt werden zeigt, daß die Entscheidung zur Strafverfolgung auf höherer Ebene gefallen ist. Andererseits hat man sich offensichtlich gescheut, das Risiko eines Massenverfahrens mit der damit verbundenen öffentlichen Aufmerksamkeit einzugehen. Daher die bekannte Methode, eine Handvoll „RädelsführerInnen" auszudeuten und sie zwecks allgemeiner Abschreckung exemplarisch zu verknacken. Daß damit das Legalitätsprinzip zugunsten politischer Opportunität mißachtet wird, schert offensichtlich niemand. Deutlich wird aber, wie unangenehm die fortdauernde öffentliche Diskussion und Kritik an der Asylpraxis den Bonner Hardlinern inzwischen ist.

Im ersten Prozeß gegen den Pfarrer Hubertus Janssen hat der Richter Hertz-Eichenrode ein Urteil gefällt, dessen offen deutschnationaler Begründungstenor die ideologische Leitlinie der herrschenden Politik schön auf den Begriff gebracht hat. Unverblümt ist von der Bedrohung der „nationalen Identität" durch ungehindert einströmende Massen von „Wirtschaftsflüchtlingen" die Rede, werden GegnerInnen des Asylrechts wahlweise als „im versponnen Abseits" stehende Spinner oder „Extremisten" bezeichnet und von der Notwendigkeit eines „Schutzes der Mehrheit" – die „Volksgemeinschaft" läßt grüßen – schwadroniert. Das Urteil hat in seiner unbedarften Offenheit erhebliche Aufregung verursacht und selbst konservative Blätter zu einigem Stirnrunzeln veranlaßt. Zu sagen, was man wirklich meint, bleibt vorerst eben einem etwas beschränkten Amtsrichter überlassen. Rasch wurde auch versucht, den Ausrutscher wieder auszubügeln. Schon die schriftliche Urteilsbegründung ist entschärft und in den Folgeverfahren ließen sich die Richter und Richterinnen auf inhaltliche Argumentationen überhaupt nicht mehr ein. Es wird jetzt in ganz formalen Schnellverfahren abgeurteilt, politische Begründungen überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen. Damit tritt der Vorwurf der Sachbeschädigung immer stärker in den Vordergrund. Mit dem Schutz des Privateigentums, und sei es nur eines lumpigen Maschendrahtzauns als oberstem Prinzip, findet die bürgerliche Rechtsprechung wieder einmal zu sich selbst. Daß es bei all dem schließlich um Menschenleben geht, ist den Beschützern der Mehrheit nicht einmal der Rede wert.

Als interessante Einzelheit verdient noch festgehalten zu werden, daß ein Staatsanwalt die Tatsache als strafverschärfend gewertet hat, daß die Aktion öffentlich begründet und angekündigt wurde, wie es ja nun bei Manifestationen des „zivilen Ungehorsams" üblich ist. „Spontane Blitzaktionen" – so wortwörtlich – wären dahingegen nicht so schlimm. Man sollte sich das wohl merken.

Die Verfahren werden sich hinziehen. In der Berufungsverhandlung, am 20.10. vor dem Bonner Landgericht, wurde das Urteil bereits bestätigt – der Verlauf des Revisionsverfahrens bleibt abzuwarten. Es ist zu hoffen, daß sie weiterhin eine breitere Öffentlichkeit beschäftigen werden. Wer sich genauer informieren will, kann sich an einen der „Rädelsführer" wenden, nämlich Martin Singe, Lennéstraße 45, 53113 Bonn. ●

„... in utopische Ideen von einem ... unbeschränkten Bleiberecht ... versponnen ... aus Realitätsverlust ... bei der Tat beeinträchtigt ... realisiert nicht, daß ... übergroße Mehrzahl der Asylbewerber nicht Verfolgte ... sondern aus Gründen der ... wirtschaftlichen Wohlfahrt ... einwandern ... abertausendfachen Mißbrauchs des Asylrechts ... finanziell begrenzten Aufnahmefähigkeiten eines zwar ... aber ... doch auch eigenen Traditionen verpflichteten Gemeinwesens ... gute Gründe für ... geltende Asylrechtsordnung ..." (Hertz-Eichenrode, Strafrichter)

Im Anschluß an die vom internationalen Bildungswerk „TIE“ und der Zeitung *express* veranstalteten Tagung „Schlanke Produktion und neoliberaler Staat – zur Spaltung der Gesellschaft und Formen des politischen Widerstands“ fanden sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, aus deren Diskussion heraus schließlich der folgende Beitrag entstand. Das Papier soll ein Anstoß zu einer in Gewerkschaftskreisen längst überfälligen öffentlichen Diskussion über das Verständnis der derzeitigen Umbrüche und über die (Neu-)Bestimmung der politischen Intentionen gewerkschaftlicher Arbeit sein. Es ist mit der Hoffnung verbunden, Argumenten gegen die Konkurrenz- und Standortlogik eine andere Öffentlichkeit zu verschaffen.
Der Beitrag bleibt notwendigerweise hinsichtlich mancher Aspekte der Analyse und möglicher Strategien gewerkschaftlicher Arbeit offen. Dies soll eine breite Teilnahme von GewerkschafterInnen mit sehr unterschiedlichen und kontroversen Standpunkten an der Debatte erleichtern. So zeigten sich sehr schnell sehr unterschiedliche Einschätzungen darüber, wie sich eine Opposition jenseits eines gewerkschaftlichen Co-Managements begründen und praktizieren läßt.
Bewußt als Diskussionspapier unter Verzicht auf schnelle Lösungsangebote angelegt, hat es den Zweck eines Diskussionanstoßes bereits erfüllt. Es fand in sehr kurzer Zeit eine breite Zustimmung (über 150 ErstunterstützerInnen aus unterschiedlichen Branchen und Betrieben), führte zu einer Vielzahl von Diskussionen in Betrieben der verschiedensten Branchen und regte zu weiteren schriftlichen Beiträgen an, die sich teils als Kritik, teils als Konkretionen der strategischen Implikationen, die über das Thesenpapier hinausweisen, begreifen lassen.
Diese Beiträge werden regelmäßig in der Zeitung *express* veröffentlicht und können über den Verlag 2000 separat bezogen werden.

Konkurrrenz- und Standortlogik

Diskussionspapier kritischer GewerkschafterInnen

Derzeit werden in den Betrieben neue Managementstrategien durchgesetzt. Sie beinhalten Gruppenarbeit, kontinuierliche Verbesserungsprozesse (KVP), neue Entlohnungssysteme, ein neues Vorschlagswesen, die sogenannte Selbstprüfung und Eigenverantwortlichkeit usw. und werden häufig unter dem Schlagwort „Schlanke Produktion“ oder „Lean production“ zusammengefaßt. Mit ihrer Realisierung werden die Beschäftigungsverhältnisse aufgesplittert: Die Ausgliederung von Betriebsteilen, Verselbständigung von Abteilungen, Fremdvergabe über Werkverträge und Beschäftigung unter Leih- und Zeitarbeitsbedingungen werden zur Regel. Durch diese Rationalisierung und Intensivierung steigt der Streß am Arbeitsplatz. Die Grenzen zwischen gesicherten und prekären Arbeitsverhältnissen verschwimmen. Die Zugehörigkeit zu den bislang relativ gesicherten Stammbelegschaften wird dadurch ständig in Frage gestellt. Schließlich werden diejenigen, die bereits erwerbslos wurden, als Druckpotential auf Noch-Beschäftigte mißbraucht. Auch wenn die meisten von ihnen nur schwer wieder Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit finden.

Diese Veränderungen haben massive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, auf die Tätigkeit der betrieblichen Interessenvertretung und auf die Rolle der Gewerkschaften. Wir wollen mit unserem Diskussionsbeitrag auf Konsequenzen dieser Entwicklung hinweisen und wir wollen die unseres Erachtens falsche Politik der Gewerkschaften kritisieren. Wir verstehen unsere Stellungnahme als Anstoß und Beitrag für die notwendige Auseinandersetzung um die zukünftige Orientierung der gewerkschaftlichen Politik.

Innerbetrieblicher Kern der Modernisierungsstrategien ist die Ausdehnung der Konkurrenz- und der Marktbeziehungen in den betrieblichen Alltag. Jede Abteilung muß Gewinne erwirtschaften, und die neuen „Teams“ werden über Kunden-Lieferanten Beziehungen zu innerbetrieblichen Subunternehmen. Jede(r) einzelne Beschäftigte wird „Scheinselbständige(r)“, der/die seine Arbeit nach den gleichen Kriterien wie der Unternehmer ausführen und bewerten soll. Der Arbeitsprozeß soll so von noch vorhandenen Freiräumen an individuellen, nicht an der Produktivität ausgerichteten Bedürfnissen des Einzelnen und von ebenfalls noch vorhandenen solidarischen Beziehungen zwischen den Beschäftigten „entschlackt“ werden. An ihre Stelle tritt allgegenwärtige Konkurrenz.

Auf überbetrieblicher Ebene entspricht dieser Konkurrenz die Logik der „Standortsicherung“. Der Kern der „Standortlogik“ besteht in der tendenziellen Auflösung der bisher noch weitgehend abgesicherten Stammbelegschaften . Mit der dauernden Drohung von Fremdvergabe, Abteilungs- und Betriebsschließungen werden die jeweiligen Belegschaften und ihre Interessenvertretungen in Konkurrenz gegeneinander getrieben. Die Arbeitsprozesse werden so zersplittert, daß sich die unterschiedlichsten Beschäftigungsverhältnisse bilden und innerhalb von und zwischen den Betrieben Stammbelegschaften gegen Werkvertrags- und Leiharbeitnehmer, Noch-Beschäftigte gegen prekär Beschäftigte und sie alle gegen Erwerbslose ausgespielt werden. Für die Betriebsräte entsteht so ein allgegenwärtiger Druck, sozialen, finanziellen und anderen Verschlechterungen zuzustimmen, um Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Betrieben und auf deren Kosten zu erlangen.

Schließlich wird auf nationaler Ebene der „Standort Deutschland“ propagiert, während die Grenzen fallen: Mit der relativen Öffnung bisher staatlich abgeschotteter Arbeitsmärkte entsteht eine neue Stufe länderübergreifender Konkurrenz. Staatli-

cherseits wird versucht, neben dem Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen, Kapital im Land zu halten, indem man seine Verwertungsbedingungen verbessert: Soziale Sicherungen sollen als lästige „Lohnnebenkosten" abgebaut werden, gesetzliche Schutzregelungen für das „Normalarbeitsverhältnis" und die „Normalarbeitszeit" allmählich verschwinden, gesetzliche Regelungen für den Umweltschutz so locker wie irgend möglich gehalten werden. Die Unternehmen nutzen die national und ethnisch begründeten Unterschiede auf den Arbeitsmärkten. Sie betreiben die Auslagerung von Produktionsstätten und die Vergabe von Komponenten an weltweite Zulieferer. Sie nutzen die Beschäftigung zu Zweit-Register- und Kontingentvertragsbedingungen und die ungesicherte Lage von Flüchtlingen und Einwanderern durch Beschäftigung zu Billig-Löhnen. Gleichzeitig bieten die bestehenden nationalen Unterschiede die Möglichkeit, die Beschäftigten verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen und die sozialen Standards weltweit zu senken.

Quer durch Betriebe, Branchen und Länder droht allen die Ausgrenzung, die nicht vollständig mithalten können oder die nicht der jeweils „privilegierten" Gruppe angehören. So erhält die Verdrängung von Frauen (besonders in Ost-Deutschland), von Ausländern, von behinderten und älteren Menschen einen neuen Schub. An die Stelle des „öffentlichen Bedauerns" über die Situation der Benachteiligten treten bisweilen bewußt erzeugte und politisch funktionalisierte Ideologien (Deutschland den Deutschen, Frauen zurück an den Herd, unwertes Leben etc.), die die Ausgrenzung als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft ist darüber hinaus von einer verstärkten allgemeinen Feindseligkeit und Rücksichtslosigkeit begleitet, von der insbesondere ausländische Menschen betroffen sind und Anschläge wie in Mölln, Solingen oder Lübeck nur die Spitze eines Eisberges darstellen.

Viele Aspekte dieser hier beschriebenen Entwicklung sind schon länger vorhanden. Sie bekommen aber vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Konkurrenz und der weltweit uneingeschränkten Realität des Kapitalismus qualitativ neue Züge. Sie bilden ein komplexes Geflecht scheinbar alternativloser gesellschaftlicher Zustände und entsprechender individuell verinnerlichter Werte.

Um so bedeutender wird die zukünftige Ausrichtung der gewerkschaftlichen Politik.

In den Gewerkschaften hat eine fatale Anpassung an die beschriebene Entwicklung stattgefunden. Wir erleben die weitgehende Verbetrieblichung gewerkschaftlicher Politik. Die Einführung von „Härteklauseln" und die Öffnung von Tarifverträgen, die bisher – zumindest von ihrer Zielsetzung her – die Standardisierung von Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen angestrebt hatten, haben gravierende Folgen für die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen. Gleiches gilt für die gewerkschaftliche Unterstützung bei der Einführung von „Schlanker Produktion" und „Flexibilisierung" der Arbeitsbedingungen. Statt Solidarität und gesellschaftliche Alternativen zu organisieren, orientieren sich die Gewerkschaften auf die Verteidigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, unterstützen diese Modernisierungskonzepte und streben nach Akzeptanz als betriebswirtschaftlich kompetenter „Co-Manager". Damit sind sie bereit, die Konkurrenzfähigkeit jedes einzelnen Betriebes gegen den anderen Betrieb mitzugestalten.

Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, die Politik der Gewerkschaften kritisch zu diskutieren. Für ihre Position sehen wir hauptsächlich zwei Ursachen.

Viele der neuen Managementstrategien (Gruppenarbeit, neue Entlohnungsgrundsätze etc.) enthalten Elemente gewerkschaftlicher Forderungen z.B. nach Humanisierung der Arbeit, Abbau von Hierarchien und Verringerung der Arbeitsteilung. Zusätzlich werden diese Maßnahmen von den Unternehmern häufig mit dem Angebot einer neuen Partnerschaft zwischen Belegschaften und Geschäftsleitung zur Sicherung der Arbeitsplätze verbunden. Faktisch aber geht es um die Ausdehnung der Macht der Unternehmer zur effizienteren Ausbeutung der Arbeitskraft und der Steigerung der Rentabilität. Durch diese Maßnahmen werden die Spielräume für die Kooperation zwischen Kapital und Arbeit immer enger, denn jede Einigung kommt – direkt und offensichtlich – nur auf Kosten anderer Beschäftigter und anderer Betriebe zustande. Die Übernahme der Konkurrenzlogik führt zwangsläufig zur Einbindung der Interessenvertretungen in Unternehmerstrategien und nicht zur Durchsetzung eigener Interessen. Die Gewerkschaften werden also mit einer schon immer vorhandenen Grundproblematik ihrer Mitbestimmungskonzeption konfrontiert. Das Konzept der Mitbestimmung muß deshalb überprüft und neu bewertet werden.

Noch weitreichender ist die Tatsache, daß die Gewerkschaften grundsätzlich die kapitalistische Wirtschaftsordnung als alternativlos bejahen und die „innovative und dynamische Funktion des Marktes" (Klaus Zwickel) anerkennen. Auch diese Position ist nicht neu, wird aber heute – im Rahmen der Modernisierung der Gewerkschaften – offensiv interpretiert und umgesetzt. Diese Haltung verschärft den Widerspruch, einerseits für die Lösung grundsätzlicher gesellschaftlicher Probleme wie etwa Arbeitslosigkeit, soziale Verelendung und ökologische Zerstörung zu kämpfen, andererseits aber eine der wesentlichen Ursachen dieser Probleme zu bejahen. Sie fördern die fatale Entwicklung zu einer alternativlos scheinenden kapitalistischen Gesellschaft, „die bislang jeden Beleg dafür schuldig geblieben ist, die Klassen – und Gattungsfragen wirklich lösen zu können" (Lang/Kuhlmann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/94).

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich für uns folgende Anforderungen: Die Existenzberechtigung der Gewerkschaften ergibt sich aus ihrer Funktion, die Konkurrenz der Beschäftigten durch ihre gemeinsame Organisation und Interessenvertretung und die Entwicklung von Solidarität ein Stück weit aufzuheben. Je stärker dies gelingt, um so größer ist die gewerkschaftliche Gegenmacht und um so mehr können sich Freiräume für menschlich/solidarisch geprägte Entwicklungen eröffnen. Die Orientierung an Wettbewerbsvorteilen „beläßt uns Beschäftigte in einer Tretmühle, in einem Rennen, das wir nicht gewinnen können. (...) es bedeutet Konzessionen heute und noch mehr Konzessionen morgen." (Canadian Auto Workers (CAW), Statement on the Reorganization of Work, 1990, S. 5) Sie führt uns in eine Abwärts-

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung schwarz-braune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 20,- DM bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden: Postfach 1324, 30013 Hannover

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER RECHTE RAND

spirale, in der immer mehr Standards, die durch eine gemeinsame Interessenvertretung erreicht wurden, abgebaut werden.

● Wir wollen, daß Gewerkschaften die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit nicht als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und Aktivitäten akzeptieren.

Beschäftigten in immer unterschiedlichere Beschäftigungsverhältnisse. Wir erleben den rasanten Anstieg prekärer Beschäftigung bei Subunternehmen und alltägliche legale und illegale Leiharbeit auf dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Wir erleben die Zersetzung sozialer Zusammenhänge und Lebensbedingungen. Das führt zu gnadenloser Konkurrenz unter allen nur erdenklichen Beschäftigtengruppen, deren Grenzen sich dabei ständig verschieben.

● Wir wollen, daß Gewerkschaften sich als Interessenvertretung aller Menschen begreifen, die auf abhängige Arbeit zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes angewiesen sind.

Die zunehmende Internationalisierung der Arbeitsmärkte hat unterschiedliche Formen. Wir erleben die Standortkonkurrenz innerhalb multinationaler Konzerne und die länderübergreifende Aufgliederung der Zuliefererstrukturen. Wir erleben die Aushebelung nationaler Standards durch den EG-Binnenmarkt, durch die Beschäftigung unter Kontingentvertragsbedingungen, Zweit-Registern und durch die prekäre Beschäftigung von Flüchtlingen.

Das alles erhöht die Gefahr einer nationalistisch und rassistisch geprägten Konkurrenz unter den Beschäftigten. Die Gewerkschaften müssen sich dieser Tendenz entgegenstellen. Dabei wäre ein Zurück zu nationalstaatlicher Regulierung, die sich nur an der deutschen Bevölkerung auf Kosten anderer Regionen der Welt orientiert, die völlig falsche Lösung.

● Wir wollen, daß Gewerkschaften sich nicht in nationale Standort- und Wettbewerbsstrategien einbinden lassen.

Die Gewerkschaften stehen vor dem praktischen Dilemma, daß sie einerseits tarifliche und innerbetriebliche Regelungen vereinbaren müssen, es aber andererseits keine systemimmanenten Lösungen gibt. Das bedeutet, daß diese zu treffenden Regelungen auch daran zu bewerten sind, inwieweit sie offen für grundlegende Alternativen sind. Und das bedeutet, daß sich die Gewerkschaften nicht mit dem Status quo gesellschaftlicher Strukturen zufriedengeben dürfen. „Gerade weil damit (mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) kein geschichtlicher Endzustand gekennzeichnet ist, bleibt gewerkschaftliches Handeln für die Veränderung dieser Gesellschaftsformation nicht nur offen, sondern ist geradezu auf ihre Entwicklung und Gestaltung ausgerichtet." (Lang/Kuhlmann, GMH 5/94)

● Wir wollen also Gewerkschaften, die ihrer Schutzfunktion innerhalb der bestehenden Strukturen gerecht werden, gewerkschaftliche Errungenschaften verteidigen und sich gleichzeitig an der Organisation von gesellschaftlichen Alternativen zur scheinbaren Alternativlosigkeit der gegenwärtigen Gesellschaft aktiv beteiligen.

Daß dies alles nicht einfach, sondern nur über einen langwierigen und in sich widersprüchlichen Prozeß zu erreichen ist, ist uns bewußt. ●

Im Sinne der im Vorspann genannten Intentionen unterstützen diesen Diskussionsprozeß die folgenden ErstunterzeichnerInnen sowie bislang ca. 120 weitere Personen aus Betrieben verschiedener Branchen:

Tom Adler (BR, Mercedes Untertürkheim), Hasan Arslan (BR, Mercedes Sindelfingen), Klaus Berger (BR, Mercedes Kassel), Raimund Bieker (BR, ITT Automotive), Achim Bigus (VK, Karman), Norbert Bömer (BR, Hoesch), Judith Dellheim, Wilfried Dressler (VK, VW Salzgitter), H.G. Erdmann (BR, VDO), Klaus Ehlos (BR, Mercedes Kassel), Yunus Ergül (BR, Ford Köln), Hermine Fischer (BR, Mercedes Bremen), Magda Foster (BR, Telekom), Selik Haydar (VK, Mercedes Sindelfingen), Winfried Heinz (BR, VDO), Werner Hellwig (BR, Mercedes Kassel), Günter Hübner (BR, VDO), Herbert Kasper (BR, VDO), Frank Kühnel (BR, VDO), Karin Kaufmann (BR, VDO), Almut Kerßenboom (VKL, Thyssen), Hans Köbrich (BR, BMW-Spandau), Hans-Werner Krauss (Hoechst AG), Joachim Kuhnke (BR, Mercedes Düsseldorf), Werner Langbein (VK, Mercedes Mannheim), Reiner Liebl (BR, VDO), Jürgen Ludwig (BR, ITT Automotive), Gertrud Moll (BR Bosch Feuerbach), B. Müller (BR, VDO), Hans-Günter Müller (BR, Mercedes Kassel), Roland Müller (BR, Opel Bochum), Musa Pehlivan (BR, Mercedes Kassel), Murat Polat (VK, Mercedes Sindelfingen), Bertram Rühl (BR, VDO), Beatrix Sassermann (VK, Belegschaftsliste Bayer Wuppertal), Wolfgang Schaumberg (BR, Opel Bochum), Uli Schmors (BR, Blohm & Voß), Frank Schuleneger (BR, VDO), Udo Seidel (BR, TSK), Manfred Stöter (BR, VW Hannover), Jürgen Schwartz (BR, Opel Bochum), Fritz Stahl (VK, Mercedes Mannheim), Rolf Tobisch (BR, VDO), Annegret Viere (VK, Karman), Jan Wellekens (Blohm & Voss), Günter Wieczorek (BR, Opel Bochum), Karl Worel (BR, Hoechst AG)

Ich abonniere...

die junge Welt
für mindestens ein halbes Jahr

Ich zahle den

☐ **Solidaritätspreis:** monatlich 59 Mark

☐ **Normalpreis:** monatlich 45 Mark

☐ **Sozialpreis:** monatlich 30 Mark

.....
Name/Vorname

.....
Straße/Nr.

.....
PLZ/Ort

.....
Telefon/Fax für Rückfragen

Die Abo-Gebühr zahle ich

☐ **monatlich**
(nur mit Einzugsermächtigung!)
☐ **vierteljährlich** ☐ **halbjährlich**
☐ **jährlich**

☐ **Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:**

.....
Konto-InhaberIn

.....
Konto-Nummer

.....
Geldinstitut

.....
Bankleitzahl

X.....
Datum/Unterschrift

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei Ihnen widerrufen. Mein Abo verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei Ihnen kündige (Poststempel).

X.....
Datum/2.Unterschrift

Coupon bitte einsenden an:
Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30
12435 Berlin oder per Fax an
030/68834343

Die Arbeiten des marxistischen Philosophen Louis Althusser gelten insbesondere wegen seiner Ideologietheorie als wichtiges Bindeglied zwischen der Theoriebildung einer sich marxistisch verstehenden Linken und einem sich gerade in Abgrenzung zur Marxschen Theorie formierenden Poststrukturalismus. Diese in der bundesdeutschen Debatte mit erheblicher Verzögerung vor allem in der feministischen Theorie, Rassismustheorie und in der Regulationstheorie aufgenommene Diskussion bewegt sich zwischen den Polen „Ideologiekritik", d.h. der Unterscheidung zwischen „Basis" und „Überbau" als „Wesen" und „Erscheinung" und ihrer kausalen Bedingtheit und „Ideologietheorie", der Behauptung einer weitgehenden Autonomie der ideologischen Sphäre und der Wirkungsmächtigkeit diskursiver Konstruktionen. Mit dem folgenden Beitrag von Peter Nowak möchten wir in der *links* die Debatte über angesprochene Aspekte in ihren theoretischen und praktischen Implikationen eröffnen. **Die Red.**

PETER NOWAK

„He, Sie da!"

Die Anrufungen Althussers in der Postmoderne

Seit dem Erscheinen seiner autobiographischen Fragmente (frz. Orig. 1992, dt. 1993) ist Louis Althusser wieder in vieler Munde. Von *Neue Züricher Zeitung* und *Zeit* über *FR* bis zu *taz* und *konkret* erschienen Artikel über den marxistischen Philosophen. Soweit dabei mehr als der „Mörder Althusser" (Althusser erdrosselte seine Frau 1980 im Zustand geistiger Umnachtung) oder der „Stalinist Althusser" (er war langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs) interessieren, wird dieser vor allem im Kontext von Postmoderne und Foucaultscher Diskurstheorie wahrgenommen. Das soll hier interessieren. Ausgespart bleiben sowohl die Ansätze der Regulationstheorie, die sich gerade u.a. in bezug auf die Althussersche Staatstheorie formierte und der radikalen Demokratie, wie sie etwa von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau in kritischer Auseinandersetzung mit Althusser vertreten wird. Für diesen Beitrag beschränke ich mich sowohl auf Diskussionen der weniger bekannten Berliner „Broschürengruppe" und ihres Konzeptes einer „linksleninistischen Postmoderne" als auch auf die Debatte über poststrukturalistische feministische Ansätze.

Um die oben aufgestellte Behauptung von der wachsenden Bedeutung Louis Althussers in der Restlinken zu belegen, will ich einen kurzen Überblick über neuere Texte und Bücher geben, in denen er eine Rolle spielt. Im Argument-Verlag ist im letzten Jahr der Sammelband *Denkprozesse nach Althusser* erschienen, Das kleine im Decaton-Verlag herausgegebene Bändchen *Der Staat in den Köpfen* befaßt sich mit Poulantzas und Althusser. Der französische Philosoph Etienne Balibar widmete seinen Lehrer und Kollegen das Buch *Für Althusser* (das franz. Orig. ist allerdings wesentlich älter als die dt. Übersetzung). In der Zeitschrift *Beute* und deren Umfeld erschienen einige Beiträge, in denen der Brückenschlag zwischen Althusser und postmodernen Diskursen gewagt wird. So etwa Sabine Grimms Beitrag „Sexismus ohne Sex?" (Wohlfahrtsausschüsse 1994).

Althusser und dekonstruktiver Feminismus – eine auf den ersten Blick befremdliche Kombination. Auf der einen Seite der kommunistische Philosoph, der für die marxistische Orthodoxie plädierte und gleichzeitig weit über diese hinausging. Auf der anderen Seite ein relativ neuer feministischer Theorieansatz im Kontext von Postmoderne, Poststrukturalismus und Dekonstruktion. Dabei sei im Folgenden auf die US-amerikanische Philosophin Judith Butler verwiesen, eine der bekanntesten Vertreterinnen des dekonstruktivistischen Feminismus.

Butler und Althusser ist gemeinsam, daß sie die Konstituierung der Individuen als gesellschaftliche Subjekte untersuchen. Sie stellen dabei in Frage, daß es ein vorgesellschaftliches 'menschliches Wesen' gibt. Beide fragen nach der gesellschaftlichen Subjektkonstituierung und untersuchen den Zusammenhang zwischen individuellem Subjekt-sein und der Produktion bzw. Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse. Beide haben ihre Ansätze in der konkreten Auseinandersetzung mit einer Bewegung entwickelt: Althusser in der Auseinandersetzung mit den Entwicklungen kommunistischer Parteien und Bewegungen der 50er und 60er Jahre, Butler im Kontext der US-amerikanischen Frauenbewegung. Im folgenden sollen beide Ansätze kurz dargestellt werden.

Grundlegendes Theorem Althussers Ideologietheorie ist der „theoretische Antihumanismus", d.h. die Ablehnung jeder Auffassung, die ein überhistorisches abstraktes menschliches Wesen voraussetzt, welches sich im gesellschaftlichen Prozeß entfalte. Dabei stützt sich Althusser auf Marx' Aussage, daß seine Theorie „nicht vom Menschen ausgeht", sondern von der historischen Struktur der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Althusser und Butler

Althusser weist allerdings nicht nur die Vorstellung eines menschlichen Wesens zurück. Auch das präexistente Wesen gesellschaftlicher Gruppen wird von Althusser verneint. Damit widerspricht er der traditionskommunistischen These von der historischen Mission der Arbeiterklasse oder wissenschaftlicher ausgedrückt, deren objektiven Interesse. Nach Althusser werden Klassen erst in der gesellschaftlichen Praxis des Klassenkampf konstituiert: „Der Klassenkampf und die Existenz der Klassen sind ein und dasselbe. Damit es in einer 'Gesellschaft' Klassen geben kann, muß die Gesellschaft in Klassen geteilt sein: diese Teilung geht nicht nachträglich vor sich, vielmehr konstituiert die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere, also der Klassenkampf die Klassenteilung. Man muß also vom Klassenkampf ausgehen, um die Klassenspaltung, die Existenz und die Natur der Klassen zu verstehen." (Althusser 1973, S.40).

Für Butler stehen nicht so sehr die Klassen- sondern mehr die Geschlechterverhältnisse im Mittelpunkt. Wie Althusser die Kategorie „Mensch" dekonstruiert, so Butler die essentialistische Kategorie „Geschlecht". Für Butler sind die Geschlechter keine vorgegebenen Evidenzen, sondern konstituieren sich erst in der gesellschaftlichen Praxis, in performativen Handlungen. Unter diesen für Butler zentralen Begriff fallen z.B. Sprachhandlungen, oder andere Aktivitäten, die etwas „in Szene" setzen. Diese Handlungen speisen sich aus bestehenden gesellschaftlichen Konventionen, die ständig reproduziert werden. Durch diese kulturellen Praxen wird die Identität als Frau oder Mann hervorgebracht.

Feministinnen kritisierten an Althussers Ansatz, daß er zentral Klassenwidersprüche thematisieren würde, während Rassismus und Patriarchat bei ihm keine Erwähnung finden. Für Butler wiederum sind die Unterdrückungsverhältnisse aus Rassen- und Klassenzugehörigkeit nicht die zentralen. Ebenso läßt ihre in erster Linie subjekttheoretische Auseinandersetzung in bezug auf staatstheoretische Bezüge einige Fragen offen. Läßt sich in einer Kombination aus Althussers ideologietheoretischen Ansatz und Butlers radikalen Dekonstruktivismus ein brauchbares analytisches Konzept entwickeln ?

Die „widerständige" Postmoderne

Mittlerweile hat sich innerhalb der Postmoderne eine Strömung herausgebildet, die von Teresa L. Ebert im Kontext der neueren feministischen Debatte „widerständige Postmoderne" (Ebert 1992/93) genannt wird. Ebert geht davon aus, daß sich der Feminismus mittlerweile von einer materialistischen Position und dem Ziel, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu transformieren, verabschiedet habe. An dessen Stelle sei ein „ludic" (von lat. ludus: Spiel, Schauspiel, Spaß) Feminismus bzw. eine „ludic" Postmoderne getreten, die den Kampf für die Beendigung der durch „Geschlecht", „Rasse" oder ökonomische Stellung strukturierten Ausbeutung als überholt denunziere. Macht erscheine dieser Richtung instabil, zufällig und vom Verfall abhängig. Zentrale Kategorie dieses „ludic"-Feminismus, dem Ebert die oben erwähnte Judith Butler zurechnet, sei das Vergnügen. Die *raving-society* läßt grüßen.

Ebert hingegen bezeichnet das als eine Perspektive allenfalls für die Mittel- und Oberklassen, kritisiert die Prämissen der „ludic" Richtung und plädiert für ein Wiedereinschreiben materialistischer Kritik in die Postmoderne. Am Beispiel von Butlers Begriff von Performanz erläutert sie ihre Kritik: Für Butler und andere „ludic" Feministinnen seien *sex* und *gender* Effekte der Zirkulation des Diskurses und nicht ein Teil des Arbeitens der sozialökonomischen Arrangements. Die regulativen Mechanismen könnten deren Meinung nach nicht durch eine kollektive, soziale Praxis sondern durch exzessive individuelle, die Regeln infragestellende performative Akte umgestürzt werden. Ebert betont dabei die Notwendigkeit der postmodernen Problematisierung von bedeutungsproduzierenden Praxen. Das Problem sei nur, daß die „ludic" Postmoderne diese Praxen von den speziellen sozialen Beziehungen, die sie produzieren, isoliere.

Während die „ludic" Postmoderne sich auf das Lokale, Mikropolitische bezieht, und einen regelrechten *war on totality* (Krieg gegen Theorien des gesellschaftlichen Ganzen) führe, plädiert Ebert für eine Neukonzeption *(retheorizing)* von Theorie und hält auch am Begriff des Patriarchats fest. In unausgesprochener Übereinstimmung mit Althusser hält sie Totalität nicht für ein organisches, homogenes, einheitliches Ganzes. Vielmehr sei sie eine überdeterminierte Struktur von Differenzen, was es ermögliche, das Patriarchat, ebenso wie Rassismus und Kapitalismus, nicht als fix und stabil sondern als historisch veränderlich zu analysieren. So müsse etwa zwischen historisch-spezifischen Ausformungen patriarchaler Herrschaftssysteme unterschieden werden. Im Gegensatz zur „ludic" Postmoderne, die den Totalitätsbegriff gänzlich verwerfe und sich deshalb auf Mikropolitik beschränke, müsse die widerständige Postmoderne in der Lage sein, auf Grundlage eines differenzierten Totalitätsbegriffs sowohl auf der makropolitischen Ebene von Herrschaftsstrukturen als auch der Ebene der mikropolitischen Manifestationen von Unterdrückung zu intervenieren. Nach Ebert ist die Kategorie Geschlecht nicht einfach das Resultat diskursiver oder bedeutungsproduzierender Praxen, sondern der historische Effekt von Arbeitsteilung und unterschiedlichen Zugang zu den ökonomischen und sozialen Ressourcen. Arbeit meint in diesem Zusammenhang nicht nur Lohnarbeit sondern auch nicht-entlohnte Gebrauchswert-Produktion.

„Man muß also vom Klassenkampf ausgehen, um die Klassenspaltung, die Existenz und die Natur der Klassen zu verstehen."

Die Zukunft hat Zeit: Louis Althusser

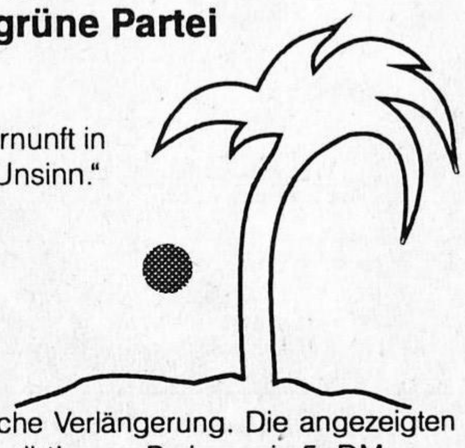
Blätter für deutsche und internationale Politik

Überholen ohne einzuholen
Deutsche Gründungserzählungen
Herfried Münkler im „Blätter"-Gespräch
Hans Arnold **10'95**
Unvereinte Nationen
Joachim Raschke/Frank Nullmeier
Grüne Grundwerte im Härtetest
Martin Kutscha
Götterdämmerung in Karlsruhe?
Hans G Helms
Geschichte der Konsumanlagen
Karin Priester
Pfadfinder der Neuen Rechten
Ralf Sitte
Vom Energie- zum Atomkonsens
Iring Fetscher
Schützt die Mehrheit!
Dokumentation: Das Kruzifix-Urteil

Probeabo*: Die nächsten beiden Ausgaben für 10 DM

Wie kommt die SPD aus der Krise?
Günter Verheugen im „Blätter"-Gespräch
Ernst-Otto Czempiel **9'95**
UNO ade?
Petra Buhr
Sozialhilfe - Mythos und Realität
Klaus Dräger und Frieder Otto Wolf
Eine grüne Kritik der Ökosteuer
Thomas Gesterkamp
VW-Experience: Zeit ist (kein) Geld
Reiner Wandler
Spanien nach González
Claus Offe
Zwei Systemwechsel im Vergleich
Wolfram Wette
Sozialer Wandel 1943-48
Joschka Fischer
Brief an die grüne Partei

„Eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn."



* Keine automatische Verlängerung. Die angezeigten Hefte (9/95, 10/95) gibt's zum Preis von je 5,- DM.

Bestellungen mit Stichwort „links":
Blätter Verlagsgesellschaft
Postfach 2831, 53018 Bonn
Tel: 0228/650133 Fax: 650251

Die widerspenstige Postmoderne eröffne damit die Möglichkeit eines sozialen Kampfes gegen die ausbeuterische Arbeitsteilung und die ideologisch konstruierte Geschlechterteilung.

Die „linksleninistische" Postmoderne

Die eingangs erwähnte Berliner „Broschürengruppe" stellte auf Veranstaltungen im Rahmen des Autonomiekongresses Ostern '95 und der diesjährigen Volksuni ihr Konzept einer „linksleninistischen Postmoderne" (vgl. auch Broschürengruppe 1995b) vor. In ihrer Arbeitsgruppen-Ankündigung beschreiben die Genossen (es sind nur Männer) von der „Broschürengruppe" ihren Ansatz leicht selbstironisch als den Versuch, „den seit 70 Jahren nicht gefundenen Ausweg aus dem Labyrinth von verbal-kommunistischen (Post-)Stalinismus, verbal-revolutionärem Linksradikalismus und neudenkerischen Alt-Reformismus zu finden". Weiter heißt es bei ihnen: „Da wir zwar einerseits von uns selbst ziemlich überzeugt sind, andererseits aber auch nicht überheblich sein wollen, akzeptieren wir zumindest einen theoretischen Bezugspunkt zwischen uns und den Bolschewiki: Dem vom französischen kommunistischen Philosophen Louis Althusser inspirierten (post-)strukturalistischen (Post-) Marxismus."

In ihrer Ausarbeitung bezeichnen sie den Antiessentialismus als das Bindeglied zwischen ihrer Althusser-Rezeption und der Postmoderne, was sie an vier Beispielen erläutern. Neben der schon weiter oben beschriebenen Ablehnung eines menschlichen Wesens und der Verneinung der Annahme vorgesellschaftlich existierender Identitäten (Geschlechter, Rassen, Klassen, Nationen, Kulturen) befassen sie sich ausführlich mit der Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit. In ihrem Exposé heißt es dazu: „Die scheinbare Selbstverständlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit ist nicht naturgegeben. Sie wird vielmehr durch geschlechtshierachische Arbeitsteilung, alltägliche Verhaltensweisen sowie diskursiv hergestellt. Nur weil die strikte Zweigeschlechtigkeit gesellschaftlich Konsens ist, spielt sie auch für die biologische Kategorienbildung eine wichtige Rolle. [...] Die Uneindeutigkeit der Biologie selber ist der Grund dafür, daß gesagt werden kann: Es gibt zwar biologische Merkmale (Chromosomen, Keimdrüsen, Hormone) aber kein eindeutiges, durch die Übereinstimmung dieser Merkmale definiertes, ausschließlich männliches oder weibliches biologisches Geschlecht. Die Vereinheitlichung dieser drei oben genannten inkohärenten biologischen Merkmale zu einem kohärenten männlichen oder weiblichen Geschlecht ist nicht biologisch sondern gesellschaftlich, bestimmt."

Für die Broschürengruppe ist das Insistieren auf den Antiessentialismus keine theoretische Spielerei sondern hat praktische Relevanz. Dazu schreiben sie: „Wieso lehnen wir es nun aber ab, uns gegen [...] die Herrschaftsverhältnisse auf den Humanismus bzw. das menschliche Wesen zu berufen? Aus zwei Gründen: 1. Weil die Unterdrückten mit der Rede von dem menschlichen Wesen mit einer versöhnlerischen Ideologie eingelullt werden. [...] 2. Weil wir der herrschenden Identitätspolitik nicht nur mit 'anderen' Inhalten füllen, sondern die Normierung der Individuen durch eine (jeweils) bestimmte – und sei es eine allgemein-menschliche Identität beseitigen wollen. Alles andere hieße sich in den herrschenden Formen zu verlieren."

Die theoretische Auseinandersetzung zwischen einem durch die Brille Althussers gefilterten Marxismus und der Postmoderne ist der Beginn einer wichtigen Debatte. Beide Ansätze könnten davon profitieren. Der Materialismus müßte seinen humanistisch-idealistischen Ballast abwerfen und könnte im Marxschen Sinne wieder zu einer Wissenschaft werden, die kritisch und radikal ist. Die berühmte Beliebigkeit der postmodernen Diskurse könnte zurückgedrängt werden, indem auf deren soziale Fundierung in Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat rekurriert wird. Vielleicht ist es ja noch zu früh, wie die Berliner „Broschürengruppe", von einer „linksleninistischen Postmoderne" zu sprechen. Doch eine moderne, den heutigen Verhältnissen adäquate Theorie, braucht die Linke dringend. ●

Literatur:

Althusser, L. 1973: „Antwort an John Lewis". In: Arenz, H. / Bischoff, J. / Jaeggi, U. (Hg.): Was ist revolutionärer Marxismus? Westberlin, VSA, S. 35-76.

ders. 1978: „Zu einigen Voraussetzungen der Staatsfrage in der marxistischen Theorie". Hamburg, VSA, S. 69-79.

Böke / Müller / Reinfeldt 1994 (Hg.): Denkprozesse nach Althusser. (Argument-Sonderband Neue Folge 228), Hamburg, Argument.

Broschürengruppe (Hg.) 1995a: Ein Spiel auf Verlust? Althusser und revolutionäre Neubestimmung. Berlin, Selbstverlag.

dies. (Hg.) 1995b: Triple oppression und bewaffneter Kampf. Berlin, Selbstverlag.

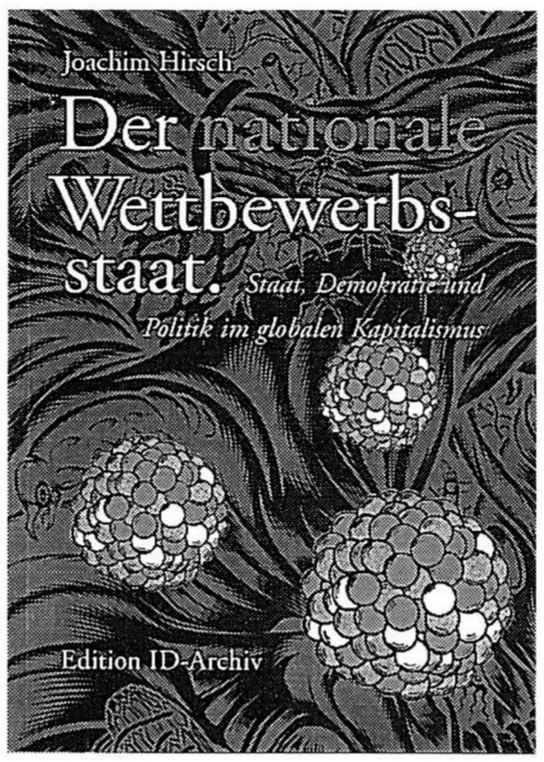
Butler, J. 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M., Suhrkamp.

Ebert, T. L. 1992/93: „Ludic Feminism the Body, Performance and Labor: Bringing Materialism Back into Feminists Cultural Studies". In: Cultural Critique, Vol 23, S. 5-50.

Wohlfahrtsausschüsse (Hg.) 1994: Etwas Besseres als die Nation, Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels. Berlin/Amsterdam, Edition ID-Archiv.

Jetzt *links* abonnieren oder werben

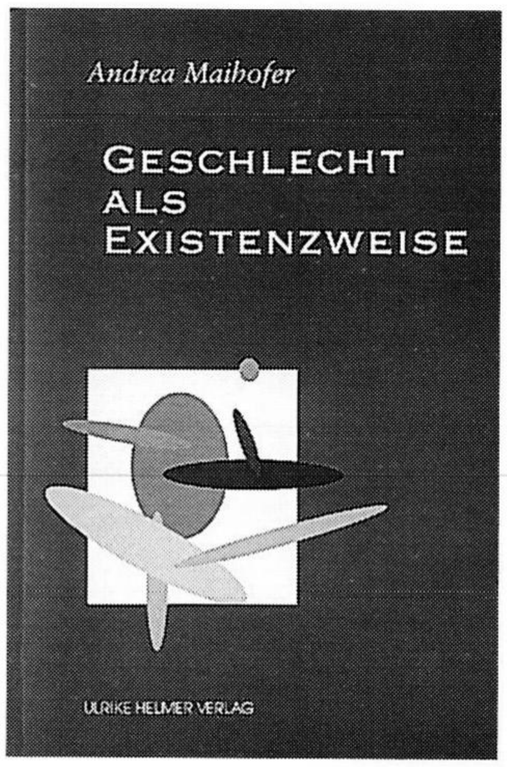
für ein Jahr und länger ...



1

Joachim Hirsch
Der nationale Wettbewerbsstaat
Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1995, 213 Seiten
Joachim Hirsch ist einer der wichtigsten Theoretiker der mittlerweile schon etwas in die Jahre gekommenen Neuen Linken in der BRD. Seine neue Arbeit schließt an die früheren Untersuchungen zum Sicherheitsstaat an. (Verlagsankündigung) Ausführliche Besprechung demnächst.

Andrea Maihofer
Geschlecht als Existenzweise
Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt1995, 208 Seiten
In der Auseinandersetzung mit aktuellen Ansätzen des Dekonstruktivismus entwickelt Andrea Maihofer eine Auffassung von „Geschlecht", die eine begriffliche Balance herstellt zwischen Natur und Kultur, Körper und Geist, Materie und Bewußtsein, gesellschaftl. Hegemonie und konkreter Individualität. (Verlagsankündigung) Besprechung folgt.



2

3

l'amigamore
Tanzmusik aus der DDR von 1963 bis 1970 / CD, L'AGE D'OR, Hamburg 1995
Allen LeserInnen, die [...] an der politischen Relvanz dessen zweifeln, was zu hören ist, sei versichert, „der Inhalt der CD ist gleichermaßen obskur wie hochpolitisch [...]" (Heumann). Allen HörerInnen, die sich dafür nicht interessieren wollen, sei versichert: Es ist einfach Tanzmusik! *(links)*

... und eine der drei Prämien kassieren!

☐ Normal-Abo (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)
☐ Ermäßigtes Abo (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)
☐ Förder-Abo (*links* für DM100,- oder mehr)
☐ Schnupper-Abo (die nächsten 2 Ausgaben für W: DM 20,- / O: DM 15,-)
☐ Geschenk-Abo (*links* für ○ **½ Jahr** bzw. für ○ **1 Jahr**; Preis orientiert sich am Normal-Abo)

Betrag : ○ zahle nach Erhalt der Rechnung
○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse
○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

○ Prämie 1 ○ Prämie 2 ○ Prämie 3

Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1996) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

FAUST FA
Bundesweite Hochschulzeitung
Marchstr. 6
D 10587 Berlin

PROTESTERKLÄRUNG:

ZU DEN RAZZIEN VOM 13.6.95

Wir wenden uns entschieden gegen den erneuten Versuch, links-oppositionelle Menschen und Gruppen über die §§ 129 und 129a StGB zu kriminalisieren und zu verfolgen: Am 13.6. veranlaßte die Bundesanwaltschaft (BAW) eine bundesweit angelegte Durchsuchungsaktion und durchschnüffelte Wohnungen und Arbeitsräume. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Zeitschrift *radikal,* die seit 1984 aufgrund massiver Kriminalisierungen verdeckt erscheinen und vertrieben werden muß. Diese Razzien sind nur ein weiterer Mosaikstein einer repressiven Politik, die sich gegen alle politisch und sozial unerwünschten Menschen und Strukturen richtet. Die Verfolgung der KurdInnen in der BRD und die Asylpolitik sind hier nur die herausragendsten Beispiele.

So erklärte Innenminister Kanther am 13.6. in der ARD, Ziel der Aktion sei eine „zielgerichtete präventive Manahme gegen die linksradikale Szene". Einmal mehr wandte die BAW die §§ 129 und 129a an, die dazu genutzt werden, willkürlich Ermittlungsverfahren und Durchsuchungen zu rechtfertigen. Mit diesen Paragraphen, die die Bildung und Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung unter Strafe stellen, werden Überwachungsmaßnahmen wie das Abhören von Telefonen, monatelange Observationen, Postzensur und ähnliches gerechtfertigt. Ihre Anwendung hinterließ in der Vergangenheit stets eine breite Spur von Ermittlungsverfahren, das zeichnet sich auch diesmal ab. Im Gefolge der Razzien wurden folgende 4 Männer wegen angeblicher Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift *radikal* gefangengenommen und sind bis heute in Haft: Rainer Paddenberg, Werner Konnerth, Ralf Milbrandt und Andreas Ehresmann. Ein weiterer befindet sich seit dem 4.7. in Beugehaft. Er weigerte sich, vor der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe Aussagen zu seinem Lebenszusammenhang und zu seinen FreundInnen zu machen. Weitre Ermittlungsverfahren sind abhängig und mehrere Personen werden gesucht. Viele andere Leute sind von Beugehaft bedroht, da sie sich weigern, im Zusammenhang mit den Durchsuchungen Aussagen zu machen. [...]

Die aktuelle Repression hört bei der Zensur jedoch nicht auf, sondern richtet sich auch explizit gegen die persönlichen Zusammenhänge der Betroffenen. Auffallend viele Durchsuchungsbeschlüsse werden mit dem Konstrukt der Kontaktschuld begründet. In den Durchsuchungsbeschlüssen finden sich Formulierungen wie x und y „kennen sich schon lange" „haben schon lange Kontakt" oder „sehen sich regelmäßig" – eine massenhafte „Kontaktinfizierung" also. Ziel dieses Vorgehens ist Verunsicherung, das Schüren von Angst und letztlich die Unterbindung offener, unzensierter Kommunikationsstrukturen. In diese Richtung geht auch die Beschlagnahmung der schriftlich festgehaltenen Diskussionen ehemaliger politischer Gefangener. Hier soll u.a. die Auseinandersetzung mit der (eigenen) Geschichte verhindert werden und durch die wiederaufgenommenen Ermittlungen das Damoklesschwert einer möglichen Verhaftung sichtbar bleiben. Kommunikation sowie unkontrollierte soziale und politische Strukturen sind jedoch notwendige Voraussetzungen, um der Vereinzelung entgegenzutreten und linke Politik zu entwickeln. Wir lassen uns nicht vorschreiben, mit wem wir zusammenwohnen oder befreundet sind. Wir diskutieren, wo wir wollen, was wir wollen und mit wem wir wollen. Wir werden unseren Alltag nicht von Angst bestimmen lassen!

Deshalb fordern wir ● Freilassung der Gefangenen ● Keine Beugehaft für ZeugInnen ● Einstellung der Verfahren vom 13.6. ● Offenlegung aller Verfahrensakten ● Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände ● Keine Zensur: Streichung der § 129 und § 129a ● Abschaffung des Verfassungsschutzes

ErstunterzeichnerInnen: Aachener Filmhaus e.V., Aachen - Alternative Liste , Uni Köln - AK Rechtsfreie Uni Bonn - Anares-Medien, Köln - Anti-EG Gruppe, Köln - Antifa Café Remscheid - Antifa Büren - Antifa Ehrenfeld Köln - Antifa Jülich - Antifa News, Remscheid - AKKI (Antifaschistische Gruppe Kalk /Café International /Köln International), Köln - AStA PH, Köln - A. Asker, Köln - Autonome Antifa, Koblenz - D. Asselhoven, Köln - A. Authrakidis, Köln - Peter B., Köln - C. Baddack, Köln - S. Baumgart, Köln - L. Beckmann, Bünde - I. Behner, Köln - B. Beier, Berlin - K. Bergbauer, Köln - D. Beyer, Berlin - W. Biercher, Köln - J. Bluschke, Köln - V. Bombien, Köln - R. Bonn, Köln - W. Brück-Nuxoll, Leverkusen - F. Brüggemann, Bonn - Der Andere Buchladen, Köln - U. Bündgen, Köln - Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Köln - T. Bürger, Köln - Bürgerzentrum Ehrenfeld, Köln - Buchhandlung Schwarz auf Weiß, Köln - A. Capitain, Köln - CHE e.V., Infoladen Herne - J. Cidweler, Köln - E. Dabei, Köln - J. Darminger, Betriebsrat Bayer AG, Leverkusen - J. Dawidziuk, Köln - D. Deiniger, Köln - A. Dersini, Köln - E. Dietrich, Journalistin, Berlin - S.. Dix, Köln - L. Dresbach, Remscheid - P. Ebrahimzadeh, Pulheim - L. Ellermann, Köln - J. Elsässer, Berlin - C. Ehrst, Köln - A. Esser, Köln - M. Esser, Köln - EXTRAtour Buskollektiv, Köln - Fachschaft Geschichte, Uni Köln - FANTIFA, Köln - M. Fedai, Köln - A. Feuerherdt, Bonn - Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V., Köln - Frauen helfen Frauen e.V., Köln - FrischmacherInnen, Köln - K. Gehlkopf, Köln - F. Gehrmann, Köln - K. Gehrmann, Köln - D. Gentner, Köln - P. Gentner, Köln - I. Georg, Euskirchen - K. Georg, Euskirchen - Gesellschaft für bedrohte Völker, Regionalgruppe Köln - C. Gottschalk, Journalist, Köln - R. Gott/Vegane Offensive, Köln - O. Gozici, Köln - Y. Greiner, Köln - S. Gsnes, Köln - J- Händel, Köln - Handwerkerinnenhaus Köln e.V. - C. Hatzky, Köln - Hausgemeinschaft Lessingstr. 33, Köln - H. Heim, Berlin - O. Helling, MdR/Grüne im Rat der Stadt Köln - L. Hengstermann, Köln - J. Henkel, Köln - T. Henscheid, Köln - U. Hofmann, Köln - HOUSE OF SUFFERING, Band, Köln - M. Hucke, Köln - M. Hüsken, Betriebsrätin Bayer AG, MdL, Köln - A. Imhäuser, Köln - Infoladen Koblenz - Infoladen Köln - Infoladen Trier - Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal - Infostelle El Salvador e.V., Bonn - Infostelle Guatemala e.V., Bonn - Infostelle Lateinamerika e.V., Bonn - Initiative für die pol. Diskussion zusammen mit den Gefangenen, Berlin - M. Irmen, Köln - T. Jaecker, Köln - P. Jahnke, Köln - K. Behnken /F. Habermann /A. Kröger /A. Behn /I. Bozic (alle: Redaktion d. Jungen Welt, Berlin) - H. Kammermeyer, Köln - S. Kelber, Berlin - W. Kellerhaus, Köln - E. Kern, Köln - R. Kern, Köln - H. Kieß, Köln - H. Kilic, Köln - P. Kinstler, Köln - G. Klas, Köln - P. Kleineret, Köln - S. Koch, Köln - N. Kodal, Bonn - B. Kölle, Appenheim - Kölner Appell e.V. - B. Köster, Köln - S. Konrad, Köln - Konzertgruppe „Butter bei de Fische", Köln - D. Kochschmieder, Geschäftsführer Verlag 8.Mai GmbH, Berlin - H. Kormaz, Köln - M. Krauß, Journalist, Berlin - M. Kresch, Köln - H. Krüger, Köln - P. Kuczera, Köln - B.I. Kuhl (Kunst ohne Ende), Köln - Gerhard L., Köln - J. Lau, Bonn, LE SABOT, Buchladen Bonn - V. Liesegang, Köln - Redaktion »LINKS«, Offenbach - M. Lontke, Köln - M. Makemd, Köln - W.O. MANGO MARILINS, Frauenband, Köln - C. Marx, Köln - Z. Masgirt, Köln - G. Mayr-Reineke, Mechernich - C. Meier-Oehlke, Köln - F. Meyer, Köln - A. Menke, Köln - P. Müller, Köln - N. Nastali, Berlin - F. Naundorf, Köln - J. Neher, Köln - M. Neureiter, Köln - Ökologische Linke (ÖkoLi), Köln - S. Ofteringer, Köln - V. Opius, Köln - S. Osterholt, Köln - S. Pflitsch, SPEX, Köln - D. Plaß, Köln - B. Pohlen, Köln - S. Polat, Köln - A. Probst, Köln - R.I. Prüfer, Köln - P. Pütz, Betriebsrat Bayer AG, Leverkusen - Q. Hof, Kneipe, Köln - W. Quambusch, Köln - H. Reich, Köln - B. Remsky, Köln - B. Hinrichs /A. Kieser /K. Rössel (alle: Rheinisches JournalistInnenbüro Köln) - A. Riesen, Köln - J. Römer, Köln - S. Römer, Köln - Rosa-Rote-Knasthilfe, Köln - N. Roth, Betriebsrat Bayer AG, Köln - M. Sander, Köln - B. Saremba, Köln - S. Sauer, Bonn - E. Schaaf, Köln - P. Schettina (Küchenbrigade Q-Hof), Köln - E. Schmidt, Betriebsrätin Bayer AG Leverkusen - R. Schmidt, Köln - T. Schoofs, Köln - P. Schlicht, Köln - M. Schmain, Köln - H. Schömmel, Berlin - F. Schourren, Köln - J. Schulte, Köln - E. Schulz, Köln - J. Schulze-Husmann, Bonn - SCHWARZE 7, Label, Köln - C. Siegler, Köln - V. Sievens, Bonn - Sinti e.V., Köln - K. Skippe, Berlin - I. Sözen, Köln - M. Sommer, Köln - R. Sommer, Berlin - Sozialistische Zeitung (SoZ), Köln - N. Spathelf, Köln - A. Spannbauer, Journalist, Berlin - R. Christoph /C. Gurk /K. Grether (alle: Redaktion SPEX, Köln) - SSK Ehrenfeld, Köln - SSK Salierring e.V., Köln - STADTREVUE, Köln - R. Steinert, Pulheim - M. Straus, Köln - P. Stromberger, Berlin - A. Summer, Köln - A. Tacir, Köln - J. Tausendfreund, Köln - T. Thoene, Köln - Transparent, Foto-Agentur, Köln - H. Turan, Köln - A. Ueding, Köln - B. Ullrich, Berlin - A. Ulrich, Köln - A. Usai, Köln - B. Venter, Journalist, Berlin - M. Voelker, Düsseldorf - M. Voit, Köln - C. Wagner, Köln - M. Weber, Köln - S. Weinberg, Köln - B. Weingart, Köln - U. Wemowski, Köln - B. Wirtz, Köln - Wohnen und Leben e.V., Köln - Dr. W. Wolf, MdB, Bonn - Wolli von der Welt, Köln - G. Wolter, Köln - M. Wunsch, Köln - ZAP ZARAP, Kneipe, Köln - E. Zaphod, London - C. zedlack, Köln - J. Zehnpfennig, Köln - H. Zeigler, Köln.